

J. austr.

57

uh

T. austr.

57 uk

Massachusetts

<36607768580016

<36607768580016

Bayer. Staatsbibliothek

c

Die Verhandlungen

des

böhmischen Landtages

über die

Verfassungsfrage

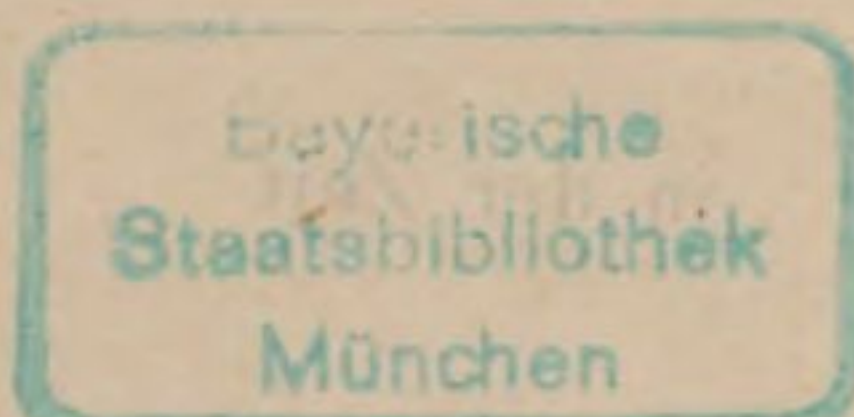
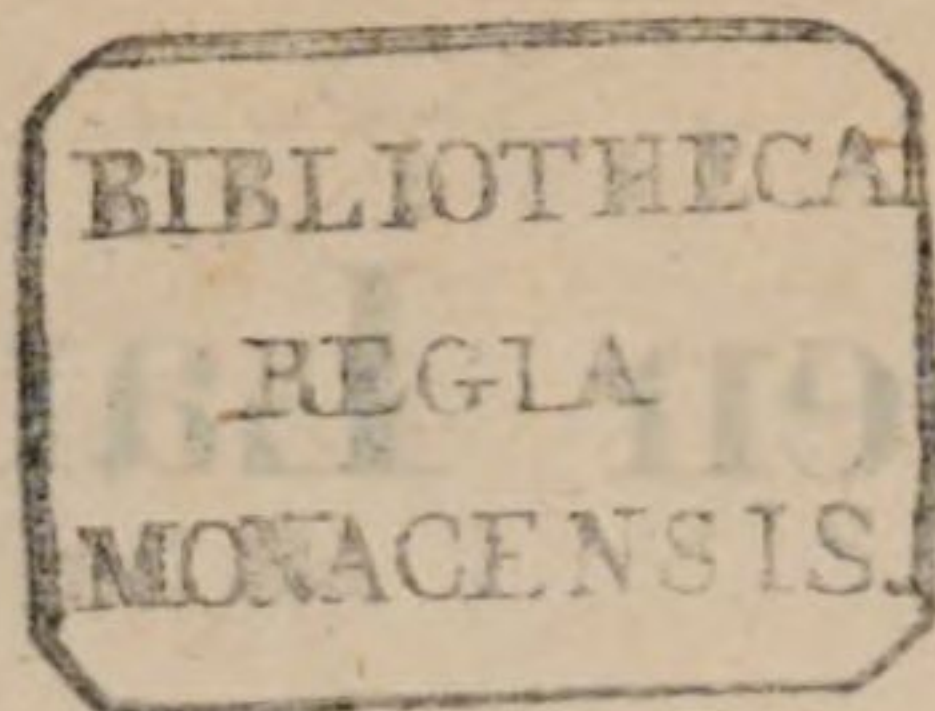
in der Zeit

vom December 1865 bis April 1867.

PRAG, 1867.

Verlag von Friedrich Tempsky.

20 - Bg.



Druck von Heinr. Mercy in Prag.

V o r w o r t.

Die landtäglichen Verhandlungen, welche in Prag in den Monaten December 1865, December 1866, Februar und April 1867 mit Beziehung auf die österreichische Verfassungsentwicklung gepflogen worden sind, gehören zu den wichtigsten, die jemals in böhmischen Landtagen stattgefunden haben und bilden zugleich einen wichtigen Theil jener Entwicklung, weil die Gegensätze der staatsrechtlichen und politischen Anschauung hier mehr als in irgend einer anderen parlamentarischen Versammlung in Oesterreich mit lebendiger Ueberzeugung gründlich, mit gewandter Rede und von hervorragenden Führern der verschiedenen Parteien vertreten wurden. Diese Verhandlungen haben eben desshalb eine nicht bloß momentane Bedeutung, und wer dem politischen Leben seine Thätigkeit widmet oder auch nur ihm reges Interesse zuwendet, wird noch öfters in die Lage kommen, sie zu beachten. Die vorhandenen Behelfe sind aber wenig geeignet, das ihm zu erleichtern. Was er brauchen wird, ist erstens: die Regierungsakte, welche zu den Verhandlungen Anlass gaben, zweitens: die Beschlüsse, zu welchen diese Ver-

handlungen führten, und drittens: die wesentlichen Argumente, welche für und gegen die gestellten Anträge vorgebracht worden sind.

Die Behelfe der beiden letzteren Arten sind allerdings vollständig in den stenographischen Sitzungsberichten zu finden. Aber wer hat diese umfangreichen Bände immer zur Hand! In ihnen zu suchen und Alles zu finden, was man sucht, ist überdiess ein äusserst mühsames und zeitraubendes Geschäft. Die Berichte enthalten nebst dem, was vorzugsweise Beachtung verdient, auch die ganze Masse des nicht zur Sache gehörigen, bedeutungslosen oder nur momentanen Zwecken dienlichen, was in langen Debatten vorgebracht wird. Auch die Beschlüsse sind oft in diesen Berichten schwer zusammenzufinden; so ist z. B. die Adresse vom 7. Dec. 1866 in dem Sitzungsberichte nicht im Zusammenhange abgedruckt. Von den Regierungserlässen kommen darin nur jene vor, die im Landtage verlesen wurden und auch diese nicht in dem Berichte über die Sitzung, in welcher die bezügliche Verhandlung stattfand.

Das Verständniss der Verhandlungen erheischt endlich die Kenntniss der Situation, unter deren Eindruck sie vor sich gingen; sie fehlt demjenigen, der nach längerer Zeit nur die gehaltenen Reden liest. So bieten denn die stenographischen Berichte zu wenig und zu viel.

Aus diesen Gründen hat uns eine gedrängtere und doch dem Verständnisse förderlichere Darstellung wünschenswerth geschienen. Wir möchten damit namentlich auch denjenigen zu Hilfe kommen, welche, der böhmischen Sprache nicht mächtig, keine Gelegenheit gehabt haben, von dem, was in dieser Sprache gespro-

chen und in den stenographischen Berichten gedruckt ist, andere Kenntniss zu erlangen, als parteiische Zeitungsblätter nicht nur in höchst ungenauer Weise, sondern oft mit absichtlicher Unwahrheit ihnen zu bieten beliebten, und deren Urtheil dadurch, ungeachtet des redlichen Wunsches, billig zu sein, nicht selten irre geführt wird.

Wie ist aber eine gedrängte Darstellung von Debatten möglich? Ein blosser Auszug aus den gehaltenen Reden gäbe, so aufrichtig der Wille sein mag, dabei unparteiisch vorzugehen, doch immer nur ein subjectives Bild, und wäre zum allermindesten dem Verdachte der Parteilichkeit ausgesetzt. Desshalb schien es uns zweckmässiger, eine Auswahl zu treffen, diejenigen Reden aber, die wir theils ihres Gehaltes, theils der hervorragenden Parteistellung der Redner wegen für die bedeutendsten halten, vollständig abdrucken zu lassen. Wir geben in solcher Weise zwar ein lückenhaftes, aber doch ein objectives Bild, und wer unsere Auswahl ungenügend findet, kann die Lücken ganz oder theilweise mit leichter Mühe ausfüllen, wenn er die stenographischen Berichte der von uns bezeichneten Sitzungen zur Hand nimmt. So sehr wir uns übrigens versucht fühlen, aus verschiedenen Gründen noch eine oder die andere Rede aufzunehmen, so hält uns doch die Besorgniss ab, dass ein grösserer Umfang unserer Zusammenstellung mehr abschreckend als anziehend wirken würde.

eben und so den störenden Bescheid gesteckt ist
andere Kenntnisse zu erlangen als natürliche Zeugnisse
bisher nicht nur in höchst ungünstiger Weise sondern
oft mit abentheuerlicher Unvorsichtigkeit ihnen zu bieten ist
haben und deren Fehler dadurch ungeschützt der
selbsternannten Wissenschaften zu offenbaren nicht selten
führt wird

Es ist aber eine gedrungene Darstellung von der
bisher möglichen Einwirkung dieser Art auf die
einen Ideen geben so notwendig der Wissenschaft
dabei unpartheiisch vorzugehen doch immer nur ein
subjektives Bild und wäre zum allernächsten dem
Verstande der Parteilichkeit ausgesetzt Deshalb schon
einem zweckmäßiger eine Auswahl zu treffen die
nügen Ideen über die wir theils ihre Gehälter theils
den hervorragenden Einwirkung der Natur wegen
für die bedeutendsten halten vollständig abbilden zu
lassen Wir gehen in solcher Weise zwar ein Stück
weiter aber doch ein objektives Bild und vor uns
Auswahl ungenügend findet kann die Lücken ganz oder
theilweise mit leichter Mühe ausfüllen wenn er die an-
thropologischen Berichte der von uns bezeichneten Stämme
genau zur Hand nimmt und so sein Werk aus
verschiedenen Quellen zusammenstellen kann doch eine
oder die andere Lücke auszufüllen so hält uns doch
die Natur ab das ein größerer Umfang unserer
Zusammenstellung nicht abdeckend als ersiehend wir

kein wunderbares Werk sein kann sondern nur ein
wenig mehr als ein Handbuch sein kann
und so nur ein Handbuch sein kann
und so nur ein Handbuch sein kann
und so nur ein Handbuch sein kann

Inhalt.

	Seite.
I. Sitzung vom 12. December 1865	1
Adresse	2
Rede des Abgeordneten R. v. Hasner	4
Rede des Abgeordneten Grafen Clam-Martinic	11
Rede des Abgeordneten Prof. Herbst	19
Rede des Statthaltereileiters Grafen Lažansky	30
Rede des Berichterstatters Grafen Leo Thun	36
II. Sitzungen vom 6. und 7. December 1866	50
Adresse	50
Entwurf der Minorität	54
Rede des Abgeordneten R. v. Plener	57
Rede des Abgeordneten Zeithammer	61
Rede des Abgeordneten Grafen Clam-Martinic	68
Rede des Abgeordneten Dr. Brauner	80
Rede des Berichterstatters der Minorität Prof. Herbst	89
Rede des Berichterstatters der Majorität Grafen Leo Thun	115
III. Sitzung vom 25. Februar 1867	133
Adresse	134
Rede des Berichterstatters der Minorität Prof. Herbst	138
Rede des Berichterstatters der Majorität Grafen Leo Thun	153
IV. Sitzungen vom 12. und 13. April 1867	173
Rede des Berichterstatters der Minorität Dr. Rieger	174
Rede des Berichterstatters der Majorität Prof. Herbst	194
Protest der Minorität	208

— VIII —

	Seite
Anhang.	225
Nr. 1. Manifest vom 20. September 1865	225
„ 2. Patent vom 20. September 1865	227
„ 3. A. H. Handschreiben an den Staatsminister Grafen Belcredi vom 13. October 1866	229
„ 4. Patent vom 2. Januar 1867	230
„ 5. Ministerialrescript vom 4. Februar 1867	233
„ 6. Patent vom 26. Februar 1867	237
„ 7. A. h. Handschreiben an den Minister Freiherrn von Beust vom 3. April 1867	238

I.

Sitzung vom 12. December 1865.

Ende Juni 1865 war das Ministerium des Ritter von Schmerling, des Schöpfers der Patente vom 26. Februar 1861, zusammengebrochen, am 27. Juli Graf Richard Belcredi zum Staatsminister und Präsidenten des Ministerrathes ernannt worden. Mit dem Manifeste und Patente vom 20. Septb. 1865 (siehe Anhang Nr. 1 und 2) wurde aus Anlass der mit dem ungarischen und kroatisch-slavonischen Landtage eingeleiteten Verhandlungen das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Febr. 1861 sistirt, und das Manifest wurde dem von dem Oberstlandmarschall Grafen Rothkirch am 23. Nov. 1865 eröffneten böhmischen Landtage vorgelegt. In Folge dessen stellte Graf Albert Nostitz den Antrag, eine a. u. Adresse an Se. Majestät zu richten, Prof. Herbst hingegen den Antrag:

„Hoher Landtag wolle sich in Anwendung des § 19 ad 1 L. O. dahin aussprechen, dass die baldige Wiederherstellung verfassungsmässiger Behandlung der der Mitwirkung des Reichsvertretung vorbehaltenen Angelegenheiten dringendes Bedürfniss sei, und dass die als nothwendig sich herausstellenden Abänderungen der ununterbrochen zu Recht bestehenden, in ihrem Fortbestande durch das Septemberpatent selbst anerkannten Grundgesetze nur in verfassungsmässigem Wege vorzunehmen seien.“

Der Antrag des Grafen Albert Nostitz wurde an eine Commission von neun Gliedern verwiesen, der Antrag des Prof. Herbst bei der ersten Lesung abgelehnt. Die Commission legte den Entwurf einer Adresse vor. Drei Commissionsglieder erklärten sich mit derselben nicht einverstanden, ohne einen Gegenvorschlag zu machen. Die Verhandlung darüber im

Landtage fand am 12. December 1865 statt. Ein Antrag des Ritter v. Plener auf Uebergang zur Tagesordnung wurde in namentlicher Abstimmung mit 111 Stimmen gegen 105 abgelehnt, und die Adresse sodann unverändert angenommen.

Allerunterthänigste Adresse vom 12. December 1865.

Allerdurchlauchtigster Kaiser und König!

Allergnädigster Herr!

Erhabene und ergreifende Worte haben Euer kaiserlich königliche Apostolische Majestät in dem allerhöchsten Manifeste vom 20. September dieses Jahres an Ihre getreuen Völker, und neuerlich auch noch insbesondere an den treuehorsaamsten Landtag des Königreiches Böhmen zu richten geruht.

Wir haben sie mit schuldiger Ehrfurcht vernommen, und, wie es ihre Wichtigkeit erheischt, reiflich erwogen, und fühlen uns gedrungen, vor Allem für das allerhöchste Vertrauen, welches sich in denselben ausspricht, unseren tiefgefühlten Dank an den Stufen des Thrones allerunterthänigst niederzulegen.

In dem Entschlusse Euerer Majestät, den Weg der Verständigung mit Ihren Völkern einzuschlagen, bekundet sich neuerdings der Ernst des kaiserlichen Willens, die durch die Bedürfnisse der Gegenwart geforderte Verfassungsentwicklung Oesterreichs aus jenen überkommenen Rechtsgrundlagen hervorzuwachsen zu lassen, welche durch das allerhöchste Diplom vom 20. October 1860 anerkannt und unwiderruflich festgestellt worden sind.

Wir theilen die Ueberzeugung, dass diese verfassungsmässige Rechtsgestaltung, erzielt durch das freie Zusammenwirken aller Völker Oesterreichs, in der freien Theilnahme aller ihre volle Kraft und Bedeutung und die sicherste Gewähr ihrer Dauer finden wird.

Darum nehmen wir mit ehrfurchtsvollem Danke die allerhöchste Zusicherung entgegen, dass Euere Majestät die Ergebnisse der Verhandlungen, welche zunächst mit dem ungarischen und dem kroatischen Landtage eingeleitet werden mussten, vor der allerhöchsten Schlussfassung den legalen Vertretern der übrigen Königreiche und Länder vorlegen wollen, und dass Allerhöchstdieselben deren Ausspruch zu vernehmen und als gleichgewichtig zu würdigen allergnädigst beabsichtigen.

In dieser allerhöchsten Zusicherung erblicken wir einen

neuen Beweis der huldvollen Gesinnung Eurer Majestät, auf welcher unsere Zuversicht beruht, dass alle Völker des Reiches Allerhöchst Ihrem landesväterlichen Herzen gleich nahe stehen, und dass jedes der Königreiche und Länder der gleichen Anerkennung seiner Rechte und des gleichen Allerhöchsten Schutzes derselben gewärtig sein kann.

Der treuehorsamste Landtag wird der Allerhöchsten Aufforderung, seiner Zeit über die Ergebnisse der nun anhängigen Verhandlungen sich auszusprechen, mit freudiger Bereitwilligkeit und loyaler Hingebung Folge leisten.

Frei ist die Bahn, welche Euere Majestät zu allseitiger Verständigung Ihren getreuen Völkern eröffnet haben.

Wir halten fest an der Hoffnung, keines derselben werde die schwere Verantwortung auf sich laden wollen, diese Bahn den Brudervölkern mit unübersteiglichen Hindernissen zu verschliessen. Ihnen allen hoffen wir im gemeinsamen Streben nach dem von Eurer Majestät bezeichneten unverrückbaren Ziele zu begegnen, denn dass das Ziel erreicht werde, ist ein gemeinsames Bedürfniss aller Theile des Reiches.

Dieses Ziel — es ist eine erneuerte Bekräftigung und zeitgemässe Ausbildung der pragmatischen Sanction, auf dass die Machtstellung der Monarchie durch eine gemeinsame Behandlung der höchsten Staatsaufgaben gewahrt, und die Einheit des Reiches in der Beachtung der Mannigfaltigkeit seiner Bestandtheile und ihrer geschichtlichen Rechtsentwicklung gesichert werde.

Schwierig ist der Weg, der dazu führt, und er wird vielleicht ein langwieriger sein; um so treuer wollen wir, beseelt von dem Geiste, der sich in den kaiserlichen Worten ausspricht, auf demselben ausharren, mit opferfähiger Versöhnlichkeit und gewissenhafter Beachtung des legitimen Rechtes.

In solchem Geiste geführt, werden die Verhandlungen, welchen Eure Majestät den Weg gebahnt haben, Klarheit und Festigkeit des öffentlichen Rechtes in Angelegenheiten des Gesamtreiches wie des Königreiches Böhmen wieder herstellen.

Das glückverheissende Zeichen aber der gelungenen Wiederherstellung wird uns Böhmen die Krönung sein, von altersher in diesem Königreiche der symbolische Ausdruck, die gegenseitige Bürgschaft und die höchste Weihe des gesicherten Rechtszustandes.

Darum sieht der treuehorsamste Landtag mit Sehnsucht

dem Freudentage entgegen, an welchem die althehrwürdige Krone Böhmens auf dem gesalbten Haupte Franz Joseph des Ersten ruhen wird.

Gott erhalte, schütze und segne Euere kaiserlich königliche Apostolische Majestät!

Aus dem Landtage zu Prag am 12. December 1865.

Rede des Abgeordneten Ritter v. Hasner.

Wie der erste Redner der heutigen Debatte, so muss auch ich mich gegen den vorliegenden Adressentwurf aussprechen. Die Adresse hat zwei Theile, die von einander wohl geschieden gehalten werden müssen. Sie enthält eine Loyalitätserklärung, und sie enthält — im Gegensatz zu den Worten, welche heute der Herr Berichterstatter gesprochen, erkläre ich es — sie enthält zugleich ein politisches Programm. Was die Erklärung der Loyalität anbelangt, so glaube ich, dass darüber kein Zweifel sein kann, dass jeder treue Bürger des österreichischen Kaiserreiches einer solchen Erklärung unter allen Umständen mit freudigem Herzen zustimmen wird. Aber wie diese Loyalität unabhängig und erhaben da steht über allen Wechsel der Ereignisse und aller Verschiedenheit der Meinungen, so sind anderseits die Staatsacte, welche uns heute vorliegen, eine politische Thatsache. Und diese politische Thatsache zu beurtheilen, gestattet uns nicht nur das freie Wort, sondern wir sind dazu berufen, durch die Staatsacte selbst, nach unserer gewissenhaften Ueberzeugung der Wahrheit ein offenes Zeugniß abzulegen. Wir unterscheiden uns nur in dieser Beziehung von unseren Gegnern schon am Eingange der Bahn, welche uns eröffnet ist, dadurch, dass wir Bedenken hegen, ob und in welchem Masse die Bahn auch noch frei sei und dass wir Bedenken haben, ob sie zu demjenigen Ziele führe, welches wir Alle wünschen müssen.

Der Adressentwurf selbst enthält sich über diesen ersten Punkt, wie überhaupt über die Rechtsfrage jedes Urtheils nicht allein, sondern er lehnt die von ihm sogenannten abstracten Rechtsdeductionen ab. Es ist nicht zu besorgen, dass wir uns heute auf den Boden der Theorien begeben; Theorien stehen einander gleichberechtigt, wenn auch nicht gleich wahr gegenüber. Heute haben wir einen festeren Anker, das Gesetz. Wenn aber unter der Ablehnung der abstracten Theorien ge-

meint sein soll, dass wir Klagen und Anklagen über die rechtliche Entstehung jener Acte unterlassen sollen, so stimme ich gern bei. Ich kann nur wünschen, dass die Acten über diese Frage als geschlossen betrachtet werden, und es scheint mir überflüssig, dass ich zu dem bitteren Trank, von welchem der Kelch bis an den Rand gefüllt ist, meinerseits noch einen Tropfen zugiesse. Es scheint mir aber ebenso überflüssig, den allgemeinen Rechtsstandpunkt im Kreise von Männern auszusprechen, welche jahrelang einer Sache sich mit redlicher Ueberzeugung von ihrem Recht und ihrer Pflicht gewidmet haben.

Bei solchen Männern bedarf es nur eines Hinweises auf das, was sie waren, um Kritik und Ablehnung für das zu haben, was man ihnen etwa zumuthen könnte zu sein. Wenn ich mich aber auch in dieser Beziehung, was den Rückblick und die Vergangenheit anbelangt, der Rechtsdeduction entschlage, so kann doch nicht in anderen Beziehungen unser Standpunkt gerechtfertigt werden, ohne die Behauptung zu negiren, die Eröffnung der freien Bahn sei ein Act der politischen Nothwendigkeit gewesen. Die Frage, ob sie eine rechtliche Nothwendigkeit war, muss ich erörtern. Die Behauptung derselben ist im Gegensatze zu der Anklage, die rechtlich gegen dieselbe erhoben wird, im gewissen Sinne eine solche gegen uns, ist eine Kritik der Vergangenheit und aller derjenigen, welche in derselben gewirkt haben, die sie nicht stillschweigend übergehen können. Und in den letzten Tagen haben wir diese Kritik von entscheidender Seite gehört. Mit aller Reserve, welche dieser entscheidenden Seite gebührt, werde ich mir erlauben, diese Frage in Kurzem zu erörtern.

Die Argumentation, aus welcher gefolgert wird, der Act sei ein Act der rechtlichen Nothwendigkeit gewesen, stützt sich vor Allem auf die Bestimmungen des Artikels 6 des Einführungspatentes zur Februarverfassung im Zusammenhang mit dem allerhöchsten Handschreiben an Baron Vay vom 20. October und 26. Februar und endlich im Zusammenhange mit dem Octoberdiplom selbst. Es wird behauptet, im Artikel 6 sei ein innerer Widerspruch enthalten, welcher gelöst werden müsse, daher auch hätte gelöst werden müssen, ehe überhaupt von der Rechtswirksamkeit der Februarverfassung die Rede hätte sein können. Ich glaube, es lässt sich aus Worten und Geist

der Verfassung nachweisen, dass diese Argumentation jedes Halts entbehrt.

Der Art. 6 spricht allerdings von der Totalität aller wieder ins Leben gerufenen und neu entstandenen Verfassungen. Aber dieser Art. 6 steht eben im Zusammenhange mit dem Art. 2 und mit dem Octoberdiplome und in allen Staatsacten, welche in der damaligen Zeit erschienen sind, ist die Freiheit der Bewegung der transleithanischen Länder nur immer innerhalb des Octoberdiploms, immer in seinem Sinne und Geiste, innerhalb der von demselben gezogenen Grenzen anerkannt worden.

Nimmt man dies in Erwägung, so ist unzweifelhaft, dass jeder Widerspruch aus dem Art. 6 des Einführungspatentes entfällt, es ist unzweifelhaft, dass dann ein widerspruchsloses System aus der Totalität dieser wieder ins Leben gerufenen Verfassungen erwächst, wenn sie innerhalb der Grenzen, welche ganz bestimmt im Octoberdiplom gezogen sind, aufgefasst werden.

Aber abgesehen von dieser Argumentation aus dem Worte, folgt das Gleiche nur um so mehr aus dem Geiste der Verfassung, ja aus dem Wesen des Gesetzes überhaupt. Ich kann mir eine Legislation nicht denken, welche einerseits ein Gesetz als Gesetz publicirt und als bedingungslos, als rechtsgiltig erklärt, und andererseits in einem Theile seiner Bestimmungen die Bedingung seiner Rechtsgiltigkeit aufnimmt. Eine dergleichen Gesetzgebung stünde einzig in der Welt da und ich glaube, man kann keinem Gesetzgeber zumuthen, dass er ein solches Gesetz erlasse. Daraus, glaube ich, ist erklärlich, dass die Argumentation, welche die rechtliche Nothwendigkeit auf diese ganz ausserordentliche Weise zu erweisen sucht, dass diese Argumentation weder von dem Gesetzgeber in früherer Zeit, noch von irgend einem Juristen überhaupt, noch selbst von einem Juristen der Opposition gegen die Februarverfassung jemals gehört worden ist. Ist daher diese juristische Argumentation nicht haltbar, und kann sie daher die rechtliche Nothwendigkeit jener Acte nicht erweisen, so kann ich mir rechtlich nichts mehr anderes denken, als dass man sagt: es wäre die Sistirung der Verfassung ein Act unbedingter politischer Nothwendigkeit, gleichsam ein Act des staatlichen Nothrechtes gewesen.

Wäre dieses wahr, meine Herren! ich wäre gewiss der

erste, welcher ordern würde, dass jedes Recht, und wenn wir noch so sehr daran hängen würden, der unbedingten Nothwendigkeit, dass jedes Recht, wenn es das Interesse der Monarchie fordert, ohne Streit über formale Rechtsfragen zum Opfer gebracht werde. Das fordert aber den Beweis, dass es ein Act der unausweichlichen politischen Nothwendigkeit war. Was wird nun als Beweis dafür angeführt? Zunächst dies, dass man sagt, die Februarverfassung war nicht durchführbar. Diesen Satz hören wir hundertmal, und er wird mit einer Zuversicht hingestellt, welche fest auf dem Satze zu fussen scheint: „Wenn du dir selbst vertrauest, vertrauen dir auch die anderen Seelen“, und dieser Zuversicht gemäss wird auch geglaubt und nachgesprochen. Und worin liegt der Beweis für ihn? Darin, dass dieser Versuch, leider wird es ein solcher genannt, dass ein Versuch durch einige Jahre gemacht worden ist, und nicht zum Ziele führte.

Meine Herren, ich möchte das Problem gelöst, ich möchte denjenigen sehen, der in Oesterreich unter seinen schwierigen Verhältnissen uns irgend ein System aufstellen könnte, welches nicht eine weit längere Reihe von Jahren kämpfen müsste, um sich zu festigen, und ich halte es für sehr kühn zu behaupten, dass das System unserer Verfassung, weil es in dieser kurzen Zeit nicht gelungen ist, weil es auf so vielen Widerstand stiess, schon deshalb unmöglich sei. Wenn wir den Schluss aus der Schwierigkeit auf die Unmöglichkeit ziehen sollen, wer von uns in diesem Saale, wer in diesem Reiche, wer in der Welt ist da, der die Schwierigkeit des neubetretenen Weges verkennen sollte, wer ist da, der die Schwierigkeiten bezweifeln sollte, die aus der Verschiedenheit der nun in die Bahn tretenden Wünsche und Begehren entstehen müssen, wo nicht einmal die Grenze auch nur eines concreten Principes gezogen ist.

Ich kann mich hier auf einen Satz berufen, welchen ein hochhehrwürdiges Mitglied in diesem Saale vor wenigen Tagen hier ausgesprochen hat: je mehr zu erlangen ist, desto mehr wird begehrt. Die Psychologie, die juristische und politische Erfahrung bestätigen den Satz; aber ich glaube, wir werden seine Wahrheit noch mehr als auf dem Gebiete der Grundentlastung auf dem Gebiete der Verfassung erfahren. Die Schwierigkeiten hat man daher gewiss nicht gemindert. Also auch auf diesem Punkte bin ich nicht im Stande, die Nothwendigkeit dieses Actes einzusehen.

Was bleibt mir nun noch übrig?

Das Wesen der Februarverfassung.

Meine Herren, gestatten Sie mir, dass ich heute vielleicht das letzte Wort über diese Verfassung spreche. Nicht, um ihr einen Panegyrikus zu halten; aber wenn ich auch nicht die Absicht gehabt hätte, für sie heute in eine Erörterung einzutreten, so hätte mich doch mein unmittelbarer Herr Vorredner dazu veranlasst. Denn er hat mir die Ueberzeugung beigebracht, wie nothwendig es ist, sie nicht als ein Ideal hinzustellen, aber doch gegen die ungerechtesten Angriffe zu vertheidigen.

Man hat die Februarverfassung des Doctrinarismus, des Centralismus, des Privilegenthums, und ich weiss nicht was für schwerer Principenfehler beschuldigt.

Meine Herren! Ich bin selbst Doctrinär und bekenne mich auch offen dazu, soviel auch schon gegen die Doctrinäre in den Parlamenten gesprochen worden sein mag, aber bekannt bin ich mit den Doctrinen genug, um sagen zu können, dass es keinen Doctrinär auf der Welt gibt, der die Februarverfassung geschaffen hätte. Die Februarverfassung hat vom Standpunkte der Doctrin viele und grosse Mängel, aber vom Standpunkte der praktischen Staatsweisheit ist sie nach meiner Ueberzeugung (vielleicht ausser Nebensachen, über die sich streiten lässt) im Wesentlichen ein Product der Nothwendigkeit.

Man verweist uns heute auf den Weg der Compromisse. Die Februarverfassung nun war wohl kein Resultat subjectiver Compromisse, kein Resultat der Compromisse von subjectiven Rechtsansprüchen; aber sie war entschieden ein Compromiss von objectiven Rechtsstandpunkten. Sie war ein Compromiss zwischen dem Centralismus und Föderalismus, sie war ein Compromiss zwischen extremen Forderungen der Freiheit und zwischen Standpunkten, die an Freiheit zu wenig zugestehen möchten. Sie war ein Compromiss nach allen Seiten hin. Und dass dieses Compromiss ausgegangen ist von der Initiative des Monarchen, darin gerade finde ich das wesentlich Historische dieser Verfassung; gerade das Wesen Oesterreichs ist es, dass an die Initiative, an den Schiedsspruch des Monarchen appellirt werden muss, an seine historische Person, um für den Widerstreit zwischen den verschiedenen Wünschen, Begehren und Ansprüchen vom Standpunkte des Rechtes die richtige Ausgleichung zu finden.

Das wollte ich nur gesagt haben, um abzulehnen, was man uns zumuthet, wir sähen im Februarpatent ein absolutes Ideal. Aber vor Allem, dass in der Februarverfassung das Privilegium, wie heute behauptet worden ist, irgend eines Stammes, einer Nationalität in Oesterreich liege, das finde ich nicht. Ich weiss, es ist die Ueberzeugung der Gegner, aber den Beweis hiefür sind sie uns schuldig geblieben. Eines ist aber ganz gewiss; die gesammte deutsche Nation ist sich nicht bewusst, ein Privilegium zu haben, und wäre die Verfassung zur Ausführung gekommen, dann wäre das, was sich ergeben hätte, vielleicht gerade das Gegentheil von privilegirter Stellung der Deutschen. Und ich bin auch überzeugt, dass, wenn Sie im Stande sind und wären, die deutsche Nation von diesen Privilegien zu überzeugen, sie Hochherzigkeit genug hätte, freiwillig darauf zu verzichten. Ich glaube aber, dass der Beweis, dass sie ein solches ist, ihnen nicht gelänge. Sehe ich nun auf keinem Gebiete einen Beweis der politischen Nothwendigkeit, dann könnte ich wenigstens noch fragen, ob vielleicht politische Nützlichkeit in ihr gegeben sei, ob zu erwarten, zu hoffen sei, was wir Alle wünschen müssen auf der neuen Bahn. Der Gedanke derselben ist hochherzig, grossartig, liberal. Ich gestehe es zu, allein man muss mit den gegebenen Verhältnissen rechten. Die Eröffnung der freien Bahn stellt sich dar als eine offene Frage an die Völker.

Meine Herren! Ich bestreite, dass diese Frage eine offene ist; ich glaube, wir haben heute bereits Antwort auf diese Frage nach allen Beziehungen. Ich behaupte, es ist der Standpunkt vollkommen klar, auf dem wir stehen, und keiner von uns kann zweifeln, wie diese Antwort nach jeder Seite hin ausfallen wird, wenigstens gewiss nicht in grossen Zügen; im Detail ist es nur ein doppelt bedauerlicher Umstand, wenn eine noch weitere Vielfältigkeit der Wünsche zu Tage tritt. Im Ganzen und Grossen aber gestatten Sie mir den Zirkel, in dem wir uns bewegen, hinzustellen. Ich will keine Namen, keine Nationalitäten, keine Kronländer nennen; aber zweifellos ist es, dass die Sache so steht: Auf der einen Seite ist die Tendenz unzweifelhaft dahin gerichtet, unter die Grenzen des Octoberdiploms zu gehen, und ich zweifle nicht, meine Herren, dass so ziemlich alle in diesem Saale mit mir in dieser Beziehung gleicher Ansicht sind und es aufs Tiefste bedauern würden, wenn die Grenzen des Diploms jemals verrückt werden könnten.

Auf der andern Seite sehen wir das Bestreben, dasjenige, was ich als kranken Punkt in der Februarverfassung, wenn gleich als nothwendige Concession gegenüber den historischen Verhältnissen betrachte, den kranken Punkt des Dualisten-Elementes, im Prinzipie zu generalisiren. Ich brauche mich darüber nicht deutlicher auszusprechen. Diesem Prinzipie gegenüber können Sie unzweifelhaft sein, dass wieder ein grosser Theil des Reiches selbst mit der magyarischen Hälfte Allianz machen würde, um dieses Maass des Föderalismus zu bekämpfen. Sie mögen es tadeln, sie mögen es Egoismus nennen, sie mögen es ein Unrecht nennen; heutzutage sind wir keine constituirende Versammlung; ich constatiere nur Thatsachen, wie sie vorliegen. Diese Allianz, sie wäre nur die Tendenz, möchte ich sagen, den Föderalismus durch den Dualismus zu schlagen. Ich constatiere aus eigener Erfahrung, bereits jetzt dort, wo man sie nicht gesucht hatte, Centralisten in dieser Richtung sich bewegend gefunden zu haben und es scheint mir die Stimme derjenigen eine Syrenenstimme zu sein, welche da sagen: heutzutage gibt es keine Centralisten mehr. Im Sinne der Februarverfassung wahr, ist solch eine Aeusserung in ihrem wahren Sinne nur ein Beweis, dass der Dualismus im Geiste der Bevölkerung bereits Fortschritte gemacht habe, die sehr gefährlich sind; am meisten für die mir gegenüberstehende Seite des Hauses, die heute dieses befürwortet, die aber am meisten Grund zu Besorgnissen hätte, wenn die Allianz zweier Parteien des Reiches sich in dualistischer Richtung vereinen möchte. Ihr müsste endlich wieder die Regierung selbst entgegen-treten. Und so sehen wir uns in einem fortwährenden Cirkel bewegt. Werden Sie es wunderbar finden, wenn wir und diejenigen, die gleich uns denken, hierin nun nichts Anderes sehen, als dass die eröffnete Bahn eine endlose Bahn ist. Ja ich fürchte, es könnte Jemand kommen und das Paradoxon aufstellen, und sagen, die endlose Bahn ist von der Art, dass wir bei ihr eher zum Ende als zum Anfang gelangen. Also, meine Herren! es ist nicht abzusehen, auf welche Weise eine Vereinigung wieder zu Stande kommen kann, als auf dem Wege, der ursprünglich vor 5 Jahren betreten worden ist. Was mir aber keinesfalls als gleichgiltig erscheint, ist die Langwierigkeit der Bahn. Meine Herren! ich liesse mir das vielleicht gefallen, wenn ich nur irgendwo — nicht ein Programm, aber eine feste Norm, ein festes Prinzip sähe. Wenn ich aber nichts Anderes sehe

als dass — es ist eine Thatsache, meine Herren, die sich nicht läugnen lässt — auf der einen Seite das Rechtsbewusstsein erschüttert ist, auf der andern Seite ein wahres Chaos von Rechtsanschauungen zur unzweifelhaften Verwirrung der Begriffe des Volkes zu führen im Stande ist; wenn ich zu den traurigen Resultaten komme, dass wir heute gerade hiedurch zu einer schweren Krankheit des Reiches — nämlich zu der Entwerthung und dem Schwanken der Geldvaluta eine mindestens schwankende, wenn nicht gänzlich entwerthete Rechtsvaluta bekommen, dann meine Herren, werden sie es begreiflich finden, wenn wir, wenigstens nach unserer gewissenhaften Ueberzeugung, auf den ersten Meilenstein der freien Bahn ein besorgtes *siste viator* schreiben möchten. Und so darf ich es aussprechen: uns bleibt nach unserer gewissenhaften Ueberzeugung nichts Anderes übrig, als neuerdings an den Schiedspruch des Monarchen zu appelliren, den er vor 5 Jahren gethan, zu appelliren, dass er uns von der unsicheren freien Bahn auf die Bahn der gesicherten Freiheit zurückführe.

Meine Herren! ich bin von der Redlichkeit der Ueberzeugung, die sie hegen, vollkommen durchdrungen, aber sie werden ebenso zugestehen, dass auf diesem Standpunkte, der das Resultat einer ernsten und unzweifelhaft-patriotischen Erwägung ist, unsere Zustimmung zu der Adresse nicht möglich ist. Sie wäre von unserem Standpunkte eine Unwahrheit; Wahrheit aber ist die erste Pflicht an den Stufen des Thrones.

Rede des Abgeordneten Grafen Clam-Martinic.

Anknüpfend an die letzten Worte des H. Redners, welcher vor mir gesprochen hat, dass er eben seiner eigenen rechtlichen Ueberzeugung Worte geliehen hat, möchte ich bitten zu glauben, dass das, was ich heute zu sagen mir vornehme, auch der treue, unverfälschte Ausdruck meiner Ueberzeugung ist.

Meine Herren, wenn ich dabei auch auf jene Motive zurückkomme, welche mich in meiner Ueberzeugung stärken und mich bestimmen, dem Adressentwurfe beizutreten, dann, meine Herren, mögen sie darin allerdings ein politisches Programm, wie der Herr Vorredner gesagt, erblicken, ich glaube jedoch nicht in Widerspruch zu kommen mit dem, was im Berichte der Commission steht: — es ist eben ein anderer Standpunkt

der der Commission, und ein anderer der eines Mitgliedes des Hauses, welches seine eigene Ueberzeugung ausspricht.

Ich spreche mich, meine Herren, für eine Adresse und zwar für diese Adresse aus; die Gründe, welche mich hiezu bestimmen, liegen erstens in der Bedeutung des Augenblickes, zweitens in der Bedeutung der kaiserlichen Ansprache, welche uns zu Theil geworden ist und drittens in der Bedeutung der Antwort, welche auf die Ansprache heute beantragt ist.

Eine nahezu zwanzigjährige Periode sich durchkreuzender Bestrebungen liegt hinter uns. Die gewaltsamen Erschütterungen, welche den Bestand des Reiches in Frage zu stellen drohten, machten eine stärkere festere Constituirung der Regierungsgewalt nothwendig. Im Laufe der Zeit hat aber dieses Mittel zum Zwecke sich aufzuwerfen gedroht, und hat gedroht den Charakter, den eigentlichen Charakter Oesterreichs zu verdunkeln. Das innere Gesetz Oesterreichs aber, durch welches es geworden ist, durch welches es Stürme und Gefahren überstanden und immer mit neuer Kraft aus denselben hervorgegangen ist, dieses Gesetz trug den Sieg davon, indem Seine Apostolische Majestät am 20. October 1860 das unvergessliche Diplom erlassen hat.

Was seither geschehen ist, meine Herren, das näher zu erörtern, will ich heute nicht unternehmen aus Gründen, die sie wohl zu würdigen wissen werden. Aber soviel kann und muss ich sagen, und soviel glaube ich, kann auch nicht von der Gegenseite bestritten werden, dass jedenfalls das Ziel, welches am 20. October aufgestellt worden ist, bis heute noch nicht erreicht, dass dieses Ziel so zu sagen in die Ferne zu rücken schien.

Da verdanken wir abermals der kaiserlichen Initiative, dass die Hindernisse beseitigt und die Bahn wieder frei wurde; frei nicht im Sinne der tabula rasa, welche die Gegenwart und die Factoren derselben ignorirt und beseitigt: — sondern so wie das October-Diplom zurückgekehrt ist auf die ursprünglichen Grundlagen, zurückgekehrt auf die Grundlage der pragmatischen Sanction und jene inneren Gesetze der Monarchie, so kehrt das Manifest vom 20. September auf die Grundlagen des Diplomes und somit auf jene überkommenen Rechtsgrundlagen zurück, welche durch das Octoberdiplom anerkannt und neu befestigt worden sind. Nun ist die Bahn der Verständigung ermöglicht. In wenigen Tagen und vielleicht in wenigen Stun-

den wird der Landtag des Königreiches Ungarn nach einer langen Sistirung wieder von dem apostolischen Könige eröffnet.

In der Brust eines Jeden lebt das Bewusstsein von der Bedeutung des Augenblickes; und wie auch die Ansichten auseinander gehen mögen, die Gefühle fliessen in dem Einen Wunsche zusammen, dass das Werk gelingen möge, und dieses Gefühl begleitet die Krone bei dem grossen Werke.

Und in diesem Augenblicke sollten wir als Vertreter des Landes schweigen? Auch wenn wir keine äussere Veranlassung hätten, die Bedeutung des Momentes müsste uns dies unmöglich machen.

Diese äussere Veranlassung aber liegt für uns in den wahrhaft erhabenen kaiserlichen Worten, welche in dem Manifeste an die Völker und an die Landtage insbesondere gerichtet sind.

Es hat ein früherer Redner treffend gesagt, die Geschichte kenne kaum ein Beispiel eines solchen erhabenen Appells, wie das Manifest vom 20. September. Es hat Regierungen gegeben, welche unter dem Drange der Umstände und Gefahren die Gewalt in die Hände von Versammlungen legten, die man constituirende nannte: — nicht in diesem Sinne ergeht das Manifest vom 20. September an die Völker, denn hoch über dem Streit der Ansichten und Bestrebungen steht der Ernst des Entschlusses festzuhalten die unverrückbare Grundlage des 20. October und die Bedingungen der Macht und Einheit des Reiches, und zu wahren die Mannigfaltigkeit und geschichtliche Rechtsentwicklung der Königreiche und Länder. Auf diesem Boden ruft Se. Majestät die Völker zur Vereinbarung; nicht dass eines dem andern Gesetze vorschreibe, nein, zur Verständigung unter einander und unter dem gemeinsamen Walten der Krone. Nicht der Landtagsaction allein also ist die Zukunft anheim gestellt durch das Manifest vom 20. September, sondern der gemeinsamen Action aller Völker, aller Königreiche und Länder des Reiches, unter dem ausgleichenden Walten der Krone.

Andere Regierungen wieder hat es gegeben, welche eine staatsrechtliche Gestaltung in fester Form und Norm bindend, als Gesetz nach eigener Willkür den Völkern auferlegt haben. Auch von diesem Wege ist weit entfernt das erhabene Manifest vom 20. September; nur die Grundlagen und Grenzen sind festgestellt; innerhalb derselben soll der Mannigfaltigkeit ihr Recht werden. Darum ist wahrlich dies ein Act von uner-

reichbarer Grösse; es ist ein Act, der allerdings nicht in das Schema und in die Kategorien der Rechtslehrer und Politiker passt, der aber eben dem eigenthümlichen Charakter des österreichischen Reiches und dem Berufe der Kronen in Oesterreich entspricht.

Zu diesem Werke nun ladet uns das kaiserliche Wort ein mit erhebendem Vertrauen und mit einer, wenn man auf die Ergebnisse der Vergangenheit Rücksicht nimmt, wahrhaft unerschöpflichen Langmuth und Ausdauer. Diese Langmuth und Ausdauer hat ihre Grundlage in der Zuversicht auf die Treue der Völker; sie beruht auf der Hoffnung auf die Einsicht der Völker, welche in der Zusammengehörigkeit und in dem unlöslichen Verbande das Palladium der eigenen Existenz erblicken. Wo also das Ziel von Allen gewollt wird, wirklich und wahrhaft gewollt wird, dort ist auch Sicherheit vorhanden, dass der Weg dazu gefunden wird.

Dieses Alles sagt und verkündet das Manifest Sr. Majestät, und wir sollten schweigen? Das Recht, im Namen des Landes zu sprechen, ist in einem solchen Augenblicke die Pflicht, es zu thun. Ich habe von Seite der Gegner noch keine Andeutung erhalten darüber, ob sie statt der Worte, welche die Commission an Se. Majestät zu richten beantragt, andere Worte zu substituiren, ob sie eine andere Adresse zu erlassen beantragte. Es scheint, dass sie gegen die Adresse stimmen werden.

Sollten wir also zur Tagesordnung übergehen? Zur Tagesordnung übergehen, meine Herren, in diesem Augenblicke bei so grossen Fragen ist ein kleines Mittel. Wenn es möglich sein sollte, was ich nicht voraussetzen will, dass der Landtag des Königreiches Böhmen in diesem Augenblicke zur Tagesordnung übergehen würde, dann, meine Herren, würde der Spruch des Dichters Anwendung finden: „Wehe! der grosse Moment traf ein zu kleines Geschlecht.“ Zur Tagesordnung übergehen, meine Herren? Die Zukunft Oesterreichs und mit ihr die Zukunft unseres Vaterlandes Böhmen ist an der Tagesordnung: und wir sollten schweigen?

Ich achte jede gewissenhafte Ueberzeugung. Ich bin überzeugt, dass ein offenes Wort in Ehrfurcht ausgesprochen von dem Throne herab, Würdigung und Aufnahme findet. Ich würde daher begreiflich finden, wenn die Herren, welche mit dem Gedankengange des Entwurfes nicht einverstanden sind, eine andere Adresse beantragen würden. Nur sollte man nicht Schweigen in diesem Augenblicke auferlegen.

Meiner Ansicht nach ist das Vertrauen des Landes, welches uns berufen, und das Vertrauen des Monarchen, welcher sich an uns gewendet hat, der doppelte Beweggrund, welcher uns bestimmen muss, für die Adresse zu stimmen, u. z. spreche ich mich für diese Adresse aus, weil sie, wie ich bereits angedeutet habe, der Bedeutung des Momentes entspricht, sich den kaiserlichen Worten und Intentionen anschliesst, und wie im Berichte der Commission die Wahrheit gesagt ist, als deutlich erkennbare Stimme des Königreiches Böhmen sich darbietet. Bis hieher hätte ich geglaubt, habe ich gewünscht, dass alle, wie auch die Meinungen verschieden sind, übereinstimmen werden, nämlich darin, dass eine Adresse zu erlassen sei. Begreiflich ist allerdings bei der Verschiedenheit der Standpunkte die Verschiedenheit der Meinungen rücksichtlich des Inhalts der Adresse selbst.

Von der entgegengesetzten Seite werden sowohl rechtliche als politische Bedenken angeführt. Der Redner, welcher unmittelbar vor mir gesprochen hat, hat von fern, in sehr discreter Weise das Gebiet der rechtlichen Bedenken betreten; er hat aber wesentlich nur gegen die rechtliche Nothwendigkeit polemisiert. Ich möchte mir aber erlauben, zu bedenken zu geben, dass einerseits diese Polemik nicht gegen die Adresse, nicht gegen den vorliegenden Antrag gerichtet sein kann, sondern so zu sagen an eine andere Adresse gerichtet war, und zweitens dass die Gründe, welche scheinbar nur gegen die rechtliche Nothwendigkeit angeführt worden sind, eigentlich weit über dieses Ziel hinausgehen. Dies ist jedoch ein Feld, auf das ich im gegenwärtigen Augenblicke dem Herren Redner nicht folgen will.

Es ist gesagt worden, dass nun alle Grenzen verwischt sind, keine Grenzen in der staatsrechtlichen Action festgehalten werden. Aber, meine Herren! es ist klar und deutlich im Manifeste enthalten, dass die Grenzen des Octoberdiploms, welche ja auch die Grenzen für die Februarverfassung sein mussten, dass diese Grenzen unverrückbar festgehalten werden. Es ist dabei auch von dem Geiste des Februarpatentes gesprochen worden; nun da erlauben sie, meine Herren, auch mir an den Geist des Octoberdiploms zu appelliren.

Ich gehe auf die Frage politischer Bedenken über, diese culminiren in dem Punkte: „Der Weg kann nicht zum Ziele führen.“

Meine Herren! da erlaube ich mir zunächst darauf hinzuweisen, dass jedenfalls der bisherige Weg nicht zum Ziele geführt hat. Ja mehr als das. Ich gebe dem Vorredner darin Recht, dass eine Erfahrung von 4 Jahren nicht genüge, um behaupten zu können, dass der bisherige Weg nicht zum Ziele führe. Aber ich sage eben: er konnte nicht zum Ziele führen, wegen des inneren unlöslichen Widerspruches zwischen dem Festhalten an der Form des Patentes vom 26. Februar als rechtlich vollzogener Thatsache auf der einen und der Rechtscontinuität auf der anderen Seite. Zwischen diesen gibt es keine Versöhnung. Es hat die Anerkennung dieses Umstandes vor dem Erscheinen des Manifestes vom 20. September in vielen Kreisen sich Geltung verschafft, man scheint aber jetzt vielfach darauf vergessen zu wollen.

Meine Herren! es ist sicher, und wir müssen uns darüber klar werden, es gab keine andere Alternative, als entweder die Contumacirung der Länder, bis ans Aeusserste — die Contumacirung von Ungarn bis zu den directen Wahlen und bis zur Gewalt, oder: den 20. September, da meine ich, kann die Wahl nicht zweifelhaft sein.

Nun aber, warum sollte dieser Weg nicht zum Gelingen führen, den wir jetzt betreten? An der Möglichkeit des Ergebnisses zweifeln, hiesse an sich selbst verzweifeln.

Wenn ich, meine Herren, mich für einen Augenblick meiner eigenen Ueberzeugung von der Heilsamkeit des Weges entäussern wollte, müsste ich doch, so denke ich mir, die Möglichkeit des Gelingens auf diesem Wege vor Augen halten und anderseits die Unmöglichkeit des Verlassens dieses Weges erwägen. Denn, meine Herren, der Antrag, die Bitte, es möge nun von diesem Wege abgelassen werden, ist, erlauben Sie mir den Ausdruck, denn doch eine Selbsttäuschung, die bis zur Naivität sich zuspitzt. Wenn ich nun die Unmöglichkeit des Verlassens dieses Weges und doch die Möglichkeit des Gelingens vor Augen hätte (ich stelle mich, wie gesagt, auf den gegnerischen Standpunkt), dann müsste ich Angesichts der Bedeutung des Momentes sagen: ich muss mitwirken zu dem Zwecke, damit auch dieser einzige Ausweg nicht fruchtlos betreten werde. Ich müsste sagen: es ist nothwendig, dass nicht das Bleigewicht des Misstrauens und des Widerstandes sich an die Action der Regierung hänge in dem Augenblicke, wo sie der freien Entfaltung derselben und deshalb vertrauensvollen Entgegen-

kommens bedarf. Deswegen, meine Herren, suche ich nun von meinem Standpunkte aus in der Adresse den Ausdruck des Vertrauens und der Bereitwilligkeit: und diesen Ausdruck finde ich darin.

Ich habe früher gesagt, ich suche in der Adresse die deutlich vernehmbare Stimme des Königreiches Böhmen. Das Königreich Böhmen, meine Herren, hat zu dem Werden des Reiches die Hand gereicht, das Königreich Böhmen hat durch die Annahme der pragmatischen Sanction den Verband desselben für die Zukunft festzustellen mitgewirkt, es ist in guten und bösen Zeiten zum Reiche gestanden, meine Herren, es wird auch bei der Erneuerung der pragmatischen Sanction in erster Reihe zum Reiche stehen. Der Weg mag langwierig sein; es handelt sich eben um eine natürliche Gestaltung; eine solche natürliche Gestaltung ist nicht das Werk eines Momentes. Auch das Werden unseres Reiches war nicht das Werk eines Momentes, wie bei so manchen Staaten, welche auf Grundlage gewaltsamer Acte, gewaltsamer Erschütterungen oder der kühnen That eines Eroberers gegründet sind.

Oesterreich ist geworden und entstanden durch das mit zwingender Macht zum Bewusstsein gelangte Gefühl der Nothwendigkeit der Zusammengehörigkeit. Und durch diese Zusammengehörigkeit Jahrhunderte hindurch, durch gemeinsame Schicksale, durch gemeinsam vergossenes Blut und durch gemeinsame Treue zu derselben gemeinsamen Dynastie: dadurch hat sich der Kitt unserer Monarchie gebildet und nicht bloß durch den 26. Februar. Und so, meine Herren, wie das Reich geworden ist, wie es stark und einig geworden ist, wie die pragmatische Sanction selbst geworden ist, so muss auch diese neue pragmatische Sanction werden durch das Zusammenwirken der Völker: und deswegen, meine Herren, suche ich in der Adresse den Ausdruck des Ausharrens und der Treue; und auch diesen finde ich in der Adresse.

Wo aber unser Kaiser und König nicht bestimmte Formen vorschreibt, nicht mit bestimmten Gesetzen der Zukunft vorgreift, sondern nur zuruft: Die Bahn ist frei! da sollen wir sie nicht einengen mit ängstlichen Klauseln, nicht der Zukunft vorgreifen. Die Stimme des Königreiches Böhmen drängt sich nicht hastig und ungeduldig vor mit Wünschen, Klagen, Beschwerden und Ansprüchen. Das Königreich Böhmen ist sich bewusst der Gemeinsamkeit des Zieles und der Reinheit der Absicht, es ist sich bewusst seines guten Rechtes, wel-

ches auf fester Grundlage ruht, und von Sr. Majestät neuerdings feierlich anerkannt worden ist. Darum verwahre ich mich dagegen, als ob die Zustimmung zu dem Acte des 20. September aus der Absicht hervorginge, blos Einzel-Rechte durchzusetzen. Wir kennen den untrennbaren Verband des Rechtes der Länder mit dem Rechte der Gesamtheit. Deswegen, meine Herren! glaube ich in der Adresse den Ausdruck der Zuversicht suchen zu müssen, jener Zuversicht, welche in den schönen Worten ausgedrückt ist, wir Alle seien überzeugt, dass alle Völker dem landesväterlichen Herzen des Monarchen gleich nahe sind, und dass alle gleichen Schutzes und gleicher Anerkennung ihrer Rechte sich erfreuen.

Dieses auszusprechen ist einmal der schuldige Tribut des Vertrauens zu Sr. Majestät. Es soll aber auch zugleich an die Brudervölker der Monarchie gerichtet sein. Auch sie sollen wissen, dass wir zur Verständigung bereit sind, und zu dieser ihnen unsere Hand brüderlich reichen; dass wir ihre Rechte achten, dass wir aber auch zuversichtlich voraussetzen, auch sie werden unsere Rechte achten, dass wir, wie wir mit Bereitwilligkeit zur Verständigung die Hand bieten, auch fest einstehen für unser Recht, aber ebenso fest für das Recht der Gesamtheit und für das heilige Recht der Krone; und dass so, wie wir eingestanden sind dagegen, dass durch die Centralisation das Landesrecht contumacirt werde, wir ebenso einstehen werden dafür, dass die Einheit des Reiches nicht gelöst, dass das Reich nicht in zwei Theile getheilt, nicht durch den Dualismus, jene staatsrechtliche Gestaltung der Zwietracht, zerrissen werde.

Und darum, meine Herren! weil wir mit Zuversicht der Zukunft entgegen sehen, so ist es wohl recht, dass wir auf jenen lichten Punkt unseren Blick richten, welcher uns das Zeichen der Verheissung, das Zeichen des gelungenen Ausgleiches ist, auf jenen erhabenen Act, auf das Symbolum jener Weihe, welche (um mich der beredten Worte zu bedienen, welche der erhabene Kirchenfürst als Primas unseres Landes in der ersten Sitzung des Landtages unter dem freudigen Jubel des h. Hauses und des ganzen Landes gesprochen hat), jener Weihe, „welche fester bindet, als das starre Recht, und besser schützt als das blanke Schwert.“ Die Krönung ist für uns Böhmen das Bindeglied zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft; und nur wenn wir den Samen der Gegenwart in den Boden der Vergangenheit versenken, wird ein mächtiger Baum

daraus erwachsen, der Früchte der Zukunft bringt. Dahin aber verweisen uns die kaiserlichen Worte des 20. September, indem sie die Achtung vor dem legitimen Rechte als Wahrzeichen der Verständigung bezeichnen. Darum, meine Herren! also, weil ich in der Adresse wirklich die Stimme des Königreiches Böhmen erblicke, weil ich darin finde Vertrauen, Bereitwilligkeit, Treue, Ausharren, Zuversicht und Achtung vor dem legitimen Rechte: darum, meine Herren! stimme ich aus tiefster Seele und vollster Ueberzeugung für die Adresse und hoffe und erwarte, dass sie als Stimme des hohen Landtages des Königreiches Böhmen an die Stufen des Thrones Seiner Majestät gelangen werde.

Rede des Abgeordneten Prof. Herbst.

Nach den Auseinandersetzungen, welche gegen die Adresse in diesem hohen Hause heute gehalten wurden, würde ich mich gern bescheiden und auf das Wort verzichten, wäre ich nicht eines jener 3 Mitglieder der Commission, welche sich vorbehalten haben, die rechtlichen und politischen Bedenken, aus welchen sie gegen die entworfene Adresse zu stimmen sich verpflichtet fühlen, bei der Berathung in dem hohen Landtage geltend zu machen, und wären nicht einige dieser rechtlichen Bedenken bisher noch unausgeführt geblieben, oder wäre es nicht möglich, derselben wenigstens noch einige neue und gewichtige Seiten abzugewinnen und neue Momente hinzuzufügen.

Ich werde kaum in der Lage sein, mich in eine Polemik gegen die Ausführungen einzulassen, welche heute hier vorgebracht wurden; denn mit Gefühlen lässt sich nicht streiten, es lässt sich aber noch weniger streiten, wenn die Frage auf ein Gebiet gespielt wird, von welchem aus sie nicht beantwortet werden kann. Ich werde daher jenem Herrn Vorredner nicht folgen, welcher die Frage auf das nationale Gebiet hinüber spielte. Ich werde ihm in dieser Beziehung nicht folgen, wenn er es auch unserer Seite des Hauses vorgehalten hat, dass wir uns fürchten, dass wir nichts wagen. Ich glaube, wir fürchten uns nie einzustehen für das Recht, wir werden es immer wagen, wenn auch unter ungünstigen Verhältnissen, für Alles einzustehen, was wir für Recht halten, und diese Ueberzeugung möge der geehrte Herr Vorredner nur hinnehmen; das mag er vielleicht lernen, dass es eine Eigenthümlichkeit unseres Stam-

mes ist, nach welcher er auf das Recht und das, was er für Recht hält, trotz allen Drohungen, allen Versuchen bestimmend einzuwirken, nicht Verzicht leistet.

Das ist das Einzige, was ich vom nationalen Standpunkte, dem Herrn Vorredner nicht folgend, andeute. Denn die Frage ist eine Verfassungs- und daher wesentlich eine Rechtsfrage.

Ich kann der Adresse nicht beistimmen, obschon wir uns ungern dem Ausdrücke der im 2. Absatz ausgesprochenen Gefühle entziehen, allein hier handelt es sich eben nicht bloß um den Ausdruck der Loyalität, sondern, wie der Herr Vorredner auf der anderen Seite des Hauses ganz bestimmt hervorhob, um ein politisches Programm, dessen Ausdruck er in der Adresse findet und sich eben deshalb bestimmt findet, für die Adresse zu stimmen. Aber gerade, weil sich darin ein bestimmtes politisches Programm findet, welches das unsere nicht ist und nicht sein kann, darum fühle ich mich verpflichtet, gegen die Adresse zu stimmen und wir können uns hiebei durch die Behauptung nicht irre führen lassen, dass das Königreich Böhmen und der dasselbe vertretende Landtag nicht berechtigt sei, über die Frage zur Tagesordnung überzugehen. Wir können das aus einem einfachen Grunde zurückweisen: wir haben unserer Ansicht über den Gegenstand in diesem hohen Hause bereits Ausdruck zu geben versucht.

Wir haben gebeten, man möge den Ausdruck unserer Ueberzeugung derselben Commission, welche die Adresse an Se. Majestät zu entwerfen berufen wurde, zur Vorberathung überweisen, damit uns die Geltendmachung dieser Gesinnung möglich sei. Diese Bitte wurde von mehr als 100 Mitgliedern dieses hohen Hauses gestellt, — man hat sie einfach abgelehnt, es wurde uns damit unmöglich gemacht, der Gesinnung in der Commission Ausdruck zu geben, und da wir den Beschluss des hohen Hauses ehren, so war es dieser Beschluss, von welchem wir ausgehen mussten. Allerdings, — wenn man nach einem Präcedenzfalle vorgegangen wäre, wäre dies nicht geschehen.

Ich erlaube mir auf jenen andern Fall, der vor wenigen Jahren in diesem Hause vorkam, hinzuweisen, indem ich aus dem stenographischen Protokoll die Rede eines andern Antragsstellers mit wenigen Worten citire, wo es heisst:

„Nun um näher zu der Sache zu kommen! Ich besorge „nicht, dass der von mir und Genossen eingebrachte Antrag „verworfen wird, das wäre ein verfassungswidriger Beschluss,

„einen solchen kann ich Niemand diesem Hause zutrauen, es wäre von Ihnen, ich möchte sagen, ein Verbrechen. Also vor einer Verwerfung des Antrags habe ich gar keine Besorgniss.“

Der Antragsteller war auch ganz recht daran, dass er gar keine Besorgniss hatte; ich selbst hatte die Ehre, mit 105 Unterschriften den Antrag einzubringen, dass der von ihm gestellte Antrag an eine Commission verwiesen und nicht stillschweigend beseitigt werde.

Und es ist heuer mit unserem Antrag nicht so glücklich gegangen: wir waren nicht in der Lage, wenn wir nicht illegal und gegen den Beschluss des hohen Hauses vorgehen wollten, mit dem Entwurfe einer Gegenadresse in der Commission hervortreten, denn das hohe Haus hat erklärt, dass der Gesinnungsausdruck, den wir demselben vorgelegt haben, nicht geeignet sei zur commissionellen Berathung. Wir mussten also auf die sogeatete Geltendmachung unserer Ansicht Verzicht leisten. Einer solchen Minorität, wie sie sich an jenem Tage kund gab, wurde dies unmöglich gemacht, deshalb bleibt uns nichts Anderes übrig, als gegen die Adresse zu stimmen, und darauf Verzicht zu leisten, dem bereits abgelehnten Antrage in positiver Weise abermals Ausdruck zu geben. Hierin liegt die Rechtfertigung, warum wir nichts Anderes zu thun in der Lage sind, als zur Tagesordnung zu übergehen, über eine Frage übrigens, deren Beantwortung heute noch nicht an uns herangetreten ist, die seiner Zeit wie das kaiserliche Manifest vom 20. September und das Patent sagt, den legalen Vertretern der westlichen Königreiche und Länder wird vorgelegt werden, die aber bis jetzt noch nicht vorgelegt worden ist; — wo also die Frage der Nothwendigkeit bezüglich derselben und bezüglich der Geneigtheit sich als legale Vertreter zu betrachten, zu äussern in diesem Momente noch nicht vorhanden ist. Ich glaube daher, dass, was auch von Seite des hohen Hauses beliebt werden wird, der Beschluss materiell und formell correct sein wird.

Wir stimmen aber für die Adresse nicht, weil sie nicht nur positiv den Ausdruck eines Programmes enthalten soll, dem wir nicht beitreten können, sondern auch deshalb, weil sie, wie schon einer meiner verehrten Vorredner hervorgebracht hat, wollte sie dem Principe getreu sein, sich durchaus an die Worte des Manifestes anschliessen sollte und daher dessen wesentliche Momente — hätte aufnehmen müssen. Ich meine hier vorzüglich

2 Punkte des Manifestes; der eine Punkt sind jene erhabenen Worte der Anerkennung unseres Monarchen, welche derselbe den Männern ausgesprochen, die dem allerhöchsten Rufe folgend, in der Reichshauptstadt im Gebiete der Rechts-, Staats- und Finanzwissenschaft durch eine Reihe von Jahren hochwichtige Aufgaben zu lösen bemüht waren. Vielleicht würde einer der Herren Vorredner, wenn er diese Stelle beachtet hätte, sich mit etwas weniger herabsetzenden Ausdrücken, mit Ausdrücken, die auf keines der hohen Häuser des Reichsrathes passen, über Thätigkeit und den Beruf des Reichsrathes ausgesprochen haben.

Wenn aber schwer zu begreifen ist, wie diese Worte des kaiserlichen Manifestes, worin allerhöchst derselbe die warme Anerkennung der Bereitwilligkeit, dem kaiserlichen Willen zu entsprechen, ausdrückte, unberücksichtigt bleiben konnten, so ist nicht minder unbegreiflich, — und da muss ich sagen geradezu unbegreiflich — dass in der Adresse, die doch ein politisches Programm enthalten soll, die Worte gar nicht berücksichtigt wurden, welche lauten: Ich kann nur beklagen, dass dieser unabweislich gebotene Schritt auch einen Stillstand in der verfassungsmässigen Wirksamkeit des engeren Reichsrathes mit sich bringt. Freilich, wenn man sich der Ansicht hingibt, dass die Sistirung eine vollkommene Beseitigung alles dessen sei, was das Februarpatent geschaffen hat, und dass ein Stillstand in der verfassungsmässigen Wirksamkeit des Reichsrathes, wie einer der Herren Vorredner ausdrücklich gesagt hat, ein Wegfallen des ganzen Reichsrathes ist, dann ist es begreiflich, dass man darüber schweigt. Aber die Worte des Bedauerns, welche Se. Majestät betont, hätten nicht unberücksichtigt bleiben sollen, und der Wunsch, dass der engere Reichsrath, der nach den Worten Sr. Majestät in seiner Thätigkeit nur einen Stillstand erfahren hat, wieder eintreten möge, das hätte bei aller Bereitwilligkeit, den Ausgleich mit Ungarn herbeizuführen und vielleicht eben wegen dieser Bereitwilligkeit ohne Weiteres aufgenommen werden können.

Wenn ich nun nach diesen den allgemeinen Charakter der Adresse betreffenden Bemerkungen speciell übergehe auf den Rechtspunkt, so muss ich vor Allem bemerken, dass es mir zu meinem Bedauern unmöglich ist, der Behauptung beizutreten, dass, wo es sich um klare Gesetze handelt, man einfach nicht den gesetzlichen Boden und nicht die Bestimmungen des Gesetzes bei der Lösung der Rechtsfrage, sondern vielmehr

das Rechtsbewusstsein zu Grunde nehmen muss. Es liegt in diesem Worte Rechtsbewusstsein, wenn es dem positiven Rechte gegenüber gestellt wird, etwas unendlich Bedenkliches, und namentlich begreife ich nicht, wie die Anhänger des historischen Rechtes jener unbestimmten Quelle des Rechtsbewusstseins eine dem positiven, dem historischen Rechte derogirende Macht einräumen können. Nach der Ausführung, die wir vor wenigen Tagen in diesem hohen Hause bezüglich bestimmter Privatrechte hörten, muss ich diese Theorie für höchst bedenklich betrachten, wenn man sagt, das subjective Bewusstsein darüber, was recht ist, es vermöge jenem, wozu man auf Grund des wirklichen, positiven und historischen Rechtes verpflichtet ist, zu derogiren.

Diese Theorie kann zu sehr bedenklichen Consequenzen führen, ja sie hat schon dazu geführt, und ich kann mich daher der Ueberzeugung nicht entschlagen, dass die feierlich kundgemachten und verbürgten Urkunden die Quellen sind, nach welchen die Rechtsfragen gelöst werden müssen. Es ist auch in der That bei einiger Unbefangenheit nicht schwer, die Rechtsfrage zu lösen und zugleich dringend nothwendig, die Unklarheit, welche vielfältig in dieser Richtung deshalb herrscht, weil man sich mit dem Inhalte der Urkunden wenig beschäftigt hat, zu beheben. In dieser Beziehung muss ich etwas vorausschicken, was der Behauptung eines Herrn Vorredners sehr zur Stütze zu dienen geeignet ist, der Behauptung nämlich, dass zur Zeit der Erlassung des Diploms ein gewaltiger Unterschied zwischen dem Rechte Böhmens und den übrigen cisleithanischen Ländern einerseits und jenem der Länder der Krone Ungarns andererseits stattgehabt und dass diese Verschiedenheit ihren flagranten Ausdruck im Manifeste und Patente gefunden hat. Denken wir uns den Fall — und bei Lösung von Rechtsfragen hat man immer vom einfachsten auszugehen — denken wir uns den Fall, dass nachdem Se. Majestät das Octoberdiplom und Patent den zusammenberufenen Landtagen zur Annahme vorgelegt — der ungarische Landtag beide annehmen würde, dann wäre die Verfassungsfrage in Oesterreich gelöst und dies ist ein Beweis, dass die Verfassungsfrage in Oesterreich eine ungarische ist und dass ein gewaltiger Unterschied in der Verfassungsfrage diesseits und jenseits der Leitha obwaltet.

Ich kann mich in dieser Beziehung auf die officiellen Regie-

rungsvertreter in den verschiedenen Landtagen berufen, und ich zweifle gar nicht, dass auch von Seite des Regierungsvertreters in diesem Landtage eine gleiche Erklärung abgegeben werden wird, was geschähe, wenn der ungarische Landtag die Februarverfassung und das Octoberdiplom annähme. Dann wäre die Verfassungsfrage gelöst und die legalen Vertreter diesseits der Leitha hätten in dieser Beziehung nichts weiter zu sagen. Und wenn dem also ist, so ist die Verfassung eine ungarische Frage und nicht eine cisleithanische; das folgt aus jener positiven Erklärung. Nun fürchte ich allerdings, dass dieses Positum nicht eintreten werde. Ich bezweifle keinen Augenblick, dass der ungarische Landtag das Octoberdiplom — denn um dieses handelt es sich hauptsächlich — nicht annehmen werde, dass er mindestens wesentliche Modification daran vornehmen wird; aber für die Rechtsfrage ist jenes früher gewonnene Resultat entscheidender. Es wird sich die Frage ergeben, ob die Modification, welche der ungarische Landtag in Bezug auf das Octoberdiplom und das Februarpatent Seiner Majestät zu unterbreiten für nothwendig findet, mit der Machtstellung des Reiches vereinbar ist; mit den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder diesseits der Leitha haben sie nichts zu thun, und wenn vom ungarischen Landtage am Februarpatent Veränderungen vorgenommen würden, die vollkommen entsprechend sind, so würde der engere Reichsrath unverändert aufrecht erhalten bleiben, denn mit dem engern Reichsrath hat die ungarische Frage gar nichts zu thun. Man muss also die Fragen nur so nehmen, wie sie wirklich sind, um zu finden, dass man sich grossen Täuschungen hingibt, wenn man die Verhältnisse diesseits der Leitha gleichstellen will den Verhältnissen jenseits der Leitha. Dies ergibt sich aber auch entschieden, wenn man beide Grundgesetze prüft, nämlich das Octoberdiplom und das Februarpatent und ich werde gleich die Frage der Octroyirung zur Sprache zu bringen die Ehre haben.

Man sagt häufig, das Octoberdiplom sei keine Octroyirung, deswegen sei das Octoberdiplom unverrückbar und unter allen Verhältnissen festzuhalten. Meine Herren, in der Wirklichkeit verhält es sich ganz anders. Das Octoberdiplom ist eine Octroyirung, das Februarpatent ist eine Ausführung der Octroyirung. In dem Patente finden wir die Ausführung der Octroyirung des Diplomes. Meine Herren, vielleicht werden Sie,

wenn ich es werde nachgewiesen haben, diese Aufklärung annehmen. Das Feberpatent, um Sie zu beruhigen, ist eine Ausführung des Octoberdiploms, aber in solchen Punkten, in welchen sich Se. Majestät die Ausführung Selbst vorbehalten haben, wie ich gleich ausführen werde. Das Octoberdiplom ist eine Octroyirung und konnte auch gar nichts Anderes als eine Octroyirung sein, so wie auch Seine Majestät im Eingange ausdrücklich erklärt kraft kaiserlicher Machtvollkommenheit dieses Diplom zu erlassen.

Es konnte auch gar nicht anders als durch kaiserliche Machtvollkommenheit ergehen und war daher allerdings eine Octroyirung, und war dies nicht etwa, wie schon behauptet worden ist, blos darum, weil es nicht vorläufig dem ungarischen Landtage zur Annahme vorgelegt wurde, nicht blos wegen dieser Form, welche hätte nachgetragen werden können, sondern, weil ein nach ungarischem Verfassungsrecht unzweifelhaft dem ungarischen Landtage zustehendes Recht demselben abgenommen und zur verfassungsmässigen Behandlung an ein anderes Organ übertragen werden sollte.

Diesen Grundsatz des Octoberdiploms, der im Art. II. ausgesprochen worden ist, — dass alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche sich auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen, die allen Königreichen und Ländern gemeinschaftlich sind, namentlich die Gesetzgebung über das Münz-, Geld- und Creditwesen, über die Zölle und Handelssachen; ferner über die Grundgesetze des Zettelbankwesens; die Gesetzgebung in Betreff der Grundsätze des Post-, Telegraphen- und Eisenbahnwesens; über die Art und Weise und die Ordnung der Militärpflichtigkeit u. s. f. in Zukunft in und mit dem Reichsrathe, unter seiner Mitwirkung verhandelt und unter seiner Mitwirkung verfassungsmässig erledigt werden, sowie die Einführung neuer Steuern und Abgaben, dann die Erhöhung der bestehenden Steuern und Gebührensätze, insbesondere die Erhöhung des Salzpreises und die Aufnahme neuer Anlehen, das war Ungarn gegenüber eine Octroyirung, eine Beschränkung der ungarischen Verfassung und der jenem Königreiche gebührenden Rechte, das ist der Grund, um dessen willen von Seite Ungarns beständig das Octoberdiplom so wie die Ausführung desselben, die Februarverfassung, energischen Widerstand fand und findet. Nun sagt der Art. 1., das Recht Gesetze zu geben, abzuändern und aufzuheben, wird von uns und unsern Nachfolgern nur

unter Mitwirkung der gesetzlich versammelten Landtage, beziehungsweise des Reichsrathes ausgeübt werden, zu welchem die Landtage die von Uns festgesetzte Zahl von Mitgliedern zu entsenden haben. Ist darin etwa ausgesprochen, dass über die Art, wie der Reichsrath zusammenzusetzen ist, vorläufig eine Vereinbarung mit den verschiedenen Ländern stattzufinden habe, oder hat nicht Se. Majestät ausdrücklich ausgesprochen: zu welchem die Landtage die von Uns festgesetzte Zahl von Mitgliedern zu entsenden haben? Wie diese Zahl festgesetzt würde, war daher durch die Machtvollkommenheit der Krone zu bestimmen. Sie hat dieselbe so bestimmen können, wie es im Februarpatente geschehen ist. Sie hätte dieselbe allerdings auch auf eine andere Art bestimmen können; aber wie man sagen könne, dass das eine Octroyirung gegenüber dem Octoberdiplom, während sich doch Se. Majestät das Recht festzusetzen und nicht zu vereinbaren vorbehalten hat, das ist nicht leicht zu begreifen.

Gerade so verhält es sich mit den Landesordnungen; und das Februarpatent, indem es eine Landesordnung einführt, ist nur die unmittelbare Ausführung des Octoberdiploms, wie dies Se. Majestät dem damaligen Staatsminister Goluchowski aufgetragen hat.

Man kann also nicht sagen, dass das Octoberdiplom nicht octroyirt, das Februarpatent aber octroyirt sei, und daher auch nicht behaupten, das erstere habe aus diesem Grunde mehr Kraft als das Letztere, oder es werde das Erste vom ungarischen Landtage weniger perhorrescirt als das Letztere. Das Octoberdiplom war eine grosse That, es war eine That der kaiserlichen Machtvollkommenheit, es gab für die Zukunft das Recht, Gesetze zu geben, abzuändern und aufzuheben, als alleiniges Recht der Krone auf, und überwies dasselbe an die Mitwirkung des Reichsrathes und der Landtage. Aber die Form, die behielt sich Se. Majestät vor zu bestimmen, und das, meine Herren, begründet den Unterschied von einer Octroyirung.

Was nun aber den oft erwähnten Einklang betrifft, welchen der Artikel 6 des Februarpatentes voraussetzte, so erlaube ich mir auch, in dieser Beziehung Einiges anzuführen. Es wird in diesem Artikel ausdrücklich erklärt, was als die Verfassung der Monarchie anzusehen sei; und es wird behauptet, weil die ungarische Verfassung, welche auch eines der Grundgesetze ist, mit dem Februarpatente und dem Octoberdiplome nicht in Ein-

klang gebracht werden kann, so sei die Sistirung des Februarpatentes selbstverständlich. Nun erlaube ich mir aber, zu den Ausführungen meines geehrten Collegen Brinz, welcher vom allgemein juristischen Standpunkte nachwies, wie ein bedingtes Staatsgrundgesetz eine Unmöglichkeit sei, noch speciell auf den Wortlaut der Grundgesetze hinzuweisen, aus welchen hervorgeht, dass in dem Artikel 6 nicht von bedingten Staatsgrundgesetzen die Rede sei und verweise bezüglich des Grundgesetzes über die Reichsvertretung auf den noch nicht hervorgehobenen Artikel 1, wo es heisst:

Rücksichtlich der Zusammensetzung des zur Reichsvertretung berufenen Reichstages und des ihm im Diplome vom 20. October 1860 vorbehaltenen Rechtes der Mitwirkung bei der Gesetzgebung, genehmigen wir das beiliegende Gesetz über die Reichsvertretung und verleihen ihm hiemit für die Gesammtheit unserer Königreiche und Länder die Kraft eines Staatsgrundgesetzes. Wie nun das mit jener neuerlich vorgetragenen Lehrmeinung über den nothwendigen Einklang im Artikel 6 zu vereinigen sei, das muss ich dem Scharfsinne eines jeden beliebigen Juristen überlassen. Hier ist nicht von Bedingungen die Rede, unter welchen es verliehen worden, sondern hier erklärt Se. Majestät:

„Wir verleihen hiemit für die Gesammtheit der Länder demselben die Kraft eines Staatsgrundgesetzes“; merkwürdiger Weise ist die Argumentation, welche sich daraus ergibt, bisher in keinem der zahlreichen „Abend - Post - Artikel“ besprochen worden.

Ich muss noch Etwas hervorheben, was auch noch niemals hervorgehoben worden ist. Im Februarpatente und zwar im 3. Artikel kommt ein Fall vor, wo ein Gesetz, eines der Staatsgrundgesetze an eine Bedingung geknüpft wird; da wird es aber ausdrücklich bemerkt, ausdrücklich gesagt, dieses Gesetz könne nicht ins Leben treten, weil sein ins Lebentreten noch an eine Bedingung geknüpft sei. Dies ist aber nicht in Bezug auf Ungarn, auch nicht in Bezug auf Böhmen, aber in Bezug auf Dalmatien der Fall; denn bezüglich Dalmatiens wird im Artikel 3 Folgendes erklärt: „jedoch kann, nachdem Wir über die staatsrechtliche Stellung unseres Königreiches Dalmatien zu unserem Königreiche Kroatien und Slavonien noch nicht endgiltig entschieden haben, die für unser Königreich Dalmatien erlassene Landesordnung dermal noch nicht vollständig in Wirksamkeit treten.“

Daraus ergeben sich merkwürdige Consequenzen für unsere Frage. Wo noch nicht über eine staatsrechtliche Stellung entschieden ist, da ist es ausdrücklich erklärt worden; wo nicht eine solche Beschränkung beigelegt worden ist, da ist somit bereits endgiltig staatsrechtlich entschieden; wo eine Bedingung beigelegt worden ist, da erklärt das Februarpatent ausdrücklich, das bedingte solle in jenen Beziehungen noch nicht ins Leben treten. Das, was man bezüglich des kleinen Königreichs Dalmatien und seiner verhältnissmässig-kleinen staatsrechtlichen Fragen ausdrücklich zu erwähnen für nothwendig erachtet hatte, was man bezüglich der Landesordnung Dalmatiens in das Gesetz aufnahm, das hätte man bezüglich des Grundgesetzes der Reichsvertretung nicht aufgenommen? Man hätte im Artikel I. nicht ausdrücklich den Beisatz gemacht, wenn der nothwendige Einklang mit der ungarischen Verfassung hergestellt sein wird? Und dieser Mangel wäre durch fünf Jahre nicht aufgefallen, man hätte nicht gefunden, dass hier jene Bedingung nicht eingehalten worden sei, welche ich eben angedeutet habe? Ich glaube auch, man hat diese Ansicht nicht gehabt, und Staatsmänner, welche jetzt entschieden diese Ansicht betonten, hatten vor kurzer Zeit noch eine ganz andere Ansicht, und dass eine so schwierige, so heikliche Frage, welche trotz fünfjähriger Angriffe, die gegen das Februarpatent gerichtet wurden, doch in dieser Weise nie zur Geltung gebracht worden war, dass man sie einfach übersehen haben sollte, das ist ja doch bei Gesetzen von solcher Wichtigkeit und solcher Tragweite, wie ein Staatsgrundgesetz, unmöglich anzunehmen. Dies sind nun, meine Herren, gewichtige Gründe, allerdings nicht bloß aus dem sogenannten Rechtsbewusstsein, und nicht bloß aus 5jähriger ununterbrochener Uebung, welche doch auch einige Bedeutung hat, aber aus den positiven, der ganzen Welt vorliegenden Gesetzen und Verfassungsurkunden entnommene Rechtsgründe, aus welchen ich und meine Gesinnungsgenossen dem in der Adresse entwickelten Programme, welches auch mit unserem Rechtsbewusstsein nicht im Einklange ist, nicht beistimmen können.

Wo so wichtige Rechtsgründe angeführt werden, da mag es wohl erlaubt sein, auch noch einige politische Bedenken erst weitläufig hervorzuheben. Man scheint zwar der allgemeinen Entwerthung des Nationalvermögens, welches gerade in der letzten Zeit und in den letzten Monaten in bedenklicher Weise hervorgetreten ist, vielleicht in einigen Theilen des h. Hauses

verhältnissmässig nur wenig Gewicht beizulegen, allein ich möchte doch auf Eins aufmerksam machen.

Es wurde letzthin in sehr gewandter Weise auf das Darniederliegen des Realcredits, auf die höchst nachtheiligen und betrübenden Folgen hingewiesen, welche mit ihrem Darniederliegen verbunden sind. Man hat freilich für dieses Darniederliegen Gründe angegeben, die dasselbe meines Erachtens nicht zu erklären im Stande sind, nämlich dass das Privateigenthum von Grund und Boden in Oesterreich nicht genug gesichert sei. Mir scheint, dass dies nicht der Fall sei, dass am allerwenigsten jene Besorgniss, an welche sich das Letztere geknüpft hat, begründet sei, denn wenn die unbestimmte Giebigkeit im Getreide sich auf bestimmte Geldgiebigkeiten reduciren wird, so sehe ich nicht ein, was irgend ein Gläubiger an seinen Rechten verlieren soll. Ich glaube auch nicht, dass das Privateigenthum in Oesterreich einer Gefährdung unterliegt, aber ganz etwas Anderes zieht dieser nachtheilige Einfluss nicht blos auf den Realcredit, sondern auf den Aufschwung in allen Verhältnissen des Lebens nach sich, und das ist allerdings das Schwankende und Unsichere unserer öffentlichen Zustände — das ist eine Thatsache, die Niemand in Abrede stellen kann — daran siecht Oesterreich, und es wird sich nicht sobald wieder erholen. Das trifft nicht blos diese oder jene Klasse von Personen im Staate, es trifft nicht etwa blos Papierbesitzer, sondern die traurigen Folgen, welche es auch für den Realbesitz hat, machen sich jeden Tag geltend; und wenn immer darauf hingewiesen wird, Oesterreich muss sich ökonomisch entwickeln, Oesterreich muss mehr produciren, um mehr exportiren zu können, es muss mit dem Auslande concurrenzfähig werden, so wissen wir Alle, worin wir ganz vorzüglich leiden und woran das Land Böhmen vielleicht mehr als andere leidet, weil es an sich alle Bedingungen zur wirthschaftlichen Entwicklung besitzt. Es ist der Mangel an Capital und Mangel an Communicationen und diese stehen im Zusammenhange mit dem Schwanken unserer öffentlichen Zustände. Mit Erörterungen, wie sie über unsere Staatsschulden vor nicht langer Zeit stattgefunden haben, wie wir sie vielleicht bald wieder hören werden, mit diesen ist es nothwendig verbunden, dass der Staat als geldsuchend sich Bedingungen unterwerfen muss, die man in Oesterreich noch vor einem Jahre gar nicht für möglich gehalten hätte, solche Bedingungen wirken zurück auf den Realcredit, solche Bedin-

gungen machen den Bau von Eisenbahnen, auf welche man die letzte Hoffnung setzen muss, unmöglich. Das, meine Herren, sind politische Bedenken, die es wohl gerechtfertigt hätten, wenn in der Adresse der Wunsch nach baldigem Wiederaufleben verfassungsmässiger Zustände ausgesprochen worden wäre, ein Wunsch, von dem man in dieser Adresse nichts findet, und in welchem Wunsche sich doch Alle, welcher politischen Meinung sie auch sein mögen, wenn sie wenigstens Anhänger von constitutionellen Einrichtungen sind, hätten vereinigen können. Und schon aus dem Grunde allein, weil der Adressentwurf in dieser Beziehung Nichts enthält, stimme ich gegen die Adresse.

Rede des Statthaltereileiters Grafen Lažansky.

Meine Herren! Ich bin in der Lage Ihnen vor Allem meine Stellung als Regierungsvertreter klar stellen zu müssen. Es ist richtig, dass der Regierungsvertreter Instructionen erhält, natürlich weil er nicht die Regierung ist. Auch ist es richtig, dass der Regierungsvertreter die Pflicht hat im Sinne der Regierung zu reden, aber er lernt seine Instructionen nicht auswendig, wenn er ein Regierungsvertreter ist, wie es sich gehört, muss er den Gegenstand, über den er sprechen will, namentlich Verfassungsfragen vor Allem vollkommen inne haben. Das habe ich inne und kann darüber Rechenschaft geben.

Meine Herren, ich bin zufällig in der Lage Sie versichern zu können, dass die Anschauungen des Ministeriums, die ich zu vertheidigen die Ehre habe, vollkommen auch meine Privatanschauungen sind.

Das ist die einzige persönliche Bemerkung, die ich provocirt durch Bemerkungen der Vorredner zu machen habe.

Ich ersuche Sie mich nun als einen vollkommen objectiven Menschen anzusehen, und zu glauben, dass ich nach dieser Bemerkung von ganz objectivem Standpunkte spreche.

Der Schwerpunkt der Verfassung Oesterreichs, die Quelle, aus der unser Verfassungsleben entspringt, der Boden, aus dem die Verfassung herauswächst, sind die Landtage. Das hat nicht nur die dermalige Regierung, dies hat auch die frühere Regierung anerkannt, indem sie den Bestimmungen des Octoberdiploms folgend im §. 7 und 11 des Reichsraths-Statutes die Landtage zur Wahl in den Reichsrath berufen, und nicht die

Einzelnen der Bevölkerung, sondern die Landtage im Reichsrathe vertreten liess. In dieser Beziehung begegnen sich die beiden Anschauungen.

Auf den Rechtspunkt selbst übergehend glaube ich vorausschicken zu müssen, dass, wenn wir die Gesetze auslegen wollen, und namentlich die Grundgesetze und die Verfassungsgesetze, wir das Gesammte, den Gesamttinhalt derselben in's Auge fassen müssen, nicht die einzelnen Paragraphe, nicht die einzelnen Gesetze einzeln für sich, dass also hier das Octoberdiplom, das Februarpatent, und insbesondere die im Februarpatente ausdrücklich benannten Verfassungen und Gesetze in ihrem inneren Zusammenhange aus- und untereinander in's Auge gefasst werden müssen.

Aus diesem folgt, dass von einem Reichsrathsstatute als speciellem Verfassungsstatute Oesterreichs durchaus nicht die Rede sein kann, sondern dass die Verfassung Oesterreichs der Inbegriff aller Grundgesetze, aller Statute ist; als Verfassung besteht dies im Februarpatents-Ausdrucke, was hier der §. 6 des Februarpatentes auch als solcher bezeichnete. Dies allein widerlegt genügend die hier der Regierung gemachten Vorwürfe.

Auf ein weiteres übergehend, erlaube ich mir zu bemerken, dass die dermalige Regierung gar nicht darüber abgesprochen hat, und auch nicht dazu kommen konnte, über die Giltigkeit eines der Grundgesetze abzusprechen, sie hat nur das Erstere jener der Grundgesetze sistirt und im legalen Wege in Frage gestellt, dessen Disharmonie mit den übrigen Grundgesetzen eine entschiedene Sache ist, und für dessen Existenz, vielmehr für dessen lebensvolle und rechtliche Thätigkeit die Vorbedingungen noch nicht erfüllt sind. Es musste daher jenes Grundgesetz unbedingt und nothwendig sistirt werden, weil es in seiner Gesammtheit eigentlich nicht zu Recht bestand.

Erlauben Sie mir, einen kleinen Rückblick auf die Verfassungsverhältnisse Oesterreichs zu werfen.

Es ist allen Herren bekannt, unter welchen Verhältnissen das Octoberdiplom erschienen ist. Es war ein grossherziger Act der freien Eingebung Sr. apost. Majestät; er ist mit Jubel von der Bevölkerung aller Königreiche, von Seite des ganzen Reiches aufgenommen worden. Die Verhältnisse, die nach diesem Acte eintraten, waren die Regungen eines jugendlichen, noch unbestimmten Verfassungslebens. Alle Leidenschaften wurden rege,

Wünsche der mannigfachsten und verschiedensten Art, überschwengliche Nationalitäts- und Freiheitsbestrebungen wurden rege, es entstand ein wahres Wirrsal von Meinungen und Ansprüchen. Dass die damaligen Räthe der Krone Angesichts dieser Verhältnisse wohl vor dem Gedanken zurückschrecken mussten, diesen Elementen, wie sie sich oben zeigten, eine Bahn zur Constituirung des Reiches zu gewähren, ist nicht zu verkennen.

Ein Weg, den die dermalige Regierung Sr. Majestät betritt, musste unter den damals gegebenen Verhältnissen der damaligen Regierung Sr. Majestät gefährlich erscheinen, und die dermalige Regierung Sr. Majestät kann der abgetretenen die Anerkennung nicht versagen, dass loyale Absichten dem Entschlusse zu Grunde lagen, durch das Zusammenfassen aller dienenden Kräfte eine Repräsentanz der Einheit der Monarchie herzustellen, dieser auch Leben zu geben, und durch das Mittel vollendeter Thatsachen den decentralisirenden Kräften entgegen zu treten. Dieser Weg einmal betreten, wurde durch Jahre fortgesetzt, ohne die Hoffnung zu erfüllen, dass der Reichsrath durch thatsächlichen Beitritt der Ungarn wirklich ein Gesamtreichsrath wurde.

Ungarischer Seits blieb der Reichsrath unbeschiedt. Fusend auf ihre Verfassung, auf das allh. Handschreiben vom 20. October 1860 betrachteten die Bewohner Ungarns den Wiener Reichsrath als für sie nicht existirend; sie hielten sich beharrlich ferne, und wer vermag wohl unter solchen Verhältnissen von einem Gesamtreichsrath als vollendeter Thatsache zu sprechen. Wäre diese eingetreten, könnte das Reichsrathsstatut unmöglich in Frage gestellt werden; die Theile müssten sich längst dem Ganzen fügen. Die dermalige Regierung konnte sich unmöglich Thatsachen und Rechten verschliessen, sie konnte unmöglich die früheren Wege wandeln, denn die Versuche waren misslungen, es ist nicht zu läugnen und auch die Anhänger des Statutes können dies nicht läugnen, da der Häupter der Lieben im Reichsrathe immer weniger und weniger wurden, sie fielen immer mehr ab; es ist eben eine Thatsache, die wir erlebten, aus der ich keinen Vorwurf gegen die frühere Regierung formulire. Die dermalige Regierung hätte ohne Verlassung der betretenen Bahnen auch keine besseren Resultate erzielt. Ein unläugbares Factum bleibt es aber, dass der Reichsrath als solcher, als Gesamtreichsrath bisher thatsächlich noch

nie bestand. Es blieb also nichts Anderes übrig, als einen anderen Weg zu gehen. Hätte die Regierung den Reichsrath in Wirksamkeit gelassen, so wäre nichts Anderes übrig geblieben, als den als weiteren Reichsrath nie bestandenen Reichsrath zum weitem zu octroyiren, und hiedurch die Contumacirung der darin nicht vertretenen Völker Oesterreichs durch die dem Reichsrathe octroyirte Machtvollkommenheit fernerhin zu sanctioniren. Nennen wir die Sache beim wahren Namen.

Nun ist die Contumacirung im politischen Leben eine sehr gefährliche Sache, man versuche sie nie ohne Noth und nie auf lange. Das Werk, das durch Contumacirung zu Stande gebrachte Werk ist gewöhnlich von keiner langen Dauer, die contumacirten Völker erheben sich als tausendköpfige Hydra, welche die kaum gefestigte Stütze des Baues nach allen Seiten beleckt, bis der Einsturz des Baues mit der Zeit unausbleiblich erfolgt, seine Schöpfer, wenn nicht vollkommen verschüttet, so doch ganz sicher bedeutend beschädigt.

Noch gefährlicher ist es, die Contumacirung fortzusetzen, wenn von dieser ein so bedeutender Theil, man kann sagen, die Hälfte des Reiches getroffen wird. Die Regierung konnte solche Bahnen, ohne die grösste Verantwortung auf sich zu laden, nicht länger wandeln. Das Einschlagen anderer Bahnen ist vollkommen gerechtfertigt, ist Pflicht der Regierung geworden. Die Regierung hat offen und loyal gehandelt, indem sie dieses Beginnen auch offen kundgab. Es dürfte, so glaube ich, vollkommen gerechtfertigt sein, dass sie die andere so wichtige Hälfte des Reiches nicht ferner contumaciren lassen wollte.

Die dermalige Regierung hat, wie gesagt, einen anderen Weg eingeschlagen, und zwar loyal und offen. Sie hat nicht die Machtvollkommenheit Sr. Majestät zu neuen Octroyirungen angerufen in einem Momente, wo dies vielleicht zu rechtfertigen gewesen wäre, da ja Se. Majestät der Geber der Verfassung waren, deren ein Theil sich eben bisher nicht lebensfähig zeigte; sie hat nicht diesen Weg gehen wollen, sie hat sich nicht hinter den §. 13 des Reichsgesetzstatutes versteckt, nachdem sie gerade über Rechtsbeständigkeit dieses Statuts verhandelt; sie hat sich nicht in Widersprüche verwickelt, sie hat die Gnade Sr. Majestät veranlasst, in dem an die Völker Oesterreichs gerichteten Manifeste denselben die Versicherung zu geben, dass das Recht der Völker an der Gesetzgebung und der Finanzgebahrung Theil zu nehmen, und zwar beschliessend Theil zu nehmen, gewahrt

bleibe; sie veranlasste die Krone zu dem Patente vom 20. September d. J., durch das sie offen die Verantwortung für alle in der Zwischenzeit fallenden Massregeln auf sich nimmt; sie hat offen und loyal gehandelt, indem sie den ungarischen und die anderen Landtage zur verfassungsmässigen Thätigkeit einberufen hat.

Indem ich nun weiter in meinem Thema vorgehe, meine Herren! so haben sie das Recht, mich zu fragen: „Was will denn die Regierung? Durch was denkt die Regierung das Glück der Völker zu begründen, wie will sie vorgehen?“ Meine Herren! Sie haben mich zwar nicht direct provocirt, ich bin jedoch ermächtigt, ich fühle mich auch verpflichtet, dem hohen Hause das, was ich weiss, zur Klärung der Anschauungen mitzutheilen — und ich glaube, ich weiss so ziemlich viel davon. Die Regierung, meine Herren! will vor Allem die Förderung der Autonomie, die Regierung will die freie Gemeinde mit der ihr übergeordneten Bezirksvertretung, sie will, dass diese sich frei bewegen, nicht engherzig auf die gewöhnlichen Administrationsfragen der kleinen Gemeinde, auf blosse Gemeindeverwaltungsangelegenheiten beschränkt bleibe; sie will, dass sie wirklich autonome Verwaltungsorgane werden und diesen Organen ein bedeutendes Feld der Administration eröffnen. Sie will einen grossen Theil des Schwerpunktes der Administration in die Bezirksvertretungen legen, die Regierung will einen Landtag mit seinem ihm beigeordneten administrativen Organe, nicht blos um Krankenhäuser und andere Anstalten zu administrieren, sie will einen Landtag, um das engere Vaterland tüchtig und kräftig machen zu können und damit er am Bau des engeren Vaterlandes Theil nehme, um überhaupt das engere Vaterland zur kräftigen Säule des Gesamtstaates zu machen.

Die Regierung will endlich eine Reichsversammlung, meine Herren, von gewählten Vertretern, eine Reichsversammlung, die kräftig genug ist, die grossen Interessen des Reiches zu vertreten und die Reichseinheit zu wahren. Auf dieser, auf der Gemeinsamkeit der Interessen besteht sie auch Ungarn und allen anderen Ländern gegenüber. Sie will aber andererseits keinen Reichsrath, der irgendwie die unbedingt nothwendig selbstständige Thätigkeit der Landtage beenge.

Die Regierung, meine Herren, lässt neben diesen autonomen Organen ihre eigenen Organe stehen, sie will ihre Ge-

walt nicht auf schwächliche, sondern auf kräftige Organe, auf einen gesunden Organismus stützen, sie will nicht Organe, die sich kleinlich in Administrationsverhältnisse einmischen, sie will Organe bestellen, die wahre und würdige Wächter des Gesetzes sind.

Die Regierung will, wenn, was wohl zu hoffen ist, in den ungarischen Ländern endlich die Bedingungen des Diploms, nämlich die gemeinsamen Angelegenheiten des Reiches und deren Behandlung, mit dem dortigen Landtage vereinbart sind, die Verfassungsfrage dann den legalen Vertretern aller Kronländer zur Beurtheilung vorlegen, sie will den anderen Kronländern keineswegs durch Ungarn etwas octroyiren lassen. An eine Octroyirung durch Beschlüsse des ungarischen Landtages denkt sie nicht, wenn auch dermalen die Entscheidung wesentlicher Fragen von Ungarn abhängt.

Diese legalen Vertretungen, von denen eben ich spreche, sind die Vertreter der Länder in den Landtagen und der Begriff der legalen Vertretung liegt in den Landtagen.

Ich konnte mich nach einer so langen und ermüdenden Debatte nur auf eine kurze Darstellung der Rechtsanschauung der Regierung und dessen einlassen, was die Regierung thun will und zu thun beabsichtigt.

Ich glaube, dieser flüchtige Umriss dürfte den Herren das Bild dessen geben, was sie von der Regierung zu erwarten haben. Wenn die Regierung eine solche freie Autonomie schafft, deren Organe mit solcher Kraft und Macht ausrüstet, wie sie es wirklich beabsichtigt, wenn die Regierung diesen Gestalten Leben einhaucht, auf dass sie nicht nur auf dem Papiere bestehen, sondern wirklich leben: dann muss eine solche Regierung sich kräftig fühlen, sie muss insbesondere fühlen, dass sie ehrlich ist, da eine Regierung, die keinen ehrlichen Willen hat, von solchen Organen umgeben, bald gestürzt sein würde. Wenn eine Regierung, meine Herren, mit solchem Vertrauen den Völkern Oesterreichs entgegenkömmt, dann verdient sie wohl auch Vertrauen, und daher soll man ihr mit Vertrauen entgegen kommen und ihr eine Stütze geben bei Verhandlungen, in die sie in diesem Augenblicke nicht nur im Interesse Ungarns, sondern aller andern Kronländer eintritt.

Es ist an uns, meine Herren, ein sehr bedeutsamer Tag herangekommen. In dem grössten westlichen Kronlande der Monarchie wird heute die Adresse berathen. Es wird mit einem Worte berathen, ob das Königreich Böhmen dem Vor-

gange des Ministeriums mit Vertrauen entgegenkömmt, ich sage nicht: „schon in Vorhinein Alles billigt“, sondern vertrauensvoll entgegenkommen will oder nicht, ob es sie auch in ihren weiteren Schritten unterstützen will oder nicht. In dem Augenblicke, wo die Adresse in dem grössten westlichen Kronlande der Monarchie zur Berathung gelangt, sind Seine Majestät in die Hauptstadt des grössten östlichen Königreiches eingezogen, und sind vom Jubel der dortigen Bevölkerung umgeben.

Es sollte ein Zeichen für uns sein, es sollte vielleicht für den hohen Landtag ein Wink der Vorsehung sein, hier im Westen der Monarchie der Krone und der Regierung eine Stütze zu werden, während im Osten des Reiches über dessen Wohl verhandelt wird.

Ich erlaube mir, diesen gewichtigen Moment den Erwägungen des hohen Landtages vorzuführen, einen Moment, in dem doch nur loyale Beschlüsse die Absichten Sr. Majestät stützen sollen, einem Landtage, in dem unläugbar ein grosser Schwerpunkt der künftigen Gestaltung Oesterreichs liegt, zu empfehlen.

Rede des Berichterstatters Grafen Leo Thun.

Die Art, wie die Debatte geführt worden ist, die directen Aufforderungen, die an den Berichterstatter gestellt wurden, werden mich zwingen, die Geduld des h. Hauses etwas länger in Anspruch zu nehmen. Bevor ich in meine eigentliche Aufgabe eingehe, möchte ich mir erlauben, nur eine kurze tatsächliche Bemerkung zu machen.

Art. 1 des Diploms vom 20. October lautet bekanntlich wie folgt:

„Das Recht Gesetze zu geben, abzuändern und aufzuheben wird von Uns und Unseren Nachfolgern nur unter Mitwirkung der gesetzlich versammelten Landtage, beziehungsweise des Reichsrathes, ausgeübt werden, zu welchem die Landtage die von Uns festgesetzte Zahl von Mitgliedern zu entsenden haben.“

Einer der Herren Redner hat sich auf diese Stelle in dem Sinne bezogen, um dadurch zu rechtfertigen, dass in dem Februarpatente dem Königreiche Ungarn eine bestimmte Anzahl Vertreter für den Reichsrath zugesprochen worden sei, ohne Vereinbarung mit dem ungarischen Landtage.

Obgleich es aber in dem gelesenen Absatze heisst „die festgestellte Zahl von Mitgliedern,“ so findet sich doch in dem ganzen Octoberdiplome keine Feststellung der Zahl; es bezieht sich die vorgelesene Stelle lediglich auf das gleichzeitig erlassene Handschreiben, in welchem Se. Majestät ausgesprochen hat, der damalige, bereits bestandene ständige Reichsrath solle in den Reichsrath des Diplomes umgewandelt werden, und es haben die Landtage insgesamt 100 Mitglieder in diesen Reichsrath zu wählen; es ist also in dem Diplome absolut nicht festgesetzt worden, wieviel Glieder jeder einzelne Landtag in den Reichsrath zu senden habe, und es ist unmöglich, aus der vorgelesenen Stelle zu deduciren, dass diese Zahl für Ungarn ohne Vereinbarung festgesetzt werden können, wenn man das Handschreiben vergleicht, welches ebenfalls am 20. October an den ungarischen Hofkanzler erflossen ist und in welchem ausgesprochen ist, „die definitive Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Königreichs Ungarn solle im Sinne der Gesetze durch Erlassung eines Diploms und durch die Krönung besiegelt werden“, d. h. die definitive Stellung des Königreichs Ungarn zu dem Reiche solle besiegelt werden durch ein Krönungsdiplom, welches nach den ungarischen Gesetzen nicht ohne Vereinbarung mit dem Landtage möglich ist. Ich erlaube mir dies bloß als thatsächliche Aufklärung anzuführen, weil es mir bezeichnend zu sein scheint für die Art, wie diese Frage behandelt worden ist.

Ich habe noch auf einen zweiten Gegenstand einzugehen, der eigentlich nicht zu meiner, des Berichterstatters, Aufgabe gehört; auf die Beschwerden nämlich, welche von Seite desselben Herrn Vorredners darüber geführt worden sind, dass in einer früheren Sitzung des Landtages einem von ihm und seinen Genossen gestellten Antrage gleich in der ersten Lesung nicht zugestimmt wurde; auf die Bemerkung, dass dadurch er und seine Genossen mundtödt gemacht wurden und dass sie nicht in der Lage gewesen seien, in der Commission für die Adressberathung specielle Anträge zu stellen.

Meine Herren! dass diese Herren nicht mundtödt gemacht worden sind, das, glaube ich, beweist am besten der heutige Tag. Dass es so kommen musste, dass sie Gelegenheit haben würden, ihre Ansichten in der Adressdebatte umständlich auszuführen, das haben wir an jenem Tage, an welchem der Beschluss gefasst wurde, bereits Alle gewusst. Wir haben also den

Beschluss nicht darum gefasst, um sie mundtot zu machen; wie sie aber dadurch gehindert worden sein sollen, specielle Anträge in der Adresscommission zu stellen, ist mir nicht verständlich. Es ist auch eine Nebensache. Meines Erachtens — ich spreche als Glied des Hauses und habe in dieser Beziehung keinen Auftrag von der Commission — ist der bewusste Antrag in erster Lesung gefallen, weil wir Alle wissen, was seit Wochen in allen Zeitungen gesagt wird, wie jener Antrag hervorgegangen ist aus einem gemeinsamen Operationsplane, aus einem gemeinsamen Operationsplane, der mit ähnlichen Anträgen in anderen Landtagen im Zusammenhange steht, und dass der Sinn dieser Anträge kein anderer ist, als der, die Regierung eines Bruches des Rechtes zu beschuldigen: das hat der böhmische Landtag durch jene Abstimmung nicht zulassen wollen, auch dann nicht, wenn ihm die Gestalt dieses Antrages lediglich im Schafpelze vorgeführt wird.

Ich komme zu meiner eigentlichen Aufgabe, zur Besprechung der eigentlichen Debatte über den Entwurf der Adresse. Es sind Vorwürfe vorgebracht worden gegen den Adressentwurf, zum grösseren Theile aber nicht eigentlich gegen den Entwurf als vielmehr Vorwürfe gegen das Manifest vom 20. September.

Was den Adressentwurf anbelangt, so ist ihm einmal als ein Fehler vorgehalten worden, dass in demselben die Zusage der Mitwirkung des Landtages ausgesprochen ist; es werde damit späteren Beschlüssen des Landtages vorgegriffen.

Diese formale Ausstellung dürfte kaum stichhältig sein. Den meritorischen Beschlüssen des Landtages ist durch den Entwurf in keiner Weise vorgegriffen worden, jenen meritorischen Beschlüssen, welche der Landtag einmal zu fassen haben wird, wenn wirklich staatsrechtliche Fragen ihm zur Begutachtung werden vorgelegt werden; ja es ist absichtlich eine Textirung gewählt worden, welche nicht einmal darüber, ob die Landtage als die legalen Vertreter zu betrachten seien, sich mit Bestimmtheit ausspricht; es ist nichts weiter gesagt worden, als dass, wenn der hohe Landtag dazu aufgefordert werden wird, er mit Bereitwilligkeit der Aufforderung entsprechen werde.

Es ist ferner der Vorwurf gemacht worden, dass in dem Adressentwurfe kein Bedauern ausgesprochen sei über die Sistirung des Reichsrathsstatutes, und nach einer näheren Andeutung von der anderen Seite insbesondere über die Sistirung des

engeren Reichsrathes; dass kein Wunsch nach Einhaltung des verfassungsmässigen Weges ausgesprochen worden, und dass nicht ein Bild der Stimmung des ganzen Landes in der Adresse gegeben sei. Was nun Letzteres anbelangt, so ist der Commission nicht der Auftrag gegeben worden, einen Stimmungsbericht des Landes zu verfassen. Ich glaube, was die Stimmung des Landes ist, was die verschiedenen Stimmungen des Landes sind, darüber wird die Regierung in anderem Wege Auskunft erhalten, und insoweit auch der Landtag allerdings den Beruf hat, die Stimmung des Landes zu zeigen, bietet die Debatte den geeigneten Anlass, den verschiedenen Stimmungen Ausdruck zu geben. Dass aber eine Adresse verschiedenen, sich widersprechenden Stimmungen Ausdruck gebe, das scheint mir, wäre ein ungewohnter und wohl auch nicht zu empfehlender Vorgang.

Ein Bedauern über die Sistirung ist allerdings auch nicht ausgesprochen worden, und eben so wenig der Wunsch nach Einhaltung des verfassungsmässigen Weges. Letzteres nicht aus dem Grunde, weil nach der Anschauung des Ausschusses die Regierung nicht gegen den verfassungsmässigen Weg verstossen hat, worüber ich noch weiter mich zu äussern Gelegenheit haben werde; das erstere schon deshalb nicht, weil der Ausschuss sehr wohl wusste, dass über die Frage, ob es bedauerlich oder nicht bedauerlich sei, dass der Reichsrath und namentlich der engere Reichsrath sistirt worden ist, in dem Landtage die widerstreitendsten Meinungen bestehen, und weil seines Erachtens in eine Adresse nicht das aufgenommen werden soll, dessen Aufnahme einen Feuerbrand in die Versammlung werfen müsste, sondern nur dasjenige, in dem möglicher Weise auch die Glieder verschiedener politischer Ansichten sich zusammenfinden können.

Die weiteren Vorwürfe, die gegen den Adressentwurf erhoben worden sind, fallen im Grunde zusammen mit denjenigen, welche gegen das allerhöchste Manifest selbst gerichtet wurden.

Der specielle Vorwurf, dass die Adresse ein Programm sei und doch auch wieder der Vorwurf, dass die Adresse nicht auf Rechtsprincipien eingegangen sei, beruht eben nur darauf, dass die Adresse sich allerdings dem Manifeste anschliesst und insofern ein Programm ist, als das Manifest selbst es ist.

Ob es zulässig ist oder nicht, sich an das Manifest anzuschliessen, das wird von der Betrachtung der Rechtsfrage ab-

hängen. Der wichtigste Punkt und der schwierigste, der mir obliegt, ist eben die Besprechung dieser Rechtsfrage.

Dass rechtliche Bedenken erhoben worden sind, sehe ich in gewissem Sinne als einen Fortschritt unserer Zustände an. Der Bestand verschiedener rechtlicher Auffassungen ist in unserer Zeit eine selbstverständliche Sache. Wir leben nicht in einer Zeit allgemeiner Herrschaft grosser sittlicher Ueberzeugungen, sondern die Geister sind auseinander gefahren, und eine Spaltung ist in alle sittlichen Ueberzeugungen eingedrungen bis in den Grund, in dem im tiefsten Herzen die Ueberzeugungen wurzeln. Dass diese Spaltungen und die daraus sich ergebende Zerfahrenheit der Anschauungen bei jeder Rechtsfrage zum Vorschein kommen müssen, ist eben selbstverständlich, und dass insbesondere bezüglich der österreichischen Verfassungsfrage diese Meinungsverschiedenheit besteht und auch in diesem Landtage besteht, ist uns allen längst bekannt.

Unter diesen Umständen ist eine ernste und besonnene Discussion dieser Frage nicht vom Uebel, sondern gefährlich, ja unendlich ist es nur, wenn bei politischen Fragen die Bedeutung der Rechtsfrage negirt oder wenigstens vollkommen ignort wird. Sowie gegen den Gang der jetzigen Regierung rechtliche Bedenken erhoben werden, so sind von unserer Seite bekanntlich gegen den Gang der früheren Regierung politische und auch rechtliche Bedenken erhoben worden. Vier Jahre lang sind diese Bedenken, wo es nur immer möglich war, als strafwürdig behandelt worden, und wenn sie aufgetreten sind an Orten, wo sie nicht als strafwürdig behandelt werden konnten, ist man ohne Discussion darüber zur Tagesordnung übergegangen. Insofern halte ich es für einen entschiedenen Fortschritt, dass heute wieder die Bedeutung der Rechtsfrage für politische Angelegenheiten anerkannt und ihr durch deren Discussion Zeugniß gegeben wird. Ich habe daher mit Achtung und grosser Theilnahme, namentlich dem ersten Redner (Anm. Dr. Hasner) gehorcht, welcher die rechtliche Frage einer eingehenden Erörterung unterzogen hat. Ich achte jede Ansicht, die aus redlicher Ueberzeugung hervorgeht, auch wenn sie nicht die meine ist. Ich kann nicht läugnen, dass die Auseinandersetzungen späterer Redner auf mich einen minder erfreulichen Eindruck gemacht haben. Es ist eine Theorie aufgestellt worden, die jede Octroyirung in dem ausgedehntesten Masse rechtfertigt, es ist zugleich die Behauptung aufgestellt worden, dass

das Octoberdiplom eine Octroyirung, das Februarpatent aber keine Octroyirung sei. Es ist von anderen späteren Acten, die auch unter diese Kategorie gezählt werden müssen, Acte, die bald den Reichsrath für den Gesammtreichsrath, bald für den engeren erklärt haben, keine Erwähnung gemacht worden. Alle Octroyirungen werden wohlgefällig aufgenommen bis zum 20. September, an welchem Tage ein Act erflossen ist, der allerdings eine andere Richtung als die vorhergegangenen Octroyirungen verfolgte.

Meine Herren! Es ist eine längst bekannte Thatsache, dass nicht so sehr durch das Februarpatent, als durch das, was unter der Herrschaft des Februarpatentes geschehen ist, eine grosse Unklarheit in die Rechtszustände Oesterreichs gekommen ist. Das ist eine Thatsache, die im Reichsrathe selbst von einer Stimme anerkannt worden ist, die nicht zu den Gegnern des Februarpatentes gehört hat. Man wird sich erinnern an jene Stimme, die selbst mit Gewissens-Skrupeln von diesen Dingen gesprochen hat. Dass man unter solchen Umständen uns heute behaupten will, die Rechtsfrage sei eine klare und einfache Sache, dass man glaubt, mit solchen Darstellungen die Gewissen binden zu können durch Hinweisung auf das Angelöbniss der Abgeordneten, welches einem Eide gleich komme und uns am Ende der Gefahr der Excommunication aussetze, das ist ein Vorgang, der in mir, und wohl auch in anderen, Gefühle erregt hat, denen ich keinen Ausdruck gebe, weil ich ihnen keinen parlamentarischen Ausdruck zu geben weiss. Mit solchen Argumenten kann man Gegner, deren Lebensaufgabe es nicht ist, sich Jahr aus Jahr ein mit Rechtsfragen zu beschäftigen und in der Dialektik zu üben, in Verlegenheit setzen, aber überzeugen kann man mit solchen Argumenten nicht. Es bleibt wahr: das Februarpatent wird von einem schlichten Verstande niemals für etwas Anderes angesehen werden, als für einen Versuch der Durchführung des Octoberdiplomes. Diese Ansicht gilt in Oesterreich und ausser Oesterreich, und man mag darüber mit noch so feinen Argumenten disputiren, diese thatsächliche Auffassung beherrscht die Gemüther.

Will man die Rechtsfrage mit der Goldwage abwägen, so möge man vorerst die Frage auf die Goldwage legen, die man darauf zu legen immer verweigert hat, ob es wahr ist, dass das Februarpatent vollkommen übereinstimmend ist mit dem Octoberdiplom, und nur innerhalb desselben sich bewegt. Ich kann,

meine Herren, wie sich von selbst versteht, nicht auf alle Einzelheiten der Argumentationen, die in dieser Angelegenheit angeführt worden sind, eingehen. Es ist darüber mehr als zwei Stunden gesprochen worden, und wenn ich darauf antworten sollte, so würde das wohl vier Stunden in Anspruch nehmen und ich zweifle, dass der hohe Landtag mich so lange anhören würde. Es wäre auch ein vergebliches Unternehmen. Nicht Rede und Gegenrede über das Detail der Frage kann in einer solchen Versammlung irgend welche Wirkung haben. Was ich aber allerdings nach den sehr ernsten Worten, die hier gesprochen worden sind, für nothwendig erachte, das ist die rechtliche Anschauung auseinanderzusetzen, von der wir in dem Ausschusse ausgegangen sind.

Die Wesenheit des Gedankens, welcher dazu führt, das Manifest vom 20. September als unberechtigt anzusehen, und seine Berechtigung zu messen nach dem Wortinhalte des Februarpatentes, beruht auf der Idee der Rechtscontinuität, welche heute auch von einem Redner auf der rechten Seite des Hauses (Anm. Graf Hartig) umständlicher entwickelt worden ist. Allein der Begriff der Rechtscontinuität umfasst nothwendig nicht nur Zukunft, sondern auch Vergangenheit. Wenn z. B. eine politische Körperschaft ganz neue Zustände schaffen wollte, wenn sie alles das, womit bisher das Recht in der Vergangenheit festgewurzelt ist, ausreissen, wenn sie Alle, die den neugeschaffenen Zustand nicht anerkennen wollen, einfach ausschliessen oder mundtot machen wollte, und wenn etwa die Versammlung dann sagen oder wenigstens ohne Widerspruch von sich sagen lassen wollte: „Wir sind praktische Männer, wir fragen nicht nach dem Rechte, sondern wir handeln!“ dann könnten wohl die Resultate dieses Handelns in verschiedener Weise mit Opportunitätsgründen vertheidigt werden, aber darauf müsste man verzichten, sie mit dem Begriffe der Rechtscontinuität vertheidigen zu dürfen. Die Rechtscontinuität bezeichnet vor allem einen Zustand, und zwar den glücklichen Zustand einer langjährigen, friedlichen, rechtlichen und durch keine gewaltsamen Einflüsse gestörten Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse, einen Zustand, der vor allem eine lebendige und lang fortgesetzte Rechtsentwicklung voraussetzt, welche durch fortwährende Compromisse das alte Recht mit den neu entstehenden Bedürfnissen, und mit den mit jedem neuen Tage neueintretenden Thatsachen ins Gleichgewicht setzt und im Einklang erhält.

Solcher Beschaffenheit sind leider die Zustände in Oesterreich zuverlässig nicht.

Werfen wir einen Blick zurück nur bis zu dem Zeitpunkte, in dem der Act entstanden ist, auf dem noch heute wesentlich die bisher bestehende Einheit des Reiches beruht, die pragmatische Sanction. Kaum war sie vereinbart worden mit den sämtlichen Landtagen des Reiches, als halb Europa anstürmte gegen das Reich, und dessen Einheit nur mit grossen Anstrengungen und nicht ohne schmerzliche Einbusse factisch aufrecht erhalten werden konnte. Und wenige Jahrzehnte nach diesen Ereignissen schon trat die allgemeine Verwirrung der öffentlichen Verhältnisse ein, welche die aus dem edlen Herzen, aber auch aus der dem Begriffe der Rechtscontinuität diametral entgegengesetzten Geistesrichtung Kaiser Josephs II. entsprungenen Massregeln veranlassten. Diese Verwirrung wurde beigelegt auf den Landtagen vom Jahre 1791 und 1792. Kaum aber war das geschehen, als wieder vieljährige Kriegsdrangsale über die Monarchie hereinbrachen mit allen ihren zerstörenden Folgen. Endlich hatte das ermattete Europa Frieden geschlossen, und die factische Einheit Oesterreichs war allerdings durch gemeinsame Noth und gemeinsamen Patriotismus gestärkt worden, und das Reich hatte durch die Annahme des Kaisertitels einen seiner Stellung würdigen Namen erhalten. Von diesem Augenblicke an aber beginnt eine Periode völliger Stagnation in der Rechtsentwicklung, eine Stagnation in Bezug auf die innere Rechtsentwicklung hinsichtlich der Behandlung der höchsten Staatsaufgaben, so wie hinsichtlich der Provinzialrechte. Nur in den Ländern der ungarischen Krone sehen wir ein reges politisches Leben, das aber deshalb, weil in Beziehung auf die gesammte Monarchie dieses Leben nur ein einseitiges war, nicht dem ganzen Reiche zu Statten kommen konnte. Der Rückschlag jener Stagnation waren die Wirren des J. 1848 und die Wirkung des einseitigen politischen Lebens in Ungarn war die offene Revolution und der blutige Bürgerkrieg in Ungarn und Siebenbürgen. Und nach Beilegung dieser Wirren waren die Geister diesseits der Leitha in höheren und niederen Regionen fast ausschliesslich gerichtet auf schleunige Durchführung von allerhand neuen Lieblingsgedanken mit Verkennung des Werthes continuirlichen Rechtes, und in den Ländern jenseits der Leitha machte sich eine einseitige Auffassung des Begriffes der Rechtscontinuität geltend. Ganz gewiss aber war der Zustand im Gesamt-

Oesterreich keiner, den man irgend wie mit dem Namen der Rechtscontinuität bezeichnen kann.

Was that unter diesen Umständen noth? Was war es, was vor Allem geschehen musste, ehe in Oesterreich von einer Rechtscontinuität nur die Rede sein konnte?

Was uns Noth that, war eine Lösung des Widerspruchs zwischen dem alten Rechte und den neuen Bedürfnissen, eine Lösung des Widerspruchs vielfach collidirender Bestrebungen, ein Ausgleich, rechtlich und friedlich nur erreichbar durch Compromisse, angebahnt durch die Initiative der Krone und durch ihre endgiltige Sanction zum Rechte erhoben. Diese Initiative hat Se. Majestät ergriffen mit dem allerhöchsten Diplom vom 20. October 1860, und die Völker Oesterreichs werden Sr. Majestät ewig dankbar sein für diesen in der Geschichte seltenen und grossartigen Act hoher Weisheit und landesherrlicher Fürsorge. Dass durch das Diplom vom 20. October diese Initiative ergriffen wurde, das war seine überwältigende Bedeutung, allein damit ist seine Bedeutung noch nicht erschöpft.

Das Diplom hat zwei bestimmte, verschiedene, aber innigst verbundene Zwecke angestrebt: einmal den Zweck einer innigeren, staatsrechtlichen Einigung aller Theile des Reiches, und sodann den Zweck der Umgestaltung Oesterreichs aus dem Zustande der absoluten Monarchie in den Zustand einer durch beschliessende Mitwirkung der Vertreter seiner Völker beschränkten Monarchie. Der erste dieser Zwecke konnte der Natur der Sache nach nicht mit einem Schlage durch einen Machtspruch verwirklicht, er konnte nur den Völkern als ein anzustrebendes Ziel vorgezeichnet werden. In Beziehung auf den zweiten Zweck aber hat Se. Majestät sich darauf nicht beschränkt. Der Verzicht auf die absolute Gewalt ist nicht nur in Aussicht gestellt, er ist auch nicht nur versprochen, sondern durch ein unwiderruffliches Grundgesetz festgestellt und verwirklicht worden. Die Völker Oesterreichs haben von jenem Tage an einen rechtsgiltigen Anspruch auf die Mitwirkung bei der Lösung der höchsten Staatsaufgaben. Allein in dem kais. Verzicht ist zugleich deutlich und bestimmt ausgesprochen, an wen der Verzicht geleistet wird, und das musste ausgesprochen werden, um des andern Zweckes willen, der innigeren Einigung des Reiches, der Erhaltung seiner Einheit, seines Friedens. Es ist ausgesprochen worden, dass Dasjenige, auf was verzichtet wurde in absoluter Gewalt, übergehe an die Gesamtvertretung sämmt-

licher Königreiche und Länder Oesterreichs. Die Königreiche und Länder und ihre legalen Vertreter haben aus dem Allerhöchsten Diplome einen Rechtsanspruch erworben, aber nur den Rechtsanspruch, ihre Sitze einzunehmen in dem Senate sämtlicher Theile des Reiches; sie haben nur den Rechtsanspruch erlangt, in dieser Versammlung und in Gemeinsamkeit mit den Vertretern sämtlicher Königreiche und Länder Functionen zu üben, die eine rechtliche Bedeutung haben.

Einen Rechtsanspruch auf die Forderung, dass die Rechte der Krone beschränkt werden durch eine andere Versammlung, durch eine Versammlung, welche nicht die Gesamtvertretung aller Theile des Reiches ist, welche durch ihre Zusammensetzung einen ganz anderen Charakter trägt, einen solchen Rechtsanspruch hat Niemand in Oesterreich weder der Krone gegenüber, noch gegenüber den übrigen Berechtigten.

Derjenige Herr Vorredner (Anm. Dr. Brinz), welcher mich aufgefordert hat, ich solle ihm sagen, was ich gegen seine Logik einzuwenden habe, wird mit seinem bekannten Scharfsinne aus dieser Darstellung wahrscheinlich selbst entnehmen, was ich gegen seine Auseinandersetzungen zu bemerken habe. Soll ich es in kurzen Worten aussprechen, so muss ich sagen: sie beruht, wie mir scheint, auf einer *petitio principii*. Seine Argumentation geht von der Voraussetzung aus, dass die sogenannte Februarverfassung — dieses Wort ist in keiner von unseren Urkunden zu finden — dass diese sogenannte Februarverfassung und der unter ihrer Herrschaft entstandene Reichsrath unbedingt zu Recht bestehe. Das ist eben die Frage. Das ist die Frage, die gestellt ist in dem Manifeste, und bis zu dieser Frage muss man emporsteigen, wenn man sich verständigen will. Setzt man das aber voraus, so kann man allerdings von diesem Standpunkte aus argumentiren, und gegen die Logik einer solchen weiteren Argumentation habe ich dann nichts mehr einzuwenden, nur kann sie mich nicht überzeugen.

Das grosse Ziel, welches Oesterreich in unseren Tagen beschäftigt, ist also die Herstellung eines wirklichen Gesamtreichsrathes entsprechend den Grundgedanken des Octoberdiploms. Die Regierung, welche vor wenigen Monaten abgetreten ist, hat ohne Zweifel gehofft, auf dem Wege, den sie uns geführt hat, am schnellsten das Ziel zu erreichen. Gleichwohl sind vier Jahre verstrichen und trotz der warmen und vielseitigen Unterstützung, welche die Regierung bei ihrem Unterneh-

men gefunden hat, hat sie das Ziel nicht erreicht. Das ist jedenfalls das mindeste, was man darüber sagen kann; ich glaube, auch das kann keinem Widerspruche unterliegen: man hat auch binnen der vier Jahre sich dem zu erreichenden Ziele nicht genähert. Am Schlusse der vier Jahre war die Meinung wenigstens allgemein herrschend, und selbst im Reichsrathe herrschend, dass auf dem bis dahin eingehaltenen Wege das Ziel nicht erreicht werden könne.

Auf welchem anderen Wege aber? darüber gehen natürlich die Meinungen auseinander. Viele Herren, welche nicht unsere Anschauungen theilen, sind der Meinung, dass zwar auf einem anderen Wege, als dem der damaligen Regierung, aber doch auf einem Wege, der sich von dem Wege dieser Regierung nicht soweit entfernt hätte, als der jetzt eingeschlagene, Erfolg zu hoffen gewesen wäre. Es mag sein; aber wenn man darüber einig ist, dass ein anderer Weg betreten werden musste, wem lag es dann ob und wer war berechtigt, die Wahl in dieser Beziehung zu treffen? Niemand wird doch im Stande sein, darauf eine andere Antwort zu geben, als die: der Krone, in deren Händen unter allen Umständen die Initiative liegt und bleiben muss, wenn Oesterreich überhaupt nicht aufhören soll, eine Monarchie zu sein.

Die Regierung hat ihre Wahl getroffen, und hat durch das Manifest vom 20. Sept. diese Wahl ihren Völkern kundgethan, und neuerlich diesem Landtage. Der hohe Landtag soll sich heute darüber aussprechen, er soll erklären, ob er die Regierung auf dem von ihr betretenen Wege unterstützen wolle. Nach der Auseinandersetzung, die ich zu geben mir erlaubt habe, wird mir gestattet sein, zu erwähnen, dass der Ausschuss mit voller Beruhigung dem hohen Landtage die Ueberzeugung aussprechen zu sollen glaubt, dass der hohe Landtag es thun könne mit gutem Gewissen, ohne in irgend einer Weise das Recht zu verletzen.

Vom politischen Standpunkte ist hauptsächlich entgegnet worden, dass der Weg, der betreten ist, ein hoffnungsloser sei. Die Zukunft liegt nicht in unseren Händen. Wir alle wissen, dass sie von Ereignissen abhängt, die unberechenbar sind. Wenn aber der Weg hoffnungslos genannt wird, dann scheint es mir doch angezeigt, Einiges anzuführen, was zu einer minder trostlosen Auffassung der Verhältnisse berechtigen dürfte.

Als das Diplom vom 20. October 1860 erlassen wurde,

waren die Geister in Oesterreich für den Weg, den es vorzeichnete, für den Weg, die Rechtsanschauungen und die Rechtsansprüche aller Länder und Völker mit den thatsächlichen Verhältnissen ausgleichend zu verbinden, wenig vorbereitet. In den Ländern der ungarischen Krone herrschte aus bekannten und begreiflichen Gründen eine sehr aufgeregte Stimmung. Diesseits der Leitha waren im grossen Masse die Geister auf möglichst schleunige Ausführung constitutioneller Formen gerichtet, und deshalb wenig geneigt, sich dabei durch Compromisse aufhalten zu lassen, und den geschichtlichen Rechtsanschauungen besonderes Gewicht und Bedeutung beizulegen. Die vier Jahre, welche wir seitdem durchlebt haben, sind eine Periode reicher Erfahrungen, und ich glaube, diese Erfahrungen haben in der einen und der andern Beziehung mancherlei Wirkung geübt und die Geister sind heutzutage für den Gedanken, eine Verfassung hervorwachsen zu lassen, aus Compromissen mit den berechtigten Trägern der Meinungen und Ansprüche der Königreiche und Länder mehr vorbereitet, als sie es im Jahr 1860 waren.

Als das Octoberdiplom erlassen wurde, lag zuerst seine Ausführung theilweise in den Händen von Männern, die, wie Jedermann, der ihre Haltung vor jenem Datum zu beobachten Gelegenheit gehabt hat, weiss, dem Geiste des Octoberdiploms fremd, ja abhold waren. Den Beweis dafür lieferten ihre ersten Acte, die berücktigten Landesstatute. Heute liegt die Ausführung in den Händen einer Regierung, die durch die Wiedererweckung des Gedankens des Octoberdiploms in dem Manifeste vom 20. September und durch die erweiternde Auslegung, welche in diesem Manifeste die Bestimmung über die Mitwirkung der Völker an den höchsten Staatsaufgaben erhalten hat, den vollen Beweis liefert, dass sie durchdrungen ist von dem Geiste des Diploms. Ist da nicht Grund zu hoffen, dass ihr Bemühen erfolgreicher sein werde, als das der Regierung vom Jahre 1860?

Und weil die Regierung von diesem Geiste durchdrungen ist, sehen wir wahre Freiheit in einer Weise herrschen, wie seit sehr langer Zeit nicht. Nicht nur einer Meinung, sondern allen Meinungen ist der freie Ausdruck gegönnt. Die Verhandlungen, die in diesem Augenblicke in den Landtagen geführt werden, in denselben Landtagen, denen man durch lange Zeit jeden Einfluss auf höhere politische Fragen verweigern wollte,

während ihnen gegenwärtig sogar die Competenz zu Resolutionen über solche höchste Fragen zugedacht wird, beweisen, welches Mass von Freiheit in diesem Augenblicke in Oesterreich herrscht. Ich glaube statt unter solchen Umständen Misstrauen gegen die Tendenz der Regierung zu hegen, mit den Schreckbildern der Gefahr von Reaction und Absolutismus zu drohen, sollte man sich den Spruch ins Gedächtniss zurückrufen: *Rara temporum felicitas, ubi sentire, quae velis et quae sentias dicere licet.* Eben diese Freiheit der Meinungsäusserung begründet in mir die Hoffnung, dass namentlich die Schwierigkeiten der Verständigung, welche bis jetzt aus unbegründetem Misstrauen und absichtlicher Verdächtigung hervorgegangen sind, unter diesen Verhältnissen allmählig schwinden werden. Die Gegner der Richtung, die in Oesterreich seit dem 26. Febr. sich geltend gemacht hat, sind lange Zeit systematisch verdächtigt worden, dass sie entweder nicht die Einheit des Reiches, die innigere Einigung der Theile Oesterreichs, oder nicht eine verfassungsmässige Gestaltung wollen, welche den Völkern die beschliessende Theilnahme an den höchsten Staatsaufgaben sichert. Die Geneigtheit zu solchen Verdächtigungen dürfte noch einige Zeit fort dauern, ja ich habe in der heutigen Sitzung Worte gehört, welche darauf hindeuten scheinen, nämlich die Worte: dass die Stärkung von Sonderbestrebungen nicht der Einheit und Kraft des Reiches zu Gute kommen wird. Den Satz in seiner Allgemeinheit wird Niemand in Abrede stellen, es fragt sich nur, um was für Bestrebungen es sich handelt. Wenn dem hohen Landtage die Aufgabe gestellt werden wird, sich über die künftige Gestaltung der Verfassung meritorisch auszusprechen, so ist es möglich, dass sich Sonderbestrebungen in Anträgen geltend machen werden, denen man entgentreten muss. Wenn aber heute aus Anlass der Adresse man sich geneigt findet, von Sonderbestrebungen zu sprechen, so frage ich, wo ist die Begründung dafür zu finden? Liegt ein Grund dazu etwa darin, dass in der Adresse die Machtstellung Oesterreichs hervorgehoben wird? oder darin, dass das Vertrauen ausgesprochen wird auf die gleiche a. h. Anerkennung der Rechte aller Königreiche und Länder, deren gleichgewichtigen Ausspruch Se. Majestät vernehmen und würdigen will? Ich glaube, die Worte, die die Krone an uns richtet, die dürfen wir mit Vertrauen und loyaler Hingebung annehmen, ohne dass man den Verdacht auszusprechen berechtigt ist, es handle sich um ge-

fährliche Sonderbestrebungen. Wenn gleichwohl in der Adressdebatte die Warnung vor Sonderbestrebungen ausgesprochen worden ist, so ist das also wohl ein Zeichen, dass das alte Miss-trauen noch nicht verschwunden ist; dem freien Meinungs-austausche aber wird es allmählig weichen müssen.

Die Regierung hat ihre Wahl getroffen und das Manifest vom 20. September hat sie in einer Sprache verkündet, die vor allem durch Aufrichtigkeit und Wahrheit einen wohlthätigen Eindruck übt. Die Frage ist nun an den böhmischen Landtag gestellt, ob er auf diese Ansprache eine vertrauensvolle Antwort an den Stufen des Thrones niederlegen wolle. Ich weiss kein Hinderniss, das dem entgegenstehen könnte, wenn es nicht die Rechtsfrage ist. Wer nach Allem, was in der Debatte vorgekommen ist, jetzt noch der Meinung ist, es widerstreite dem Rechte, an den habe ich keine Worte mehr zu richten.

Meine Herren! ich habe nicht erwartet, dass dieser Ausspruch in einer Art aufgefasst werden könnte, die Sie veranlassen würde, zu lachen. Ich sage es mit aufrichtigem Herzen: wer da glaubt, dass ein Rechtsbruch in der Adresse enthalten ist, der hat Recht, wenn er für die Adresse nicht votirt. Aber denjenigen, die in dieser Beziehung ihr Gewissen frei fühlen, denen gegenüber glaube ich die Hoffnung aussprechen zu dürfen, dass die Gefühle, die in der Adresse ausgesprochen sind, ihren Gefühlen homogen sein werden und dass sie sich dem Entwurfe anschliessen werden.

Diesem Antrage ist der Antrag entgegengestellt worden, zur Tagesordnung überzugehen. Es hat schon ein früherer Herr Redner in Vorhinein seine Meinung darüber ausgesprochen. Ich glaube aber, meine Herren, nach dem, was nachher gesprochen worden ist, nachdem es in der Debatte in Zweifel gestellt wurde, ob der hohe Landtag nicht ein Unrecht begehe, wenn er den kaiserlichen Worten mit Vertrauen begegnet, ob er nicht sündige gegen Gelöbniss und Eid, ist die Entscheidung zu einer Ehrensache des Landtages geworden.

Jetzt kann vom Uebergange zur Tagesordnung keine Rede mehr sein, es muss sich entscheiden, ob sich die Majorität des Landtages der einen Meinung anschliesse oder der anderen.

II.

Sitzungen vom 6. und 7. December 1866.

Schwere Kriegsdrangsale waren über Oesterreich, über Böhmen hereingebrochen; der unglückliche Krieg durch den Waffenstillstand in Nikolsburg, durch den Prager Frieden beendet worden. Kaiser Franz Josef hatte Böhmen mit seiner Anwesenheit erfreut, in Prag gewohnt, die Kriegsschauplätze besucht, und die trauernden Herzen getröstet.

Dem Landtage, welchem der Oberstlandmarschall Graf Albert Nostitz präsidirte, wurde bei seiner Eröffnung das a. h. Handschreiben vom 13. October 1866 (siehe Anhang Nr. 3) mitgetheilt.

Prof. Herbst und Graf Clam-Martinic stellten Anträge, mit Beziehung auf dasselbe eine a. u. Adresse an Se. k. k. Majestät zu richten. Die in Folge dessen gewählte Commission legte einen Majoritäts- und einen Minoritätsentwurf vor. Die Verhandlung darüber fand am 6. und 7. December 1866 statt.

Die vier ersten Absätze des Adressentwurfs wurden einhellig angenommen. Sodann wurde der weitere Entwurf der Minorität in namentlicher Abstimmung mit 126 gegen 91 Stimmen abgelehnt, und der Entwurf der Majorität mit unwesentlichen Aenderungen zum Beschlusse erhoben.

Allerunterthänigste Adresse vom 7. December 1866.

Allerdurchlauchtigster Kaiser und König!

Allergnädigster Herr!

Der treuehorsaamste Landtag des Königreiches Böhmen, der dem Allerhöchsten Rufe Eurer kaiserlichen königlichen Apostolischen Majestät folgend, nach einer Zeit schwerer Drang-

sale sich abermals versammelt hat, ist bei seinem Zusammen-
tritte durch das allergnädigste Handschreiben vom 13. October
dieses Jahres begrüsst worden, welches den Völkern des Reiches
und insbesondere der Bevölkerung Böhmens die huldvolle An-
erkennung ihrer in Noth und Gefahr bewährten Treue aus-
spricht.

Der treuehorsamste Landtag hat dieses allergnädigste
Handschreiben mit schuldiger Ehrfurcht freudig entgegenge-
nommen, und wird es aufbewahren als ein kostbares Document
kommenden Geschlechtern zum unvergänglichen Beweise, wie
huldvolle väterliche Gesinnung des Monarchen und unerschüt-
terliche treue Hingebung des Volkes den geheiligten Bund be-
festigt, den die frevelnde Hand des Feindes zu zerreißen be-
strebt war.

Den Ausdruck ehrerbietigsten Dankes für diese trostreiche
Kundgebung Allerhöchster Anerkennung Euerer Majestät dar-
zubringen, fühlt sich der treuehorsamste Landtag um so drin-
gender verpflichtet, als jene huldvolle Gesinnung in dem Be-
suche, mit welchem Euere Majestät das Land beglückt haben,
eine neue glänzende Bethätigung gefunden hat. Die Worte
des Dankes, welche wir Euere Majestät allergnädigst entgegen-
zunehmen bitten, sind ein Wiederhall des freudigen Zurufes,
mit welchem die Bevölkerung Böhmens Euere Majestät auf
Ihrem Wege huldigend begleitete.

Zu tiefgefühltem Danke sind wir Euerer Majestät insbe-
sondere verpflichtet für die kaiserliche Zusage, dass denjenigen,
die Opfer für das Reich gebracht haben, die Hilfe des Reiches
nach Recht und Billigkeit gewährt werden soll. Vertrauensvoll
erwarten wir, dass die Regierung Euerer Majestät fortan ernst-
lich bestrebt sein werde, diese grossmüthige Zusicherung in dem
Geiste, in dem sie ertheilt worden ist, vollständig, ohne Ein-
schränkung und ohne Zögern in Ausführung zu bringen.

Aber nicht nur die tiefen Wunden zu heilen, die dem
Wohlstande der Bevölkerung geschlagen worden sind, ist die
Absicht Eurer Majestät; wiederholt haben Allerhöchstdieselben
es für Ihre angelegentlichste Regentensorge erklärt, die Verfas-
ungsverhältnisse des Reiches einer dauernden Feststellung ent-
gegen zu führen.

Der Ausbruch eines beklagenswerthen Krieges hat die Be-
strebungen Euerer Majestät unterbrochen, und der unglückliche
Ausgang desselben die Schwierigkeiten der Lage gesteigert.

Das Ziel aber ist dasselbe und unveränderlich.

Nach wie vor ist der treuehorsaamste Landtag Böhmens der Ueberzeugung, dass nur auf dem von Euerer Majestät bezeichneten Wege einer auf den unwiderruflichen Grundlagen des Allerhöchsten Diploms vom 20. October 1860 beruhenden und im Geiste desselben herbeigeführten, freien und aufrichtigen Verständigung unter dem vermittelnden Walten der Krone zu einer verfassungsmässigen Rechtsgestaltung des Reiches gelangt werden kann; und dass der Natur und den Bedürfnissen Oesterreichs nur eine Verfassung zu entsprechen vermag, welche vor Allem die Bedingungen des Bestandes und der Macht des Reiches mit dauernden Bürgschaften umgibt, ebenso aber auch seiner Königreiche und Länder Existenz und autonome Entwicklung gewährleistet.

Diese Ueberzeugung ist in uns durch die erschütternden Ereignisse der jüngsten Zeit nur bestärkt worden.

Dringender und augenscheinlicher als je ist das Bedürfniss der untrennbaren und organischen Verbindung aller die österreichische Monarchie bildenden Königreiche und Länder, und die unabweisliche Nothwendigkeit, zur Wahrung und Sicherung der Integrität des Reiches die Kraft, welche in der staatlichen Einheit dieses mächtigen Verbandes ruht, zu voller Geltung zu bringen, und Alles zurückzuweisen, was diese für die Lösung der höchsten Staatsaufgaben unentbehrliche Einheit aufheben, oder ihre Wesenheit beeinträchtigen würde.

Das Königreich Böhmen wird stets seinen Stolz darein setzen, eine feste Gränzmark des Reiches zu sein; es erkennt in der Einheit und Macht Oesterreichs die Bedingung seines eigenen Bestandes und Gedeihens.

Nicht minder hat es sich erwiesen, dass in dem einheitlichen Staatsverbände des Reiches die geschichtliche Eigenberechtigung des Königreiches Böhmen, die in demselben angebahte Selbstverwaltung und das politische Bewusstsein seiner Bevölkerung für Oesterreich keine Ursachen von Schwäche sind, sondern vielmehr Quellen stets sich erneuernder Kraft.

Festhaltend an dieser Ueberzeugung wiederholen wir in ernster Würdigung der naheliegenden Gefahren, mit welchen die Ereignisse dieses Jahres die Zukunft Böhmens und des Reiches bedrohen, aber trotz derselben ungebeugten Sinnes, die in unserer allerunterthänigsten Adresse vom 12. December vorigen Jahres feierlich ausgesprochene Versicherung: Euerer

Majestät Regierung auf der durch das Allerhöchste Manifest vom 20. September vorigen Jahres vorgezeichneten Bahn staatsrechtlicher Verhandlungen mit treuer Mitwirkung zur Seite stehen zu wollen; wir wiederholen sie im Vertrauen auf das kaiserliche Wort, welches den legalen Vertretern aller Königreiche und Länder in Beziehung auf die angestrebte Neugestaltung des Verfassungsrechtes eine gleichgewichtige Stimme zugesichert hat.

In diesem erhabenen Worte Euerer Majestät, des legitimen Erben der altehrwürdigen Krone, mit welcher Sich nach Recht und heiliger Sitte krönen lassen zu wollen, Euere Majestät wiederholt zu erklären geruht haben, erblickt das Königreich Böhmen die volle Gewähr, dass nicht ohne Mitwirkung seiner Vertretung — wir hoffen einer Vertretung, deren Zusammensetzung die allgemeine Anerkennung ihrer moralischen und rechtlichen Competenz verbürgt, — die grosse Aufgabe des Ausgleiches ihrer Lösung zugeführt werden wird; dass ohne diese Mitwirkung nichts geschehen kann, noch wird, was die überkommene staatsrechtliche Stellung des Königreiches Böhmen und seine Beziehungen zum Throne und zum Reiche ändern würde; und dass insbesondere die Länder der böhmischen Krone ohne die Zustimmung ihrer legalen Vertreter keinem neuen staatsrechtlichen Gebilde eingefügt werden können.

Fest vertrauend, dass, was immer die Rechte des Königreiches Böhmen schädigen oder die Einheit und Macht Oesterreichs gefährden könnte, weder von dem weisen Regentensinne Euerer Majestät zugelassen, noch von Böhmens treuer Vertretung je wird beschlossen werden, glaubt der treugehorsamste Landtag die Darlegung berechtigter Ansprüche und Wünsche des Landes dem Zeitpunkte vorbehalten zu sollen, in welchem er berufen sein wird, mit dem Gewichte seiner Stimme in die von Euerer Majestät eingeleiteten Verhandlungen einzutreten.

Nur den Einen Wunsch und den Ausdruck sehnsuchtsvoller Hoffnung legt er heute an den Stufen des Thrones Euerer Majestät nieder: dass alle Völker Oesterreichs, eingedenk der gewaltigen Mahnung der Zeit und dessen, was ihrer Aller Existenz und Sicherheit gebieterisch erheischt, mit dem aufrichtigen Streben nach Verständigung und mit gesteigertem Eifer zusammenwirken mögen zu einer zeitgemässen Erneuerung der pragmatischen Sanction, auf dass Oesterreich, aus den Stürmen der Gegenwart mit verjüngter Kraft hervorgehend, seinen weltge-

schichtlichen Beruf erfülle, ein starker Hort zu sein all' der unter seinem Scepter durch mehrhundertjährige Ereignisse zu einer Völkerfamilie vereinigten, auf wechselseitigen Beistand angewiesenen Nationen, eine feste Gewähr ihrer mannigfaltigen, gleichberechtigten, freiheitlichen Entwicklung.

Gott erhalte, schütze und segne Euere kaiserliche königliche Apostolische Majestät!

Entwurf der Minorität.

Die unheilvollen Ereignisse dieses Jahres haben jedoch in unglücklicher Verkettung mit anderen Ursachen das Reich auf das Tiefste erschüttert und Schäden blossgelegt, die sich nicht durch materielle Hilfe ersetzen lassen. Sie machen es dem Landtage zur ernsten patriotischen Pflicht, sich bei diesem feierlichen Anlasse mit Offenheit und Freimuth über die Lage des Reiches auszusprechen.

Am 20. September v. J. wurde die Wirksamkeit jenes Vertretungskörpers, welcher auf Grund des in den Ländern diesseits der Leitha durch mehr als vier Jahre in Ausübung gestandenen, wiederholt bekräftigten Grundgesetzes vom 26. Febr. 1861 in's Leben getreten war, — suspendirt.

Seither ist mehr als ein Jahr verflossen.

Während die Hoffnungen, welche sich von mancher Seite an diesen Staatsact knüpften, mit der hervortretenden Erfolglosigkeit, mit dem wachsenden Misstrauen allmählig schwächer wurden, zeigte sich andererseits immer deutlicher, dass die Besorgnisse, welche sich vieler patriotischer Herzen sofort bemächtigt hatten, nur zu begründet und berechtigt waren.

Dem Ministerium, — und nur ihm, — war in jeder Hinsicht eine durch keine Mitwirkung und Controle der Volksvertretung beengte freie Bahn eröffnet; — allein es vermochte auf keinem Gebiete des staatlichen Lebens im Sinne des Fortschrittes zu wirken und Gestaltungen zu schaffen, die Befriedigung hervorgerufen hätten und Vertrauen zu erwecken geeignet gewesen wären.

Nirgends erblickt man den geringsten Versuch einer Verbesserung auf dem weiten Gebiete der Administration nach allen ihren Richtungen und Abzweigungen, — einer Administration, welche vom Geiste und den Bedürfnissen der Zeit längst überholt, ihre Unzulänglichkeit in der letzten verhäng-

nissvollen Periode auch dem geringsten Manne im Volke erwiesen hat.

Im Bereiche der seit Jahren ersehnten Justizreform zeigt sich völliger Stillstand, und in der That können nicht im Dunkel der Bureaux zu Stande gebrachte Elaborate, sondern nur im belebenden Lichte der Oeffentlichkeit berathene Gesetze der Hoffnung Raum geben, dass sie das allgemein und dringend gefühlte Bedürfniss nach Verbesserung der Rechtspflege befriedigen werden.

Und in einer Zeit, wo von allen Seiten die unermessliche Bedeutung echter Volksbildung anerkannt, ihr Zurückbleiben in unserem Vaterlande von jedem Patrioten auf das Tiefste beklagt wird, bewegt sich die Leitung des Unterrichtswesens ruhig in den altgewohnten Geleisen, ohne dass auch nur auf Eine, dasselbe irgendwie fördernde Massregel hingewiesen werden kann.

Diesem Stillstand in allen anderen staatlichen Belangen steht eine um so verhängnissvollere Thätigkeit der Finanzverwaltung gegenüber.

Der völlige Mangel aller Controle durch eine Volksvertretung musste die empfindlichste Rückwirkung auf den öffentlichen Credit üben, und hat sie — wie die Bedingungen, unter welchen allein die Aufbringung der erforderlich gewordenen Anlehen möglich war, beweisen — sofort geübt.

So musste denn zu dem bedenklichsten unter allen Mitteln der Geldbeschaffung, zur ausgedehnten Hinausgabe von Staatspapiergeld, geschritten werden. Täglich werden neue Summen davon in den Verkehr gebracht, ohne doch eine ununterbrochen fortschreitende Vermehrung auch der verzinslichen Staatsschuld entbehrlich zu machen. Die ausserordentlichen Dimensionen, welche die für Verzinsung und vertragsmässige Tilgung der Staatsschuld erforderlichen Summen in der letzten Zeit angenommen haben, sind nur zu sehr geeignet, in weiten Kreisen ernste Besorgnisse hervorzurufen, aber auch die Ueberzeugung zu befestigen, dass die alsbaldige Herstellung verfassungsmässiger Zustände dringendes und nicht mehr zu vertagendes Bedürfniss sei.

Denn der Zustand des öffentlichen Credits bedroht in bedenklichster Weise auch die täglich mehr schwindenden materiellen Kräfte des Vaterlandes, deren Hebung für die Stärkung des Ansehens und der Machtstellung des Staates erste und unerlässliche Bedingung ist. Die heimische Production, belastet

mit Steuern, die nur bei blühendem Verkehr erschwänglich sind, hart betroffen durch die beständigen Schwankungen der Landeswährung, bedrängt durch die Unzulänglichkeit und Kostspieligkeit der Verkehrsmittel, trägt immer schwerer die Concurrenz, welche ihr fortan von der Finanzverwaltung auf dem Geldmarkte gemacht wird, sie leidet am empfindlichsten durch die Unsicherheit der Zustände, welche sich jedem Aufschwunge entgegenstellt.

Der allseitig ersehnte Ausgleich mit Ungarn endlich, um dessen Willen das Ministerium die Suspension der Grundgesetze auch für jene Länder nothwendig erachtete, in welchen sie durch Jahre in Wirksamkeit gestanden waren, wurde dadurch, wie der Erfolg zeigt, keineswegs beschleunigt oder gefördert. Das Ministerium sah sich vielmehr jener Unterstützung beraubt, welche der durch die Vertreter dieser Länder kundgegebene Ausspruch der öffentlichen Meinung und ihr den anerkannten Rechten, so wie den unverkennbar gegebenen Verhältnissen gewiss bereitwillig Rechnung tragendes Entgegenkommen zu gewähren geeignet war.

Die traurige Folge all' dieser Thatsachen ist, dass sich ein banges Gefühl der Entmuthigung der Gemüther bemächtigt, die bei dem Mangel wahrnehmbarer Erfolge nicht vermögen, sich zu frischer Hoffnung aufzuschwingen, dass die giftige Pflanze des Pessimismus nur zu geeigneten Boden und immer weiter greifende Verbeitung findet!

Eure Majestät! Der treuehorsaamste Landtag des Königreiches Böhmen ist nur Dolmetsch der Gefühle aller Angehörigen des Landes, wenn er an den Stufen des Allerhöchsten Thrones in Ehrfurcht die feierliche Versicherung ausspricht, dass sie allesammt, wie bisher, so für alle Zukunft in treuer Liebe für ihren angestammten Herrscher eintreten werden für die Integrität des Reiches und die Bedingungen seiner Machtstellung, dass sie jederzeit bereit sind, dafür jedes Opfer freudig darzubringen.

Diese Liebe und Treue einiget alle Völker Oesterreichs, die schon so oft in guten wie in trüben Tagen fest zu einander gestanden sind. Es einiget sie aber auch das unerschütterliche Vertrauen auf die Weisheit und Gerechtigkeit Eurer Majestät.

Und in diesem Vertrauen wagen wir Eurer Majestät unsere unterthänigste Bitte ehrfurchtsvoll zu unterbreiten:

Allerhöchstdieselben wollen in Anbahnung des verantwort-

lichen Regierungssystem, welches Eure Majestät allgemein zur Geltung zu bringen entschlossen sind, die alsbaldige Wiederherstellung des verfassungsmässigen Zustandes auch für die Länder diesseits der Leitha, und in Folge dessen die Einberufung des Reichsrathes als ihrer verfassungsmässigen Vertretung Allergnädigst anzuordnen geruhen.

Gott erhalte, schütze und segne Eure kaiserliche königliche
Apostolische Majestät!

Aus dem Landtage zu Prag.

Rede des Abgeordneten Ritter v. Plener.

Wenn ich den Inhalt der beiden uns vorliegenden Adressentwürfe mit einander vergleiche, so stellt sich mir heraus, dass der Adressentwurf der Majorität allerdings einige anerkennenswerthe Zusicherungen und wohlgemeinte Wünsche, sowohl vom Standpunkte des Königreiches Böhmen speciell, als auch bezüglich der allgemeinen Lage des Reiches enthält; dass er jedoch nicht in dem Masse, wie der Minoritätsantrag den schweren Ernst der Gegenwart, der gefahrvollen Lage, in welcher das Reich sich befindet und einer rettenden Hilfe bedarf, entspricht. Mir scheint, dass in einem Momente, wie der gegenwärtige, dann, wenn es sich um eine Adresse an die Stufen des Allerhöchsten Thrones handelt, in tiefster Ehrfurcht solche Worte zu wählen sind, welche dem ganzen Ernste der Situation, dem gewaltigen Mahnrufe der Zeit vollkommen gerecht werden, im vollen Umfange und mit der freimüthigsten Wahrheitsliebe. Man erwarte bei diesem Anlasse von mir keineswegs eine Erörterung über die Verschuldung der unglücklichen Lage des Reiches durch die gegenwärtige Regierung. Dieses liegt fern von mir. Die Zeit, in welcher das Unglück bereits hereingebrochen ist, ist zu persönlichen Recriminationen, zu persönlichen Empfindeleien nicht angethan. In solcher Zeit sucht man zu retten, was noch zu retten ist. Dazu thut aber die Erkenntniss, die objective Constatirung des Uebels noth, wenn überhaupt noch eine Hilfe gedacht werden kann.

Das Charakteristische unserer Lage ist gekennzeichnet durch eine tiefgreifende gänzliche Entmuthigung, durch das gesunkene Vertrauen in eine gesicherte Zukunft und eine fest begründete Dauer unserer staatlichen Existenz. Diese Anschauung herrscht nicht etwa blos bei den Aufgeregten vor; sie besteht auch bei

den Besonnenen, in den ruhigsten auf Erhaltung des Bestehenden gerichteten Kreisen. Diejenigen von uns, welche den Geschäftskreisen näher stehen, werden die Wahrnehmung gemacht haben, dass die Anlage von Capital selbst dort, wo es reichlich vorhanden ist, in Unternehmungen, welche eine längere Dauer bedingen, unterbleibt, dass Werthumsätze von grösserem Belange im beweglichen und unbeweglichen Vermögen stocken, alles wegen der Ungewissheit der Lage, wegen des Zweifels an der Dauer des gegenwärtigen Bestandes. Seit der Sistirung der Verfassung und der damit verbundenen Entziehung des Rechtsbodens für unser politisches Leben hat sich eine Schwankung in den Rechtsanschauungen, eine Zerfahrenheit der Gemüther bemächtigt, welche ihren traurigsten Ausdruck in der an einigen Orten wieder wachgewordenen Nationalitätsanfeindung gefunden hat. Ich weise diesfalls auf ein östliches Kronland, wo bei den dort herrschenden besonderen Religions- und Stammesverhältnissen der benachbarte Staat des Auslandes sehr geneigt ist, die Gährung der Gemüther zu seinem Vortheile auszubeuten und Oesterreich Gefahren zu bereiten. Ich will in die sich anspinnenden europäischen Complicationen nicht näher eingehen, und will nur bemerken, dass besonnene Vaterlandsfreunde die äussere Sicherheit Oesterreichs, trotz der im heurigen Sommer für ewige Zeiten geschlossenen Friedensacte nichts weniger als für lange Zeit unbedroht erachten, und dass unsere Lage in Europa mehr denn je die vollständigste Consolidirung im Innern und die concentrirteste Staatskraft nach Aussen erheischt. Ich wende mich daher einem Gegenstande der innern Angelegenheiten zu; es ist dies die Angelegenheit des Ausgleiches mit Ungarn, mit jenem Königreiche Ungarn sammt den ihm aufs Neue einverleibten *partibus adnexis*, um dessen Rechtscontinuität jenseits der Leitha willen unsere auf dem Boden der Verfassung wurzelnde Rechtscontinuität diesseits der Leitha so schnell, so bald unterbrochen werden musste. Ich will keineswegs von der Erfolglosigkeit der seit dem 20. September in dieser Angelegenheit eingeschlagenen Schritte sprechen, im Gegentheile, ich besorge einen Erfolg, aber was für einen Erfolg, einen Ausgleich um jeden Preis, einen Ausgleich um den Preis der Einheit und Machtstellung der Monarchie, und auf Kosten der Interessen und Rechte der Länder der andern österreichischen Reichshälfte, einen Ausgleich von einer Art, wie man ihn längst hätte haben können, wenn man nicht die Einheit der Monarchie und die Gleichberechti-

gung sämmtlicher Länder hoch gehalten hätte. Betrachte man aber den Entwicklungsgang, den diese Angelegenheit bisher genommen hat. Die wichtigsten und massgebendsten Staatsacte in dieser Verhandlung waren das Septembermanifest, die Allerhöchste Thronrede bei Eröffnung des ungarischen Landtages am 14. December 1865 und das Rescript jüngsten Datums vom 20. November 1866. Wenn man den Inhalt dieser Staatsacte prüfend vergleicht, so wird man eine ununterbrochen fortgesetzte Kette von stets zunehmenden Concessionen einer immer nachgiebiger werdenden Regierung gegen die Forderungen Ungarns finden, ja der ungarische Landtag scheint selbst das jüngste Rescript, ungeachtet seiner schon so weit gehenden Concessionen, noch immer nicht für das letzte Wort der Regierung zu halten. Er scheint in seiner Zähigkeit verharrend und auf die Nachgiebigkeit in Wien pochend, zu hoffen, dass zuletzt die vollständige Bewilligung der ungarischen Prätensionen erfolgen werde.

Leider, glaube ich, rechnen die Ungarn richtig und wir treiben einem schroffen Dualismus, oder, um es offen zu sagen, einer reinen Personalunion entgegen, einer Lösung, welche unsere ausländischen Feinde mit lauender Schadenfreude als den Eintritt des Zeitpunktes der gänzlichen Schwächung Oesterreichs, eines in zwei sich aufreibende Theile gespaltenen machtlosen Oesterreichs erwarten.

Aber betrachten wir die Wirkungen der unglücklichen Lösung der ungarischen Frage in Bezug auf die inneren Verhältnisse.

Eine äussere Niederlage, eine Niederlage gegen einen äussern Feind kann verschmerzt und wieder gut gemacht werden; eine unglückliche Construction des Staatswesens im Innern, führt die Desorganisirung, den Zerfall des Staatskörpers herbei. Fassen wir nun einen Punkt näher ins Auge, es ist dies die finanzielle Partie. Lassen Sie in der finanziellen Frage eine solche Entscheidung gefällt werden, welche den Grundsätzen einer geregelten, gehörig controlirbaren Finanzverwaltung nicht entspricht, und es werden die sehr greifbaren grossen Nachtheile für die andere Reichshälfte, die schweren Lasten nicht lange ausbleiben, welche aus diesem Anlass zu tragen, und tief zu empfinden sein werden. Bleiben wir bei unserem Königreiche Böhmen, bei dem an Production und Industrie so reichen Böhmen, welches an directen und indirecten Steuern so viel zahlt. Böhmen wird nicht nur bei einer ungleichmässigen Vertheilung der Steuern, sondern auch bei einer ungleichförmigen

Verwaltung der Steuern diesseits und jenseits der Leitha die schwersten materiellen Nachtheile zu erdulden haben.

Und all diesen Wirrsalen im Allgemeinen, dann den speciellen Gefahren gegenüber, die uns aus der einseitigen Lösung der ungarischen Frage drohen — was ist unsere Lage?! Was sollen wir erwarten? Von wem sollen wir etwas hoffen? Etwa von der absoluten Regierung in Wien? Ich muss darauf mit „Nein“ antworten.

Die gegenwärtige Regierung, sowie jede absolute Regierung, hat derzeit keine Macht gegenüber den Rechten, den Anforderungen der Völker und der Zeit. Der in Wien regierende Absolutismus ist von dem in Pest tagenden Constitutionalismus längst überflügelt. Er hat gar nicht die Macht, den Präensionen, welche von Ungarn gestellt werden, mit Erfolg entgegenzutreten; er hat sich in Verhandlungen wehrlos, ohne Stütze eingelassen und selbst zur Stelle des Lavirenden, des fortan stets Nachgebenden verurtheilt. Auf dem Felde, wo die Geister einander bekämpfen, ist nur mit gleichen Waffen bei ehrlichem, offenem Kampfe ein dauernder Friede zu gewinnen. Nur die Stimme der gleichberechtigten Vertreter diesseits der Leitha könnte ein wirksames Gegengewicht gegen die Anforderungen Ungarns bilden.

Se. Majestät der Kaiser hat in dem Manifeste, welches über den Beginn der kriegerischen Operation erlassen ward, ausdrücklich das Bedauern erklärt, in einem so schwierigen Momente von der Vertretung des Reiches als Stütze des Thrones nicht umgeben zu sein. Ich glaube, dass mehr noch als in einem äussern Kampfe, in einem Kampfe, wo der Streit der Geister zu lösen, wo es sich um widerstreitende Rechtsansprüche und entgegengesetzte Forderungen für die Gestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse handelt, die legale Vertretung der anderen Reichshälfte die willkommenste, weil gleichartige und ebenbürtige Waffe gewesen wäre und dass die Vertretung der Länder diesseits der Leitha ihr gutes verfassungsmässiges Recht, ihr kräftiges parlamentarisches Wort im Interesse der Einheit und Machtstellung des Reiches als die wirksamste Stütze des Thrones in die Wagschaale hätte legen sollen. Das gleichzeitige Taugen der Vertreter der Reichshälfte diesseits der Leitha würde auf die Verhandlungen des ungarischen Landtags einen ebenso würdigen als ernsten und mässigenden Einfluss nehmen, es würde getragen von jeder mit dem Einheitsgedanken des

Reiches vereinbarten Billigkeitsrücksicht, für Ungarn das Entgegenkommen erleichtert und das Ausgleichswerk gefördert haben. Die einseitige Verhandlung der Regierung mit dem ungarischen Landtage und die seinerzeitige Mittheilung des Resultates an die Vertreter der Länder diesseits der Leitha, sieht allzusehr für die Letzteren einer Einladung post festum gleich, wo es zu spät sein wird, gegenüber den fertigen Thatsachen dem bereits längst beeinträchtigten Rechte wieder mit Erfolg Geltung zu verschaffen. Die Wiederherstellung der verfassungsmässigen Zustände in der nichtungarischen Reichshälfte würde das verlorene Zutrauen, würde Sicherheit und Festigkeit in die allgemein wirthschaftlichen Verhältnisse wieder bringen, die Einführung des verantwortlichen Regierungssystems würde den mit der Einführung des absoluten Regimes so tief geschädigten Staatscredit wieder erheben. Das Tagen der versammelten Vertreter der nichtungarischen Reichshälfte würde den entzogenen Rechtsboden wieder herstellen, sie in ihre unveräusserlichen verfassungsmässigen Rechte wieder einsetzen, sie in die competente Action über einen die gesammten Reichsinteressen am Tiefsten berührenden Gegenstand setzen, sie würde fördernd und beschleunigend auf einen ehrenhaften gedeihlichen Ausgleich mit Ungarn einwirken. Die Haltung des Reichsraths würde aber den Feinden Oesterreichs zeigen, dass in dem Reiche noch der Gesamtwille für die Erhaltung Oesterreichs besteht und lebt, dass der Oesterreicher noch sein Gesamt-Vaterland liebt, dass dieses Vaterland noch eine Zukunft hat und dass Oesterreich nicht etwa der andere kranke Mann in der europäischen Völkerfamilie ist, in dessen Erbschaft man sich schon theilen wollte. Alle diese Ziele strebt nach meiner Ansicht der Adressentwurf der Minorität an. Um ihre Verwirklichung richtet er die ehrfurchtsvoll bittenden Worte an Se. Majestät, sie drückt das Vertrauen in die Weisheit und Gerechtigkeit des Kaisers, in die Kraft und Treue der Völker aus, und deshalb werde ich für den Antrag der Minorität stimmen.

Rede des Abgeordneten Zeithammer.

(Aus dem Böhmischen übersetzt.)

Ich will mich darauf beschränken, über den Theil der Adresse zu sprechen, über welchen abweichende Anträge vorliegen, kurz, auf die politische Situation.

Das europäische Staatensystem, das seinen letzten grossen Abschluss in den Verträgen von 1815 gefunden, hat seither

eine bedeutende Umgestaltung erfahren. Diese Verträge ragen nunmehr nur als Ruinen in die Neuzeit hinein, ein Wahrzeichen der Vergänglichkeit menschlicher Gebilde, ein Beweis der Haltlosigkeit solcher Gestaltungen, die ohne die Mitwirkung der Völker geschaffen werden. Nicht allein die Karte von Europa ist gründlich geändert, sondern es sind Ideen zu vollem Bewusstsein erwachsen, die sich allerdings schon im Verlauf der Zeiten Bahn brechen wollten, nun aber ihren siegreichen Rundgang durch die Welt machen. Welcher Staat immer diesen Ideen sich entgegenstellt, der verfällt entweder in Ohnmacht oder in den Kampf um seine eigene Existenz. Leider war es auch dem österreichischen Staate nicht vergönnt, jenen Wandlungen fern zu bleiben, Wandlungen, die ihn fast immer schmerzlich und empfindlich berührt haben. Sein Territorialbestand wurde bedeutend geschmälert, im Innern haben ihn mächtige Umwälzungen erschüttert und die jüngsten Tage haben uns um so betäubendere Thatfachen vorgeführt, als sie sich mit so überwältigender Raschheit vollzogen. Der Rest eines reichen Landes ging Oesterreich im Süden verloren, im Norden und im Süden erstanden centralisirte und vergrösserte Staaten. Der in diesem Jahre abgeschlossene Prager Friede ist nur als der scheinbare Abschluss dieser Aera zu betrachten. Nur Kurzsichtigkeit kann im Prager Frieden einen wahren Abschluss sehen. Von drei Grossmächten umgeben, von denen zwei erst heuer Oesterreich mit Krieg überzogen, während die dritte drohend jede Bewegung desselben überwacht, gränzt der österreichische Staat unmittelbar an das altersschwache osmanische Reich, dessen wachsender Verfall eine nahe Katastrophe voraussehen lässt, so gross und gewaltig, dass selbst die grössten Staatsmänner Europas vor ihr zurückschrecken und sie auch nur anzurühren sich scheuen, und doch kann Oesterreich vermöge seiner geographischen Lage wie vermöge seiner nationalen Zusammensetzung ihr gegenüber nicht ein blosser Zuschauer sein. Wohin wir auch immer unsern Blick wenden mögen, überall sehen wir Wolken aufsteigen, die die Länder des österreichischen Staates umdräuen.

Und diese Constellation nach Aussen hin findet Oesterreich in einem Zustande innerer Zerklüftung und Verwirrung, wie ihn die Weltgeschichte nur in wenigen Staaten aufweist. Die politischen, socialen und volkswirthschaftlichen Verhältnisse des Reiches sind in hohem Masse krank und bedürfen radicaler Heilmittel. Hie und da spricht man bereits offen von einem

Zerfall, einer Zertrümmerung Oesterreichs; diese Worte vernimmt man leider bereits aus dem Munde von österreichischen Volksvertretern anderer Länder von der parlamentarischen Tribune herab, und auswärts werden Stimmen laut, denen zufolge die zerstückelten Reichstheile vielleicht schon in der nächsten Zeit den Nachbarn als gute Beute zufallen sollen.

Bei einer solchen Sachlage tritt der Landtag dieses Königreiches vor seinen Monarchen, um seinen Gefühlen Ausdruck zu geben.

Meine Herren, aus diesen Gefühlen erwächst unzweifelhaft zunächst die Ueberzeugung, dass unser Staat in der grössten Gefahr schwebe und es sich um seinen Bestand handle.

Der Gedanke, dass die Integrität des Reiches gewahrt bleibe, weil es auf einer natürlichen Basis gegründet ist, dieser Gedanke ist meines Erachtens der erste zu einer Zeit, wo man vom Zerfall des Staates spricht; auch glaube ich, dass dies nicht der rechte Augenblick ist, um Recriminationen und Klagen vorzubringen; in einer solchen Zeit handelt es sich vor Allem darum, dass wir unser Wort in dem Sinne ins Gewicht legen, dass wir unser Vaterland, dass wir Oesterreich wirklich erhalten wollen.

Glauben sie ja nicht, meine Herren, dass uns nichts am Herzen liege, dass wir keine Klagen haben wie Sie! Die Geschichte des böhmischen Volkes und unseres Vaterlandes ist eine wahre Leidensgeschichte, eine Leidensgeschichte nicht blos einiger Jahre, sondern mehrerer Jahrhunderte. Wir hätten alle Ursache uns tief zu beklagen, denn wie oft schon wurde das böhmische Volk in seinen Erwartungen getäuscht, wenn es sich den schönsten Hoffnungen hingab! Ja, wir müssen eingestehen, dass wir auch mit ähnlichen Beschwerden gegen die jetzige Regierung auftreten könnten wie Sie, da sie unserer Ueberzeugung nach leider die Bedingungen der Existenz und der Wohlfahrt des Staates noch immer zu verkennen scheint. Wir könnten uns darüber beklagen, dass sie die böhmische Nation so zu sagen bei Seite schiebe, dass sie selbe zurückstosse.

Meine Herren, nur nebenbei sei hier bemerkt, dass dies eine in der Geschichte höchst seltene Erscheinung ist. Während sonst Ministerien die Parteien zu gewinnen trachten, um sich auf selbe stützen zu können, scheint mir unser Ministerium so vorzugehen, als wenn es sich auf keine Partei stützen wollte. Ich habe das berührt, damit Sie, meine Herren, ja nicht glauben, dass wir nicht eine lange Reihe von Klagen erheben

könnten, allein wir stehen davon ab im Hinblick auf den grossen Gedanken, der nun höher zu halten ist als die Beschwerden unseres Volkes.

Der Stern, meine Herren, der uns in dieser Dunkelheit voranleuchtet, wenn wir von den Mitteln reden, mit welchen unsere Verhältnisse zu heilen sind, ist meines Erachtens vor Allem die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Existenz des österreichischen Staates. Das böhmische Volk hat diese Nothwendigkeit durch den Mund seiner hervorragendsten Männer schon mehrmals anerkannt. Das böhmische Volk bei seiner geographischen Lage und allen seinen Bedürfnissen nach wünscht österreichisch zu sein und zu bleiben, es wünscht dies wegen der gesammten Lage der Dinge; das böhmische Volk verwahrt sich dagegen, dass irgend eine fremde Macht, z. B. Preussen, nach ihm ihre Hand ausstrecke, und wenn sie auch noch verlockendere Proclamationen erlassen sollte, als es jene „an das glorreiche Königreich“ gewesen. Schon die Lage der kleinen Völker Mitteleuropas weist auf die Nothwendigkeit eines Staates hin, der ihre Kräfte vereine. Und wenn auch diese Völker an Zahl gering sind, sind sie doch voll Talent und frischer Kraft, reich an den glorreichsten historischen Erinnerungen, in deren Sinne auch weiter regiert zu werden, sie das grösste Verlangen tragen. Vernichten Sie, meine Herren, diese Völker, dann erst werden Sie die historischen Erinnerungen derselben verwischen, erst mit der Vernichtung ihrer Existenz ihnen dieselben nehmen können. Aber damit eben alle diese Völker die Nothwendigkeit des österreichischen Staates einsehen, ist es dringend nothwendig, dass man auf diese Eigenthümlichkeiten, auf diese historische Entwicklung sein Augenmerk richte. Ueber diese Grenzen hinaus würde so zu sagen die Nothwendigkeit des österreichischen Staates nicht mehr bestehen.

Das böhmische Volk, das auf seine historischen, von den Vorfahren ererbten Rechte Gewicht legt, ist von diesen Rechten soviel abzutreten bereit, als namentlich zur Erhaltung der Integrität und der Grossmachtstellung dieses Reiches nöthig. Dies ist schon wiederholt bemerkt worden, und darum halten wir fest an den Grundsätzen des Octoberdiploms, und nicht an jenen, die im Februarpatente ihren Ausdruck gefunden haben; denn das Octoberdiplom erklärt Alles für Landesangelegenheiten, was nicht ausdrücklich als Reichsangelegenheit bezeichnet wurde, während das Februarpatent gerade das Gegentheil thut. Darum sprechen wir uns zunächst gegen die Centralisation aus; aber

nicht nur gegen die Centralisation müssen wir unsere Stimme erheben, sondern auch gegen jeden Versuch, den österreichischen Staat auf dualistischer Grundlage zu gestalten. Meiner Ueberzeugung nach ist der Dualismus das Grab der Monarchie, das Grab der böhmischen Krone und des böhmischen Königreichs, das Grab unserer Nation. Wir sind gewöhnt, den Dualismus mit den Bestrebungen des ungarischen Volkes in engste Verbindung zu bringen. Die ungarische Frage ist freilich nicht zu umgehen, da sie, wenn auch nicht wegen ihrer Wichtigkeit, so doch der Zeit nach Allem vorangeht. Meine Herren, ich gehöre nicht zu Jenen, welche die berechtigten Ansprüche der Ungarn etwa anfechten wollten, soweit sie im historischen und natürlichen Rechte begründet sind. Allein mein Standpunkt in dieser Frage ist in dem Sinne klar, dass diese Rechte der ungarischen Nation insoweit begränzt werden müssen, als es die Einheit und Grossmachtstellung des österreichischen Staates und die mit Blut besiegelten Rechte des dreieinigen Königreiches erheischen. So lange sich die Ungarn weder der einen noch der andern Bedingung entgegenstellen werden, kann wohl Jedermann das acceptiren, was von ungarischer Seite verlangt wird.

Es entsteht demnach die Frage: Wenn weder der centralistische noch der dualistische Weg zum Ziele führt, welche sind die Mittel, die wir hierzu empfehlen könnten? Die Antwort darauf haben wir bereits wiederholt gegeben. Wir haben uns bereits in der Adresse, die im vorigen Jahre Sr. Majestät überreicht wurde, ausgesprochen, dass wir festhalten wollen an den Grundsätzen, die in dem Septembermanifeste enthalten sind. Denn in diesem glauben wir die Bürgschaft zu finden, dass die Stimme keines der österreichischen Völker ungehört verschallen wird und dass diese Stimmen gleichgewichtig sein werden mit jenen, die wir aus dem ungarischen und kroatischen Landtage vernehmen. Aber gerade von der Gegenseite wurde uns vorgehalten, die politische Sistirung der Reichsvertretung, die mit der Erlassung des Septembermanifestes gleichbedeutend ist, habe über uns alle jene Leiden verhängt, die hier aufgezählt wurden.

Ich glaube nicht näher erörtern zu müssen, es wurde bereits darauf hingewiesen, wie unbegründet, ja wie wirklich kaum glaublich, diese in die Minoritätsadresse aufgenommene Argumentation ist. Auch wir sind uns dessen wohl bewusst, dass unsere Verhältnisse einem bedeutenden Siechthum ver-

fallen sind, allein dies von der Sistirung des „Verfassungslebens“ abzuleiten, wie es von der Gegenseite geschieht, ist meines Erachtens gänzlich unstatthaft. Die öffentliche Verwaltung, die Justiz, den öffentlichen Unterricht, die Militärangelegenheiten, die Finanzverhältnisse hat das Ministerium, das leider vier Jahre hindurch unsere Geschicke leitete, in einem solchen Zustande hinterlassen, dass wie aus einer Quelle unausweichlich alle die Folgen fliessen mussten, die sich soeben gezeigt; es war dies eine nothwendige Consequenz. Bedenken Sie nun, meine Herren, weiter, dass ein grosser Krieg ausgebrochen ist, auf den Oesterreich wie gewöhnlich nicht gehörig vorbereitet war, erwägen Sie, welche Opfer dieser Krieg gefordert hat, und fragen Sie sich selbst, ob Sie bei dem Finanzstande, wie ihn das Ministerium übernommen, sammt dem Reichsrathe die Hinausgabe von Staatsnoten hätten vermeiden können?

Die Mittel, welche man Vorschussgeschäfte nannte, und auch jene, von denen heute der gewesene Finanzminister Erwähnung gethan, würden hiezu wahrlich nicht ausgereicht haben. Ich frage, konnte sich bei solchen Verhältnissen der Finanzminister so geringfügiger und kleinlicher Mittelchen bedienen, bei denen er von einem Tage zum andern, gleichsam von der Hand in den Mund lebt, keineswegs aber nach den finanziellen Grundsätzen eines grossen Staates vorgeht? Und gerade jene Herren, die zu jener Zeit Einfluss und Macht in Händen hatten und in dem gelobten Reichsrathe sassen, zeigten denselben Minister und dasselbe Ministerium solcher Fehler, dass es endlich zum Sturze gelangte. Ich bedauere, dass es nicht gestattet ist, in diesem Landtagssaale etwas vorzulesen, ich würde mir einige Punkte aus den Reden damaliger Abgeordneter zu citiren erlauben, zum Beweise, dass Alles, was dem jetzigen Ministerium vorgehalten wird, auch dem damaligen Ministerium zum Vorwurf gemacht wurde. Und dazwischen, meine Herren, liegt der preussische Krieg und Königgrätz, woran wir keine Schuld tragen. In jüngster Zeit drang zu uns der Wiederhall beinahe wilder politischer Orgien, die kein besonnener Mensch billigen wird, und ich bedauere nur, dass dies in der Residenzstadt geschehen, auf die das Ausland hinblickt als auf den Mittelpunkt der österreichischen Monarchie. Allein eben darum wünsche ich, dass wir hier unsere Stimme laut und feierlich erheben, damit sich Europa ja nicht etwa der Meinung hingebe, dass das, was in Wien gesprochen wird, der Ausdruck des ge-

samnten österreichischen Staates sei. Wer hat jenen Herren das Mandat gegeben, im Namen der Völker Oesterreichs das Wort zu führen? Noch stehen hier die Völker der böhmischen Krone, es stehen hier die Polen, die Südslaven, sie alle werden ihre Stimme in Adressen gewiss deutlich vernehmen lassen und zeigen, dass das, was in Wien vorgebracht wird, keineswegs der Wiederhall der gesammten österreichischen Monarchie sei, sie werden sich erweisen als altbewährte Elemente, denen an der Integrität Oesterreichs gelegen ist, und sie werden sich in ganz anderer Weise aussprechen. Und bis endlich die Landtage von dem Bann der jetzigen Wahlordnungen befreit sein werden, dann werden Sie ihre Stimme noch lauter und wahrhafter vernehmen.

Meine Herren, nur noch wenige Worte über das Mittel, das uns in der Minoritätsadresse anempfohlen wird. Es wird darin gesagt, die Regierung möge zu den verfassungsmässigen Zuständen zurückkehren und die Vertreter der cisleithanischen Länder einberufen. Wenn nun dieser cisleithanische Landtag, oder Reichsrath, oder wie Sie es nennen wollen, die Verfassungsangelegenheiten erledigen soll, dann ist es meines Erachtens blos eine *contradictio in adjecto*. Woher stammt dieses Verfassungsrecht, diese besondere cisleithanische Vertretung? Basirt es etwa auf den Grundsätzen des Diploms? Nein. Basirt es auf jenen Grundsätzen, die in die Februarverfassung gelegt wurden? Gleichfalls nicht, denn dem engeren Reichsrathe steht das Recht nicht zu, über Verfassungsfragen zu entscheiden. Wir können zu solchem keineswegs beistimmen, wie wir kein „Cisleithanien“ kennen, auch werden Sie weder uns noch die Polen je in einer solchen Vertretung sehen.

Cisleithanien ist der Begriff eines eingeschrumpften Centralismus, und weil man den Centralismus nicht im ganzen Reiche durchführen konnte, will man ihn nun in zwei Hälften durchführen versuchen.

Es entsteht demnach die Frage, wozu wir Sr. Majestät in der Adresse rathen sollen, und Seiner Regierung, dass sie darnach vorgehe.

Sollen wir abermals einen engeren Reichsrath anrathen und ihn etwa anders benennen, da die Herren wohl selbst wünschen werden, dass die unglückseligen Reminiscenzen mit dieser Vertretung nicht wieder in Verbindung gebracht werden? Was hätte dies zur Folge? Ich weiss nicht, ob der letzte Reichsrath

der weite, der engweitere oder der engere gewesen ist, aber, meine Herren, sicher ist es, dass, wenn der Reichsrath einberufen werden sollte, dies der engste werden würde. Ich kann mich dem von der Minorität ausgehenden Antrag nicht anschliessen, und weil ich in der uns von der Majorität vorgelegten Adresse alle jene wesentlichen Punkte sehe, welche in dieser ernsten Zeit, bei der inneren Zerfahrenheit zu betonen nöthig, weil ich finde, dass sie Gewicht legt auf die Integrität und Grossmachtstellung dieses Reiches, auf die alten Rechte der Sct. Wenzelskrone, dass sie weiter Gewicht legt auf die Autonomie des Königreiches Böhmen, darum stimme ich für diese Adresse. Die Idee Oesterreichs und die Autonomie stehen mir zu hoch, als dass ich zustimmen könnte zu einem neuen Experimente, das Sie uns, meine Herren, anempfehlen wollen, zu einem Experimente, das vielleicht das letzte in Oesterreich wäre. Oesterreich wird entweder bestehen, begründet auf dem Einverständnisse aller seiner Völker, oder es wird überhaupt nicht bestehen!

Rede des Abgeordneten Grafen Clam-Martinic.

Es ist stets ein feierlicher und ernster Moment, wenn sich die Vertretung des Königreichs Böhmen an den Monarchen ehrfurchtsvoll wendet. Der Ernst und die Bedeutung des Augenblickes tritt heute um so mehr vor Augen, wenn wir auf den Anlass blicken, welcher uns bestimmt, eine Adresse an Se. Majestät zu richten und wenn wir auch die Lage berücksichtigen, in welcher wir uns befinden. Der nächste Anlass, aus welchem das Haus sich entschlossen hat, eine Adresse an Se. Majestät zu richten, ist das Allerhöchste Handschreiben vom 13. October d. J. Dieses Allerhöchste Handschreiben ist ein schönes Blatt, ein glänzendes Document in den Annalen unseres Königreichs Böhmen, so wie auch das Jahr 1866 mit seinen drangsalvollen Ereignissen doch ein schönes Blatt in der Geschichte des Volkes, ein glänzendes Zeugniß aufopfernd und ausharrend bewährter Treue sein wird. Dass es so war, findet in dem Allerhöchsten Handschreiben huldvolle Anerkennung. Darum ist es wohl auch natürlich, warum wir in dieser Beziehung enig sind in diesem hohen Hause, enig in dem Wunsche den Ausdruck unseres tiefsten Dankes an die Stufen des Thrones ehrfurchtsvoll niederzulegen, den Dank für diese huldvolle Anerkennung, den Dank für die durch den Allerhöchsten Be-

such dem Lande zugekommenen Wohlthaten, und damit zu verbinden die erneuerten Versicherungen unwandelbarer Treue.

In dieser Beziehung also, meine Herren! sind wir einig und wahrlich, es wäre das Wohlthuendste, gerade bei dieser Stelle zu verweilen, die uns alle verbindet. Aber wie die Dinge stehen, muss ich mich wohl auch jenem Theile zuwenden, worin die Ansichten auseinander gehen, dem, was uns trennt; ich muss mich wenden zu dem Antrage der Minorität des Ausschusses. Bevor ich dies aber thue, möchte ich mir eine kleine persönliche Bemerkung erlauben, nachdem ich gewissermassen dazu herausgefordert worden bin.

Einer der geehrten Herrn Vorredner hat Anstoss daran genommen, dass unter dem Adressantrag die Namen solcher stehen, die sich Conservative nennen, und er hat weiter gesagt, er wäre in Verlegenheit, Jemandem zu erklären, was conservativ ist, wenn es mit dem Fortschritt in Verbindung treten könne. Ja, meine Herren! da zeigt allerdings der Hr. Redner, dass er nicht erklären kann, was conservativ ist, wenn er meint, dass conservativ mit Fortschritt unvereinbar ist: — Der wahre Conservatismus ist eben mit wahrem Fortschritt sehr wohl vereinbar; dem gegenüber aber möchte ich auch noch sagen, dass es manchen Liberalismus gibt, der mit dem Fortschritte gar nichts gemein hat.

Die Minorität ergeht sich zunächst in einer düsteren Schilderung der Zustände des Landes und des Reiches. Der Schwerpunkt und die Bedeutung der Schilderung liegt nicht so sehr in dem Bilde der Zustände selbst, als darin, dass sie als die unmittelbaren Folgen dessen geschildert werden, was man die Politik des 20. Septembers nennt. Es wird hier nicht unterschieden, ob sie die Folge der Thätigkeit oder der Unterlassungen des Ministeriums, der Regierung seien, oder ob sie in dem Staatsacte selbst liegen, mit welchem die Bahn inaugurirt wurde.

Meine Herren! ich fühle mich nicht veranlasst, noch berufen, unberechtigt mich zum Anwalte der Regierung aufzuwerfen, der gegenüber ich meine Unbefangenheit und Unabhängigkeit immer bewahrt habe und bewahre. Aber mein natürliches Rechtsgefühl drängt mich auch hier, fair play zu verlangen, und wenn gesagt worden ist, es soll in diesem Augenblicke die volle Wahrheit gesagt werden, so muss sie in jeder Richtung gesagt werden; es muss eben so wohl über die Zustände als über die Ursachen derselben die Wahrheit gesagt werden. Es muss

nicht Alles der gegenwärtigen Regierung auf die Schultern gelegt und zur Last geschrieben werden, was in weit zurückliegenden Ursachen seinen Grund hat; und es soll auch nicht das, was vielleicht in der That Unterlassungen oder Veranlassungen der Regierung zur Last fallen mag, direct bezogen werden auf den Staatsact vom 20. September. Es ist ein falscher Schluss, alles dasjenige, was seit dem 20. September geschehen ist, ohne weitere Unterscheidung als Folge oder wie es geheissen hat, als Früchte des 20. September zu bezeichnen. Es ist der Causal-Nexus nachzuweisen, bevor man zu einem solchen Schlusse gelangen kann. Man ist sogar soweit gegangen, den Verlust eines Königreiches als Folge des 20. September hinzustellen und weil gerade dies von einem Hrn. Vorredner neuerdings in Anregung gebracht worden ist, so muss ich vor Allem zurückweisen die Interpretation, als dürften Ausrufungen, die hier im Hause gehört worden sind, so gedeutet werden, als könnte der Verlust eines Königreiches für Oesterreich von irgend Jemandem unter uns mit Freuden begrüsst werden. Das muss ich mit Entschiedenheit zurückweisen. Ich kann aber auf das Gebiet, das mein unmittelbarer Herr Vorredner in dieser Beziehung betreten hat, nicht folgen, ich kann unmöglich die Complicationen der äussern Politik deduciren als Frucht und Folgen des Staatsactes vom 20. September.

Wenn man dann allerdings gesteht, das sind eben nicht so sehr die Folgen des 20. Septembers, sondern die Erfolge der Regierung; wenn man sagt, man wolle eine Aenderung der Regierung, dann, meine Herren, steigt die Adresse von einer Staatschrift auf eine viel geringere Stufe herab, dann ist sie eine Anklage gegen das Ministerium, ein Sturmloch gegen das Ministerium, nicht eine Staatsschrift über die Folgen des 20. Septembers und über die Ursachen der dermaligen Lage.

Es ist im Minoritätsberichte bei der Schilderung der Lage des Reiches ein Weiteres gesagt über die Stagnation in der Administration, in der Justiz und der Unterrichts-Gesetzgebung. Nun, kein Mensch wird verkennen, dass in allen diesen Richtungen wesentliche Bedürfnisse, schreiende Bedürfnisse vorliegen, dass grosse Lücken vorhanden sind. Ich will, nachdem es schon von mehreren Seiten betont worden ist, in diesem Augenblicke, obwohl der Versuch nahe liegt, nicht mit Recriminationen antworten, nicht fragen: Was ist denn in der Periode von 1861 bis 1865 geschehen? Aber ich will ihnen

hier, wenn sie auf diesen Punkt den Accent legen, die Betrachtung entgegenhalten, ob, selbst wenn sie die sofortige Einberufung des Reichsrathes, eines Reichsrathes, der von allen Ländern beschickt, von allen Ländern anerkannt würde, als möglich voraussetzen, ob sie glauben, dass dieser Reichsrath in diesem Augenblicke daran gehen würde, ruhig an den grossen Aufgaben der Codification, an mühseligen Gesetzgebungsaufgaben zu arbeiten oder ob er in diesem Augenblicke nicht von dem Drängen und der Bedeutung der grossen politischen Fragen unbedingt in Anspruch genommen würde? Ob nicht auch er der Ueberzeugung sich beugen müsste, dass die Frage der Fragen der Ausgleich der staatsrechtlichen Verhältnisse ist, und dass erst nach Lösung dieser Frage die einzelnen Aufgaben der Gesetzgebung gelöst werden können. Wir bedauern gewiss alle, dass wir vor einer Frage in dieser Beziehung stehen; wir können es aber nicht läugnen, uns darüber nicht täuschen, können uns am Allerwenigsten mit Fictionen darüber hinweghelfen.

Umständlicher, als in dieser Beziehung, spricht sich das Minoritätsvotum über die finanzielle Thätigkeit des Ministeriums aus, und nennt sie geradezu eine verhängnissvolle. Nun, meine Herren, ein Verhängniss allerdings ist der Krieg, der in diesem Jahre eingetreten ist, ein Verhängniss, dass er so ungeheuerer Summen verschlungen hat. Aber es scheint mir doch durchaus nicht gerecht, die finanziellen Folgen des Krieges als Folgen der Politik des 20. Septembers hinstellen zu wollen. Nehmen sie den Krieg mit seinen ganzen Consequenzen in finanzieller Beziehung aus der Rechnung heraus, dann, meine Herren, muss auch der sehr geehrte Abgeordnete für die Egerer Handelskammer mir vergeben, wenn ich meine Meinung dahin ausspreche, dass dann die finanzielle Wirthschaft des gegenwärtigen Regimes mit der des früheren den Vergleich aushalten kann.

Meine Herren! man spricht von den Folgen dieses finanziellen Regimes, des Regimes v. 20. September, und wundert sich, dass es keinen grösseren Erfolg erreicht hat. Nun, wenn man von einem nach Monaten zählenden Regime spricht, von welchem eine grosse Zeit seiner Dauer eben durch den Krieg ausgefüllt wurde, so ist es nicht unbillig, damit zu vergleichen die Erfolge eines Regimes, welches Jahre gedauert hat, ohne durch solche Calamitäten und Eventualitäten gestört worden zu sein. Wie gesagt, meine Herren, ich bewege mich nicht gerne in diesen Rückblicken, nachdem aber gerade in diesem Hause,

gerade von Seiten der Verfechter des Minoritätsantrages auf diesen Punkt Gewicht gelegt worden ist, so muss ich mir erlauben, auf einige Punkte einzugehen.

Wir haben in diesen 4 Jahren v. J. 1861 bis 1865 erlebt, dass man an dem Staatsvoranschlage, an der Finanzgebahrung um Nebendinge, um Aeusserlichkeiten sich abgemüht, um einzelne Abstriche gefeilscht hat, um Abstriche, welche zum Theile nicht zugestanden, zum Theile auf Umwegen paralysirt wurden. Wir haben gesehen Lasten und Steuern in steigender Progression, wir haben eine Thätigkeit auf finanziellem Gebiete gesehen, welche ganze Industriezweige an den Rand des Verderbens gebracht hat, wir haben gesehen die Zunahme jener Depotgeschäfte, welche eine jede Controle bezüglich des Wachsens der Staatsschuld unmöglich machten, wir haben eine Zunahme von Anlehen erlebt in jener Zeit, welche einer Zunahme der Zinsen im Betrage von 18 Millionen gleichkommt, wir haben endlich gesehen, dass im letzten Jahre dieser Finanzgebahrung an die Nachfolger ein Deficit übergeben wurde, welches nominell mit 8,000.000 beziffert war, sich aber thatsächlich auf 76,000.000 herausgestellt hat. Nach solchen Ergebnissen scheint es mir erklärlich, dass dann die Wiederherstellung des Gleichgewichtes, die plötzliche Einführung einer Ordnung unmöglich war, dass auch Anlehen unter günstigen Bedingungen nicht zu erzielen waren. Ueber die Leichtigkeit, über die Bedingungen eines Anlehens zu verhandeln, wird auch jener Abgeordnete, auf welchen ich früher hingewiesen habe, vielleicht Erfahrungen mitzutheilen haben. Jedenfalls steht fest, dass die Bedingungen, unter welchen frühere Anlehen contrahirt worden waren, die Contrahirung späterer Anlehen schon darum erschwerten, nicht nur weil der Markt überfüllt, sondern weil der blasirte Gaumen der Börse bereits so gereizt war, dass sich die Bedingungen steigern mussten. Ich kann meine Ueberzeugung nur dahin aussprechen, dass ich in den eingehenden, vielfachen Verhandlungen bis gegen die ganz letzte Zeit jede höhere Auffassung der Finanzlage, jede Ergründung des tiefer liegenden Uebels derselben vermisst habe und dass die ganze Finanzgebahrung jener Zeit sich bewegt hat auf jener abschüssigen Bahn, welche die Volkswirthschaft sowie die Staatswirthschaft von der Basis einer soliden Production, eines dauernden Erwerbes abgeführt und durch die Irrwege einer leichten Speculation und eines verlockenden Spieles dem Ruine entgegen geführt hat. Auf dieser

Bahn wurde kein Halt gemacht, wurde an keine Umkehr gedacht; dann, meine Herren, ist es allerdings begreiflich, dass, wenn in einem solchen Augenblicke ein so gigantischer Krieg über das Vaterland hereinbricht, dass dann die Folgen tief eingreifend sein müssen. Dagegen muss ich bekennen, und ich bekenne es offen, dass ich gerade aus dem Regime des 20. September, aus dem Exposé des Finanzministers vom 29. December 1865 die erste Hoffnung geschöpft habe, dass dieses Grundübel unserer Finanzgebarung erkannt, auf dem falschen Wege eingehalten werden werde. Der Finanzminister hat am 29. December 1865 den Muth gehabt, auf Grundlage richtiger finanz-politischer und volkswirthschaftlicher Grundsätze, trotz des Deficits mit einer Erleichterung in den Abgaben vorzuschreiten, mit einer Herabminderung der Lasten und Abgaben, der directen und indirecten Steuern; er hat bereits früher Hand angelegt an die Besteuerung eben jener Gewerbe, welche dem Ruin zugeführt waren und nun durch einen erhöhten Flor erhöhte Einnahmen für die Finanzen bilden. Wenn nun der Krieg, wie ich früher gesagt habe, dazu getreten ist, so ist es, scheint mir, eine ganz erklärliche Erscheinung, wenn derselbe finanzielle Erschütterungen im Gefolge gehabt hat. Umsomehr aber sollte man Anstand nehmen, dies auf das Schuldbuch des gegenwärtigen Regimes zu stellen, wenn man bedenkt, wohin die Wurzeln dieses Krieges reichen, wenn man bedenkt, dass der Grund dafür weit vor den 20. September reicht, dass er damals schon eine Nothwendigkeit geworden war. Es ist im hohen Grade zweifelhaft, ob er hätte damals oder früher vermieden werden können. Jedenfalls aber reichen die Wurzeln desselben weit zurück.

Wenn man schliesslich der Regierung und jenem Regime vorwirft, dass es im Augenblicke des Kampfes auf Leben und Tod zu dem gewiss beklagenswerthen Mittel der Papiergeldfabrication gegriffen hat, so müsste man vor der Oeffentlichkeit das Mittel anzudeuten in der Lage sein, welches statt dessen hätte ergriffen werden sollen, wo es sich um Sein oder Nichtsein handelte. Wo die absolute Unmöglichkeit, andere Mittel zu beschaffen, vorhanden war, wäre es ein begründeter Vorwurf gewesen, wenn man zu diesem Mittel nicht geschritten wäre, und ich glaube, jede Vertretung, die damals getagt hätte, hätte zu keinem andern Mittel greifen können, oder wenn wir es uns als möglich vorstellen wollten, dass inmitten eines solchen Kampfes die Vertretung des Volkes die nothwendigen Mittel

dazu versagt hätte, dann, meine Herren, wäre es jedenfalls das Gegentheil der Unterstützung gewesen, auf welche von der Minorität Nachdruck gelegt wird.

Wenn ich weiter fortschreite in der Analyse dieses Minoritätsvotums, so treffe ich auf den Absatz, „es sei durch die Septemberpolitik der Ausgleich mit Ungarn nicht gefördert worden.“ Nun, meine Herren! das, glaube ich, ist denn doch entschieden unrichtig; denn ohne die Septemberpolitik hätte der Ausgleich gar nicht angefangen, allerdings hätte er auch nicht fortschreiten können. Denn das, glaube ich, ist klar und darüber kann sich Niemand einer Täuschung hingeben, dass ohne das Septembermanifest ein ungarischer Landtag gar nicht zusammengekommen wäre. Eine vierjährige Erfahrung beweist dies. Wenn man jetzt in den Verhandlungen erst so weit ist, so ist zum Theil auch hier die Schuld in dem früheren Regime zu suchen. Es gemahnt mich dieses ein wenig an die Geschichte mit den sibyllinischen Büchern.

Ich gestehe selbst, und gewiss wir alle sind darüber einig, dass die Verhandlungen bisher noch nicht jenen Erfolg gebracht haben, der unseren Wünschen und Hoffnungen entsprechen würde. Dennoch kann ich dem nicht beistimmen, dass kein Fortschritt darin wahrzunehmen ist. Man ist doch jetzt dahingekommen, dass offen und unerschrocken die Gemeinsamkeit gewisser Angelegenheiten, das Vorhandensein der Gemeinsamkeit überhaupt anerkannt wird, was noch vor Kurzem entschieden geläugnet wurde, oder wozu sich früher innerlich Manche bekennen mochten, aber öffentlich sich zu bekennen Anstand nahmen. Diese Gemeinsamkeit wird nun wenigstens öffentlich anerkannt; es haben Viele den Muth, es auszusprechen und da vertraue ich auf die Macht der Thatsachen, dass diejenigen, welche wirklich einen Ausgleich wollen, und deren gibt es gewiss unter den Staatsmännern Ungarns eine grosse Zahl, dass diejenigen, welche wirklich einen Ausgleich, welche Oesterreich wollen, auch die Bedingungen seiner Existenz werden zugeben müssen. Auf diese fortschreitende Macht der Thatsachen und auf die gegenseitige Ueberzeugung baue ich, so lange der Faden der Unterhandlungen nicht abgebrochen ist. Aber, meine Herren, bedenken Sie, dass dieser Faden angeknüpft ist an dem Staatsacte vom 20. September.

Endlich erübrigt mir noch auf eine Stelle in dieser Schilderung hinzuweisen; nämlich auf jene, wo gesagt wird, dem

Ministerium, und nur ihm, sei die freie Bahn geöffnet. Nun, mir scheint, dass hier in gewisser Beziehung nur ein Wortspiel vorhanden sei, welches vielleicht an diesem Orte gerade nicht am Platze sein dürfte, denn die freie Bahn, welche in dem kaiserlichen Acte vom 20. September ausgesprochen ist, bezieht sich eben auf die Verhandlungen des Ausgleiches; und in dieser offenbar ist dem Ministerium allein nicht die freie Bahn geöffnet. Hier bürgt das kaiserliche Wort dafür, dass die gleichgewichtigen Stimmen aller Königreiche und Länder gewürdigt werden. Und nun, meine Herren, was sind dann die Landtage, wenn man immer sagt, es gibt keine Volksvertretung? Oder sind die Landtage keine Volksvertretung? Ist der böhmische Landtag nicht die staatsrechtliche Vertretung von Böhmen? Ist er eine Corporation oder Behörde zur Besorgung des inneren Haushaltes und nebensächlicher Dinge? Er ist, ich wiederhole es, die staatsrechtliche Vertretung von Böhmen. Wir haben den Beruf, unsere Stimme einzulegen in diesen Verhandlungen des Ausgleiches, als eine gewichtige Unterstützung der den Ausgleich fördernden Bestrebungen. Meine Herren, wenn wir, statt uns selbst zu verkleinern, unsere Stimme laut und einig in diesem Sinne abgäben, würden wir in der That mächtig fördernd eingreifen.

Nach der schonungslosen Kritik, welche das Minoritätsvotum über den Zustand der Dinge ausübt, ist es natürlich die naheliegende Pflicht, der sich die Minorität nicht entziehen konnte und nicht entzogen hat, einen andern Weg zu bezeichnen, auf welchem das Ziel nach ihrer Ansicht erreicht werden soll. Ich glaube aber, nach einer solchen Kritik muss, wenn zu einem Verlassen eines eingeschlagenen Weges gerathen und ein anderer in Antrag gebracht wird, dieser Weg erstens mit Klarheit bezeichnet werden, und zweitens die Sicherheit des Erfolges vorliegen. Nun aber was die Klarheit der Bezeichnung betrifft, muss ich gestehen, dass gerade die schwächste Seite des Minoritätsvotums eben im Schluss des Minoritätsantrages zu liegen scheint. Es bewegt sich hier der entscheidende Passus in Unklarheiten, in selbst sich widersprechenden Textirungen; und wenn früher ein Abgeordneter von dem Gebrauch der Sprache zum Verbergen der Gedanken geredet hat, so scheint dies mir gerade auf diesen Passus anwendbar. Es gemahnt mich dieses an gewisse editiones in usum delphini, in welchen prägnante Ausdrücke, welche Anstoss erregen könnten, gemildert und ab-

geschliffen wurden, der Sinn aber derselbe bleibt. Es wird hier gefordert und gebeten um die Wiederherstellung von verfassungsmässigen Zuständen. Die Wiederherstellung setzt offenbar unbezweifelt den Bestand voraus. Nun sagt aber die Minorität selbst im Eingange ihres Berichtes, das Grundgesetz, welches sie dabei im Auge hat, sei diesseits der Leitha mehrere Jahre in Uebung gestanden. Nun, meine Herren! ein Staatsgrundgesetz, um als allgemein bindende Verfassungsnorm aufgefasst zu werden, muss in seiner Gänze, in seiner Totalität, im Zusammenhang seiner Theile und nicht in einzelnen Bestimmungen, in aus dem Zusammenhange gerissenen Theilen aufgefasst werden. Wenn man also von verfassungsmässigen Zuständen, von verfassungsmässigen Vertretungen spricht, muss man sich klar machen, und muss man aussprechen, was damit gemeint ist und was man damit will. Nach welchen Bestimmungen also soll man hier die Verfassungsmässigkeit der Zustände, die Verfassungsmässigkeit der Vertretung beurtheilen? Offenbar meint die Minorität lediglich nach dem Staatsgrundgesetz vom 26. Februar. Aber gerade nach diesem ist, in sofern es sich um die Verfassungsfrage handelt, nur der gesammte Reichsrath als competent anzusehen. Dass aber auf diesen zu dringen nicht möglich ist, dass auf diesem Wege ein Ausgleich nie zu Stande kommen könnte, das scheint der Minorität selbst vorgeschwebt zu haben. Es wird darum das Drängen nach der Einberufung des Gesammtreichsrathes aufgegeben. Also der engere Reichsrath? Der engere Reichsrath ist doch offenbar nicht competent in Verfassungsfragen, er kann also auch nicht das Gewicht seiner Stimme einlegen in den Ausgleichsverhandlungen. Aber, höre ich sagen, der Augenblick ist zu gross, um über §§., um über Competenzen zu streiten. Ja, meine Herren, wenn Sie diesen Standpunkt einnehmen, dann dürfen Sie nicht „verfassungsmässig“ sagen, dann dürfen Sie nicht die Verfassungsmässigkeit betonen. Wenn Sie nur eine Volksvertretung überhaupt haben wollen, dann ist das nicht verfassungsmässig, sondern geradezu verfassungswidrig. Das wäre ein vollständiges Novum, das wäre das Novum des cisleithanischen Staatsrechts, welches aber nicht verfassungsmässig ist. Aber meine Herren, ich gebe Ihnen weiter zu bedenken, dass eine Volksvertretung ohne verfassungsmässigen Boden, ohne verfassungsmässige Bahn, ohne verfassungsmässige Competenz und Zielpunkt in dem gegenwärtigen Momente unfertiger staatsrechtlicher Verhältnisse zusam-

menberufen, ein Versuch von solcher Tragweite und Gefahr wäre, dass ich nicht glaube, dass Jemand mit Ernst diesen Antrag stellen kann. Das, meine Herren, würde den Ausgleich in andere Bahnen drängen, die der Natur und Eigenart Oesterreichs nicht entsprechend sind, in jene der constituirenden Versammlungen.

Auf Eines war ich in der That nicht gefasst; ich hielt es nicht für möglich, dass man vom Standpunkte der Minorität der Majorität die Hinneigung zum Dualismus zum Vorwurfe machen könnte. Ich muss gestehen, dass ich der Meinung war, der Herr Redner, der diesen Vorwurf machte, habe sich in der Adresse geirrt, denn der Dualismus ist in der Minoritätsadresse greifbar betont und ausgesprochen im Petitum derselben. Derselbe Herr Redner hat am Schlusse wiederholt vom cis- und transleithanischen Vertretungskörper gesprochen, nachdem er sich feierlich im Eingang gegen den Dualismus erklärt hatte; das muss ich gestehen, darauf war ich nicht vorbereitet. Aber ich glaube, dass ein unbefangener Blick in die Majoritäts- und Minoritätsadresse Jedermann belehren wird, wo der Dualismus Grundlage und Anhaltspunkt findet. Ich möchte aber auch glauben, dass über den Dualismus zu sprechen heute nicht der rechte Zeitpunkt ist, wie sich überhaupt unter solchen allgemeinen Schlagwörtern gar Manches verbirgt. Aber das Eine bitte ich zu bedenken, dass gerade das Nebeneinanderstellen zweier Vertretungskörper die grosse Gefahr in sich birgt, dass in die Gemeinsamkeit in der Behandlung jener Angelegenheiten, welche als gemeinsam aufgefasst zu wissen, ein grosses und lebendiges Interesse aller österreichischen Völker bildet, Bresche geschossen werden könnte, dass die Versuchung nahe liegen würde, diese Gemeinsamkeit zum Tauschobjecte zu machen für die Erweiterung der Competenz und Sicherung des Bestandes des cisleithanischen Parlaments.

Ich will nicht weiter in diesen Deductionen und Unterscheidungen mich bewegen; ich will nur kurz resumiren, dass das Petitum der Minorität entweder auf den Gesamtreichsrath geht, dann aber dies einem Aufgeben des Ausgleichs gleichkäme, oder aber auf den engeren Reichsrath mit den Befugnissen des weitern; dieses ist aber erstens nicht verfassungsmässig, und zweitens nicht möglich; denn darüber, meine Herren, haben sie heute wohl eine entschiedene Bestätigung erhalten, dass es unbedingt unmöglich ist, dass ein engerer Reichsrath

mit den Befugnissen des weitern überhaupt zusammenkomme. Es wäre aber auch drittens, wie ich früher gesagt habe, ein Novum, ein vollkommen neues Experiment; und das sollten selbst die Gegner des 20. Septembers in diesem Augenblicke nicht vorschlagen.

Es ist unmöglich, in diesem Augenblicke, so lange die Verhandlungen, die auf dieser Bahn eröffnet worden sind, fortgeführt werden, zu beantragen, dass auf einmal ohne in der Sache liegende Gründe, ohne aus dieser Politik selbst hervorgehende, mit ihr in einem Causalnexus liegende Gründe, ein vollkommen neues Experiment begonnen werde. Am allerwenigsten aber glaube ich, kann dies der Landtag Böhmens beantragen, der am 12. December vorigen Jahres das Betreten der Bahn des 20. September mit Freude begrüsst hat. Wenn er dasselbe damals mit Freude begrüsst hat, so muss er heute für ein aufrichtiges, entschiedenes, entschlossenes Ausharren auf dieser Bahn eintreten. Ich betone die Worte aufrichtig, entschieden und entschlossen, gerade gegenüber der Bemerkung, die von Seite eines der Herren Gegner heute gefallen ist, welcher herausgefunden haben will, als sei das Vertrauen auf diese Bahn auch unter ihren Anhängern erschüttert. Gerade diesem gegenüber möchte ich bemerken, dass, wenn vielleicht Bedenken und Besorgnisse in dieser Beziehung bestehen, sie nicht auf das Befolgen dieser Bahn, nicht auf die Erfolge dieser Politik gerichtet sind, sondern viel eher auf das nicht entschlossene, nicht entschiedene Befolgen und Ausharren auf dieser Bahn.

Nachdem heute so oft von der Bahn des 20. September, und von der mit dieser inaugurirten Politik die Rede war, so scheint es mir doch nothwendig, darauf zurückzublicken, was denn eigentlich diese Bahn bedeutet, was die hohe Bedeutung jenes Staatsactes war. Es sind heute Dinge hineingebracht worden, die darin zu finden mir absolut unmöglich ist. Ich muss zurückkehren zu dem Wortlaute des allerh. Manifestes, das am 20. September an alle Völker ergangen ist.

Meine Herren! wenn man uns vorwirft, gerade im Entgegenhalte zu dem kaiserlichen Worte, dass wir nicht das Recht haben, das Grundgesetz vom 26. Februar nicht als das alleinige Grundgesetz Oesterreichs und aller Länder und Königreiche, welche in demselben vereinigt sind, zu betrachten, dann bitte ich gerade in diesem allerh. Manifeste zu lesen, dass Se. Majestät den ganzen Inbegriff der vorausgegangenen, der wieder

ins Leben gerufenen und der neu erlassenen Grundgesetze als die Verfassung des Reiches hinstellte.

Ich muss, — wenn gewissermassen mit einem Schwamme die ganze staatsrechtliche Stellung des Königreiches Böhmen hinweggewischt werden wollte, ich muss mir dann persönlich erlauben zu bemerken, wenn von den Trägern früherer Rechte die Rede war, dass die Träger der früheren Berechtigung nicht unbedingt, nicht ohne Verwahrung der Rechte des Königreiches in diesen Saal getreten sind.

Ich muss weiter darauf hinweisen, dass der hohe Sinn und die Bedeutung des Actes vom 20. September mir darin zu liegen scheint, dass erstens feierlich anerkannt worden ist, dass die Gewähr der verfassungsmässigen Rechtsgestaltung in der freien Theilnahme aller Völker liege; — das ist der eine Grundsatz; und der zweite ist die Zusicherung der Würdigung der gleichgewichtigen Stimme aller Königreiche und Länder. Also nicht die Herrschaft eines Landes über das andere; nicht einem Lande oder dem andern sollen die übrigen oder sollen die Bedingungen der Einheit des Reiches geopfert werden, nein, das Ziel ist die Vereinbarung der Rechtsansprüche untereinander und mit den Bedingungen der Existenz des Reiches; der Weg ist der der Verständigung der Völker unter dem ausgleichenden Walten der Krone. Das ist der Sinn und die Bedeutung des Actes vom 20. September; und ich hätte wirklich geglaubt, dass kein Zweifel obwalten sollte und könnte, dass dieses Ziel das höchste ist, und dass dieser Weg nach den Verhältnissen und Bedingungen der Existenz Oesterreichs der alleinige ist, auf dem eine Möglichkeit obwaltet, dieses Ziel zu erreichen. —

Eben darum, meine Herren, obwohl ich mich vor den Besorgnissen nicht verschliesse, welche in dem Ernst der Lage gegründet sind, können doch diese Besorgnisse mir den Blick in die Zukunft nicht umfloren. Ueber diesen Wolken, über diesen drohenden Wolken leuchtet mir ein dreifaches Gestirn; es ist die dreifache Gewähr, die in diesem kaiserlichen Worte liegt. Es ist erstens das Zutrauen, das unbedingte Vertrauen auf Se. k. k. apost. Majestät, welches in der Adresse ausgesprochen ist, das Vertrauen, dass nichts mit seiner Zulassung geschehen könne, was den Rechten des Königreiches Böhmen, was den Einheitsbedingungen der Monarchie abträglich sein könnte; es ist zweitens das Vertrauen in uns selbst, das Vertrauen, dass die Vertretung des Königreiches Böhmen nie die

Hand an die Rechte des Königreiches legen kann, und dass sie mit Freude eintreten wird zur Unterstützung der Regierung, um durch die Vereinbarung und Verständigung der Völker die Bedingungen des Bestandes von Oesterreich durch neue Bürgschaften zu sichern. Und drittens belebt mich die Hoffnung, dass endlich gewiss auch alle Völker, welche in Oesterreich zu einer Völkerfamilie vereinigt sind, dass alle Völker, um ihrer eigenen Existenz willen, um der Mahnungen der Zeit willen, sich schaaren werden um den österreichischen Gedanken; dass sie erkennen werden, dass der welthistorische Beruf Oesterreichs durch die Bedürfnisse und Verhältnisse der Zeit nur prägnanter hervorgetreten ist; dass Oesterreich nunmehr nur sich selbst angehört, nur seinem eigensten Berufe. Was Oesterreich werden liess, das wird es auch erhalten; darauf ist meine Zuversicht gerichtet! Ich hoffe, dass alle Völker zusammen wirken werden zu einer freudigen, freien Erneuerung der pragmatischen Sanction, um das Band, welches gemeinsame Bedürfnisse begründet, gemeinsame Schicksale befestigt, gemeinsame Treue geeinigt hat, fester und fester zu knüpfen und auf kommende Generationen zu übertragen. Diese Gedanken, diese Gefühle, diese Ueberzeugung sind im Majoritätsantrage ausgesprochen. Darum werde ich für denselben stimmen, und weil ich der Ueberzeugung bin, dass, indem der Landtag von Böhmen diesen Antrag zu dem seinigen macht und ihn als den Ausdruck seiner Gesinnungen erklärt, er dadurch ein mächtiges Wort sprechen, ja, dass er eine That üben wird zum Heile, zur Erreichung des grossen, gemeinsamen Zieles, darum bitte ich, meine Herren, erheben sie den Antrag der Majorität zum Beschlusse.

Rede des Abgeordneten Dr. Brauner.

(Aus dem Böhmischen übersetzt.)

Der Ausgangspunkt der beiden Adressentwürfe an den Allerdurchlauchtigsten Landesherrn und König ist derselbe und beiden gemeinsam. Es ist vor Allem der Ausdruck des Gefühles, das in dem böhmischen Volke die Allerhöchste Anerkennung der Opferwilligkeit und Treue geweckt hat, die die Bevölkerung des böhmischen Königreichs zur Zeit der grössten Drangsale, der gefährlichsten Heimsuchung, der grössten Gefahr, die den österreichischen Staat seit mehr als einem Jahrhundert betroffen, und die Wurzeln seiner Existenz und Integrität vom Grunde aus mächtig erschüttert hat, bethätigte. Es

ist weiter der feierliche Ausdruck des Dankes für das grossmüthige königliche Versprechen, dass allen Jenen, die für das ganze Reich Opfer gebracht und gelitten, vom Reiche volle und schnelle Hilfe werden soll nach Recht und Billigkeit. Eine Hilfe aber, die vom ganzen Reiche den Einzelnen, die für dasselbe gelitten und Opfer gebracht, nach Recht und Billigkeit geleistet wird, ist kein dem Unglücklichen dargereichtes Almosen, ist keine Gnade, von einem vielvermögenden Wohlthäter dem Armen erwiesen, eine solche Hilfe ist eine Entschädigung. Der allerdurchlauchtigste Landesfürst, unser König, hat diesen hohen Rechtsbegriff der Entschädigung im Gegensatze zur blossen Gnade nicht nur in Worten in seinem Cabinetsschreiben vom 13. October, sondern auch durch die That anerkannt, denn wo Seine Hand den Armen und Unglücklichen reichlich Gnade und Unterstützung spendete, geschah es ohne alles Rechnen und Abwägen, aus allerhöchster Gnade und uneingeschränkt, während jene Entschädigung, die den Einzelnen vom ganzen Reiche geleistet werden soll, auf besonderen Erhebungen, auf einem besonderen Erkenntnisse und den Liquidationen der hiezu berufenen Organe beruht.

Auch darin stimmen beide Adressentwürfe überein, dass das kaiserliche Versprechen der Entschädigung so aufgefasst werden soll, wie es gegeben wurde, von demselben erhabenen Standpunkte, und dass es nicht einem engherzigen Handeln und einer Auslegung nach Principien unterworfen werde, nach denen gerade Diejenigen, die die grössten Opfer gebracht und den bedeutendsten Schaden für das ganze Reich gelitten haben, ohne alle Entschädigung leer ausgehen würden. Darum sprechen beide Adressen die Hoffnung und Bitte aus, die Regierung möge das kaiserliche Versprechen nicht engherzig auffassen, sondern so, wie es dasselbe verdient und wie es gegeben wurde.

Diese Uebereinstimmung beider Adressen entspricht vollkommen der Einmüthigkeit, die das böhmische Volk beiderlei Stammes schon bei Beginn des Krieges hegte und bethätigte, und die es während des ungünstigen Verlaufes und auch nach dem unglücklichen Ende desselben bewahrte.

Gebe Gott, dass solche Uebereinstimmung der Gesamtbevölkerung Böhmens lange und stets andauere, eine Uebereinstimmung, die selbst bei dem siegreichen Feinde Anerkennung, ja Bewunderung fand. Gebe Gott, dass solche Einmüthigkeit

einen ausgedehnteren Ausdruck in der hohen Vertretung des Königreiches Böhmen fände, als leuchtendes Beispiel anderen Königreichen und Ländern, die gleich Böhmen von verschiedenen Nationen bewohnt sind, aber dennoch nur einen einzigen politischen Körper bilden und tausenderlei gemeinsame geistige und materielle Interessen haben, die nur durch einträchtige Mitwirkung zu pflegen und zu erhalten sind. Leider hat sich in dieser hohen Versammlung eine solche Uebereinstimmung hinsichtlich unserer gemeinsamen socialen und politischen Interessen nicht gezeigt, wie uns die Adressentwürfe einer Majorität und einer Minorität, und die Reden, die gestern und heute hier gehalten wurden, belehren.

Wenn ich auf die Verschiedenheit der Meinungen, was die weiteren Punkte der Adresse anbelangt, ausführlich eingehe, thue ich dies ohne allen Groll und mit voller Achtung der Partei, die uns gegenübersteht.

Ich gestehe zu, dass ich die Schilderung der Mängel und Gebrechen, wie sie das Minoritätsvotum in den Absätzen 5, 6 bis 14 anführt, dass ich den objectiven Thatbestand derselben anerkenne und dass die Beschwerden dieser Mängel auch jene Partei fühlt, der ich angehöre, wie jene, von der die Aufzählung dieser Gebrechen ausgegangen. Ich gestehe zu, dass grosse Mängel in der administrativen und Gerichtsorganisation, in den Massregeln für die Bildung der Völker, in der Finanzverwaltung, ja — und davon finde ich in dem Minoritätsvotum keine Andeutung — auch in der Heeresorganisation bestehen. Ich gestehe zu und bedauere, dass die Schwierigkeiten im Ausgleich mit Ungarn nicht geringer, ja im Gegentheile grösser sind, als vor dem 20. September — und, objectiv betrachtet, würde ich auch dem nicht widerstreiten, dass ich von dem jetzigen Ministerium, in das ich grosse Hoffnungen gesetzt, noch nicht solche Reformen erlebt habe, als ich es gewünscht hätte; allein mit aller Reserve muss ich denn doch betonen, dass dieses Ministerium erst fünf Viertel Jahre regiert und in dieser Zeit bereits von unerwarteten Ereignissen überrascht wurde. Weiter will ich noch bemerken, dass im Vergleich mit dem früheren Ministerium, das doch mehr Zeit und Musse zur Einführung erwünschter Reformen hatte, das jetzige dennoch niemals sagte: „Wir können warten!“ — In Bezug auf die Folgen jener Mängel will ich noch das Zugeständniss hinzufügen, dass die Giftpflanze des Pessimismus leider immer mehr sich ausbreitet, es

scheint aber, dass sie vorzüglich in Wien emporschiesst, da sie im niederösterreichischen Landtage zur vollen Blüthe gediehen ist. Ich gestehe weiter zu, dass die Ursachen alles Unheils in einer gewissen Sistirung verfassungsmässiger Regierung der österreichischen Monarchie liegen, aber hierin unterscheide ich mich namentlich von Jenen, die die Mängel und Gebrechen hervorgehoben und die Klagen vorgebracht haben: die Ursachen liegen nicht in der Sistirung des Februarpatentes, sondern darin, dass durch das Februarpatent die Ausführung des Diploms vom 20. October 1860 sistirt wurde.

Die freie Bahn, die das allerhöchste Manifest vom 20. September v. J. den Vertretungen aller Königreiche und Länder eröffnet, hätte gleich nach der Kundmachung des Octoberdiploms betreten werden sollen, da sie keineswegs eine neue, sondern eine Bahn ist, die in dem Octoberdiplom ihren Grund hat und welche, da die Tendenz und der Geist des Diploms während 5 Jahren nicht anerkannt werden wollten und nicht zur Geltung und Anerkennung gelangen konnten, mit dem Septembermanifeste inaugurirt werden musste.

Die im Februarpatente zur Entwicklung des Octoberdiploms bezeichnete Bahn war und ist keine freie; es war die Bahn gekünstelter Verdrehung, widernatürlich ersonnen und den österreichischen Völkern aufgedrungen. Es ist also kein Wunder, wenn diese Bahn zur Sistirung, zur Sistirung der Verfassungsquelle, des Diploms, führte, da sie ein schroffer Gegensatz zum Diplom war, und sollte sie nach dem Wunsche der Minorität wieder eröffnet und betreten werden, dann wird sie neuerdings nur zur Sistirung aller Verfassung führen und zwar meiner Ansicht nach zu einer Sistirung — auf ewige Zeiten.

Die Nichtübereinstimmung des Februarpatentes mit dem Diplome vom 20. October 1860 wurde nicht nur in dieser hohen Versammlung, sondern auch im Reichsrathe wiederholt hervorgehoben und ausführlich besprochen und ist namentlich von unserem allerhöchsten Kaiser und König im Manifeste vom 20. September 1865 offen und klar dargelegt worden. Deshalb will ich darauf nicht weiter eingehen, zumal jene Widersprüche hier bereits von beredteren Rednern, als ich es bin, dargelegt worden sind. Nur so viel will ich sagen, dass das Februarpatent nichts Anderes als ein theures und unglückliches Experiment war, die historischen und Verfassungsrechte aller österreichischen Völker und Länder verstummen und tabula rasa im Um-

fange des ganzen Reichs zu machen; und als dies nicht anging, da fand sich das unglückselige Auskunftsmittel vor, das Reich in zwei Hälften zu theilen, in eine cis- und transleithanische. Wohin das uns geführt hat, das hat nicht das Manifest vom 20. September 1865 verschuldet. In dem Februarpatente selbst liegt der Keim der Unfruchtbarkeit.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet ergeben sich zwei Fragen: 1. Was sollte und konnte zur Durchführung der Verfassung gleich nach der Erlassung des Diploms vom 20. October 1860 geschehen, und 2. was soll und kann noch jetzt geschehen?

Wenn ich nun auf die erste Frage antworte, möge die hohe Versammlung überzeugt sein, dass ich es nicht aus Unbescheidenheit thue, auch keine leere Theorie hier entwickeln, sondern nur darauf, was geschehen konnte und sollte, insoweit hinweisen will, als es einiger Erwägung für die Folge werth ist.

Ich fasse vor Allem das Königreich Ungarn ins Auge. Hier muss ich zunächst die barbarische, wenn auch moderne Theorie der Verwirkung und Verjährung der Rechte, soweit sie Völker und Länder betreffen, entschieden verwerfen. Eine Verwirkung der Rechte kann ich nur im socialen Strafrechte, und eine Verjährung derselben nur im Privatrechte anerkennen; allein grosse, historische Ereignisse sind unläugbar stets von mächtigem Einflusse auf die Art und das Maass der Entwicklung unverletzbarer Rechte, der Rechte der Völker, und die Staatsmacht entäussert sich nur ungern solchen Einflusses, ja sie soll sich dessen nicht entäussern, ausser wenn es die Gerechtigkeit und der Vortheil des Ganzen erheischt. Solchen mächtigen Ereignissen begegnen wir im Königreiche Ungarn in dem Decennium vom J. 1850 bis zur Erlassung des Octoberdiploms. Ich will die Politik, die während dieser Zeit in Ungarn geherrscht hat, nicht vertreten, sie drückte und schmerzte ebenso uns wie die Ungarn, allein es lässt sich nicht bestreiten, dass sie in Ungarn zweierlei Wirkungen äusserte, mit denen sie vielleicht doch der guten Sache diene. Die eine Wirkung bestand darin, dass die nichtungarischen Völker, welche das Königreich Ungarn bewohnen, während der Zeit zur Erkenntniss ihrer Nationalität kamen und Schutz gegen gewaltsame Entnationalisirung fanden, und die andere trat in der Justizverwaltung des Königreichs Ungarn zu Tage und war von solchen Folgen begleitet, dass sie sich der Anerkennung auch der wärmsten ungarischen Pa-

trioten erfreute. Hätte also die Regierung nach der Kundmachung des Octoberdiploms ihren Einfluss in Ungarn dazu benutzt, das sistirte Verfassungsrecht in einem langsamen Uebergange durchzuführen, und keineswegs in voreiliger und wilder Ueberstürzung, so hätte sie auf gute und gerechte Weise eine solche Zusammensetzung des ungarischen Landtags erzielen können, die die ungarischen Patrioten auch jetzt noch zufriedenstellen würde, und das kaiserliche Diplom vom 20. October hätte sich einer besseren Aufnahme erfreut, als sie ihm im J. 1861 zu Theil geworden ist.

Hätte weiter die Regierung nicht unterlassen, auch im Königreiche Kroatien, das sich doch um die österreichische Monarchie so grosse Verdienste erworben hatte, eben so vorzugehen, hätte die Regierung aus dem kroatischen Königreiche das gemacht, was Rechtens ist und was sie, leider nur dem Namen nach, selbst auch anerkannt hat, nämlich ein dreieinigtes Königreich Dalmatien, Kroatien und Slavonien, dann wären wir in den Ausgleichsverhandlungen mit den ungarischen Ländern bereits weiter vorgeschritten, als es gegenwärtig der Fall ist, und ich glaube, dass, wenn die Regierung dieses vortheilhafte und allseits gerechte Mittel, zu dem sie einmal denn doch wird zurückkehren müssen, benützt hätte, die österreichische Verfassung schon bald nach Erlassung des Diploms zur That geworden wäre. Dass dies nicht geschehen, ist zu bedauern, und die Folgen davon sind, dass sämtliche Länder der österreichischen Monarchie in ihrer Verfassungsentwicklung bisher auf den Krücken der Februarpatente einherhinken, die nur einige Landtage und Landtägchen hervorriefen, welche, einer bestimmten politischen und gesetzgebenden Competenz bar, eigentlich nur Abstimmungsmaschinen für den engeren Reichsrath sind, der aber, wie ich hoffe, bereits zu den Todten gehört. Es ist zu bedauern, dass die unselige und traditionelle österreichische Politik ein solches Mittel vernachlässigte zu einer Zeit, wo es zu benützen möglich war, jene unselige Politik, die stets vor dem Natürlichen zurückschreckt, die dort gibt, wo sie nicht geben sollte, und dort nicht gibt, wo sie schon längst hätte geben sollen.

Die zweite Frage, was noch geschehen kann und soll, dass eine Verfassung der österreichischen Monarchie im Ganzen und in den einzelnen Königreichen und Ländern zur Wahrheit werde, findet ihre Antwort in dem 7., 8., 9. und 12. Punkte der Majoritätsadresse deutlich verzeichnet, ist auch hier bereits von be-

redten und gründlichen Rednern erörtert und in dem Manifeste vom 20. September 1865 von Allerhöchstem Herrscher selbst beantwortet worden.

Ich will mich daher nicht weiter darauf einlassen, und nur noch zwei Punkte berühren. Vorerst will ich die Frage erörtern, von welchem Gesichtspunkte aus die Ungarn (mit denen wir über die gemeinsamen Angelegenheiten zu verhandeln haben werden) die Rechte des Königreiches Böhmen beurtheilen, und dann einige Befürchtungen näher beleuchten, die sich auf die künftige Stellung der auf föderativen Grundlagen gegründeten österreichischen Monarchie zu den fremden und benachbarten Mächten beziehen.

Der Abgeordnete für den Bezirk Eisenbrod-Semil hat gestern ganz richtig bemerkt, dass zu uns aus Ungarn Stimmen ertönen: „Mischt euch nicht in unsere Angelegenheiten, und wir wollen euch gegenüber Gleiches thun!“ Allein es wurde hier auch darauf hingewiesen, wie in Ungarn die neue unsinnige Idee beliebt wurde, das Reich in zwei Theile zu theilen, in eine dies- und jenseits der Leitha gelegene Hälfte. Das steht freilich im Widerspruch mit jeglicher Anerkennung der Rechte aller nichtungarischen Königreiche und Länder und besonders der Rechte der böhmischen Krone, obwohl man die Kenntniss dieser historischen Rechte bei den ungarischen Staatsmännern bei ihrer politischen und parlamentarischen Bildung voraussetzen kann. Gewiss allen oder doch den meisten Vertretern des Königreiches Ungarn werden folgende Daten über die Rechte der böhmischen Krone bekannt sein:

1. Die freie und eigenmächtige Wahl Ferdinands, Erzherzogs von Oesterreich, zum Könige von Böhmen im Jahre 1526, worauf ein Jahr später die Wahl desselben zum ungarischen Könige folgte.

2. Die Annahme der pragmatischen Sanction vom Jahre 1703 durch einen besonderen Beschluss der Stände des böhmischen Königreiches in derselben Weise, wie es von Seite des ungarischen und kroatischen Königreiches geschehen ist.

3. Der Beschluss des böhmischen Landtages vom Jahre 1745 in Bezug auf die Abtretung Schlesiens an König Friedrich II., ohne dessen Zustimmung König Friedrich II. das Herzogthum Schlesien, als einen Theil der böhmischen Krone, nicht annehmen wollte.

4. Die ununterbrochen nacheinander folgende Krönung der

ungarischen und böhmischen Könige von Ferdinand I. bis Ferdinand V.

5. Die Annahme des Titels des Kaisers Ferdinand I. von Oesterreich, als König von Böhmen und Ungarn, dieses Namens der V.; endlich

6. Die Erneuerung der Verfassung von demselben Kaiser und König Ferdinand V. im Jahre 1848 und die Erweiterung des Landtages auf derselben Grundlage, auf der in demselben Jahre der Landtag des Königreiches Ungarn erweitert und einberufen wurde.

Angesichts solcher historischen Daten, von denen die Mehrzahl dem böhmischen und ungarischen Königreiche gemeinsam ist, lässt sich gar nicht begreifen, wie die Missgeburt eines cis- und transleithanischen Reiches, in Wien zur Welt gekommen und grossgezogen, auch in Pest-Ofen das Heimatsrecht zu erwerben trachten konnte. Solche Ansichten müssen wir bei jeder Gelegenheit verwerfen und müssen darnach streben, dass die Rechte der böhmischen Krone von den Ungarn ebenso anerkannt und geschont werden, wie wir die Rechte der ungarischen Krone gerne anerkennen und schonen. Es sind dies gleichgewichtige, gleich unverjährbare, heilige Rechte, auf denen die ganze Verfassung der österreichischen Monarchie fussen muss.

Die Befürchtungen und Einwände, welche man hier gegen die neue föderative Organisation Oesterreichs vorgebracht hat, kann ich schon deshalb nicht theilen, weil die Grundlagen dieser föderativen Organisation keineswegs neue, vom Ministerium in Wien etwa erst erfundene, sondern natürliche und alte sind; es sind Grundlagen allen Völkern heilig und gewohnt, die sich zum wiederholten Male als tauglich bewährten, der grössten Gefahr zu trotzen, die an die Macht und Integrität der österreichischen Monarchie anstürmte. Diese alten und gewohnten Grundlagen bewahrten Oesterreich vor dem Verfall unter Maria Theresia, unter der Regierung Ferdinand des Gütigen, ja sie retteten es vor Zerfall selbst unter der Regierung des jetzigen Kaisers und Königs Franz Joseph I. Es handelt sich hier, wie gesagt, keineswegs um eine Neuconstituierung Oesterreichs, sondern um dessen zeitgemässe und den Ansprüchen der Gegenwart entsprechende Organisation und Consolidirung.

Wir haben heute das merkwürdige Axiom vernommen, dass das, was aus der Vergangenheit stammt, nicht auf die Zukunft Bezug haben könne. Meine Herren, ich weiss nicht, ob die

Herren Redner selbst diesen Ausspruch für wahr halten, mir scheint er nur ein Witz zu sein, dessen man sich aber eher zur Vertheidigung der entgegengesetzten Ansicht bedienen könnte, als die der Herr Vorredner vertheidigte, der weiter auch darauf hingewiesen hat, dass die Vertretung des Königreiches Böhmen, weil sie vor dem Jahre 1848 nicht aus zeitgemässen Elementen zusammengesetzt war, schon deswegen zu existiren aufgehört habe. Meine Herren, ich möchte gern wissen, ob der Vorredner dasselbe auch im ungarischen Landtage zu sagen sich getrauen würde? Die Rechtscontinuität ist gerade in Ungarn der Ausgangspunkt aller neuen Ansprüche, und in dieser Continuität finden wir im J. 1848 noch eine solche Zusammensetzung der Vertretung des Königreiches Ungarn, dass bis zu jener Zeit das Volk sprichwörtlich noch bezeichnet wurde als: „misera contribuens plebs.“ Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass auch der böhmische Landtag im Jahre 1848 einberufen wurde, obwohl er leider wegen Ereignissen, die wir nicht verschuldet haben, nicht zusammentrat, und dass auch in ihm nach dem Principe der Rechtscontinuität und des Ueberganges von der Vergangenheit zur Gegenwart, von den alten Zeiten zu den neuen, nebst allen früheren Elementen auch jene der Neuzeit, die modernen, repräsentirt waren; es waren darin in reichem Masse auch die Städte und der Bauernstand vertreten, und es ist nur zu bedauern, dass unglückliche, von uns nicht verschuldete Ereignisse das wirkliche Zusammentreten dieses Landtages verhinderten, wo wir dann einen solchen Uebergang und eine solche Rechtscontinuität hätten, dass ihr der Herr Vorredner schwerlich alle Geltung hätte absprechen können.

Wird die österreichische Monarchie auf föderativer Grundlage neu constituirt, so werden, wie gestern der vorletzte Redner dieser Seite treffend und gründlich auseinandergesetzt hat, ihre Grundlagen sein:

1. Vor Allem gleiche Wahrung und gleiche Gerechtigkeit gegen alle Völker;

2. Entsagung der Regierung auf das unselige System, die Einen zu unterdrücken und die Anderen parteiisch zu begünstigen, und

3. das Vertrauen aller Völker und ihre Ueberzeugung, dass sie alle in dem gemeinschaftlichen Verbande und Reiche die Garantie ihrer Existenz, ihres freien und natürlichen Le-

bens, und die Hebung ihrer materiellen und geistigen Interessen finden werden.

Oesterreich, auf solchen Grundlagen constituirt, wird gross und mächtig genug sein, um allen äusseren Gefahren zu trotzen, und ich glaube, dass es dann weniger Veranlassung zu äusseren Angriffen geben wird, als es vordem der Fall gewesen. Möge die österreichische Regierung als Princip ihrer inneren Politik dasjenige annehmen, welches ich das eines gerechten, rein objectiven, nationalen Indifferentismus nennen möchte, womit ich nur sagen will: die österreichische Monarchie möge nicht slavisch, nicht deutsch, nicht magyarisch und nicht romanisch sein, wiewohl sie alle diese Völker in erheblichem Maasse umfasst.

Der Einfluss Oesterreichs in den Nachbarländern wird stets gross und gewaltig sein, wenn es allen seinen Völkern gerecht sein und sie zufrieden machen wird. Durch seine slavischen Völker wird es seinen Einfluss im Süden, Norden und Osten, durch die deutschen im Norden und Westen und durch die romanischen im Osten und Süden ausüben. Freilich wird dann dieser Einfluss anderer Art sein, als wir es bis jetzt gewohnt waren, es wird ein anderer Einfluss werden, als den das alte Oesterreich auf Italien, auf Deutschland, ja selbst auf das entfernte Spanien, besonders aber auf Deutschland und Italien, auszuüben pflegte. Es wird nöthig sein, dass sich Oesterreich nach Aussen einen solchen Einfluss verschaffe, der im Selbstbewusstsein, in der Gleichberechtigung und Zufriedenheit seiner eigenen Völker beruht. Von einem solchen Einflusse, das kann Niemand in Abrede stellen, der die Geschichte und die Zukunft ins Auge fasst, lassen sich auch für die Zukunft Erfolge erwarten, welche zu erringen die blosse physische Kraft nicht hinreicht.

Rede des Berichterstatters der Minorität Prof. Herbst.

Nach einer lange dauernden und die höchsten Interessen des Landes und Reiches berührenden Debatte liegt mir die Verpflichtung ob, den Antrag, welcher von der Minorität der Adresscommission dem hohen Landtage unterbreitet wurde, zu vertreten und gegen die Einwendungen, welche gemacht wurden, zu vertheidigen. Ich werde mich innerhalb dieser begränzten Aufgabe halten und mich nicht einlassen in eine Widerlegung

der Angriffe, welche gegen die Politik des abgetretenen Ministeriums, oder welche gegen die Thätigkeit des Reichsrathes gerichtet wurden. Ich kann in dieser Beziehung um so grössere Unbefangenheit für mich in Anspruch nehmen, weil ja jedem, der meine politische Laufbahn mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, nicht entgangen sein kann, dass dieselbe mit der Politik des Ministeriums Schmerling nicht identisch war und dass, wenn ich mich durch meine Ueberzeugung genöthigt sehe, auch der Politik des jetzigen Ministeriums nicht beizustimmen, dies nur eine Fortsetzung derjenigen politischen Thätigkeit ist, die mir von Anfang an auferlegt war, in der Opposition zu sein. Ich werde mich vielmehr auf das beschränken, was eigentlich den Gegenstand der Debatte zu bilden hat, auf die Vorzüge, die meines Erachtens unser Entwurf vor dem der Majorität hat, und auf die leicht nachweisbaren verwundbaren Punkte, welche der von der Majorität vorgeschlagene Entwurf darbietet.

Es ist leicht einzusehen, worin beide Entwürfe sich von einander unterscheiden und worin sie übereinstimmen. Sie stimmen in demjenigen überein, worüber eine Meinungsverschiedenheit in der That gar nicht möglich ist, in dem Ausdrücke des Dankes und der Loyalität gegen unseren Monarchen, zunächst veranlasst durch das dem Landtage mitgetheilte kaiserliche Handschreiben, weiter hervorgerufen durch die Segen bringende Reise, welche Se. Majestät in das Land und speciell die von dem Kriegsunglück am schwersten heimgesuchten Theile desselben unternommen hat, endlich durch die gnädige Versicherung, dass ungesäumt und vollständig die Kriegsschäden, die unmittelbar durch den Krieg verursachten Schäden, geheilt werden sollen. In dieser Beziehung gibt es keine Verschiedenheit und es ist daher auch erklärlich, dass wir uns unbedingt den vier ersten von der Majorität vorgeschlagenen Absätzen anschliessen.

Allein die Commission war nicht minder darüber einig, dass der Landtag, wenn er im gegenwärtigen Momente mit einer Adresse, mit einer Ansprache vor Seine Majestät tritt, sich nicht enthalten könne, auch über die politische Lage sich auszusprechen. In dieser Richtung scheint der Adressantrag der Majorität dem von der Commission gefassten Beschlusse nicht zu entsprechen, während dies bei dem von der Minorität vorgeschlagenem Entwurf allerdings der Fall ist.

Der Antrag der Majorität enthält meines Erachtens nichts

über die politische Lage und die Aenderungen, welche in derselben seit einem Jahre in einer, auch dem blindesten Auge sichtbaren Weise eingetreten sind. Er enthält nichts, als eine einfache Reproduction desjenigen, was vor einem Jahre in eben diesem hohen Hause durch Stimmenmehrheit beschlossen wurde.

Nun ist zwar von einem geehrten Redner auf der andern Seite des Hauses gerade diese Uebereinstimmung als eine Nothwendigkeit behauptet worden; es wurde erklärt, das hohe Haus müsse sich dem Antrage der Majorität anschliessen eben darum, weil er nichts anderes sagt, als was am 12. December vorigen Jahres gesagt wurde, und weil der Landtag eben nichts anderes sagen könne, als was er schon einmal gesagt habe. Im Gegentheil, wenn er nichts anderes zu sagen wüsste, als was er im vorigen Jahre gesagt hat, wenn darin eine Schilderung der gegenwärtigen politischen Lage des Landes und des Reiches besteht, dass man sich auf eine Reproduction der staatsrechtlichen Anschauungen beschränkt, die man im vorigen Jahre ausgesprochen hat, so hätte der Landtag dann über die jetzige Lage des Reiches eben nichts gesagt.

Mir scheint aber, dass darin, wenn man heute etwas Anderes sagt, als jenes, was man vor einem Jahre gesagt hat, durchaus kein Widerspruch liegt; mir scheint selbst eine Aenderung dessen, was man vor einem Jahre gesagt hat, ohne Widerspruch möglich; denn nicht darin besteht die wahre Politik, wenn man sich den geänderten Verhältnissen verschliesst. Das ist nicht der wahre Politiker, der unter allen Umständen, wie der alte griechische Mathematiker, sich nur darum bekümmerte, dass, mag auch die Welt um ihn in Trümmer gehen, man ihn in seinen Kreisen nicht störe.

Es ist heutzutage nicht mehr möglich, dass man in einem Reiche, welches auf allen Seiten von Gefahren umgeben ist, in einem Theile des Reiches, sich allem dem, was rings um uns vorgeht, verschliesst und einfach auf dasjenige zurückgeht, was man vor einem Jahre gesagt hat, man täuscht sich, wenn man glaubt, damit die politische Lage des Reiches geschildert zu haben.

Veränderungen in den Ansichten, meine Herren, sind möglich, Veränderungen in den Verhältnissen sind eingetreten, Veränderungen, denen sich Niemand verschliessen kann.

Mir ist noch sehr deutlich erinnerlich, wie ich in der 4. Sitzung der vorjährigen Session in dem Hause einen Antrag zu begründen und zu entwickeln hatte, und in dieser Begrün-

dung meine Ansicht dahin aussprach, dass durch das Manifest vom 20. September 1865 nicht bloß das Patent vom 26. Februar 1861, das Grundgesetz über die Reichsvertretung, sistirt, sondern, dass nicht minder dadurch auch die Grundsätze des Octoberdiplomes in Frage gestellt worden sind.

Ich erinnere mich sehr gut, welch' überraschenden Eindruck das auf manche Mitglieder des hohen Hauses gemacht hat und wie man mit einem gewissen Hohne — die stenographischen Protokolle beweisen es — dieser Erklärung entgegentrat.

Nun war jenes zwar schon damals eine unzweifelhafte Thatsache, denn, wenn es im kaiserlichen Patente heisst: in Erwägung, dass das Diplom vom 20. October 1860 und das Patent vom 26. Februar 1861 dem ungarischen Landtage zur Beschlussfassung vorgelegt werden muss, und in weiterer Erwägung, dass die gleichzeitige Behandlung dieser Urkunden als verbindende Gesetze mit dieser Vorlegung unvereinbar ist, wird das Grundgesetz über die Reichsvertretung sistirt.

Wenn das der ausdrückliche und alleinige Inhalt des Patentes vom 20. September 1865 ist, so war es in der That unbegreiflich, wie man nicht einsehen konnte, dass auch die Grundsätze des Octoberdiploms durch die Vorlegung an den ungarischen Reichsrath in Frage gestellt seien. Seither, seit der ungarische Landtag am 13. December vorigen Jahres zusammengetreten ist, seither wird Niemand mehr einen Zweifel haben.

Man hatte in diesem hohen Hause gehofft und geglaubt, dass nur der 26. Februar 1861 dasjenige sei, was den ungarischen Landtag zur Zurückweisung der Proposition bestimmte, mit dem 20. October 1860 werde er ohne Weiters einverstanden sein. Nun, man weiss, welche Behandlung beide Gesetze im ungarischen Landtage erfahren haben; wie er es nicht einmal der Mühe werth fand, zu begründen, warum er keines von beiden in Erwägung ziehe. Und da spricht dem gegenüber der Adressentwurf der Majorität noch immer von den unwider-ruflichen Grundsätzen des Octoberdiploms. Wo alle Ansichten in dieser Beziehung sich bereits geändert und geklärt haben, da wird der Adressentwurf des böhmischen Landtages sich nicht allein einer allgemein angenommenen Ansicht verschliessen können. Und die ist, dass diese Grundzüge bereits überall und zwar im höchsten Grade in Zweifel gezogen worden sind.

Ein anderes Beispiel von geänderten Ansichten. Wir alle erinnern uns auf die merkwürdigen Erklärungen, welche in der

8. Sitzung der vorjährigen Session abgegeben wurden, von einem Manne, der nach seiner eigenen, damals abgegebenen Erklärung viel wusste und viel sagte. Wir alle wissen, wie diese auch in ihrer Form merkwürdigen Erklärungen mit einem ungeheuren Beifall aufgenommen wurden, wie sie jenem Manne sofort eine Popularität verschafften, — wenigstens an diesem Tage, — wie nicht leicht eine solche erworben worden ist, mit welchem Vertrauen — an jenem Tage — diese Erklärung entgegen genommen worden ist. Und wo ist nun alles das? Wo ist der Mann hingekommen? wo der Beifall, wo die Popularität und wo das Vertrauen?

Aber auch an weit gewichtigerer Stelle hat man seither die Ansichten geändert. Nach der vertrauensvollen Zustimmung, welche am 12. December v. J. in diesem h. Hause zu Tage trat, war kein Zweifel erlaubt, dass das, was das Octoberdiplom als Grundzüge der gemeinschaftlichen Angelegenheiten bezeichnet, auch nach den Ansichten des noch immer bestehenden Ministeriums die unverrückbare Grundlage für den stattfindenden Ausgleich bilden soll. Damals war es gar nicht erlaubt, daran zu zweifeln. Wer nach dem k. Rescript vom 13. October l. J. noch daran glaubt, den beneide ich um seine Glaubensseligkeit. Auch da haben sich also die Ansichten gründlich geändert, und bei aller dieser Aenderung der Ansichten soll nur der böhm. Landtag sich darauf beschränken, heute noch das Nämliche zu sagen, wie vor einem Jahre? nur zu sprechen von den unverrückbaren Grundlagen des Octoberdiploms! Und das soll die Schilderung der Lage des Reiches sein, welche Sr. Majestät ehrfurchtsvoll vorzutragen, der einstimmige Beschluss der Adresscommission ist.

Aber woher die Verschiedenheit der Ansichten, die in dem ganzen Gebiete der Monarchie seit dem vorigen Jahre eingetreten ist? Weil eine unendliche Verschiedenheit der Verhältnisse stattgefunden hat, weil Ereignisse an unserem Reiche vorübergegangen sind, wie sie sonst in Jahrzehnten nicht zusammen treffen, weil wir eine Veränderung in der Machtstellung unseres Reiches erlebt haben, wie wir nie befürchteten, sie erleben zu müssen. Ich will nur auf eine Folge hinweisen, die nebst den trüben materiellen Schäden, nebst dem Unglücke, welches über Tausende und aber Tausende durch die Ereignisse dieses Jahres hereingebrochen und zurückgeblieben ist, noch eingetreten ist, die Ausschlüssung aus dem deutschen Bunde.

Ein sehr geehrter Redner auf jener Seite des Hauses hat zwar angeführt, dass dies eine der günstigsten Folgen sei, die wir in diesem letzten Jahre erlebt haben, das sei das glücklichste Product unserer unheilvollen Zeit und nach der Aufnahme, welche diese Worte gefunden haben, muss ich annehmen, dass diese Ansicht in diesem h. Hause nicht vereinzelt sei. Ich will nun nicht davon sprechen, was es heisst, wenn eine bald 1000 Jahre lange Verbindung, wenn mannigfache auch materielle Beziehungspunkte, plötzlich eine Unterbrechung erleiden; aber auf zwei Punkte, zu denen jene Bemerkung Anlass gibt, sei mir erlaubt, näher einzugehen. Einmal ist in diesem hohen Hause heute und gestern wiederholt bemerkt worden, dass es nicht passend sei, das Ministerium zur Zielscheibe von Angriffen zu machen; es sei nicht anwesend, es sei überhaupt nicht an der Zeit, vor Se. Majestät zu treten mit Beschwerden über das, was geschehen ist. Aber haben denn jene Herren, welche der Ansicht sind, die ich eben erwähnte, und die, wie es scheint, auch beifällig aufgenommen wurde, bedacht, dass sie mit dieser Erklärung einen Vorwurf von einer Tragweite gegen das Ministerium geschleudert haben, wie sich ein Vorwurf grösser gar nicht mehr denken lässt. Es ist etwas Entsetzliches um die Kriegführung an sich, aber noch weit entsetzlicher, wenn ohne allen Grund Krieg geführt wird. Und wer von den Herren wird wohl bezweifeln, dass dieses als so erwünscht bezeichnete Ziel, die Ausschliessung aus Deutschland, auf friedlichem Wege sofort und ohne Weiters hätte erreicht werden können?

Deshalb soll also ein Krieg geführt worden sein, um in Folge einer Niederlage, wie sie in Oesterreichs Geschichte beisspiellos dasteht, zu etwas zu gelangen, was man nun selbst als wünschenswerth bezeichnet! Und uns wirft man vor, dass wir den Räthen der Krone überhaupt Vorwürfe machen, während man ihnen gleichzeitig einen Vorwurf ins Gesicht schleudert, der der schwerste und tiefste ist, der jemals einer Regierung gegenüber erhoben wurde. Zu dieser Bemerkung drängt mich ein so natürlicher Zudrang hin, dass ich in der That nicht begreife, wie man das Ministerium stützen will und doch eine solche Behauptung aufstellen konnte.

Eine zweite Bemerkung aber ergibt sich aus dem Adressentwurf selbst, der sagt: „Festhaltend an dieser Ueberzeugung wiederholen wir in ernster Würdigung der nahe liegenden Ge-

fahren, mit welchen die Ereignisse dieses Jahres die Zukunft Böhmens und des Reiches bedrohen u. s. w.

Worin liegen denn die Gefahren, welche die Zukunft Böhmens und des Reiches bedrohen?

Der Friede ist ja geschlossen und durch den Frieden soll ja ein vortheilhafter Erfolg erzielt worden sein. Was bedroht denn Oesterreich? Das bedroht Oesterreich, dass es jetzt allein, ohne Bundesgenossen, ohne seine natürlichen Bundesgenossen, dem mächtig gewordenen Preussen gegenübersteht. Durch den Ausschluss aus Deutschland ist aber nach meiner Ueberzeugung die unumgängliche Nothwendigkeit herbeigeführt worden, eine grössere Concentration der Staatskräfte zu bewirken.

Heute und gestern wurde zwar gesagt, in dem föderativen Principe liege die wahre Stärke eines Staates; man hat sogar merkwürdiger Weise behauptet, das werde durch die Geschichte bewiesen. Nun, meine Herren! die Geschichte beweist etwas ganz Anderes; die Geschichte beweist, dass jeder Föderativstaat nach und nach zum Einheitsstaate wird; die Geschichte beweist, dass selbst im Staatenbunde diese Erscheinung mit Nothwendigkeit sich vollzieht. Die Geschichte hat dies in dem reinen Staatenbunde — der Schweiz bewiesen. Die Schweiz nähert sich immer mehr dem Einheitsstaate. Dass diese Erscheinung eben jetzt in Deutschland vor sich geht, wird Niemand in Abrede stellen. Dass diese Erscheinung in allen Ländern des europäischen Continents vor sich geht, ich möchte den finden, der das an der Hand der Geschichte zu läugnen im Stande ist, und die nordamerikanischen Freistaaten, um wie viel mehr haben sie sich seit den letzten Jahren dem Einheitsstaate genähert und zwar unter dem Drange der Gefahren, welche die Existenz des Staates in Frage stellten.

Wenn die Herren aber eine Autorität haben wollen, welche dies beweist, so will ich nur eine von Ihnen gewiss anerkannte Autorität, das Octoberdiplom, erwähnen. Warum wurde das Octoberdiplom erlassen? Es erklärt dies selbst und wortdeutlich also: „In Erwägung, dass bei der Concentrirung der Staatsgewalt in allen Ländern des europäischen Festlandes die gemeinsame Behandlung der höchsten Staatsaufgaben für die Sicherheit Unserer Monarchie und für die Wohlfahrt ihrer einzelnen Länder eine unabweisliche Nothwendigkeit geworden ist.“ Die Concentrirung der Staatsgewalt ist also bei uns wie in allen Ländern des europäischen Festlandes eine unabweisbare Noth-

wendigkeit geworden. Das war in dem Jahre 1860 der Fall. Welche Veränderungen sind seit dem Jahre 1860 unterdessen an allen unseren Grenzen vor sich gegangen?

Aus dem Königreiche Sardinien ist ein Königreich Italien geworden, aus einer Summe von Staaten, die niemals, soweit die Geschichte reicht, durch ein einheitliches Band verknüpft waren, ist eine europäische Grossmacht geworden — eine Grossmacht, die sofort aus getrennten Staaten, ohne alle staatliche und völkerrechtliche Verbindung unter sich, zum Einheitsstaat geworden ist. Und das ist seit dem Octoberdiplom geschehen. In Deutschland wurde aus dem losen föderativen Bande das vergrösserte Preussen, und der norddeutsche Bund mit dem Streben, sich über ganz Deutschland zu verbreiten. In Russland, welches an unserer Nordgrenze liegt, sehen wir seit den letzten Jahren das Streben nach absolutester Centralisation und Concentration aller Staatskräfte, nach völliger Nivellirung aller Verschiedenheiten seiner Theile, welche in politischer Beziehung längst angebahnt, nun vollständig durchgeführt worden ist, und in kürzester Frist eine concentrirte Kraft von einer Massenhaftigkeit und Bedeutung in einer Hand vereinigen wird, von welcher die Geschichte noch wenig Beispiele erlebt hat. Selbst an der östlichen Grenze von Oesterreich haben sich die niemals mit einander vereinigt gewesenen Fürstenthümer der Moldau und Walachei mit den widerstreitendsten materiellen Interessen, die immer jeder engeren Verbindung entgegengestanden, in jüngster Zeit zu einem Einheitsstaate vereinigt. Seit dem Jahre 1860 hat also jene Concentrirung der Staatsgewalt, wo wir über unsere Grenzen hinausblicken, in erhöhtem Masse stattgefunden und jene Motive, welche unsern kaiserlichen Herrn bestimmten, das Octoberdiplom und damit die Concentrirung der Staatsgewalt auch in Oesterreich einzuführen; diese Nothwendigkeit ist in einem ganz unermesslichen Grade gestiegen.

Ich meine somit dargethan zu haben, dass ein Drang zur Bildung grosser Staaten offenbar in der Geschichte der Jetztzeit sich kundgibt, nicht aber zum Auseinanderlegen des Bestehenden. Dies führt mich auf eine Bemerkung zurück, welche heute von einem Abgeordneten in Mitte dieses hohen Hauses gemacht wurde. Er sagte: Ein Organismus wird desto stärker, je reicher das Leben der Theile ist. Ganz gewiss! damit aber von einem Organismus gesprochen werden kann, müssen die Theile in lebender organischer Verbindung mit einander stehen

Wenn ich den Organismus aus einander schneide und 19 Theile daraus mache, so habe ich 19 Theile, die schwach sind, die verschlungen werden, die wohl ein kümmerliches Leben fortführen können, aber den gesammten Organismus, den habe ich damit nicht gestärkt. Mir scheint daher, dass dieses Beispiel, wenigstens die aufgestellte Thesis zu beweisen nicht geeignet war.

Weil ich mich aber bei dieser Veranlassung gegen die Anschauungen des geehrten Hrn. Abgeordneten aus dem Centrum wenden musste, so sei es mir auch gestattet, bei dieser Gelegenheit auch in Betreff der staatsrechtlichen Lektion, die er uns heute zu ertheilen so gütig war, Einiges zu bemerken. Der Hr. Abgeordnete für Jičín bemerkte nämlich, mit der Landesordnung allein und mit der Kenntniss der verneuerten Landesordnung sei es nicht abgethan. Ich muss gestehen, hierin sehe ich eine uns gemachte Concession; denn noch vor wenigen Jahren hatte er die Güte zu bemerken, wir verstehen selbst von der Landesordnung gar nichts. Zum Verständnisse der verneuerten Landesordnung, setzt er doch voraus, haben wir es also gegenwärtig doch schon gebracht. Aber er meint, um die Privilegienbestätigung, die neben der verneuerten Landesordnung besteht, um die zu kennen, müsse man tiefsinnige historische Forschungen gemacht haben; und die könne er uns nicht zumuthen, und darum hat er uns heute über diese Privilegienbestätigung belehrt. Allerdings wäre es an sich nichts gar so grosses in die Landtafel zu gehen, um in derselben die bezüglichen Actenstücke einzusehen, selbst dies ist aber gar nicht einmal nöthig. Der Herr Abgeordnete hat nämlich vollständig übersehen, dass diese Privilegiumsbestätigung nicht einmal, sondern oft schon gedruckt ist, während er gesagt, dass sie wohl noch nie gedruckt wurden. Und wenn er den Beweis dafür haben will, ich habe hier sogar zwei Exemplare, in denen der vollständige Abdruck dieser Privilegienbestätigung sich befindet.

Der Herr Abgeordnete Klaudy wird mir vielleicht zutrauen, dass, wenn ich Bücher habe, ich sie auch lese und dass, wenn ich staatsrechtliche Bücher habe, ich sie auch zu verwerthen weiss und in der Debatte zu verwerthen weiss. Diesen Versuch werde ich nun machen und gleichfalls einiges über die ständischen Verhältnisse vorbringen, mich aber hiebei nicht etwa auf abstracte Theorien, sondern auf Actenstücke stützen, die ich mir vorzutragen erlauben werde. Der Herr Abgeordnete Klaudy hat wohl einsehen müssen, wie dies bei ihm als

einem auch von mir anerkannten Juristen nicht anders möglich ist, dass die Bestimmungen des Kundmachungspatentes der verneuerten Landesordnung für seine Behauptung, dass die verneuerte Landesordnung den Ständen grosse Rechte eingeräumt hat, denn doch sehr bedenklich sind. Denn dieses Kundmachungspatent erklärt: „wir behalten uns dabei die königliche Macht, solche unsere Landesordnung zu mehren, zu ändern, zu bessern und was sonst das *jus legis ferendae* mit sich bringt, vor.“ Also das Recht zu mehren, zu ändern, zu bessern und das gesammte *jus legis ferendae*! was aber dann noch übrig bleibt, bin ich wirklich nicht im Stande zu sagen; was übrig bleibt, ist wohl nur jenes traurige Recht, traurig, weil es nur unter der traurigsten Voraussetzung stattfindet, einer Voraussetzung, von der wir nur hoffen und wünschen müssen, dass sie niemals eintrete; das traurige Recht, das ich nicht näher bezeichnen will, erscheint als das einzig überbleibende und wahrhaft zustehende Recht. Dass aber dem früheren Staatsrechte durch die verneuerte Landesordnung vollständig ein Ende gemacht worden ist, das erklärt das Kundmachungspatent weiter, indem es sagt: „dass selbst alles dasjenige, was sich in Hinsicht des *juris publici* noch vor der Publication der verneuerten Landesordnung zugetragen hatte, nicht mehr nach den früheren Gesetzen, sondern nach den Bestimmungen der Landesordnung gerichtet und beurtheilt werden solle.“

Die Landesordnung ist, man braucht nur den Eingang der Landesordnung zu lesen, man braucht nur die traurige Veranlassung dieses Gesetzes zu kennen, um zu dieser Ueberzeugung zu gelangen, sie ist eine wahrhafte Octroyirung; sie bildet einen vollständigen Abschluss in der Verfassungsgeschichte. Dies erklärte König Ferdinand II. am 10. Mai 1627 mit der Erlassung der verneuerten Landesordnung. Mit der L.-O. lässt sich daher nicht viel machen. Darum musste sich — ich finde dies ganz natürlich, der Herr Abgeordnete für Jičín nicht mehr auf die verneuerte Landes-Ordnung, sondern auf die Privilegienbestätigung beziehen, von welcher hier zwei Exemplare vorliegen, welche am 29. Mai 1627, 19 Tage darnach, erlassen worden ist. In dieser Privilegienbestätigung nun erklärte der nämliche Kaiser, „dass er die Privilegien der Landstände, — denn im älteren Staatsrechte ist nur von Rechten der Stände, nie von einem Staatsrechte im eigentlichen Sinne die Rede; jeder, der die älteren Rechtszustände kennt, wird das so natürlich

finden, dass darüber kein Wort zu verlieren ist. — König Ferdinand erklärt, dass die Privilegien der Stände, welche gegen die verneuerte Landes-Ordnung nicht abzielen, von ihm bestätigt werden, sowie alles, was in den gemeldeten Privilegien gegen die Landes-Ordnung ist, deshalb für ungültig zu halten und zu erachten ist u. s. w.“ Die Privilegien sind also nur in sofern bestätigt, als sie nicht gegen die Landesordnung sind und die Landesordnung enthält eben jene Bestimmung, durch welche dem Könige vorbehalten wird, dieselbe zu ergänzen, zu mehrern und zu verändern und das *jus legis ferendae*; also zu ändern, was ihm beliebt und wie ihm beliebt und die Geschichte beweist, dass während des 17., 18. und 19. Jahrhunderts von diesem Rechte der vollste und umfassendste Gebrauch ohne alle und jede Vernehmung der Landstände gemacht wurde, was einem jeden Geschichtskundigen bekannt ist. So hat schon im Jahre 1681 Kaiser Leopold einem infulirten Prälaten Sitz und Stimme im Landtag gegen die ausdrückliche Bestimmung derselben zugestanden, obschon derselbe kein begüterter Geistlicher war, und somit der Landesordnung gemäss kein Stimmrecht im Landtage haben konnte.

Abgesehen davon wurden Landesämter eingezogen, geändert, und überhaupt die mannigfaltigsten Veränderungen vorgenommen.

Wenn man aber bezweifeln sollte, dass der Vorbehalt der Landesordnung stets so aufgefasst wurde, und in dieser Weise zu Recht bestand, so beschränke ich mich darauf, eine über eine diesfällige Beschwerde der Stände, die sich in früherer Zeit freilich um ihre Rechte nicht viel gekümmert hatten, im Jahre 1845 erflossene allerhöchste Entschliessung vorzulesen, welche lautet: „Dass Allerhöchst denselben die ständischen Privilegien und Freiheiten, wie solche in der erneuerten Landesordnung und den darauf gefolgten Erlässen von Hochderselben in gottruhenden Vorfahren enthalten sind, bei Höchstderselben Entschliessungen in ständischen Angelegenheiten stets gegenwärtig waren, und noch in Zukunft bleiben werden, ebenso wie der Vorbehalt, unter welchem schon die ursprüngliche Verleihung erfolgt ist, der Vorbehalt, auf welchen bei Bestätigung der Privilegien von Sr. Majestät Vorfahren nie Verzicht geleistet worden ist, und welche Se. Majestät im vollen Gefühle seiner angestammten Regentenpflicht stets aufrecht zu erhalten wissen wird.“

Es gibt viele Mitglieder dieses hohen Hauses, denen die Geschichte jener Zeit gar wohl bekannt ist, welche daher die Existenz dieser allerhöchsten Entschliessung bestätigen können. Es wurde damit von Seiten Sr. Majestät betont, er habe nur unter dem Vorbehalt die Landesordnung anerkannt, unter welchem sie auch von seinen Vorgängern verliehen wurde. Allerdings ist hiernach zweifelhaft, ob denn dann von irgend einem wahren Rechte überhaupt noch die Rede sein kann.

Nun ist nicht in Abrede zu stellen, dass die damaligen Mitglieder der ständischen Commission mit Ernst und Energie die Rechte der Corporation zu wahren suchten. Es ist bekannt, dass eine ständische Verwahrungsschrift überreicht wurde, eine Schrift, welche selbst vor den äussersten, damals zu Gebote stehenden Mitteln, nämlich vor der Berufung auf die Schlussacte des Wiener Congresses und die Bundesacte und den darin offenstehenden Recurs an den deutschen Bund nicht zurückschreckte, welche Berufung mit 49 gegen 6 Stimmen in der betreffenden Sitzung im Jahre 1847 angenommen wurde. Wenn dies dem Abgeordneten Trojan nicht entgangen ist, so wird er vielleicht zugeben, dass der deutsche Bund doch zu etwas gut war. Wenn Oesterreich schon damals aus dem deutschen Bunde ausgeschlossen gewesen wäre, an wen hätte sich die ständische Corporation mit ihrer Beschwerde wenden sollen? Wenn aber jetzt etwas sistirt oder aufgehoben wird, so weiss ich nicht, wohin man sich wenden soll.

Die Frage kam übrigens alsbald zum endlichen Austrag, und es lässt sich mit Sicherheit erkennen, von welch' hoher Bedeutung namentlich das heute wieder hervorgehobene ständische Steuerbewilligungsrecht war. Im Jahre 1847 hatte bekanntlich die kaiserliche Regierung im Steuerpostulat eine Erhöhung von 50.000 fl. beantragt. Der Anlass dazu war die Uebernahme der Criminal-Gerichtskosten, welche bisher von den Städten getragen wurden auf den Staatsschatz. Der Landtag verweigerte die Bewilligung dieser Summe mit einer bedeutenden Majorität. Was war die Folge? Der Director der Stände, zugleich Gubernial-Präsident, hat in Folge allerhöchsten Befehles vom 20. September und Hofkanzlei-Präsidialschreibens u. s. f. unter einem die von der ständischen Buchhaltung über Präsidial-Auftrag verfassten Steuerscheine, auf Grund der vollen, für das Verwaltungsjahr 1848 allerhöchst postulirten Summe,

an das Landesgubernium die weitere Verfügung übersendet und unter Einem sämmtlichen Kreis- und Landescassen die diesfällige Weisung gegeben. In dem einzigen Falle also, wo die Stände eine Summe von nicht mehr als 50,000 fl. nicht bewilligt haben, — weil man nicht die Motive dafür angeben wollte, — in diesem einzigen Falle ist einfach die Steuer eingehoben worden, wie sie sonst eingehoben wird, — und das ist das wichtige Steuerbewilligungsrecht.

Nun, meine Herren, das sind die Rechte, welche die verneuerte Landesordnung und die Praxis nach derselben den Ständen einräumte.

Erlauben Sie mir noch Einiges über die Art der Zusammensetzung jener Stände zu sprechen, und zugleich Einiges über die Art und Weise, wie man die Freiheit der Berathungen derselben respectirte.

Bei jenem Landtage, so wie bei den vorangegangenen, soweit das Gedächtniss der Lebenden zurückreicht, war die Gesammtheit der nicht privilegirten Stände durch 4 Männer vertreten. Der eine war der von der Regierung ernannte Bürgermeister von Prag; der Zweite, der Deputirte der Neustadt war ein von der Regierung ernannter Magistratsrath von Prag, der Dritte, Deputirter der Kleinseite, ein von der Regierung ernannter Magistratsrath Prags und ebenso für den Hradschin ein Vierter. Diese vier Männer vertraten alles Dasjenige, was man heut zu Tage die nicht privilegirten Stände zu nennen pflegt, und was damals in Böhmen bei 4 Millionen Menschen umfasst. Bei der Art aber, wie sie damals vertreten waren, wäre es für die nicht privilegirten Stände viel besser gewesen, sie hätten selbst diese Vertretung gar nicht gehabt, das weisen wohl die Protokolle jener Zeit zur Evidenz nach. Denn zwischen einem einfachen Regierungsvertreter und einem Abg. der königl. Stadt Prag im Landtage wäre es in der That schwer einen Unterschied aufzufinden. Die Regierung hätte sich keine eifrigeren und unbedingteren Vertreter ihrer Ansichten wünschen können, als eben jene Abg. gewesen sind.

Nun will ich aber auch noch hervorheben, wie es bei jenen Berathungen denn zuring.

Nachdem eine ausführliche und dem Freimuthe der Herren, welche Mitglieder der Stände waren, wahrhaftig alle Ehre machende Debatte stattgefunden hatte, ergriff der damalige Vorsitzende das Wort und richtete eine längere Rede an die ver-

sammelten Stände, welche mit folgenden Worten schloss: „S. M. habe bisher als guter Vater geredet, und als Vater gewarnt, man solle sich hüten, die Sache auf den Punkt zu treiben, dass das Befremden des Vaters sich in die Ungnade des Herrn verwandle.“

Solche Ausdrücke haben wir jetzt vor der Abstimmung nicht mehr zu fürchten, aber eine grosse Freiheit der Berathung hat, nach derselben zu schliessen, sicher nicht stattgefunden; allerdings muss ich zur Ehre der Mitglieder der damaligen Stände wiederholen, dass sie sich nicht haben einschüchtern lassen; sie protestirten, der Protest wurde zu Protocoll gegeben und sie haben das Postulat dennoch verweigert. Was aber der Protest und die Verweigerung des Postulates für Folge gehabt hat, hatte ich früher die Ehre mitzutheilen; das Postulat wurde einfach dennoch ausgeschrieben.

So waren die Rechte der Stände, so war die Zusammensetzung derselben beschaffen, das war die Art, wie dieselben berathen haben. Danach begreife ich vollkommen, dass der letzte Herr Redner von der Gegenseite heute erklärte, die einfache Wiedereinsetzung der vorigen Stände wird nicht gewünscht.

Wer dieselbe Zusammensetzung der Stände wie ehemals wünscht, muss begreiflicherweise wenigstens wünschen, dass sie andere Rechte haben, und dass auch eine andere Art des Vorganges von Seite des Präsidiums statfinde, und ebenso begreiflich ist, dass, wer überhaupt nicht will, dass auf die alten Stände zurückgegangen werde, was deren Zusammensetzung betrifft, wer somit überhaupt keine besondere Sehnsucht nach den alten Ständen hat, am allerwenigsten deren einfache Wiedereinsetzung wünschen könne. Jener Versicherung hätte es daher nicht bedurft, wir hätten alle unbedingt vorausgesetzt, dass Niemand, auch Niemand, der zu den Ständen gehörte, eine einfache Wiedereinsetzung der vorigen Stände hätte wünschen wollen. Etwas, was darum schon wahrscheinlich ist, wenn man bedenkt, wie ausserordentlich klein die Zahl jener Herren war, welche in der ständischen Commission erschienen und an den Verhandlungen Theil nahmen. So war in jener Sitzung der geistliche nicht wenig zahlreiche Stand durch 2 Mitglieder und der Ritterstand durch 4 Mitglieder vertreten. Einen besonderen Werth auf die ständische Berechtigung scheinen also nicht einmal die ständischen Mitglieder gesetzt zu haben und es ist begreiflich, dass die Wiederkehr solcher Zustände nicht zu ihren

innigsten Herzenswünschen gehört; natürlich die einfache Wiederkehr zu solchen Zuständen.

Dagegen kann auch wohl dem Proteste keine wesentliche Bedeutung beigelegt werden, auf welchen sich der geehrte Hr. Vorredner heute Vormittags bezogen hat; denn der Protest ging nicht von dem Landtage als solchem aus, sondern er ging aus von einzelnen Mitgliedern der ständischen Comitien, von welchen manche dem hohen Landtage angehören, manche aber nicht. Der Protest war gerichtet gegen die Landeswahlordnung. Nun, wenn ein Protest einen Sinn haben soll, so muss er juristisch den Sinn haben, dass dasjenige bis auf Weiteres aufrecht erhalten werden soll, durch dessen Verletzung man sich beeinträchtigt findet, gegen welche Verletzung man protestirt. Ein solcher Protest kann also juristisch nur die Bedeutung haben (und ich appellire an jeden Rechtsverständigen), dass wer protestirt, eine restitutio in integrum, eine volle Wiedereinsetzung erlangen will.

Meine Herren, Sie werden mir wohl diese kleine Excursion auf staatsrechtliches Gebiet verzeihen. Sie war nothwendig, um zu zeigen, dass man auch von diesen Sachen etwas wissen könne und dass die Privilegiumsbestätigung vom 29. Mai 1627 nicht zu jenen unergründlichen Schätzen gehört, die tief in der Erde begraben liegen und die aufzufinden nur wenigen Sterblichen vergönnt ist, was man nach der Erklärung, die heute Vormittag gegeben wurde, offenbar glauben sollte. Meine Herren, wenn sich die Verhältnisse so ausserordentlich geändert haben, wenn es meines Erachtens nicht möglich ist, dass, wer wahr und klar in seiner Aussage vor den allerh. Thron treten will, einfach nur dasjenige wiederhole, was er im vorigen Jahre gesagt hat, wenn wir, ich will nicht sagen in der 12., aber in einer sehr vorgerückten Stunde uns befinden, wenn es nothwendig ist, dass bald, sehr bald eine endgiltige Constituirung des Reiches stattfinde, dass bald Hand angelegt werde: dann ist es auch nothwendig, dass an jenem Orte, von wo dieselbe allein in letzter Instanz ausgehen kann, offen und unumwunden sich über die Lage ausgesprochen werde. Das thut die Majoritätsadresse nicht, das thut aber die Minoritätsadresse. Darum glaube ich dieselbe mit bestem Gewissen vertheidigen zu können, und ich wende mich gegen die Angriffe, welche gegen den Antrag der Minorität vom 5. Absatz angefangen, gemacht werden. Es ist dies von einem sehr geehrten Redner

der andern Seite des h. Hauses geschehen. Er hat sich zunächst dagegen gewendet, dass die Minoritätsadresse die Zustände aufzähle, ihr aber dabei ein Fehlschluss zu Grunde liege, indem sie die Sistirungspolitik für die Ursache dieser Zustände ausgibt und ein weiterer Fehler, indem das Ministerium mit der Sistirungspolitik identificirt wird; wären es tüchtigere Meister in der Sistirungspolitik gewesen, wären sie dabei kräftiger, energischer und aufrichtiger vorgegangen, wie auch gesagt wurde, so hätten sie das Beabsichtigte durchgeführt und es wäre vielleicht gelungen, etwas besseres zu schaffen. Also nur an der consequenten energischen Durchführung der Sistirungspolitik hat es gefehlt! Ich glaube meine Herren, an einer solchen hat es in den Jahren von 1857—1861 nicht gefehlt. Wir hatten ja bereits eine Reichsverfassung, die proclamirt und wieder aufgehoben wurde, wir hatten dann insbesondere, was ja das Wesen der Sistirung ausmacht, mittlerweile die absolute Regierung, während einer kürzern oder längern Zeit und das ist durch 10 Jahre geschehen und zwar ohne alle Volksvertretung. Es ist schon einmal 10 Jahre ohne alle Volksvertretung regiert worden und wie weit haben wir es während dieser 10 Jahre gebracht! Wir hatten eine energische consequente und aufrichtige Durchführung der Sistirung in der höchsten Potenz, den reinen Absolutismus. Nun sagen wir aber keineswegs, dass das Ministerium alle unsere Leiden verschuldet hat, wir sagen, dieses sind Zustände, wie sie wirklich bestehen, und das Ministerium hat nichts gethan oder konnte nichts thun zur Abhilfe dieser Zustände. Es hat aber viel gethan, was diese Zustände verschlechtert hat und dies ist gar nicht anders möglich, weil dem Ministerium nicht zu statten kommt, dass ihm eine controlirende überwachende und beschränkende Volksvertretung zur Seite steht. Nun sagt zwar der geehrte Abgeordnete, ja, haben wir denn keine Volksvertretung? Ist nicht der Landtag die wahre Volksvertretung? Nein, scheint mir; ein Landtag, der heute bei uns tagt und nichts Anderes sagt, als das, was er im vorigen Jahre gesagt hat, der wird das Ministerium in seiner Thätigkeit wenig geniren. Und eine Volksvertretung, die gar nicht im Stande ist, dem Ministerium eine gêne zu bereiten, eine solche Volksvertretung ist eben nicht das, was wir gemeint haben, wenn wir von einem Regieren „ohne Controle und nicht beschränkt durch die Volksvertretung“ sprechen. Es ist ganz etwas anderes, und Männer, die das erlebt haben, werden es

bestätigen, Mann gegen Mann, einer Volksvertretung gegenüber zu stehen, und ganz etwas anderes aus den Zeitungen nachträglich zu erfahren, was man eigentlich schaudernd selbst hätte erleben sollen. Mir scheint, es würde unsere Minoritätsadresse vielmehr Wirkung auf die Aenderung der Anschauungen des Ministers hervorzubringen geeignet sein, wenn er am Regierungstische der Berathung darüber beizuwohnen in der Lage wäre und es wäre sehr zu wünschen, wenn die Minister der Volkswirthschaft, der Finanzen Manches unmittelbar vernehmen, was durch das Medium der Zeitungen und die officiellen Landtagsberichte nur schwer zu ihrer Kenntniss gelangt.

Was nützt nun dieses Tadeln, wenn es nicht am Sitze der Regierung, nicht am Sitze des Ministeriums, und wie wir gesehen haben, ohne grosse Einwirkung auf die Entschliessungen des Ministeriums geschieht. Wir dachten uns unter der Controle eben etwas anderes.

Man sagte zwar, das Ministerium ist ja nicht schuld. Es ist, man betonte dies namentlich zwar nicht ausdrücklich, aber doch implicite, selbst rücksichtlich der Massregeln, die während des Krieges stattfanden, namentlich in unserem Lande Böhmen stattfindenden und über die im Lande nur ein Urtheil sein kann, — welche einem Stande einen ungerechten und unbilligen Vorwurf zugezogen haben, einem Stande, der ja nicht anders handeln konnte, weil er einer höheren Weisung folgte, folgen musste. Es ist bekannt, dass diese höhere Weisung von Wien vom Ministerium, von den Ministern ausging. Und nun müssen deshalb die Beamten unter der öffentlichen Meinung leiden. Das Verlassen der Amtssitze, der Verlust so vielen ärarischen Gutes, die ganz unbegreiflicher Weise verspätet eingeleitete allgemeine Volksbewaffnung, die freilich nur den greifbaren Erfolg hatte, dass der Stadt Pilsen eine Contribution von 150,000 Gulden auferlegt wurde — das sind Massregeln, die nicht die Bezirksvorsteher erdacht haben. Da war ein höherer Geist waltend, ein höheres Auge wachend.

Bezüglich der Justiz thut es mir sehr leid, da sagen zu müssen, und da verstummt die Kritik vollständig: denn wo nichts ist, kann man auch nicht kritisiren.

Ganz vergeblich wäre es, nach irgend einer Massregel seit dem Inslebentreten des jetzigen Ministerium sich umzusehen, welche auf dem Gebiete der Justiz getroffen worden ist; denn eine Massregel, welche zur Folge hat, dass wenn ein ex officio

Vertreter bei einem Bezirksgerichte um eine Abschrift einschreitet und die Bitte durch die Post einschickt, man ihm zurückschreibt, er solle vorläufig hiezu einen Bogen Papier durch die Post einschicken, dann werde man ihm die Abschrift senden; solche Massregeln werden weder den Finanzen, noch der Justiz viel Nutzen bringen. Von andern, als derlei Massregeln auf dem Gebiete der Justiz ist wohl den meisten, auch den dem Advocatenstande angehörenden Mitgliedern bisher nichts bekannt geworden.

Das Gebiet des Unterrichtswesens, bezüglich dessen ich auch manches wüsste, will ich nicht besprechen. Es wird auch hier nichts Positives anzugeben sein, was in der letzten Zeit geschehen ist; es müsste mir nur vollständig entgangen sein.

Ich wende mich nun zu dem unendlich wichtigen und eingreifenden Gebiete der Finanzen. Es hat eben auch ein geehrter Redner von der Gegenseite in der vorigen Sitzung sich ausführlich darüber ausgesprochen. Von sehr kompetenter Seite wurde hierauf bereits entgegnet. Ich könnte nun den classischen Satz anführen: „ich weiss viel davon, ich könnte viel davon mittheilen,“ denn es ist mir durch das Vertrauen der Reichsvertretung und dann durch Sr. Majestät allerh. Vertrauen eine Stellung zu Theil geworden, — allerdings eine höchst peinliche und verantwortliche, eine sehr unangenehme Stellung, der aber mich zu entziehen mein Pflichtgefühl mir nicht gestattete — eine Stellung, in der ich manches erfahren habe, das ich mitzutheilen in der Lage wäre.

Ich will mich nur auf das beziehen, was Jedem bekannt ist, der aufmerksamen Blickes, wie es zu einem sachverständigen Ausspruche nothwendig ist, die officiellen Publicationen verfolgt. Der Herr Abgeordnete hat sich auf einen Bericht bezogen und auf Thatsachen, die in diesem Berichte enthalten waren, der vielleicht in etwas gereizter Stimmung verfasst wurde. Er war durch einen a. u. Vortrag der Staatsschuldencontrolscommission, welche sich aus Anlass der von ihr gemachten Wahrnehmungen entschieden für die unvermeidliche Berufung einer Volksvertretung aussprach, hervorgerufen worden; der Minister, dadurch in etwas gereizte Stimmung versetzt, war der Meinung, die Volksvertretung sei in dieser Hinsicht zu nichts, würde doch nichts helfen, ihre Berufung sei nicht nothwendig. Deshalb musste er seine Thätigkeit auf das Vortheilhafteste darstellen; er musste die Thätigkeit seines Vorgängers mit etwas

schienen Augen betrachten. Auf die Schultern Anderer wälzt man ja immer gern die Last, das versteht sich von selbst, das liegt in der menschlichen Natur. Daneben besteht ein zweiter Vortrag noch, worin die Finanzaussichten für das Jahr 1866 zur allerhöchsten Kenntniss gebracht wurden, und auch aus diesen dürfte der geehrte Herr Vorredner seine Daten entnommen haben. Eines aber hat er übersehen, denn gar bald, nachdem das Ministerium in's Amt trat, ich kann nicht genau angeben, für welchen Monat, vielleicht für September oder October des vorigen Jahres, wurde ein Monatsausweis der Einnahmen und Ausgaben veröffentlicht. Es war jedenfalls schon einige Monate, nachdem das Ministerium ins Leben getreten war, und nachdem der Herr Minister gewiss die vollständigste Kenntniss der Gebahrung in seinem Ressort sich zu verschaffen gewusst hatte. Dieser Ausweis wies ziffermässig nach, dass alle Positionen des Voranschlages, ich glaube mit Ausnahme des Krieges (bei dieser war eine unbedeutende Ueberschreitung), völlig eingehalten und noch etwas erspart worden war, so wie, dass eine kleine Zunahme des Einnahmsetats stattgefunden habe und dass mit Sicherheit anzunehmen sei, bis Ende December würde nicht nur die vollständige Einhaltung des Staatsvoranschlages, wie er publicirt wurde, erreicht, sondern noch etwas erspart werden. Später kam auf einmal jener Vortrag, und spricht von einem vergrösserten Deficit um vielleicht 50 Millionen. Nun, meine Herren! wenn das Deficit einmal nicht grösser ist, als nach dem Voranschlage, und dies durch ziffermässige Angaben dem Publicum mitgetheilt wird, und wenn es dann plötzlich um 50 oder mehr Millionen grösser sein soll, so wird der schlichte, unbefangene Menschenverstand sagen: nothwendigerweise muss in der einen Veröffentlichung ein Irrthum stattgefunden haben, oder in der anderen; ein drittes ist allerdings auch noch möglich, der Irrthum war in allen beiden und das möchte ich fast auch glauben. Bei dieser Sachlage scheint es mir aber von vornherein bedenklich, sich auf solche Actenstücke zu stützen. Es ist eine missliche Sache, wenn zwei in kurzer Zeit nach einander veröffentlichte Actenstücke sich vollständig widersprechen, und man aus denselben Schlüsse ziehen will. Darüber, wie diese beiden Actenstücke entstanden sind, und wie dieser Widerspruch zu lösen sei, ist Niemanden und niemals etwas bekannt geworden. Dies zur Aufklärung der factischen Grundlage desjenigen, worüber sich der Herr Abge-

ordnete aussprach. Er scheint aber auch in einer anderen Beziehung einen kleinen Irrthum begangen zu haben. Er schrieb nämlich die Finanzcalamitäten, Schädigung des Staatscredits ausschliesslich den eingetretenen Kriegscalamitäten zu. In dieser Beziehung darf ich wohl widersprechen. Die Corporation, deren allverehrter Vicepräsident in diesem hohen Hause sitzt, hat jenen Vortrag an Se. Majestät, welcher die Lage des Staatscredits schilderte, und welcher auf Grund des Gesetzes durch den Druck veröffentlicht wurde, und durchaus kein Geheimniss ist, verfasst und die Ueberreichung an Se. Majestät beschlossen, längst vor Ausbruch des Krieges.

Diese Thatsache lässt sich nicht in Abrede stellen. Vielleicht wird mir der Herr Vorredner zugeben, dass die Commission zur Controle der Staatsschulden doch competent gewesen ist zu beurtheilen und zu bestätigen, dass ein Anlehen unter solchen Bedingungen wie dasjenige, welches das September-Ministerium zu Stande brachte, — nachdem merkwürdiger Weise in den verschiedenen europäischen Börsenplätzen Irrfahrten zu diesem Behufe vorgenommen worden waren, — dass ein solches Anlehen in Oesterreich noch nicht dagewesen ist. Es war das französische Anlehen, auf welches der Herr Abgeordnete der Egerer Handelskammer bereits hingewiesen hat.

Nun, meine Herren! man sagte, „das war Alles durch die vorangegangene Zeit vorbereitet und herbeigeführt: für den überreizten Gaumen der Börse war keine Lockspeise mehr vorhanden.“ Ich muss den Herrn Abgeordneten bemerken, dass in der vorangegangenen ein österreichisches Anlehen zu 40 Millionen zum Course von 102 $\frac{1}{2}$ begeben wurde, das war möglich zur Zeit, wo die Reichsversammlung tagte, wo unser verehrtes Mitglied noch an der Spitze der Leitung der Finanzen stand. Wie ist der Cours der nämlichen Effecten heute und zu welchem Course würde man heute dieses Anlehen begeben, das dient sicher zur Beleuchtung, zur Illustration, was der Abgeordnete gesagt hat.

Aber die Börse hat nicht nur einen reizbaren Gaumen, sie hat noch mehr, sie hat auch feines Gefühl und dieses feine Gefühl macht sie empfindlich, wenn irgend wo eine Verfassungsisirung stattfindet, sie lässt sich durch kein historisches Staatsrecht, durch keine verneuerte Landesordnung, durch keine Privilegiumsbestätigung mehr bewegen, sie gibt kein Geld her. Diese Erfahrung musste der verehrte gegenwärtige Leiter des

Finanzministeriums in einer Weise machen, die für ihn allerdings bedauerlich war. Er musste sich nämlich überzeugen, dass selbst seine Freundschaft mit dem Chef eines weltberühmten Hauses nach der Sistirung der Verfassung nicht genügte, um denselben zu bestimmen, Geld herzugeben.

Der verehrte Herr Abgeordnete sagt: Die Wurzeln sind weit tiefer, nicht im 20. September 1865, der übrigens seinen Schatten schon bis zum Juli 1865 und noch weiter vorauswarf, für Jedermann erkennbar. Allein diese Wurzeln wurden auch nicht im Jahre 1861 in die Erde gesenkt, denn diese Wurzeln datiren aus jener Zeit, wo ein unverantwortliches Ministerium regierte, die Räthe der Krone in den Jahren 1850 bis 1860 haben sie gepflanzt. Wie der Reichsrath zusammenkam, hatten wir ein Agio von 46 pCt., d. h. die Valuta war zur Hälfte entwerthet und als der Reichsrath wieder auseinander ging, war es verschwunden, denn das Agio, welches noch bestand, war ein Bequemlichkeitsagio, oder wie man es sonst nennen will, ein Agio von 2—3 pCt. und das kann bei geschlossenen Bankkassen, das wird mir jeder Sachverständige bestätigen, ein Agio im gangbaren Sinne nicht mehr genannt werden. Man vergleiche ferner den Cours der Staatspapiere, wie er im J. 1861 war, wie er war, während die Verfassung in Blüthe stand, und wie er jetzt geworden ist. Wahrhaftig, die Courszettel sprechen auch beredte Worte und die Börse hat ihre Geschichte und diese Geschichte spricht nicht für Sistirung, nicht für absolutes Regime, sie spricht für die Controle der Finanzverwaltung durch die Volksvertretung, für eine wirksame Controle, für eine Controle, wie sie nur die wahre Oeffentlichkeit mir zu bieten vermag, für eine Controle, von der ich in der gestrigen Rede nicht das Mindeste gehört habe. Für den Finanzminister wird die Majoritätsadresse vollkommen gleichgiltig sein, vielleicht ist aber für ihn wenigstens die Debatte nicht gleichgiltig, die hier stattfindet.

Auch darauf wurde hingewiesen, dass die Reichsvertretung ebenfalls nichts anderes hätte thun können, als Papiergeld ausgeben. Vielleicht hätte sie doch manches thun können, vielleicht hätte sie dagegen sprechen können, dass man den Krieg führe, vielleicht hätte sie das Wort erheben können, dass man den Krieg nicht unvorbereitet und ungerüstet führe, vielleicht hätte sie dem Ministerium rathen können, um einem Feinde gegenüber, der seit Jahren sich für diesen Kampf vorbereitet hat, unsere tapfern Soldaten nicht, ich möchte sagen, auf die Schlacht-

bank zu führen, vielleicht hätte die Volksvertretung dies gethan, ich darf wohl sagen, ich hätte es in der Volksvertretung gethan, denn ich habe es schon lange vorher gethan.

Die Volksvertretung hätte vielleicht noch manches Andere thun können, vielleicht hätte die Volksvertretung erwirken können, dass bei der Zettelemission mit mehr Vorsicht vorgegangen wird, worüber ich Ihnen manche Geschichte erzählen könnte, mein verehrter Freund, sehr viele! und wovon in Wien alles voll ist. Wenn man eine Volksvertretung gefragt hätte und nicht bloß die Herren, die im Bureau allmächtig sind, so hätte gar nicht in der Weise vorgegangen werden können, wie in der That vorgegangen worden ist.

Und war dieser Politik nun einmal ein Schicksal beschlossen, und der Erfolg nicht mehr abzuwenden, so hätte die Volksvertretung wenigstens bewirken können, dass zweckmässiger vorgegangen worden wäre in Bezug auf die Beschaffung der Geldmittel.

Nun, meine Herren, ist zwar gesagt worden, die Branntweinsteuer, die Zuckersteuer und die Herabsetzung der Grundsteuer, das sind grosse Thaten. Ja, wenn man einmal zu den Mitteln der Notenpresse schreitet, da hätte man die Steuer noch weiter herabsetzen können. Freilich nur dann, wenn man auf ein paar Monate das parate Mittel hat, Geld zu verschaffen und nicht bedenkt, was dies später für Folgen haben wird. Aber jene allgemeine Zufriedenheit mit der Branntweinbesteuerung, von der habe ich denn doch nichts gehört. Es ist anderwärts — natürlich darf man bei einer Massregel, die ganz Oesterreich betrifft, nicht exclusiv davon sprechen, was für Böhmen passt — es ist anderwärts die bitterste Beschwerde über diese Branntweinsteuer erhoben worden. Aus Oberösterreich liegt eine Verhandlung der Handelskammer vor, wonach von mehr als 300 kleinern Brennereien alle bis auf sechs eingegangen sind, und wie die Sache in der Wiener Handelskammer zur Berathung kam, wurde öffentlich erklärt, dass das Gesetz im ausschliessenden Interesse der grossen Brennereien, namentlich der Melassen-Brennereien und zum offenbaren Ruin der kleinen Brennereien erlassen worden sei; die kleinen Männer haben denn doch auch einigen Anspruch, berücksichtigt zu werden und sie werden dieses Gesetz bitter beklagen. Was die Grundsteuerherabsetzung betrifft, hat ein sehr sachkundiges Mitglied heute früh ihre Resultate nachgewiesen. Für den kleinen Mann beträgt die Her-

absetzung einen kaum in Kreuzern auszudrückenden Betrag, wo aber viele Kreuzer und Gulden gezahlt werden, da beträgt die Herabsetzung allerdings etwas. Dem Staate entgeht dadurch ziemlich viel, weil die Steuer der Kleinen zusammen doch mehr ausmacht, als die der Grossen. Es ist also die Frage, ob, wenn diese Gesetze die einzige That waren, sie wurden wirklich gleich bei Beginn der neuen Finanzverwaltung erlassen und seither ist nichts geschehen, wenn sie die einzige That waren, so ist wohl die Frage erlaubt, ob das für eine Zeit von 15 Monaten etwas gar so Ausserordentliches gewesen ist, wenn seit der Erlassung des Gesetzes nichts mehr geschehen ist. Auf dem Gebiete der Finanzen sollte alle Tage etwas geschehen, und man sollte nicht, nachdem man eine That verrichtet hat, vielleicht ein paar Jahre warten, um dann wieder eine andere That zu verrichten.

Ich wende mich endlich, meine Herrren, zu der Frage über den Ausgleich mit Ungarn; wir sagten und sagen es in unserer Adresse, dass ein Ministerium, dem eine Volksvertretung zur Seite steht, entschieden mehr hoffen konnte, den Ausgleich zu bewerkstelligen, als eines, bei dem dies nicht der Fall ist. Ein geehrter Abgeordneter hat dagegen eingewendet: „So lange der Reichsrath bestanden, wäre gar nie an einen ungarischen Landtag zu denken gewesen. Es ist schon Vormittag von einem hierin competenten Herrn angeführt worden, dass das abgetretene Ministerium bereits die Einberufung beschlossen hatte und er ohne den Wechsel im Ministerium früher zusammen getreten wäre, als es nun geschehen ist. Das steht mir nicht zu, weiter zu beleuchten. Allein, dass in dem Reichsrathe der Ausgleich Schwierigkeiten gefunden hätte, dass die Tendenz, die im Reichsrathe geherrscht, diesen erschwert hätte, dagegen muss ich mich auf das Lebhafteste verwahren.

Am 1. December 1864, also vor zwei Jahren, wurde nach einer berühmt gewordenen Rede eines von mir sehr verehrten Abgeordneten aus Steiermark folgender Passus in die Adresse aufgenommen, nachdem schon früher darin auf Einberufung des ungarischen Landtages aber erst nach Schluss der betreffenden Session gedrungen war: „Wir halten darum die Einberufung des Landtages dieser Königreiche (nämlich Ungarn und Croatien) für eine dringende Nothwendigkeit.“

Welchen Eindruck jene Rede und der dieser Rede entsprechende gefasste Beschluss in jenen transleithanischen Län-

dern gemacht hat, das wird mir der geehrte Herr Abgeordnete wohl zugestehen, da er nicht zu widersprechen im Stande ist, dass noch heutigen Tages jener Abgeordnete aus Steiermark in Ungarn mehr Vertrauen und mehr Freunde findet, als die Mitglieder des gegenwärtigen Ministeriums. Und auf Antrag dieses Abgeordneten ist der Antrag mit Einstimmigkeit im Abgeordnetenhaus beschlossen worden. Und da spricht man noch, dass das Abgeordnetenhaus den Ausgleich erschwert hätte?

Ja noch mehr. Ich kann mich auf das Zeugniß von Collegien berufen, dass auf meinen Antrag der Passus in die Adresse hineingekommen ist: „das Abgeordnetenhaus wird seinerzeit nicht anstehen, was an ihm ist, beizutragen, dass jenen Ländern auf verfassungsmässigem Wege die nöthigen Garantien für ihre Autonomie in allen jenen Angelegenheiten, welche ihren Landtagen vorbehalten sind, gewahrt werden.“ Und zwar waren diese Garantien nach meiner Auffassung finanzielle Garantien, die Theilung des Reichsbudget in ein Budget für jene Agenden, welche der verfassungsmässigen Behandlung jener Landtage zugewiesen waren.

Das hat der Reichsrath in der Session vom December 1864 gethan und er hat damit gezeigt, dass er den unverkennbar gegebenen Verhältnissen und den anerkannten Rechten wirklich Rechnung zu tragen im Stande und bereit ist. Wenn der Reichsrath heute tagen würde, würde er auch der Schlacht bei Königgrätz Rechnung tragen und den Folgen, welche sie gehabt hat.

Wir können daher nicht zugeben, dass der Ausgleich, wenn die Regierung eine Volksvertretung und damit die Möglichkeit, die Stimme des wirklichen Volkes zu vernehmen, zur Seite hätte, erschwert würde; es ist ja nicht unbekannt, dass gerade das Misstrauen zu den jetzigen Regierungsmännern, die Schwierigkeiten des Ausgleichs vergrössert hat. Es ist ja bekannt, wie so vielfältig in Ungarn öffentlich (wenn ich öffentlich sage, so meine ich nicht blos in Journalen) ausgesprochen wurde, dass, so lange darin keine Aenderung geschieht, an einen Ausgleich nicht zu denken sei. Und es ist Manches geschehen, um dieses Misstrauen noch zu vergrössern.

Gestern wurde scherzweise angeführt: „am Ende werde man noch dem Ministerium die Cholera zur Last legen.“ Die Cholera nicht, aber etwas, was auf die Cholera Bezug hat, hat offenbar das Misstrauen verstärkt; nämlich der Umstand, dass

der ungarische Landtag wegen der in Pest grassirenden Cholera nicht einberufen werden konnte, während in ganz Ungarn nicht halb so viel Leute daran gestorben sind, als in dem verhältnissmässig kleinen Lande Mähren allein, und während man für die Gesundheit der mährischen Landtagsabgeordneten eine gleiche Rücksicht zu nehmen sich nicht bestimmt fand. Sollte diese besondere Fürsorge für die ungarischen Abgeordneten nicht geeignet gewesen sein, diese mit Misstrauen zu erfüllen? Und bei alledem hat sie nicht einmal etwas genützt. Die Cholera erlosch in Pest vollständig und früher, als anderswo und der Landtag musste dennoch einberufen werden.

Ich komme endlich zu den Einwendungen, welche von Seite eines sehr geehrten Herrn Vorredners von der andern Seite gegen das Petitum der Minoritätsadresse erhoben wurden.

Er wirft ihm vor, es sei unklar und der Abgeordnete für Gitschin sagte heute wieder, es sei viel zu klar. Ich finde es schwer, zwischen diesen beiden Vorwürfen zu wählen. Mir scheint aber auch, dass das Einzige, was der Herr Abgeordnete als unklar bezeichnet, nämlich welcher Reichsrath gemeint sei, gar nicht zweifelhaft ist. Ich denke an das erste k. Patent über die Einberufung des Reichsrathes, welches neben den Grundgesetzen über die Reichsvertretung am 26. Februar 1861 erlassen wurde. Da sagt Se. Majestät und zwar im 1. Artikel: Die Landtage von Böhmen, Dalmatien, Galizien, Oesterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Ungarn, Mähren, Schlesien, Tirol, Vorarlberg, Istrien und Triest, Görz und Gradiska sind auf den 6. April 1861 in die gesetzlichen Versammlungsorte einberufen, und der Artikel 2: der Reichsrath ist auf den 29. April 1861 in Unsere Haupt- und Residenzstadt einberufen. Wie Se. Majestät dieses erliess, war es Niemand zweifelhaft, was einberufen worden ist, und wenn wir nun an Se. Majestät, uns wörtlich an die Worte des allerrh. Patenten vom damaligen Datum anschliessend, die Bitte richten, so wird Se. Majestät dies ganz gewiss ebenso verstehen, wie das Verständniss dieser Stelle bei uns am 26. Februar 1861 voraus gesetzt wurde. Dagegen muss ich sagen, der Vorwurf der Unklarheit trifft vielmehr eine Stelle des Majoritätsvotums, die einzige Stelle, welche eigentlich ein neues staatsrechtliches Moment hinzufügt, in weit höherem Grade, und es sei mir erlaubt, diese Stelle vorzulesen. Es heisst Seite 5, Alinea 2: „dass insbesondere die Länder der böhmischen Krone ohne die Zustimmung ihrer legalen Ver-

treter keinem neuen staatsrechtlichen Gebilde eingefügt werden können.“ Wer sind denn die legalen Vertreter der Länder der böhmischen Krone? Sind es bloß der böhmische, mährische und der schlesische Landtag, so ist damit eigentlich nichts gesagt; dann ist damit gesagt, jeder Landtag soll vernommen werden. Soll aber unter den legalen Vertretern der Länder der böhmischen Krone etwas anderes, soll darunter ein General-Landtag verstanden werden, so ist dies eine ganz neue Schöpfung. Und doch musste dies der Sinn sein, sonst müsste man ebenso gut, wie man sagt, die Länder der böhmischen Krone sollen ohne die Zustimmung ihrer Landtage keinem neuen staatsrechtlichen Gebilde eingefügt werden, auch sagen, das Herzogthum Steiermark soll nicht ohne die Zustimmung seiner legalen Vertreter, das Herzogthum Kärnthen soll nicht ohne Zustimmung seiner legalen Vertreter einem neuen staatsrechtlichen Gebilde eingefügt werden können u. s. w.; dann wäre für jene nichts besonderes gesagt, wenn nicht die legalen Vertreter derselben etwas anderes sein sollen, als die betreffenden Landtage. Und wenn nun das die einzige Stelle ist, wo von den Ländern der böhmischen Krone die Rede ist, so würde ich dann, wenn ich einer derjenigen Abgeordneten wäre, welche heute mit so viel Feuer für Generallandtage u. dgl. gesprochen haben, mit dieser Stelle mich nicht begnügen, denn sie ist offenbar unklar, und Se. Majestät kann nicht daraus entnehmen, wer eigentlich einberufen werden soll. Die Landtage werden ohnehin einberufen, wer anders also? Und wenn Niemand anders, wozu ist es nöthig, etwas zu sagen? Wenn man nur will, dass ohne Zustimmung ihrer legalen Vertreter die Länder der böhmischen Krone keinem neuen staatsrechtlichen Gebilde eingefügt werden können, dann verlangt man für die Länder der böhmischen Krone nichts, als was man für alle andern verlangt, dann war es nicht nöthig und ist es Täuschung zu sagen, man habe für die Länder der böhmischen Krone etwas Besonderes ausgesprochen. Dann, scheint mir, hat man überhaupt nur von der böhmischen Krone sprechen wollen und hat damit nichts gesagt, hat sich unklar ausgedrückt und ich kann den uns gemachten Vorwurf mit Recht auf den Majoritätsentwurf zurückweisen.

Dies sind die Gründe, welche ich zur Unterstützung der Adresse der Minorität und zur Bekämpfung der Majoritätsadresse anzuführen mich verpflichtet halte.

Wir werden für die Minoritätsadresse stimmen, weil wir

in ihr den getreuen Ausdruck der Gesinnung der Meinung unserer Mandanten erblicken. Unsere einmüthige Abstimmung wird den Beweis liefern, dass nahezu $\frac{2}{5}$ der Bevölkerung Böhmens mit denjenigen Anschauungen, welche in der Majoritätsadresse, und welche insbesondere in den zu ihrer Begründung gehaltenen Reden entwickelt wurden, nicht einverstanden sind, dass sie diese Anschauungen perhorresciren. Das ist doch wohl nichts Komisches, wenn es sich um die Anschauungen von zwei Millionen Menschen in diesem Lande handelt.

Es wird damit der überzeugende Beweis geliefert werden, dass das, was in der Majoritätsadresse gesagt wird und dass das, was in den Reden und Begründungen derselben besprochen wurde, nicht die Anschauung aller Bewohner des Königreichs sei.

Wir werden ferner für die Adresse der Minorität stimmen, weil wir, um die Worte eines anderen Redners von jener Seite zu gebrauchen, weil wir deutsche Oesterreicher sind und bleiben wollen, weil wir nie und nimmer Unterthanen eines preussisch-deutschen Staates werden wollen. Wir werden aber eben desshalb für die Minoritätsadresse stimmen, weil wir dafür stimmen müssen, dass die Machtstellung Oesterreichs, seine Kraft, sein Ansehen ungeschwächt erhalten werde, dass wir in Oesterreich geschützt werden gegen Aggressivpläne unserer Feinde.

Wir werden nicht dabei von dem Standpunkte eines aut aut ausgehen, entweder Oesterreich, welches einem bestimmten nationalen oder Parteistandpunkte entspricht oder gar kein Oesterreich. Das ist nicht unser Standpunkt.

Wir werden den berechtigten Anforderungen nach Concentration der Kräfte Oesterreichs nicht ein non possumus entgegenhalten. Nein. Wir stimmen und werden immer stimmen und handeln ohne Vorbehalt, in bedingungsloser Treue für Kaiser und Reich.

Rede des Berichterstatters der Majorität Grafen Leo Thun.

Wenn zänkische Leute sich einige Zeit gestritten haben, so legt ein jeder von ihnen grossen Werth darauf, zuletzt sagen zu können: ich habe Recht. Auch politische Parteien sind vielleicht der Versuchung einer solchen menschlichen Schwäche ausgesetzt. Ich rechne aber darauf, dass diejenigen, durch deren Wahl ich die Ehre habe, heute das Privilegium des letzten

Wortes in dieser langen Debatte zu haben, von mir nicht erwarten, dass ich dieses „ich habe Recht“ als die Aufgabe betrachte, welche mir zu lösen jetzt obliegt. Mir schwebt vor, dass ich Besseres und Höheres zu sagen habe.

Es sind in der Debatte viele Dinge vorgebracht worden, die in dem Augenblicke, in dem sie ausgesprochen wurden, zu einer Erwiderung herausgefordert haben, und wenn gleich hätte geantwortet werden können, sie auch verdient hätten; indess ich werde das Meiste von allem dem übergehen, insbesondere alles das, was mehr den Charakter eines persönlichen Angriffes auf uns, die Verfasser, Vertheidiger, Unterstützer der Adresse enthalten, und was, wie mir scheint, mehr den Zweck einer Verdächtigung des Gegners, als einer Widerlegung seiner Gründe gehabt hat. Der Ton der Verhandlungen in diesem hohen Hause hat sich seit den fünf Jahren, in denen wir hier versammelt sind, merklich gehoben und ich bin überzeugt, auch die Schlacken, die ihm hie und da noch ankleben, werden allmählig ausgestossen werden. Die Sitte muss das beseitigen, nicht eine schneidende Antwort. Ueber alles das gehe ich mit Stillschweigen hinweg. Eines von dem, was als Vorwurf gegen die Commission oder die Adresse vorgebracht worden ist, muss ich aber doch berühren; sogar Einiges, was nicht diesen Charakter hat, sondern gegen einzelne Glieder dieses Hauses gerichtet war. Im Ganzen genommen, glaube ich, ist das zwar nicht meine Aufgabe. Wenn namentlich in dem langen Vortrage, den wir soeben gehört haben, ein bedeutender Abschnitt sich eigentlich nicht auf die Adresse bezogen hat, sondern eine Entgegnung war gegen das, was von einer andern Seite vorgebracht worden ist, so meine ich, ist das eine Sache, welche die Herren Redner untereinander abthun mögen. Ich glaube nicht, dass es die Aufgabe des Berichterstatters für die Adresse sei, auf diese Polemik einzugehen. Nur zuletzt ist ein Wort gefallen von meinem Herrn Vorredner, das ich nicht mit Stillschweigen übergehen kann, des Wort: Er und seine Gesinnungsgenossen seien für Oesterreich unbedingt, nicht bloß für ein Oesterreich, das nur gewissen Parteistandpunkten entspräche. Mir ist nicht bekannt, dass ein Mitglied dieses Hauses sich in der so bezeichneten Weise geäußert hätte, dass ein Mitglied dieses Hauses Oesterreich nur anerkennen, oder an Oesterreich nur mit Treue und Anhänglichkeit fest halten wollte, wenn Oesterreich einem gewissen Parteistandpunkte entsprechen würde. Ich habe Aeusse-

rungen gehört, welche vorher gesagt haben, Oesterreich werde nicht bestehen können, wenn es eine einseitig nationale Richtung verfolgt, welche die Meinung ausgesprochen haben, der Bestand Oesterreichs sei davon abhängig, dass es weder als ein deutscher noch als ein slavischer, rumänischer oder magyarischer Staat regiert werde. Ich glaube, solche Aeusserungen sind Jedermann erlaubt, und es ist Niemandem erlaubt, deshalb den Vorwurf zu machen, man wolle Oesterreich nur angehören, wenn es nach einem Parteistandpunkte regiert werde.

Zunächst habe ich mich gegen diejenigen Einwendungen und Vorwürfe zu wenden, welche in rechtlicher Beziehung gegen den Adressenentwurf und die Commission erhoben worden sind. Man hat uns gesagt, der Adressenentwurf und wir, die wir ihn verfassten, stehen ausserhalb des Gesetzes. Es gibt eine Art von Juristerei, die es für die höchste juridische Weisheit ansieht, eine dürre exegetische Auslegung des letzten Gesetztextes vorzunehmen. Es ist namentlich diese magere Art von juridischer Behandlung bei uns in Oesterrich vielleicht häufiger als anderswo aus dem natürlichen und verzeihlichen Grunde, weil durch den unglücklichen Studienplan von 1811 die juridischen Studien in Oesterreich von ihrer historischen Grundlage losgelöst wurden. Aus dieser unwissenschaftlichen Auffassung des Rechtes überhaupt ist während der Herrschaft des Februar-systems eine Exegese der Februarpatente entstanden, — Commentare, so dürr, so geistlos, so langweilig, wie alle die Commentare des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, mit denen wir in unserer Studienzeit geplagt worden sind. Man hat gesucht, durch diese dürre Exegese den Geist des Octoberdiploms aus der Bevölkerung auszutreiben. Wir alle haben diese Art der Behandlung des Februarpatentes, eine Behandlung, bei welcher es herausgerissen wird aus seinem genetischen Zusammenhange, hundertmal und abermals hundertmal gelesen und gehört in diesen letzten Jahren. Ich, und ich glaube mit mir wohl viele Mitglieder dieses hohen Hauses, sind dieser Art der Behandlung der Rechtsfrage müde. Ich gehe an ihr vorüber. Wenn man über das, was hier vorliegt, tiefer in die Rechtsfrage eindringen will, so kann das nur dadurch geschehen, dass man zurückgeht auf die Frage, ob die Erlassung des Patenten vom 20. September berechtigt war. Das war die ernste Frage, die vor einem Jahre in diesem hohen Hause sehr gründlich discutirt worden ist, ganz anders, als mit den Argumenten, die

wir heute vernommen haben. Ich habe die Ehre gehabt, auch damals den Platz einzunehmen, den ich heute einnehme; ich habe damals gesagt, was ich darüber sagen kann, und was ich gesagt habe, ist noch heute meine Ueberzeugung; es heute nur zu wiederholen habe ich keine Neigung.

Warum macht man uns aber den Vorwurf, dass wir ausserhalb des Gesetzes stehen? weil in der Adresse die Ausdrücke vorkommen, „eine überkommene staatsrechtliche Stellung Böhmens,“ „die geschichtliche Eigenberechtigung des Landes“ und weil in der Adresse keine ausdrückliche Erwähnung von dem Februarpatente geschieht. Nun, meine Herren! so weit zu gehen, dass der Gebrauch der Ausdrücke, die ich eben erwähnt habe, die beinahe wörtlich dem allerhöchsten Diplome vom 20. October entnommen sind, und die Se. Majestät wiederholt gebraucht hat, als Rechtsverletzung erklärt und der Vorwurf erhoben werde, das streite gegen das Gesetz, das ist doch wohl ein Extrem, dass man in einiger Zeit sich wundern wird, wie man in einer Versammlung, wie sie der böhmische Landtag ist, derlei Argumente gebrauchen konnte, wie man im böhmischen Landtage sich bemühen konnte, zu beweisen, man könne nicht loyal sein, ohne die Geschichte Oesterreichs zu vergessen, wie man glauben konnte, Oesterreich einen Dienst zu erweisen, wenn man von einer geschichtlichen Stellung des Königreiches Böhmen zu reden verbietet, wie man die Bevölkerung Böhmens zwingen wollte, zu brechen mit ihrer Geschichte und sich losgelöst zu sehen von den geschichtlichen Beziehungen Böhmens zu Oesterreich. Das ist ein Vorgang, mit dem man sich von vorne herein jeden staatsmännischen Gedanken abschneidet.

Die Rechtsfrage aber tritt uns heuer in einer anderen Beziehung sehr bedeutsam vor die Augen, nämlich in ihrer Anwendung auf das Minoritätsvotum. Im öffentlichen Rechte handelt es sich zunächst nicht um die Rechte von Individuen, sondern um die Rechtsbeständigkeit von Institutionen und erst aus dem Rechtsbestande von Institutionen kann man die Rechte der Individuen deduciren und normiren. Das Februarpatent hat nun eine Institution vor Augen gehabt, wie sie eben in diesem Patente als Reichsrath näher bezeichnet wird, eine Institution repräsentativer Natur für das gesammte Reich, beschickt von den Landtagen aller Königreiche und Länder und zwar beschickt in der in dem Patente bezeichneten Art und Weise, mit so viel Mitgliedern von Ungarn, so viel von Kroatien und

Slavonien, so viel von Siebenbürgen, so viel von der Bukovina usw. usw. Wenn nun in dem Minoritätsvotum das Petitum gestellt wird auf die Wiederherstellung der Verfassung, so müsste man meinen, es sei die Wiederherstellung dieser Institution damit gemeint; es müsste, wenn Se. Majestät die Bitte, das Begehren nach alsbaldiger Einberufung dieses Reichsrathes gewähren würde, sofort die Weisung hinausgehen, in der im Februarpatente bezeichneten Weise den Reichsrath zu beschicken und zwar mit der Sanction des Februarpatentes, wenn er in dieser Weise nicht beschickt würde, directe Wahlen vornehmen zu lassen. Bekanntlich hat sich nun unter denjenigen, welche während dem Bestande des Reichsrathes, ich möchte sagen, die Garde des Februarpatentes gebildet haben, schon in den letzten Zeiten seiner Dauer eine Meinungsverschiedenheit herausgestellt. Die einen haben schon damals Andeutungen fallen lassen, und haben jetzt offen erklärt, dass sie die Herstellung dieser Institution, in diesem Augenblick mindestens, für unmöglich halten. Sie haben deshalb ihre Wünsche auf eine andere Institution gerichtet. Sie denken sich, eine Institution parlamentarischer Art, lediglich für die Königreiche und Länder Oesterreichs, welche nicht der ungarischen Krone angehören, nicht ein Parlament, das über allen Landtagen steht, sondern ein Parlament, das nebengeordnet sein soll dem Reichstage in Ofen für die Länder der ungarischen Krone. Dass das zwei ganz und gar verschiedene Institutionen sind, darüber kann denn doch eine Meinungsverschiedenheit nicht bestehen. Man hätte nun denken sollen, dass die Minorität, wenn sie in ihrem Widerstande gegen den Weg, den Se. Majestät am 20. September vorigen Jahres eingeschlagen hat, beharrt, sich entscheiden würde, welcher der beiden eben angedeuteten Richtungen sie sich anschliesse. Jeder, der das, was von jener Seite die Sistirungspolitik genannt wird, und was wir vielmehr Ausgleichspolitik nennen, verwirft, muss mit sich im Reinen sein, ob er zu der Institution, die in dem Februarpatente ausschliesslich vorgezeichnet ist, zurückkehren will, oder ob er jene andere neu erfundene Institution anzustreben die Absicht hat. Die Minorität hat eine Ausdrucksweise gewählt, welche darüber keinen Aufschluss gibt. Ich habe erwartet und ich glaube, ich habe ein Recht gehabt, zu erwarten, dass, nachdem auf diese Unklarheit des Petitums der Minorität in der Debatte wiederholt hingewiesen worden ist, wenigstens der Herr Berichterstatter darüber Aufklärung geben würde, und

ich muss offen gestehen, ich hätte selbst eine sehr interessante Excursion über die auswärtige Politik und die böhmische ständische Entwicklung gerne vermisst, wenn er jenen Aufschluss gegeben hätte; vergeblich habe ich darauf gewartet. Ich kann demnach das Petitum der Minorität, sowie es dasteht, nur als einen Mantel betrachten, bestimmt, alle diejenigen, welche nicht mit dem Antrag der Majorität einverstanden sind, unter seine Falten aufzunehmen. Mir scheint, wenn man einen politischen Zweck erreichen wollte, wenn man insbesondere daran dachte, Sr. Majestät wirklich eine Bitte vorzutragen, war es unerlässlich, Klarheit darüber herzustellen, ob erwartet werde, dass Se. Majestät sofort den Reichsrath des Februarpatentes einberufe, d. h. auch den ungarischen Landtag und eben so den siebenbürgischen und den kroatischen verhalte, dazu ihre Abgeordneten zu entsenden nach den Vorschriften des Februarpatentes und folglich erkläre, dass alle Rescripte, die nach Ungarn seit dem 20. Sept. ergangen sind, cassirt seien, oder ob man der Meinung ist, dass das nicht der rechte Weg sei, und Se. Majestät jene andere neu erdachte Institution einzuführen gebeten werden solle. Uns jedenfalls, wenn wir unsere Meinung aussprechen wollen über das Petitum der Minorität, bleibt nichts anderes übrig, als den Mantel bei Seite zu werfen und die beiden Gestalten hervor zu rufen, die sich hinter ihm verstecken. Was nun die erste Gestalt anbelangt, so ist unsere Meinung die, dass eine solche Einberufung des wirklichen Februarpatents-Reichsrathes unmöglich ist, ohne die Ausgleichsverhandlung mit Ungarn abzuberechnen. Ein geehrtes Mitglied des h. Hauses hat gesagt: schon vor dem Wechsel des Ministeriums sei die Einberufung des ungarischen Reichstages eine beschlossene Sache gewesen, also unter der Herrschaft der Februarpatente. Mag sein. Ich habe gar keinen Zweifel in die Worte jenes geehrten Redners und er weiss darüber mehr, als ich weiss und wissen kann. Allein nicht das wäre das Interessante zu wissen, ob es Beschluss war, den ungarischen Landtag einzuberufen, sondern das wäre interessant zu wissen, wie man das hat machen wollen; ob man damals geglaubt hat, man könne den ungarischen Landtag einberufen auf Grundlage des Februarpatentes, beziehungsweise mit der Aufforderung auf Grundlage dieses Patentes den Reichsrath zu beschicken, und ob man glaubte, dass man mit einer solchen Aufforderung eine Ausgleichsverhandlung mit dem ungarischen Landtage möglich gemacht hätte, oder ob man etwa schon zu

jener Zeit den Standpunkt hat wechseln und etwa erklären wollen: wir betrachten nunmehr den Reichrath, der auf Grundlage des Februarpatentes als Gesamtreichsrath einberufen worden ist, nicht mehr als Gesamtreichsrath, wir betrachten ihn nur als das, was man jetzt mit dem neu erfundenen Worte des cisleithanischen Reichsrathes bezeichnet, und nun wollen wir mit diesem Reichsrathe und mit dem ungarischen Reichstage verhandeln. Ich sage, es wäre sehr interessant zu wissen, welcher dieser beiden Wege damals von den Schöpfern des Februarpatentes in Aussicht genommen wurde; denn, wenn es der letztere ist, so kann ich nichts weiter sagen, als: der verfassungsmässige wäre das offenbar nicht gewesen. Wir haben allerdings damals gar mancherlei erlebt, was offenbar nach dem Wortlaute jener Patente nicht verfassungsmässig war; es war eine Zeit, in der man Politik damit getrieben hat, die Bevölkerung irre zu machen über das, was die eigentliche Bedeutung der Gesetze ist.

Unter allen Umständen kann ich nur im hohen Grade bedauern, dass dieses neu erfundene Wort vom „verfassungsmässigen Reichsrathe der cisleithanischen Länder,“ auch von dem scharfsinnigen und rechtsverständigen Berichterstatter der Minorität gebraucht worden ist, wenigstens, dass er seine Worte in einer solchen Weise gefügt hat, dass man glauben muss, er habe diese Worte gebrauchen wollen, denn, ich muss offen erklären, das ist ein Ausdruck, der nicht erfunden worden ist, um einen klaren Gedanken zu bezeichnen, sondern um die Gedanken zu verwirren; und wenn man über Rechtsfragen discutiren will, sich aber absichtlich hinaussetzt über die Forderung strenger Begriffe und genauer Bezeichnung dessen, wovon man sprechen will, dann hört allerdings jede Möglichkeit einer ernstlichen Discussion auf. Wenn also mit dem Minoritätsvotum gemeint ist, es solle Se. Majestät gebeten werden, auf Grundlage des Februarpatentes die Institution wieder einzuberufen, die in diesem Patente bezeichnet war, sie einzuberufen für das ganze Reich, zu beschicken vom ganzen Reiche, dann sind wir der Meinung, dass diese Massregel erstens jeden Ausgleich mit Ungarn unmöglich machen würde, zweitens aber nicht durchführbar wäre. Jedenfalls aber wollen diejenigen Herren, welche diesen Gedanken eigentlich verfolgen — und aus der Art, wie die Debatte von der linken Seite geführt worden ist, hat es geschienen, als ob eine bedeutende Anzahl von Rednern auf diesem Standpunkte stehe, auf dem Standpunkte der Aufrechthaltung

des Februarpatentes und dessen, was man unter dem gewöhnlichen Schlagworte „Centralismus“ versteht — sich klar machen, dass sie ein wesentlicher Unterschied scheide von Andern, die gleichmässig mit ihnen gestimmt haben. Diejenigen aber, welche dem Beispiele von Männern in anderen Ländern, die früher ihre Gefährten waren, folgend, den Gedanken an die Durchführung einer solchen Massregel aufgegeben haben, und welche sich dem neuen Gedanken vom cisleithanischen Reichsrathe zuwenden, denen möchte ich sagen — auch dann, wenn sie erklären, dass sie es „mit blutendem Herzen“ thun, — dass sie jedenfalls darauf verzichten müssen, uns anzuklagen, als ob wir die Einheit des Reiches beeinträchtigen wollten. Das, was wir wollen, ist gerade zu verhüten, dass durch die Zweistellung von Parlamenten in Oesterreich die Einheit des Reiches zu Grunde gerichtet werde. Wenn sie diese acceptiren, können sie unmöglich sagen, dass die Anforderungen, die wir zur Wahrung der Rechte Böhmens stellen, die Einheit des Reiches beeinträchtigen. Was diesen zweiten Gedanken anbelangt, nämlich das Institut eines sogenannten cisleithanischen Reichsraths, so muss unter allen Umständen so viel zugegeben werden, dass, wie ein Redner in der Debatte bereits bemerkt hat, diese Institution ein völliges novum wäre. Es ist unmöglich, irgend einen Staatsact, irgend einen Vertrag, irgend ein kaiserliches Document, ja auch nur einen Ausspruch irgend einer Regierung in Oesterreich zu finden, der als Grundlage für die rechtliche Existenz einer solchen Versammlung betrachtet werden könnte; einer Versammlung nur für diese Länder, aber mit den vollen Rechten, welche nach den constitutionellen Theorien einem Parlamente eingeräumt werden. Man muss also jedenfalls zugeben: eine rechtliche Verpflichtung irgend eines Landes in Oesterreich, dem Rufe in eine solche Versammlung zu folgen, existirt nicht. Ich bin mir nun wohl bewusst, dass in einer solchen Angelegenheit, in politischen Angelegenheiten überhaupt, zumal in Momenten von Gefahr, wie wir sie ja für Oesterreich eben so gut, wie die Vertreter der Minorität gegenwärtig anerkennen, die Frage allein nicht entscheidend sein soll, ob man zu politischen Schritten rechtlich verpflichtet sei; ich bin mir bewusst, dass zumal in der heutigen Lage neben der rechtlichen Verpflichtung noch moralische Verpflichtungen für die Königreiche und Länder bestehen; auch wir sind bereit, Opfer zu bringen, wo das Wohl und die Rettung Oesterreichs es erfordert, und in

unserer Adresse ist deutlich zu erkennen, dass diese Gesinnung in uns lebt; aber Opfer müssen es sein, die der Einheit des Reiches, die der Macht der Gesammtheit, dienen. Opfer für die Theilung des Reiches möge man wenigstens denjenigen nicht zumuthen, die einmal von der Verderblichkeit eines solchen Schrittes ihre eigene Ueberzeugung haben. Die Rechte seines Landes zu opfern, wenn man überzeugt ist, mag man Recht oder Unrecht haben, dass dem Allgemeinen, dem Reiche damit nicht gedient sei — das wäre gewissenlos.

Man hält uns ferner vor, auch in der heurigen Adresse die Grundlagen des Octoberdiploms wieder angerufen zu haben; wir haben Rechenschaft davon zu geben, was wir darunter verstehen. Meine Ueberzeugung ist es, dass die Grundlagen des Octoberdiploms die einzigen sind, auf denen das Ziel erreicht werden kann, nach dem Oesterreich seit Jahren strebt: die staatsrechtliche Einigung der sämmtlichen Königreiche und Länder Oesterreichs und zugleich der freiheitliche Fortschritt im politischen Leben; deshalb haben wir in der Adresse gesagt, „dieses Ziel ist dasselbe, und wir halten es für unwandelbar;“ wir betrachten dieses Ziel heute für unwandelbar, wie wir es vor einem Jahre betrachtet haben. Wenn uns nun eingewendet wird, wir nehmen nicht Rücksicht auf den Wechsel der Zeiten, wir nehmen nicht Rücksicht darauf, dass die Prophezeiung, die man im vorigen Jahre gemacht hat, „durch die freie Bahn werden auch die Grundlagen des Octoberdiploms erschüttert werden“ in Erfüllung gegangen sei, so habe ich darauf nur Eines zu antworten. Unsere Aufgabe ist es nicht, zu discutiren über das, was vor einem Jahre hätte geschehen können; nicht theoretische Ziele sind es, die wir hier verfolgen. Wir hatten vor einem Jahre die Frage zu lösen: Was ist die Stellung des böhm. Landtages nach dem Manifeste vom 20. Sept. 1865? Heute haben wir die Frage zu lösen: Was ist die Stellung, die der böhm. Landtag heute einzunehmen hat?

Mag sein, ich werde mich in eine Discussion dieser Frage nicht einlassen, mag sein, dass mein Herr Vorredner eine Befriedigung darin findet, dass die Verhandlungen mit dem ungarischen Landtage nicht einen solchen Erfolg gehabt haben, wie ihn viele Herzen in Oesterreich gewünscht haben, dass er der Meinung ist, durch die Verhandlungen seien heute bereits die Grundlagen des Octoberdiploms beseitigt. Was hat das zu thun mit der Stellung, die wir in der gegenwärtigen Verhand-

lung einzunehmen haben? Das Ziel bleibt dasselbe. Mir schwebt das Ziel des Octoberdiploms auch heute noch unverrückt vor, und ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die Grundlagen desselben werden gerettet werden. Wie der Apfel am Baume reifen muss, wenn den Jahreszeiten vergönnt wird, ihre wohlthätigen Wirkungen auf ihn auszuüben, so trage ich die Ueberzeugung im Herzen, dass der grosse Gedanke des Octoberdiploms in Oesterreich seinerzeit durchgeführt werden wird, wenn nur nichts geschieht, was den natürlichen Gang der Entwicklung der Dinge hindert. Wenn man aber inzwischen in neue Gestaltungen eingeht, die diesen Entwicklungsgang abschneiden, dann freilich ist die Hoffnung aufgegeben und das ist es, wohin der Gedanke „der Zweitheilung von Oesterreich“ führt. Wer überhaupt in Oesterreich von zwei Reichshälften spricht, der hat die Geschichte von Oesterreich ignorirt und verfälscht. Oesterreich ist entstanden aus einer Reihe von selbstständigen Staaten, die allerdings zuerst nichts gemein hatten als den gemeinsamen Landesherrn. Wir haben aber Jahrhunderte in dieser Verbindung zugebracht und die Natur der Dinge hat dazu gedrängt, und drängt dazu immer mehr, dass diese früher selbstständigen Theile sich immer enger staatsrechtlich verbinden zu einem gemeinsamen Staate, den sie factisch schon bilden. Es liegt in diesem geschichtlichen Gange der Dinge ihre organische nothwendige Entwicklung, und so lange die Pluralität der Bestandtheile Oesterreichs anerkannt wird, werden eben diese Bestandtheile zusammendrängen und eine Einigung immer mehr verlangen. Wenn man aber diesen Organismus zerreisst, wenn man zwei Reichshälften nebeneinander stellen will, die keine geschichtliche Basis haben, dann ist es zum Mindesten sehr die Frage, ob derselbe Drang nach staatsrechtlicher Einigung zwischen diesen zwei Hälften fortbestehen werde; mehr will ich nicht sagen, höchstens das eine will ich noch beifügen: die Gefahr, dass es nicht so werden könnte, ist eben durch die Ereignisse des heurigen Jahres noch grösser geworden.

Man wendet aber ein, zu einer Entwicklung, wie sie uns vorschwebt, sei keine Zeit mehr. Einer der Herren Redner hat geradezu die Frage an uns gerichtet, ob wir den Muth haben, auch jetzt in der zwölften Stunde noch diesen schwierigen und langwierigen Weg der freien Bahn zu empfehlen. Ich habe dafür keine Antwort, als die einfache Bejahung. Wer der Ueberzeugung ist, dass kein anderer Weg zum Ziele führen kann, der

muss auf ihm beharren, und das ist der verderblichste Pessimismus, wenn man sich der Furcht hingibt, Oesterreich habe keine Zeit mehr, um den Weg zu gehen, den es gehen muss, um sein Heil zu finden. Nicht in der Bevölkerung steckt dieser Pessimismus; Niemand wird mir den Glauben beibringen, dass die grosse Masse der Bevölkerung meint, Oesterreich könne nicht fortbestehen, weil die Schwierigkeiten des Ausgleiches noch leider nicht in aller kürzester Frist beseitigt werden können; noch viel weniger glaubt die Bevölkerung, dass Oesterreich zu Grunde gehen muss, wenn nicht gerade das Mittel angewendet wird, das die Minorität vor Augen hat. Oesterreich ist in Gefahr; wir haben es uns ebenso wenig verschwiegen, als die Minorität. Die praktische Frage ist für uns aber nur die: Was ist zu thun, was namentlich haben wir zu thun, um, so viel an uns ist, die Gefahren zu überwinden. Die Gefahren können nur überwunden werden durch zwei Momente: Durch die einheitliche Macht und einheitliche Regierungsgewalt Oesterreichs, und durch die übereinstimmende Ueberzeugung der Bevölkerung Oesterreichs, dass es eine Zukunft habe und dass an der Pflicht jedes Einzelnen für Oesterreich einzustehen, nichts geändert ist. Das sind die beiden Punkte, auf deren Erhaltung heute das grösste Gewicht zu legen ist, und darum legen wir eine warnende Stimme ein, und, gestützt auf das Recht des Landes, auf die von Sr. Majestät in neuester Zeit unzweifelhaft zuerkannten Rechte des Landes, eine Verwahrung, um vorzubeugen, dass nicht Schritte geschehen, welche in ihrer Entwicklung auch die einheitliche Regierungsgewalt und die zum Schutze des Reiches nothwendige Macht der Regierung zu spalten und zu untergraben drohen; und andererseits sprechen wir unsere Ueberzeugung aus und suchen dadurch auch in der Bevölkerung die zuversichtliche Hoffnung zu stärken, dass auf der freien Bahn das Wohl und die Einigung Oesterreichs erreichbar bleibt.

Die Majorität hat ihren Antrag auf eine Adresse in der aufrichtigen Absicht, mit dem aufrichtigen Wunsche gestellt, dass diese Adresse beschlossen und Sr. Majestät überreicht werde. Was ist es, was uns dazu bewogen hat?

Wir alle, mit sehr wenigen Ausnahmen, sind aufgewachsen in einer langen Periode europäischen Friedens. Gar manche Sorgen über vaterländische Angelegenheiten haben unsere Herzen bewegt, je nach der Verschiedenheit des Standes und der Stellung und persönlicher Ansichten; aber eine Sorge, die Sorge

der Zerreißung Oesterreichs, die Sorge nämlich, dass Theile Oesterreichs, und dass der Theil, dem wir zunächst angehören, von Oesterreich losgerissen werden könnte, diese Sorge haben wir nicht gekannt, — sie ist zum erstenmale in uns wach geworden in diesem traurigen Jahre 1866. Wir haben eine fremde Fahne auf der Burg unserer Könige und Kaiser flattern gesehen, wir haben Böhmen occupirt gesehen durch fremde Gewalt und, was noch nie geschehen war, der Feind ist nicht vertrieben worden durch die Waffen, sondern nur abgezogen in Folge eines traurigen Friedensschlusses. Das ist nach unserer Auffassung das grosse Ereigniss, das zwischen der letzten Session und der heurigen liegt. Im Zusammenhange mit diesem Ereignisse hat Se. Majestät eine gnädige Anerkennung der Haltung des Landes ausgesprochen, das Land selbst besucht, dem Lande Wohlthaten erwiesen und weitere Wohlthaten in Beziehung auf die Kriegsentschädigung in Aussicht gestellt. Wir haben uns verpflichtet gefühlt, in einer Adresse Sr. Majestät den Dank dafür auszusprechen und wie es Söhnen, wenn sie nach einem schweren Familienunglück in das Vaterhaus zurückkehren, nicht möglich ist, vor den Vater zu treten, ohne auch von dem Unglück zu sprechen, ohne dem Vater zu sagen, welche Gesinnungen, welches Bestreben es in ihrer Brust geweckt hat, so haben wir gemeint, dass auch der böhmische Landtag nach dem Unglücke dieses Jahres nicht vor Se. Majestät treten kann, ohne die Ueberzeugung und Gesinnung auszusprechen, die in Folge dieses Ereignisses er im Herzen trägt. Wir haben vor einem Jahre Sr. Majestät eine Adresse erstattet und in der Adresse zugesagt, dass wir auf der Bahn, die Se. Majestät mit dem Diplome vom 20. September betreten hat, Seiner Regierung bereitwillig Beistand zu leisten entschlossen sind. Bei Entgegennahme dieser Adresse aus den Händen des Herrn Oberstlandmarschalls haben Se. Majestät geäußert und es ist dem Landtage verkündet worden, dass Se. Majestät die frohe Zuversicht hege: Seine Regierung werde auf der betretenen und mit Festigkeit zu verfolgenden Bahn eine kräftige Stütze in der Vertretung Seines Königreichs Böhmen finden. Sollen wir nun nach dem Unglück, das das Land und Reich getroffen hat, die Unterstützung, die wir im vorigen Jahre Sr. Majestät zugesagt haben, und die Se. Majestät mit froher Zuversicht erfüllte, versagen? Wir wissen, dass das eine Unmöglichkeit ist; wir wissen, dass der böhmische Landtag unter solchen Verhältnissen nichts anderes kann, als

bei diesem neuen Anlasse abermals seine Unterstützung auf dieser Bahn zuzusagen. Das haben wir in der Adresse vorgeschlagen, haben aber dabei allerdings nicht darauf vergessen können, dass dieser Landtag unter den gegebenen Verhältnissen der Wächter der Rechte des Landes ist und dass, wenn wir jene Zusicherung geben, wir auch der Allerhöchsten Zusicherung, welche die Rechte des Landes zu wahren verspricht, gedenken müssen, gedenken des kaiserlichen Wortes, dass die Verhandlungen, welche über den Ausgleich, über die verfassungsmässige Gestaltung Oesterreichs im Zuge sind, nicht abgeschlossen werden sollen, ohne dass die gleichgewichtige Stimme des Landtages darüber einvernommen werde. Wir haben es für eine Pflicht des Landtages gehalten, namentlich in diesem Augenblicke an dieses Wort ehrfurchtsvoll zu erinnern, da allerdings bekannt ist, dass von Bestrebungen die Rede geht, welche die Rechte des Landes beeinträchtigen könnten. Mehr haben wir in der Adresse nicht zu sagen für angemessen gehalten, vielmehr offen ausgesprochen: Wir haben Wünsche, von denen wollen wir aber jetzt nicht reden, nur einen Wunsch und eine Hoffnung sprechen wir aus, dass alle Völker sich vereinen mögen zur gedeihlichen Entwicklung unserer Zustände.

Die Minorität hat die Sache wesentlich anders aufgefasst. Sie scheint nicht in den Drangsalen des Krieges das grösste und wichtigste Ereigniss, dass wir erlebt haben, zu sehen. Ihr Adressentwurf macht, auf mich wenigstens, den Eindruck, als ob sie den Krieg nur als eine Episode betrachte, welche abgelaufen ist, und worüber nicht mehr zu reden sei. Sie glaubt vielmehr die Ereignisse zum Anlasse nehmen zu sollen, um Sr. Majestät Beschwerden vorzutragen, welche sie auch vor dem Kriege schon gehabt hat; es sind dieselben Beschwerden, dieselben Ansichten, die wir eben auch vor einem Jahre gehört haben. Um dazu zu gelangen, hat sie eine Kritik der Zustände und der vermeintlichen Erfolge dessen, was sie die Sistirungspolitik und was wir die Ausgleichspolitik nennen, beigefügt. Eine Kritik solcher Art wird im grösseren Umfange von der öffentlichen Publicistik geliefert, und oft genug geschieht es, dass da die Worte nicht genau abgewogen werden, und manches gesagt wird, was übertrieben und nicht ganz richtig ist. Es ist das bedauerlich genug, indessen zu entschuldigen durch die eigenthümlichen Verhältnisse, unter denen die Publicistik getrieben werden muss. In einer Adresse aber, die der Landtag an Se. Majestät richtet,

muss doch wohl jedes Wort auf die Goldwage gelegt werden und ich glaube, dass selbst die Verfasser der Minoritätsadresse, wenn sie ernstlich geglaubt hätten oder glauben würden, diese Adresse an Se. Majestät gelangen lassen zu können, manches Wort vielleicht doch noch geändert hätten, eben auch in der Ueberzeugung, dass es genau so in der Wahrheit denn doch nicht gegründet sei. Indessen, der Minorität war es ja darum nicht zu thun; die Minorität hat zwar zuerst den Antrag auf eine Adresse eingebracht, allein es ist ihr nicht eigentlich darum zu thun, dass wirklich eine Adresse beschlossen werde. Ich glaube, sie ist im Vorhinein überzeugt gewesen, dass eine Adresse in der von ihr vorgeschlagenen Richtung nicht vom böhmischen Landtage beschlossen werden würde; an der Adressdebatte war ihr gelegen.

Die Minorität steht in innerem geistigen Zusammenhange mit einer Partei in Oesterreich, die ihren Schwerpunkt ausserhalb des Königreiches findet. Es handelt sich darum zu beweisen, dass diese Richtung auch in Böhmen ihre Vertretung habe, dass ihre Vorposten auch in Böhmen stehen. Ich sage das nicht, um einen Vorwurf auf die Minorität zu wälzen. Ich sage mehr; ich finde es natürlich, in der Entwicklung der politischen Parteiverhältnisse gelegen. Das politische Leben kann nicht bestehen ohne Parteien, und wer politische Freiheit will, der muss die Entwicklung des Parteilebens in den Kauf nehmen. Es liegt in der Natur der Parteien, Unterstützung zu suchen und anzunehmen, wo sie zu finden ist; es liegt in dem Interesse und der Tendenz von Parteien, auch da, wo sie nicht durchdringen können, ihre Meinung wenigstens geltend zu machen. Ich wiederhole, ich mache daraus Niemandem einen Vorwurf.

Oesterreich befindet sich einmal in einer schwierigen und grossartigen Krisis, in einer Krisis, welche den Zweck hat, der staatsrechtlichen Einigung seiner sämtlichen Königreiche und Länder einen klaren Ausdruck zu geben, sie inniger zu machen, und zu gleicher Zeit den Anforderungen einer repräsentativen Verfassung zu entsprechen. Andere Länder haben ähnliche Prozesse durchgemacht, sie haben sie aber dadurch durchgemacht, dass theils durch Revolution von Unten, theils durch Despotismus von Oben, das Ungleiche gleich gemacht und die Eigenthümlichkeiten der verschiedenen Theile vernichtet worden sind. Oesterreich will diesen Weg nicht gehen und kann ihn nicht gehen. Die Eigenthümlichkeiten in Oesterreich sind durch seine

geographischen Verhältnisse zu fest in das Land eingedrungen, dass sie verwischt werden könnten; und sie wurzeln zu tief in den Gemüthern, als dass sie ausgerissen werden könnten. Oesterreich kann zur Einigung nur gelangen im Wege der Versöhnung der Mannigfaltigkeiten. Die Eigenthümlichkeiten, die scharf ausgeprägten Eigenthümlichkeiten in Oesterreich müssen auch in Bezug auf die Frage, wie die verfassungsmässige Einigung in staatsrechtlicher Beziehung zu gestalten ist, verschiedene Meinungen begründen und hervorbringen. Es ist das eine Sache, die in der Natur der Dinge liegt und nichts Anderes sein kann. Die Schwierigkeiten also der Lösung des Problems, das seit mehr als einem Jahrzehent Oesterreich beschäftigt, liegen im Zustande der öffentlichen Meinung und zwar in einem nothwendigen Zustande der öffentlichen Meinung. Solche Uebel auszurotten hat die Regierung sehr wenig Mittel, und wenn sie gewaltsame Mittel zu dem Ende anwenden will, so kann es allenfalls gelingen, auf kurze Zeit die widerstrebenden Ansichten zu unterdrücken und zu hemmen: aber die Uebel, die in späterer Zukunft daraus hervorgehen müssen, sind weit überwiegend über die Vortheile einer solchen vorübergehenden Einigung. Die Erfahrung hat uns das gelehrt in den Zeiten der Herrschaft des Februarsystems; und wahrlich Oesterreich wäre zu bedauern, wenn die Lehre dieser Erfahrung es nicht weise genug gemacht hätte, um wenigstens denselben Missgriff nicht noch ein zweitesmal zu begehen. Es gibt keine Hilfe, es gibt kein Mittel, diese Schwierigkeiten zu beseitigen, als das Mittel gegenseitiger Verständigung. Die Verständigung setzt aber vor Allem voraus, dass diejenigen, die sich verständigen wollen, gegenseitige Achtung vor ihren Meinungen haben. Die Anerkennung der Berechtigung der Meinungsverschiedenheiten ist der erste Schritt, welcher eine Verständigung möglich macht.

Prüfen wir gegenseitig die Verschiedenheiten unserer Meinungen, zumal der Meinungen darüber, wie das Problem der Gestaltung der Verfassung in Oesterreich zu lösen sei; und eine unparteiische und billige Prüfung wird einem Jeden zeigen, dass in der Meinung des Gegners ein Punkt liegt, der nicht bloss in subjectiven Motiven, sondern in realen Bedürfnissen seinen Ursprung hat. Diesen Punkt aufzufinden und dann wohlwollend und aufrichtig zu berathen, wie dem Bedürfnisse entsprochen werden kann, ohne Andere zu verletzen, das ist der einzige Weg der Heilung, das ist der einzige Weg, auf dem Ver-

söhnung und Friede und ein erfolgreicher Ausgleich in Oesterreich erzielt werden kann. Die Minorität hat zum Theil, aber wie ich mir erlaubt habe zu bemerken, in sehr unklarer Weise, einen Wunsch, den sie in dieser Beziehung hat, formulirt, und sie hat den Antrag gestellt, dass der Landtag Sr. Majestät die Bitte vortrage, diesen Wunsch sofort in Erfüllung zu bringen. Wir haben in dieser Beziehung auch Wünsche, wir haben es aber nicht angemessen gefunden, sie in der Adresse auszusprechen. Wir haben nicht an Se. Majestät die Bitte stellen wollen, dass nach unseren Ansichten die Verfassungsfrage gelöst werde, dass das Ziel angestrebt werde, das uns das wünschenswerthe scheint. Wir waren vielmehr der Meinung, es solle eben gar keine solche Bitte an Se. Majestät gerichtet, sondern es solle der Zeitpunkt abgewartet werden, in dem Se. Majestät nach dem gegebenen Worte nicht blos uns, sondern alle Königreiche und Länder über ihre Meinungen in dieser Angelegenheit befragen wird; alle Stimmen sollen dann geprüft werden, und nach dieser Prüfung soll erst die allerh. Entscheidung erfolgen. Ich meine, wir stehen in dieser Beziehung auf dem Boden der Freiheit, die Minorität steht auf dem Boden — ein Redner des heutigen Tages hat gesagt, sie strebe eine Octroyirung an, ich will mindestens so viel sagen, — sie stehe auf dem Boden, für ihre Ansichten die Pression der Staatsgewalt zu verlangen, eine Pression, die, wenn sie einmal geübt wird, in ihrer weitem Entwicklung eventuell zur Gewalt führen muss. Wir glauben nicht, dass auf diesem Wege der Friede, die Eintracht und Macht Oesterreichs begründet werden könne.

Wir sind der Ueberzeugung, dass allerdings eine Volksvertretung an der Seite der Regierung eine kostbare Sache sein kann, dass sie allerdings der Regierung unter gewissen Umständen Kraft verleihen kann und grosses Ansehen im In- und Auslande, aber nur eine Volksvertretung, die in allen Theilen des Reiches eine anerkannte, berechtigte Existenz hat, und die eben deshalb die Kräfte des Volkes vereint und dem Vaterlande dienstbar macht, und nicht die Kräfte des Vaterlandes zerspaltet und zerklüftet. In diesem Sinne sind wir auch im heurigen Jahre für die freie Bahn, in dem Sinne, dass diese freie Bahn allein dazu führen kann, eine Verständigung und Versöhnung unter allen Theilen und Parteien des Reiches zu bewirken; und in diesem Sinne haben wir uns berechtigt geglaubt, selbst diejenigen um ihre Zustimmung anzugehen, von welchen wir wissen,

dass sie hinsichtlich der Art, wie einst die Constituirung der Reichsverfassung beschaffen sein soll, von unserer Meinung abweichen. Denn eben darüber haben wir keine Meinung ausgesprochen. Jetzt handelt es sich unseres Erachtens nur um die Methode, wie zu einer Lösung des Problems gelangt werden kann. Die verschiedenen Ansichten, die in der Sache bestehen, werden seiner Zeit zur Sprache kommen. Sie können aber in befriedigender Weise zur Sprache kommen, eben nur auf der Bahn, die Se. Maj. betreten hat. Allerdings sind wir dabei der Ueberzeugung, dass unter den legalen Vertretern die Landtage zu verstehen seien; wir sind es nicht blos deshalb, weil im v. J. der Vertreter der Regierung im Auftrage und in Vollmacht derselben diese Ansicht hier ausgesprochen hat, sondern weil sie auch aus dem Geiste des Octoberdiplomes hervorgeht und selbst in den aus dem Octoberdiplome in die Februarpatente übergegangenen Bestimmungen begründet ist. Ich freue mich, dass der letzte Redner in dieser Beziehung mit uns übereinstimmt. Er hat uns den Vorwurf gemacht, dass der Majoritätsentwurf nicht klar sei in der Stelle, welche davon spricht, „dass insbesondere die Länder der böhmischen Krone ohne die Zustimmung ihrer legalen Vertreter keinem neuen staatsrechtlichen Gebilde eingefügt werden können.“ Wir haben bei der Verfassung der Adresse dabei eben an nichts weiter gedacht, als an die Landtage dieser Länder, wenigstens ich habe mir nichts weiter dabei gedacht und in der Commission ist weiter nichts darüber gesprochen worden. Jedenfalls glaube ich sagen zu können, dass es nicht Aufgabe der Adresse ist, darüber sich näher auszusprechen. Wir haben nichts weiter gethan, als das Wort betont, das Se. Maj. gesprochen hat: Die Anhörung der legalen Vertreter; wir haben nur gemeint, der Landtag des Königreiches Böhmen habe allerdings das Recht, auch darauf aufmerksam zu machen, dass die Länder der Krone Böhmens in einem eigenthümlichen staatsrechtlichen Verbande stehen, weil das ein Umstand ist, der speciell für diese Länder gilt, und etwas Aehnliches auf die anderen Königreiche und Länder in Oesterreich keine Anwendung findet. Sehr erwünscht war mir aber, dass der Herr Vorredner ausdrücklich geäußert hat, das sei unnöthig zu sagen, „denn dass die Landtage werden gehört werden, das sei ohnehin eine ausgemachte Sache.“ Ich freue mich, dass von dieser Seite constatirt worden ist, dass die Landtage als die legalen Vertreter über die Frage des Ausgleiches einzuvernehmen sind.

Ich glaube hiemit erschöpft zu haben, was ich in diesem Augenblicke über die Adresse vorzubringen habe, und behalte mir vor, wenn es nothwendig sein sollte, in der Specialdebatte noch auf die Angriffe zurückzukommen, welche gegen einzelne Punkte gemacht worden sind oder noch gemacht werden sollten.

Die verschiedenen Ansichten, die in der Sache bestehen, werden seiner Zeit zur Sprache kommen. Sie können aber in beifolgender Weise zur Sprache kommen, eben nur auf der Bahn, die der Maj. betreten hat. Allerdings sind wir dabei der Uebersetzung, dass unter dem letzten Vertreter die Landtage zu verstehen seien; wir sind es nicht bloß deshalb, weil im U. der Vertreter der Regierung im Auftrag sind in Vollmacht. Dasselbe diese Ansicht hier ausgesprochen hat, sondern weil sie auch aus dem Geiste des Oberbundes hervorgeht und selbst in dem dem Oberbunde in die Verfassung übergegangenen Bestimmungen begründet ist. Ich frage mich, dass der letzte Redner in dieser Beziehung mit uns übereinstimmt. Ist ihm aus dem Vorwurf gemacht, dass der Majoritätsentwurf nicht klar sei in der Stelle, welche davon spricht, dass insbesondere die Länder der böhmischen Krone ohne die Zustimmung ihrer legitimen Vertreter keinen neuen staatlichen Gebilde eingeleitet werden können? Wir haben bei der Verfassung der Adresse dabei eben an nichts weiter gedacht, als an die Landtage dieser Länder, wenigstens ich habe mit nichts weiter dabei gedacht und in der Commission ist weiter nichts darüber gesprochen worden. Dementselbe glaube ich sagen zu können, dass es nicht Aufgabe der Adresse ist, darüber sich näher auszusprechen. Wir haben nichts weiter gesagt, als das Wort betont, das der Maj. gesprochen hat: Die Anhörung der legitimen Vertreter; wir haben nur gemeint, der Landtag des Königreiches Böhmen habe allerdings das Recht, auch darauf einwirken zu können, dass die Länder der Krone Böhmen in einem eigenständigen staatlichen Verbande stehen, weil das ein Umstand ist, der sich für diese Länder gilt, und etwas Ähnliches auf die anderen Königreiche und Länder in Österreich keine Anwendung findet. Sehr erwünscht war mir aber, dass der Herr Vertreter ausdrücklich gesagt hat, dass sei notwendig zu sagen, „denn dass die Landtage werden gehört werden, das sei ohne eine andere gemachte Sache.“ Ich frage mich, dass von dieser Seite bestätigt worden ist, dass die Landtage als die legitimen Vertreter über die Frage des Angehies einzutreten sind.

III.

Sitzung vom 25. Februar 1867.

Der Landtag, dessen sechsjährige Periode sich dem Ende zuneigte, war aufgelöst und neue Wahlen waren ausgeschrieben worden. Mit kaiserlichem Patente vom 2. Januar 1867 (siehe Anhang Nr. 4) wurde ein ausserordentlicher Reichsrath einberufen. Während der Wahlen für den Landtag wurde der Staatsminister Graf Belcredi seines Amtes enthoben und der Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Präsident des Ministerathes Freiherr von Beust auch mit der Leitung des Staatsministeriums provisorisch betraut.

Der neue Landtag wurde am 18. Februar von dem Oberstlandmarschall Grafen Albert Nostitz eröffnet, und es wurde ihm ein Ministerialrescript (siehe Anhang Nr. 5) mitgetheilt, welches die Aufforderung enthielt, statt des ausserordentlichen den „verfassungsmässigen“ Reichsrath zu beschicken. Ueber Antrag des Grafen Clam-Martinitz wurde eine Commission von 15 Mitgliedern gewählt und beauftragt, über die Erledigung dieses Gegenstandes Bericht zu erstatten.

Die Commission stellte den Antrag, die von ihr entworfene a. u. Adresse und zugleich die Bitte an Se. Majestät zu richten, dass die Landtagssession nicht geschlossen werden möge, bevor die a. h. Erledigung dieser Adresse an den Landtag gelangt sein werde. Eine Minorität von fünf Gliedern hingegen stellte den Antrag: auf Grund des §. 16 der Landesordnung die Wahl der Mitglieder für das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes vorzunehmen. Die Verhandlung hierüber fand am 25. Februar statt und dauerte bis halb elf Uhr Nachts. Die Adresse wurde in mündlicher Abstimmung mit 156 gegen 76 Stimmen beschlossen und unverändert angenommen.

Allerunterthänigste Adresse vom 7. December 1866.

Allerdurchlauchtigster Kaiser und König!

Allergnädigster Herr!

Mit dem Allerhöchsten Patente vom 2. Januar l. J. haben Eure Majestät den Landtag des Königreiches Böhmen einzuberufen und ihn aufzufordern geruht, Abgeordnete zu einer ausserordentlichen Reichsrathsversammlung zu entsenden.

Bei seinem Zusammentritte jedoch wurde dem treuehormsamsten Landtage, welcher sich von altersher des unschätzbaren Rechtes erfreut, in unmittelbarem Verkehre zu Böhmens alledurchlauchtigstem Könige zu stehen, nicht durch ein Allerhöchstes Wort, sondern durch eine Mittheilung der Regierung Eurer Majestät zur Kenntniss gebracht, dass nicht nur jenes Allerhöchste Patent, auf Grundlage dessen er versammelt ist, beseitiget, sondern dass auch das Allerhöchste Manifest vom 20. September 1865, welches der Landtag in seinen wiederholten allerunterthänigsten Adressen als die Eröffnung der Bahn freier Verständigung freudig begrüsst hatte, seiner Wesenheit nach aufgegeben sei.

Der treuehormsamste Landtag hält es für seine Pflicht, dem schmerzlichen Eindrücke, welchen diese Kundgebung hervorgebracht hat, Worte zu leihen, und in tiefster Ehrfurcht, aber offen und unverhohlen dem peinlichen Gefühle Ausdruck zu geben, welches in dem Königreiche Böhmen die Besorgniss hervorruft, die in jenen Manifesten enthaltene kostbare kaiserliche Zusicherung nun ganz und gar vereitelt zu sehen.

Diese Gefahr wird dadurch eine noch dringendere, dass an den treuehormsamsten Landtag die Aufforderung zur Vornahme von Wahlen in einen Reichsrath ergangen ist, welcher als „verfassungsmässig“ bezeichnet wird, obschon gleichzeitig selbst jenes Grundgesetz, auf welches allein diese Bezeichnung gestützt werden könnte, in seinen wesentlichsten Bestandtheilen thatsächlich beseitigt ist. Der nun berufene Reichsrath soll nicht mehr eine Vertretung des ganzen Reiches sein; er kann nicht mehr in der durch jenes Grundgesetz vorgezeichneten Zusammensetzung berufen werden; die durch dasselbe dem Reichsrathe zugewiesenen Functionen können von dieser Versammlung nicht geübt werden; es kann weder die Stellung der obersten Organe der Regierung zum Reichsrathe, noch können die Beziehungen der Königreiche und Länder zum Reiche,

noch auch kann ihr gegenseitiges Verhältniss jenem Grundgesetze entsprechend hergestellt werden.

Eure Majestät haben auszusprechen geruht, dass ein Grundgesetz, welches in einem Theile des Reiches Gegenstand der Berathung ist, nicht in anderen Theilen desselben Reiches als bindende Verfassungsnorm festgehalten werden kann; Allerhöchst Dieselben werden gewiss dem Ihre Zustimmung nicht versagen, dass noch viel weniger ein in einem Theile entschieden abgelehntes und auch von der Regierung aufgegebenes, somit in seiner Gänze unausführbares, überdies niemals zur vollen Geltung gelangtes Grundgesetz in seinen einzelnen Bruchstücken das Verfassungsrecht der übrigen Reichstheile bilden könne.

Der treuehorsaamste Landtag ist daher wohl berechtigt, die nun einberufene Versammlung doch nur als eine ausserordentliche ausserhalb des Rahmens des geltenden Verfassungsrechtes stehende aufzufassen.

Eine Versammlung aber, deren Wirksamkeit durch keine positive Rechtsnorm festgestellt und beschränkt, die aber dennoch berufen wäre, in die wichtigsten Verfassungsfragen mit beschliessender Stimme einzugreifen, eine solche Versammlung hätte keine andere Gränze ihrer Action, als ihren Willen oder ihre Macht. Weder die Rechte der Krone, noch die Bedingungen der Einheit und Machtstellung des Reiches, diese höchsten Palladien der Ordnung und Sicherheit nach innen und aussen, würden sich der unentbehrlichen Bürgschaften erfreuen, noch wären die in dem Allerhöchsten Diplome vom 20. October 1860 von Eurer Majestät allergnädigst feierlich anerkannten Rechte der Königreiche und Länder, wäre auch nur ihre staatsrechtliche Individualität gesichert, wenn alles Verfassungsrecht den nach der Mehrheit der Gesamtstimmen gefassten Beschlüssen einer solchen Versammlung unterworfen wäre.

Der treuehorsaamste Landtag würde seine heiligsten Pflichten gegen Thron und Reich, so wie gegen das Königreich, das er zu vertreten berufen ist, nicht erfüllen, wenn er es unterliesse, vor Eurer Majestät ehrfurchtsvoll auszusprechen, dass er in solchen Bahnen eine schwere Gefährdung der Rechte des Monarchen und der Lebensbedingungen des Reiches, so wie der wichtigsten Interessen und begründetsten Rechte des Landes erblickt. Er würde seinem klar erkannten und in wiederholten feierlichen Acten ausgesprochenen Berufe untreu werden, wenn er auf die bedeutungsvolle Allerhöchste Zusage

dass Euere Majestät die Stimme der legalen Vertreter des Königreiches in dem Werke des staatsrechtlichen Ausgleiches zu vernehmen und als gleichgewichtig zu erwägen geruhen wollen, verzichten würde, auch insoweit es sich um die Rückwirkung des Ausgleiches mit dem Königreiche Ungarn auf die Verhältnisse des Gesamtreiches und auf die Rechte der übrigen Königreiche und Länder handelt. Er würde endlich kein treuer Dollmetsch der Gefühle und Rechtsanschauungen des Volkes sein, wenn er es nicht ausspräche, dass das Königreich Böhmen, welches seinen Stolz darein setzt, ein vollberechtigtes, unabtrennbares Glied der österreichischen Monarchie, des ganzen Oesterreichs zu sein, sich dagegen verwahrt, seine Existenz aufgehen zu lassen in einer „westlichen Reichshälfte“, einem Staatsgebilde, das jeder staatsrechtlichen Grundlage ermangelt, und dessen Gestaltung mit dem unbestreitbaren rechtlichen und thatsächlichen Bestande der Krone Böhmens, mit der rechtlichen Bedeutung der Jahrhunderte hinauf und bis in unsere Zeit herab reichenden Reihenfolge vollzogener Krönungen der glorreichen Vorfahren Eurer Majestät als Königen von Böhmen, und mit der bis in die neueste Zeit unbestrittenen staatsrechtlichen Bedeutung der Landtage des Königreiches unvereinbar wäre.

Eure Majestät!

Das Königreich Böhmen ist stets in guten und in bösen Tagen zu Oesterreich und zu Eurer Majestät allerdurchlauchtigstem Regenten Hause gestanden in Treue und Anhänglichkeit, und noch wiederhallen in allen Herzen die huldvollen Worte, mit welchen Eure Majestät diese neuerdings in schwerer Zeit bewährte Treue und Anhänglichkeit allergnädigst anerkannt haben. Das Königreich Böhmen ist bereit einzustehen für die Bedingungen und Bürgschaften des untrennbaren Verbandes, der Macht und Einheit des Reiches; es ist auch bereit, dafür die nothwendigen Opfer zu bringen. Das Land aber, das so sich bewährt, darf wohl nicht fürchten, dass seine loyalen Absichten missdeutet oder verkannt werden könnten, wenn es heute seine Stimme in schuldiger Ehrfurcht aber mit offenem Freimuth erhebt.

Der treuehorsaamste Landtag hat wiederholt auf das Bindendste seine Bereitwilligkeit dargelegt, der Regierung Eurer Majestät durch das Allerhöchste Patent vom 20. September 1865

vorgezeichneten Bahn staatsrechtlicher Verhandlungen mit treuer Mitwirkung zur Seite stehen zu wollen, und er ist auch heute bereit, dieses sein Wort in Gemässheit seiner allerunterthänigsten Adressen einzulösen. Wohl hatte er seine Zuversicht darauf gesetzt und glaubt zu der Erwartung berechtigt zu sein, dass ihm Gelegenheit werde geboten werden, die durch jenes Allerhöchste Manifest in Aussicht gestellten Vorlagen zunächst selbst gründlich zu erwägen und sich darüber eingehend auszusprechen. Wenn nun für jetzt auch dieser Hoffnung entsagt werden muss, weil die kaiserliche Regierung ein Mittel zur Beschleunigung des ersehnten Ausgleiches darin erblickt, dass ohne Verzug darüber gemeinsame Berathungen von Abgeordneten der noch nicht einvernommenen Königreiche und Länder eingeleitet werden, so will der treuehorsamste Landtag in Würdigung der wachsenden Gefahren, welche den durch folgeschwere Wandlungen immer unsicherer werdenden Zuständen entspringen, auch diesem Vorgange, insoweit es ihm möglich ist, kein Hinderniss bereiten.

Deshalb erklärt der treuehorsamste Landtag seine Bereitwilligkeit, auch der Aufforderung zur Theilnahme an solcher gemeinsamen Berathung Folge zu leisten, insofern nur dadurch das öffentliche Recht nach keiner Seite hin gefährdet wird, an Berathungen einer Versammlung, welche der Gefahr entzückt ist, die bestehenden Gegensätze durch Majorisirung nur noch schärfer zu machen, und zugleich das ausgleichende Walten der Krone zu beengen; einer Versammlung, in welcher die Stimmen der Königreiche und Länder als solche sich vernehmlich machen können, um zur Kenntniss Eurer Majestät gebracht zu werden; einer Versammlung endlich, welche dem Königreiche die Gewähr bietet, dass, wie dies in der landtäglichen Adresse vom 7. December v. J. ausgesprochen wurde, „ohne die Mitwirkung seines Landtages nichts geschehen kann noch wird, was die überkommene staatsrechtliche Stellung Böhmens und seine Beziehungen zum Throne und zum Reiche ändern würde.“

Mit dieser erneuerten Versicherung wendet sich daher der treuehorsamste Landtag von Böhmen in unerschütterlichem Vertrauen, dass der Gerechtigkeit und huldvollen Gesinnung Eurer Majestät die Absicht ferne liege, loyalen Ueberzeugungen Gewalt anzuthun, an die geheiligte Person seines gnädigen Monarchen, die Bitte an den Stufen des Thrones niederlegend:

Eure kaiserliche königliche Apostolische Majestät wollen zu gestatten geruhen, dass der Landtag unter diesen hier ehrfurchtsvoll ausgesprochenen Voraussetzungen an gemeinsamen Berathungen durch Entsendung seiner Abgeordneten theilnehme.

Gott erhalte, schütze und segne Eure kaiserliche königliche Apostolische Majestät.

Aus dem Landtage zu Prag.

Rede des Berichterstatters der Minorität Prof. Herbst.

Ich bin schon oft in der Lage gewesen, ein Minoritätsvotum vertheidigen zu müssen, allein ich muss gestehen, dass ich heute nach der unmittelbar der meinigen vorausgegangenen Rede nicht geglaubt hätte, dass ich Berichtstatter der Minorität sein solle, da sich ja mein Herr Vorredner über alle Argumente der Redner für das Minoritätsvotum ausgesprochen und manches wiederholt widerlegt hat, was doch sonst Aufgabe des Berichterstatters der Majorität ist und ich daher diesen Vortrag eigentlich als die Lösung der Aufgabe des Berichterstatters der Majorität anzusehen berechtigt, somit in der glücklichen und sonderbaren Lage wäre, die Rolle des entgegengesetzten Berichterstatters einnehmen zu müssen.

Allein ich halte überhaupt nicht für angemessen, die Geduld des hohen Hauses mit nochmaliger detaillirter Vorführung dessen, was der *A* gesagt hat, was *B*, was *C*, in Anspruch zu nehmen. Nach so langer Debatte halte ich es um so weniger angemessen zu wiederholen, dass, was meine Ueberzeugung ist, auch die Ueberzeugung von *B* & *C* sei, und dass ich nicht weiss und glaube, was andere glauben und wissen. Um die Personen handelt es sich nicht, sondern es handelt sich um die Sache. Daher begnüge ich mich, nur sachliche Argumente vorzubringen und die Personen meiner geehrten Herren Gegner, vor allem auch meine Person ganz aus dem Spiele zu lassen, denn bei einer so grossen Frage müssen die kleinen Persönlichkeiten einzelner Redner vollständig in den Hintergrund treten. Allerdings ist es leichter, in solcher Weise zu sprechen. Es ist leichter zu sagen, was einer gesagt hat, was darauf gesagt wurde u. s. w. und dieses um so leichter in einer so hochwichtigen Frage, welche nicht zum erstenmale an diesen hohen Landtag herantritt, welche vielmehr bereits bei zwei Adress-Verhandlungen den Gegenstand eingehender Discussion gebildet hat.

Um so schwerer ist es, sachlich etwas neues zu bieten, um so schwerer, als die letzte Adressverhandlung erst vor zwei Monaten stattgefunden hat und nicht so folgenschwere Ereignisse, wie zwischen den beiden vorigen Sessionen, zwischen der letzten und der gegenwärtigen Berathung in Mitte liegen. —

Ich werde mich daher auf das beschränken, was meine Aufgabe zu sein scheint, nämlich die historischen und rechtlichen Deductionen, welche im Laufe der Debatte gemacht wurden, ohne in das Specielle einzugehen, ohne mich in eine Polemik gegen einzelne Redner einzulassen, nur auf ihr richtiges Mass zurückzuführen, dann hervorzuheben, wie die rechtlichen und politischen Bedenken, welche der Entwurf der Adresse enthält, nicht begründet sind und endlich hervorzuheben, wie wir uns jenen Anträgen gegenüber verhalten müssen, welche der Adressentwurf der Majorität in sich schliesst, dass nämlich wir und unsere Committenten damit durchaus nicht einverstanden sind und einverstanden sein können, endlich dass wir zwar nicht der Aufforderung des Ministers Beust, wohl aber der Aufforderung Sr. Majestät und des Gesetzes nachzukommen bereit sind.

Meine Herren, es sind geschichtliche Deductionen vorgebracht worden, es sind rechtliche Deductionen hervorgehoben worden. Ich muss darüber sagen — und es mag mir das in Bescheidenheit zu sagen erlaubt sein, dass beide Arten von Deductionen mir an einem wesentlichen Gebrechen zu leiden scheinen. Die geschichtlichen Deductionen, welche wir in diesem Hause zu hören Gelegenheit hatten, leiden an einem Mangel; sie leiden an einer gründlichen Verwechslung zweier ganz verschiedener Begriffe: der Rechtsgeschichte einer- und des historischen Rechtes andererseits. Die Rechtsgeschichte ist ein unendlich interessanter Theil der Geschichte der Menschheit. So wie das Recht eines Volkes die Blüthe seiner Kultur ist, so ist die Rechtsgeschichte die wahre Geschichte des Volkes, und alle die verschiedenen Elemente der Bildungsstufe eines Volkes werden erst durch die Rechtsgeschichte in ihrer Bedeutung erkannt. Das historische Recht aber ist nicht etwa alles, was jemals in der Geschichte als Recht bestanden hat. Das historische Recht ist das Recht, welches jetzt gilt, insofern es sich historisch entwickelt hat, insofern die geschichtlich gegebenen Verhältnisse geeignet waren, das Recht auszubilden und insofern nicht eines jener grossen Ereignisse das frühere Recht hinwegfegt und neue Schöpfungen an seine Stelle gesetzt hat,

welche die göttliche Vorsehung von Zeit zu Zeit über die Menschheit ergehen lässt, um Gestaltungen zu beseitigen, die hinter der Zeit zurückgeblieben sind, die vielmehr einer Zeit angehörten, welche nicht mehr die ist, in der sich die gegenwärtig lebenden Menschen bewegen sollen. Das ist historisches Recht, worin sich die lebenden Menschen bewegen sollen, welches jedoch nicht als ein Product bewusster Willkür geschaffen wird. — Wenn man dagegen sagt, was einmal gegolten hat, ist historisches Recht, so ist dies eine Verwechslung der Antiquität mit dem Rechte, welches als solches das Lebendigste und Praktischste sein muss, weil es eine Richtschnur thätiger und sich frei bewogender Menschen sein soll.

Desshalb nun, weil man sich einer Verwechslung zwischen bestandnem Rechte und historischem, aber wirklich noch geltendem Rechte schuldig macht, desshalb kommt es, dass man jederzeit beliebig sagt: das ist unser historisches Recht. So wird bald gesagt: die Postulaten-Landtage sind noch geltendes Recht; denn sie sind niemals ausdrücklich abgeschafft worden; doch darauf werde ich noch zurückkommen. Darüber würde aber nur auf die Zeit von dem Jahre 1848 zurückgegangen. —

Sonst waren wir gewohnt die verneuerte Landesordnung von 1627 als eigentliches historisches Recht angeführt zu hören und in Verbindung mit dieser die Privilegienbestätigung. Nachdem jedoch der Nimbus, der sich an die Landesordnung und an die Privilegienbestätigung knüpfte, einigermaßen durch den Vorbehalt, der daran geknüpft ist, zerstreut worden zu sein scheint, so greift man wieder um ein Jahrhundert zurück und sagt, von 1526 datirt sich das historische Recht, damals haben die Stände unter gewissen, unter 21 Bedingungen, die der König annahm, diesen gewählt. Man bedenkt nicht, welche ausserordentliche Ereignisse schon bis 1627 eingetreten waren und der naturgemässen Entwicklung des Rechtes im Königreiche ein gewaltsames Ziel gesetzt haben, und welche unendliche Veränderungen in den Verhältnissen wieder vom Jahre 1627 bis zum Jahre 1848 eingetreten sind und wie wieder das Jahr 1848 in mancher Beziehung mit dem historischen Rechte, welches damals galt, wenig Federlesens gemacht hat und neue Schöpfungen an die Stelle dessen gestellt, was einmal gegolten hat. Und das Alles soll historisches Recht sein, weil es einmal gegolten hat, die widerstrebendsten Schöpfungen; bald beruft man sich auf das Jahr 1526, bald auf 1627 und zuletzt auf die Zusicherung,

die Ferdinand der Gütige im Jahre 1848 gegeben hat, und übersieht ganz dabei, dass das Jahr 1849 am 13. März eine Reichsverfassung und am letzten December die Landesordnung gebracht hat, welche, wenn noch etwas von diesen Versprechungen übrig geblieben wäre, diese vollständig aufgehoben hätte. Und was Alles in diesem Gewimmel von gegebenen und wieder aufgehobenen Verfassungen und was dazwischen liegt, das soll Alles als nicht geschehen betrachtet werden; — man greift um ein paar Jahrhunderte zurück; dann geht man wieder etwas vorwärts und dann hat man das sog. historische Recht und das alles soll noch geltendes Recht sein.

Daher scheint mir die Argumentation richtig, dass von diesem sog. historischen Rechte nichts vorhanden ist, als was sich in dem Archive und Geschichtsbüchern befindet, wo es allerdings am Platze ist, und mit gebührender Pietät behandelt werden soll.

Noch merkwürdiger sind die Deductionen, welche wir vom juridischen Standpunkt aus zu hören bekamen, und ich muss bemerken, dass die Frage des *quid juris*, worauf es nach einer Bemerkung von jener Seite am allermeisten ankommt, dass diese Frage vielleicht doch mit etwas grösserer juristischer Schärfe hätte behandelt werden sollen, als es mitunter, und ich muss sagen, fast immer geschehen ist.

Ich will mit einem Gegenstande anfangen, bei welchem der Mangel an juridischer Schärfe gar so klar zu sein scheint.

Man spricht immer von einem Ministerialerlasse, welcher die Vornahme der Wahlen in den Reichsrath verlangte und man spricht von einer Regierungsvorlage; obschon ich nicht begreife, wie das bei einiger juristischer Schärfe möglich ist.

Der letzte Herr Redner hat sogar gesagt, man spricht von einer Allerhöchsten Entschliessung vom 4. Februar laufenden Jahres, die wir nicht kennen. Aber wenn es heisst in der Regierungsmittheilung: Von diesem Grunde geleitet, haben daher Seine k. k. Apostolische Majestät mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 4. d. M. zu verordnen geruht, dass es von der Einberufung eines ausserordentlichen Reichsrathes abzukommen habe, der verfassungsmässige Reichsrath am 18. März d. J. in Wien zusammentrete und dass demselben diejenigen Verfassungsänderungen, welche mit Rücksicht auf den Ausgleich mit Ungarn sich nothwendig herausstellen, zur Annahme vorgelegt werden, — wie man dann dem gegenüber sagen kann, man spreche

von einer Allerhöchsten Entschliessung, die man nicht kennt, das begreife ich nicht. Es müsste denn vorausgesetzt werden, dass an der Authenticität ein Zweifel obwaltet, oder dass man zweifelt, ob nicht der Ministerialerlass vielleicht auf dem Wege vom Statthaltereipräsidium in die Druckerei verloren gegangen sei, und dass ein anderer substituirt worden sei.

Das kann unzweifelhaft mit jeder Urkunde geschehen; aber ich glaube nicht, dass ein so unglücklicher Zufall hier eingetreten sei und wenn er nicht eingetreten ist, so wissen wir vollständig, Seine Majestät verordne, dass der verfassungsmässige Reichsrath, bestehend aus dem Abgeordnetenhouse und dem Herrenhause, am 18ten dieses Monats zusammentrete.

Eben so kann auch von einer Regierungsvorlage, wie dieser Gegenstand wiederholt genannt wurde, nicht die Rede sein.

Eine Regierungsmittheilung liegt vor, wie auch Seine Excellenz der Herr Regierungsvertreter sie ganz correct bezeichnet hat. Was ist eine Regierungsvorlage? ein Gesetzesentwurf, der zur verfassungsmässigen Verhandlung an den Landtag gelangt, wie der §. 17 der Landesordnung sich ausspricht. Aber eine Verordnung Seiner Majestät des Kaisers ist keine Regierungsvorlage, sie ist einfach eine Mittheilung der Regierung darüber, was Seine Majestät verordnet haben; dies der Inhalt der Regierungsmittheilung, von einer Regierungsvorlage ist keine Rede. Ein Object der legislativen Thätigkeit des Landtages liegt nicht vor, sondern eine Verordnung Sr. Majestät, welche früher am 20. September 1865 das Grundgesetz über die Reichsvertretung einstweilen ausser Wirksamkeit zu setzen geruhten, dass nunmehr diese Sistirung behoben sei, und, nachdem Neuwahlen in den Landtag stattgefunden haben und dadurch die Mandate der früheren Mitglieder des Abgeordnetenhauses erloschen sind, abermals Neuwahlen vorgenommen werden, während selbstverständlich jenen Herren, welche dem Herrenhause angehören, und zugleich Mitglieder dieses Hauses sind, die specielle Einladung, sich am 18. März im Herrenhause in Wien zum Behufe verfassungsmässiger Mitwirkung an der Berathung des verfassungsmässigen Reichsrathes einzufinden, zugekommen ist. — Ich begreife es weder, wenn man sagt, man kenne die kaiserliche Verordnung nicht, noch wie man sagen kann, dieselbe sei etwas von Herrn Beust Ausgegangenes, da sie doch vom Kaiser von Österreich ausgegangen ist; am allerwenigsten aber, wie man von einer Regierungsvor-

lage sprechen kann. Das ist ein Specimen, scheint mir, wie denn doch die Jurisprudenz in Angelegenheiten des öffentlichen Rechtes nichts Nebensächliches ist.

Aber noch mehr auffallend erscheint mir Folgendes: Der Herr Berichterstatter der Majorität hat am 7. März, wo über die damals zu unterbreitende Adresse berathen wurde, einen Tadel erhoben gegen die Jurisprudenz in Österreich überhaupt; er sprach, dass man es in Österreich mitunter für die höchste juridische Weisheit ansehe, eine dürre, geistlose, unwissenschaftliche Exegese des Gesetzestextes vorzunehmen und aus dieser unwissenschaftlichen Auffassung des Rechtes sei eine Exegese des Februarpatentes entstanden, so langweilig, dürr und trocken, wie alle die Commentare des allg. bürgerl. Gesetzbuches, mit denen wir in unserer Studienzeit geplagt wurden.

Ich muss gestehen, ganz überrascht gewesen zu sein, wie ich in Bezug auf die sogenannte Aufhebung unserer von Sr. Majestät nie aufgehobenen Verfassung Gründe gehört habe, die das sind, was man unter Juristen Paragraphenreiterei nennt und die so dürr, geistlos und langweilig waren, wie nur je ein Commentar, ein blosses Herumreiten auf einzelnen Paragraphen und ein Herumreiten auf eine Weise, wie der langweiligste Professor des bürgerlichen Rechtes sich einen solchen Ritt nie erlaubt hat. Ich will von diesen equestrischen Übungen noch einige speciell hervorheben. Ein Herr Redner hat gesagt: der einberufene Reichsrath ist nicht verfassungsmässig. Das ist nicht der, von welchem der §. 16 der Landesordnung spricht und die Verbindlichkeit ihn zu beschicken auferlegt. Der §. 16 der Landesordnung sagt:

„Der Landtag hat nach §. 6 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung die festgesetzte Zahl von Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsenden. Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung festgesetzte Weise zu geschehen.“

Denken wir uns folgenden Fall: Die Verfassung würde vollständig ins Leben getreten sein und man hätte gefunden, die Vertretung der Stadt Prag ist zu gering, es ist zu wenig, dass von 10 Prager Abgeordneten nur einer ins Abgeordnetenhaus komme; es sollen 2 sein. Nun hätte das Haus der Abgeordneten 344 Mitglieder: diese Veränderung würde der Reichsrath und Landtag beschliessen. Jetzt würde Vorarlberg sagen, das ist nicht verfassungsmässig, der Reichsrath besteht aus 344 Mitgliedern,

er muss 343 Mitglieder haben. Das ist eine Folge dieser Exegese. So wird also der Geist einer Verfassung ausgelegt.

Ein anderer, mein unmittelbarer Herr Vorredner, hat wieder ganz eigenthümliche Ansichten aufgestellt: „Wenn man in die Verfassung ein Loch macht, so ist die Verfassung aufgehoben.“ Mir als Juristen ist eine solche Aufhebung der Verfassung ganz unbekannt. Ich muss sagen, da ist dann nichts leichteres, als eine Verfassung aufzuheben. Bisher hat man die Aufhebung als Staatsstreich bezeichnet, aber Löcher in die Verfassung macht man oft, ohne dass man es merkt; bevor man es sieht, ist das Loch da. Die Verfassung hat nach jener Auffassung schon lange nicht mehr bestanden, die Menschen haben nur geglaubt, sie sei noch vorhanden; und nichts wäre leichter, als eine Verfassung ohne Staatsstreich zu beseitigen. — In manchem Staat wäre dies Recept den Ministern erwünscht, wenn sie es wüssten.

Noch eher hat den juristischen Standpunkt ein anderer der H. Vorredner eingenommen. Er sagte: Auch wenn man von einer Verfassung nur ein Stück wegnimmt, so ist die Verfassung weg. Nun meine Herren! ich möchte wissen, seit wie viel Jahrhunderten dann England keine Verfassung mehr hat? Jede organische Verfassung entwickelt sich dadurch, dass ein Stück abstirbt und ein anderes sich ansetzt. Es ist dies eben so wie bei einem Baume, der Ringe treibt und immer kräftiger wird, aber er ist doch immer derselbe. So auch die Verfassung. Man kann nicht sagen, sie sei eine andere geworden, wenn sie abgeändert worden ist, oder ein Staat entbehre der Staatsverfassung, weil dieselbe geändert worden ist.

Merkwürdig ist aber eine Ansicht, die die Adresse aufstellt; das ist die Bemerkung, dass die Verfassung aufgehoben sei, weil der Reichsrath nicht mehr die Vertretung des ganzen Reiches sei; also er soll aufgehoben sein, weil thatsächlich sich etwas geändert hat. Nun kann ich wohl begreifen, wenn etwas thatsächlich sich geändert hat, dass jene Bestimmungen, welche thatsächliche Verhältnisse voraussetzen, nicht mehr anwendbar sind, sowie von der englischen Verfassung eine Menge Grundsätze nicht mehr anwendbar sind; aber dass das ganze Gesetz ohne weiters aufgehoben sein soll, scheint mir mit den allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen unverträglich zu sein. Der §. 9 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches sagt wenigstens: Gesetze behalten so lange ihre Kraft, bis sie entweder vom Gesetzgeber wieder abgeändert oder bis sie ausdrücklich aufgehoben

worden sind. Nun habe ich freilich das Bedenken, ob das bürgerliche Gesetzbuch hier im böhmischen Landtage berufen werden darf, denn wenn die Herren das Titelblatt zum bürgerlichen Gesetzbuche aufschlagen, so können sie eine interessante Entdeckung machen: Es heisst dort: „Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch für die gesammten deutschen Erbländer der österreichischen Monarchie“ und im Kundmachungspatent heisst es: Wir erlassen dieses Gesetz für die gesammten deutschen Erbländer der österreichischen Monarchie. Und was sind diese gesammten deutschen Erbländer? Sie sind das heute so oft berührte Cisleithanien, für welches nach Angabe eines der Herren Redner so schwer ist, einen Namen zu finden. Und doch bestand jener Name seit 100 Jahren — nämlich seit der Gesetzgebung der Kaiserin Maria Theresia, denn immer bezeichneten die deutschen, die deutsch-slavischen Erbländer, die nicht ungarischen Länder, den Gegensatz zu den Ländern der ungarischen Krone. Nun das werden mir doch die Herren zugeben, dass jene Länder einen Complex bildeten, denn die Gesetzgebung für diese Länder war eine gemeinschaftliche, die gesammte Justizgesetzgebung, mit Einschluss der Civil- und Strafprocessgesetzgebung, desgleichen die Steuergesetzgebung, insbesondere der gesammten indirecten Steuern, und die machen viel mehr aus, als die directen Steuern, sind immer gemeinschaftlich behandelt worden. Auch in Bezug auf die Finanzgesetze haben wir nur solche Bestimmungen, welche für die deutsch-slavischen Erbländer gelten und nicht für die Länder der ungarischen Krone und umgekehrt.

Ich komme nun auf die Folgerungen zu sprechen, welche sich daraus ergeben, dass das bürgerliche Gesetzbuch für jene Erbländer kundgemacht wurde. Die deutschen Erbländer der österreichischen Monarchie bestehen eben nicht, wie die Herren sagen; also das Gebiet, für welche das bürgerliche Gesetzbuch gemacht worden ist, war seit 1861 nicht mehr vorhanden; jetzt gilt daher das bürgerliche Gesetzbuch nicht mehr und es ist doch nicht abgeändert und nicht aufgehoben worden; es gilt einfach nicht, weil das Object auf einmal nicht da ist, weil die Länder nicht da sind. Jetzt geht es auf einmal mit der Theorie nicht mehr, und mir scheint, da würde man doch Bedenken tragen, aus welchem Standpunkte immer, dieses nicht für das Königreich Böhmen als solches kundgemachte Gesetzbuch als verwirkt zu betrachten. Daraus zeigt sich, wie ganz unjuri-

disch die Ansicht ist: „wenn Verhältnisse eintreten, welche die Giltigkeit des Gesetzes auf einen kleineren Kreis beschränken, so ist nicht etwa (wie der gewöhnliche Mensch glauben sollte) die Giltigkeit des Gesetzes fortan nur auf einen kleineren Kreis beschränkt; nein, es gilt eben gar nicht, auch dort nicht, wo die Aenderung nicht eingetreten ist; — und das gegenüber der Regel: „ein Gesetz gelte so lange, bis es abgeändert oder aufgehoben worden ist.“

Wenn man nicht alle Bestimmungen thatsächlich auszuführen vermag, andere aber ausgeführt werden können, so gilt das Gesetz eben rücksichtlich dieser Bestimmungen. Ebenso wenig wird Jemand behaupten, dass die Nichtbefolgung eines Gesetzes das Gesetz selbst gänzlich zu beseitigen im Stande ist. Daher erlaube ich mir der Ansicht zu sein, die juristischen Argumente, deren man sich bedient hat, würden vor dem Forum eines juristischen Collegiums kaum die Probe aushalten. Diese Theorie von der Aufhebung der Gesetze würde manches juristische Gewissen, welches vielleicht anders beschaffen ist als die Gewissen, deren namentlich der letzte Herr Redner erwähnte, geradezu revoltiren, freilich nur theoretisch. Daher muss ich sagen, dass mir die Rechtsfrage auf der Seite, welche die Rechtsbeständigkeit der Februarverfassung angriff, noch nicht so entschieden dargethan wurde, dass der letzte Herr Redner geradezu sagen konnte, die Februarverfassung besteht nicht. Das ist nur seine Meinung und Andere werden wohl anderer Ansicht sein.

Ich wende mich nun zu den Bedenken, welche der Adressentwurf als gewichtige Bedenken erklärt, welche die Erfüllung der Allerh. Aufforderung als eine ausserhalb des Verfassungsrechtes stehende erscheinen lassen sollen; und dann zu den Gründen, weshalb wir speciell mit dem zweiten Theile des Adressentwurfes nicht einverstanden sein können.

Das eine Bedenken ist wesentlich das: der Reichsrath sei nicht verfassungsmässig, insofern sich dieses Bedenken auf die angebliche Aufhebung der Februarpatente gründet; es wurde schon gesagt, es trete wieder in volle Kraft, nachdem es nicht aufgehoben, sondern blos sistirt war; dagegen habe ich nichts weiter zu bemerken. Allein es wird besonders noch darauf Gewicht gelegt, dass die dem Reichsrathe zugewiesene Function von dieser Versammlung nicht geübt werden könne. Nun möchte ich fragen: Von wem sollen sie denn geübt werden? Von den einzelnen Landtagen ganz gewiss nicht, denn darüber würden

sich selbst die enragirtesten Vertheidiger der Landtage und ihrer Omnipotenz keiner Täuschung hingeben. Das ist nicht möglich, dass dem Reichsrathe zugewiesene Angelegenheiten ohne weiters von jedem Landtage besorgt werden. Es spricht dagegen der klare Wortlaut des Februarpatentes, nämlich der §. 11, welcher sagt: Was den Landtagen zusteht, ist durch die Landesordnung bestimmt und die übrigen gemeinsamen Angelegenheiten gehören vor den Reichsrath. Wenn es also wahr ist, dass für diese Angelegenheiten der Reichsrath nicht competent ist, weil er angeblich nicht mehr besteht, so ist überhaupt Niemand dafür competent. Was bleibt übrig, als die absolute Behandlung dieser Angelegenheiten nicht etwa für kurze Zeit im provisorischen Wege, sondern definitiv? Dies ist aber viel mehr als der bekannte §. 13, der so viel Herzeleid verursacht hat; dann kann die Regierung immerfort thun, was sie will, Niemand kann ihr entgentreten. Wenn also gesagt wird, die Functionen, welche dem Reichsrathe zukommen, stehen ihm nicht mehr zu, aber auch einem anderen Vertretungskörper kommen sie nicht zu, so muss man sagen: dann ist der reine Absolutismus Dasjenige, was zu Recht besteht.

Nun sagt man weiter: Anders zusammengesetzt muss er sein! Ja! dann macht die Quantität juristisch einen wesentlichen Unterschied aus gegenüber der Qualität. Die Qualität ist dieselbe: Es sind Abgeordnete der Königreiche und Länder gewählt durch die Landtage oder möglicherweise gewählt durch directe Wahlen, weil es nicht auf die Zahl ankömmt, sondern auf die Qualität.

Und jetzt komme ich zu dem merkwürdigen Argumente, welches immer und immer wieder gegen uns angeführt wird: die Landtage haben dasselbe Recht, welches nach der Ferdinanda den alten Landtagen zusteht. Ja, ist die Zusammensetzung dieses Landtages die nämliche, welche vor dem J. 1848 stattfand? und wenn blos die Aenderung der Zahl der Mitglieder schon das Recht des Reichsrathes aufhören machen soll, wie kann man behaupten, dass dieser Landtag mit seiner ganz anderen Zusammensetzung als unmittelbarer Rechtsnachfolger der Postulatlandtage betrachtet werden soll, bezüglich deren wieder mein unmittelbarer Vorredner gesagt hat, sie bestehen noch immer zu Recht?

So hätten wir denn bald Postulatlandtage auf der einen und Landtage nach der Februarverfassung auf der anderen Seite.

Dadurch würde die Zahl der Volksvertretungen in Oesterreich, deren wir ohnehin schon fast einen Ueberfluss haben, noch auf eine eigenthümliche Art vermehrt. Auch aus dem Grunde wurde behauptet, das Recht in eine Versammlung von 343 zu wählen, schliesse nicht die Verpflichtung in sich, in eine Versammlung von 204 zu wählen; es wurde gesagt, weil 204 nicht 343 ist. Letzteres ist freilich eine Behauptung, über welche eine erfreuliche Uebereinstimmung in diesem hohen Hause herrscht. Das sind jedoch noch nicht die einzigen Bedenken, obschon ich glaube, dass, wenn der Reichsrath überhaupt nicht existirt, darin des Bedenkens schon genug läge.

Aber es gibt noch andere Bedenken: Der Reichsrath soll bei seinen Schlussfassungen gar keine andere Beschränkung haben, als seinen Willen und seine Macht; er soll durch keine positiven Rechtsnormen gebunden sein. Ich muss gestehen, dass ich das in der That nicht begriffen habe, um so weniger, wenn ich bedenke, was Alles durch den Reichsrath gefährdet sein soll: Gefährdet sollen sein die Krone, die Einheit und Machtstellung des Reiches und die einzelnen Länder.

Vor Allem ist nicht richtig, dass der Reichsrath keine positiven Gränzen für seine Wirksamkeit habe, um so weniger, dass von ihm Etwas, wie in der Adresse behauptet wird, gefährdet werden könnte. Der Reichsrath hat für seine Berathungen und Beschlüsse eine positive Norm in der Verfassung und den als Verfassung erklärten Grundgesetzen. Diese ist aber der Inbegriff aller Grundgesetze mit Einschluss der Landesordnungen.

Wie die Landesordnungen geändert werden können, das bestimmen die Landesordnungen selbst. Eine andere rechtlich mögliche Veränderung der Landesordnungen als durch ein Landesgesetz mit der erforderlichen Majorität, kennt die Verfassung nicht, und darin liegt die Unmöglichkeit, dass durch Beschlüsse des Reichsrathes die Individualität der Länder und deren Landesordnungen irgend wie angetastet werden könnten, ebensowenig als durch die Landtage beschlossen werden kann, der Reichsrath existire nicht. Jede Corporation hat Gränzen ihrer Berechtigung und kein Befugniss, über die Gränzen der andern hinüber zu greifen. Eine Gefährdung der Länder durch den Reichsrath ist einfach nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich, aber ebenso wenig möglich ist die Gefährdung der Einheit und Machtstellung des Reiches. Wenn man die

Frage der künftigen Gestaltung Oesterreichs zuerst in einer bloß berathenden Versammlung und dann das Resultat dieser Versammlung in 16 bis 17 verschiedenen Landtagen wieder berathen lässt, wird wohl durch diese auseinandergehenden Meinungen etwas für die Machtstellung und Einheit des Reiches gewonnen werden können, wenn der ganzen Welt dargeboten wird das ganz unvermeidliche Bild der widerstreitendsten Anschauungen, die nothwendiger Weise eintreten müssen, wenn an verschiedenen Orten berathen wird, wo es unmöglich ist, eine Verständigung herbeizuführen?

Ich vermag nicht zu begreifen, wie man sagen kann, dass dies die Einheit und Machtstellung des Reiches fördern könne; und was die Rechte der Krone betrifft, so gibt es keinen loyalen Oesterreicher, der sie bestreiten könnte und ich kann mir nicht denken, wie durch die Vertreter aller Königreiche und Länder zusammen geschehen könnte, was niemals ein Einzelner thun würde.

Ich muss also sagen, dass die rechtlichen Bedenken, von denen die Gefährdung der Individualität der einzelnen Länder und Landesverfassungen das Bedeutendste wäre, wenn sie irgend einen Halt hätte, keineswegs irgendwie begründet sind.

Ich wende mich nun zur Nachweisung, warum wir nicht in der Lage sind, der Adresse beitreten zu können. Der Herr Vorredner hat bemerkt, er habe in der Commission den Antrag gestellt, wir sollen uns verständigen, alle sollen die Adresse annehmen und dann würden auch die, die für die Adresse sind, uns unterstützen; das glaube ich sehr gerne, wo keine Majorität und keine Minorität vorhanden ist, da ist Einstimmigkeit, dann unterstützt Einer den Andern. Aber die Zumuthung, wir sollen die Einigkeit dadurch herstellen, dass, nachdem gleich beim Beginne der Sitzung von der einen Seite der Antrag auf Erstattung einer Adresse an Se. Majestät und von der andern Seite auf Vornahme der von Sr. Majestät angeordneten Wahl gestellt worden war, wir, welche letzterer Meinung waren, einfach die Meinung des Herrn Vorredners annehmen, das ist wohl von seiner Seite sehr natürlich und sein diesfälliger Wunsch begreiflich, und es wäre auch die allerbequemste Art, die Einigung herzustellen, wenn man es dem Gegner zur Pflicht machen würde, die Ansicht des Gegners zu theilen.

Ich halte mich aber im Einklange mit den verschiedenen Vorrednern von dieser Seite des Hauses für verpflichtet, aber-

mals zu erklären, dass es nicht individuelle Rechthaberei, sondern die volle innere Ueberzeugung ist, dass wir der getreue Ausdruck der Gesinnung unserer Mandanten sind, wenn wir einer Adresse nicht zustimmen, welche alle unsere Mandanten einstimmig nicht als den Ausdruck ihrer Meinung ansehen.

Wir haben am 7. December erklärt, dass wir überzeugt sind, die ganze Bevölkerung, die uns gewählt, stehe hinter uns. Seit der Zeit haben die Wahlen in Folge des Patentes vom 2. Januar d. J. stattgefunden. Jedermann weiss, in welcher Weise eine Beeinflussung der Wahlen unter dem Schutze der verschiedensten dabei thätigen Mächte stattgefunden hat. Tausende und Hunderttausende von Exemplaren der Ansprache „an die biedern Landleute,“ welche officiell jedem Menschen ins Haus geschickt wurden und zwar durch die Bezirksämter, sind denn doch Beweise, dass auf das Entschiedenste durch die Bezirksämter Einfluss auf die Wahlen zu nehmen, allerdings mit dem unglücklichsten Erfolge versucht wurde. Die Allmächtigkeit der Bezirksämter scheint verschwunden zu sein, denn ausser dem Herrn Bezirksvorsteher haben diese Einwirkungen keine Proselyten gemacht, und dies ist gerade ein entscheidender Beweis, mit welcher Einigkeit die Wahlen stattgefunden haben. Alle diejenigen, die in anderer Weise ihre Mandanten vertreten haben, als in dem Geiste, welcher in dem Minoritätsvotum vom 7. December Ausdruck gefunden, welche daher nicht im Geiste ihrer Committenten gewirkt hatten, wurden nicht wieder gewählt.

Wir aber können schon deshalb mit dieser Adresse nicht einverstanden sein, weil darin gesprochen wird, sie sei ein treuer Dolmetsch der Gesinnung des Volkes. Man sagt freilich, das Volk ist nicht nothwendig das ganze Volk; allein wenn man ohne Beschränkung sagt „das Volk,“ so meint man darunter alle Bewohner des Landes; wir verstehen darunter die böhmische und die deutsche Bevölkerung, obschon der Herr Vorredner gesagt hat: wenn von der Bevölkerung Böhmens gesprochen wird, so ist weder die deutsche, noch die slavische, sondern nur eine böhmische darunter verstanden. Es mag ihm unbekannt sein, dass wir hier nicht berechtigt sind, „čechische Bevölkerung“ zu sagen, sondern dass durch Beschluss des Landtages böhmisch soviel heisst wie čechisch. Nach diesem seinem Ausspruche werden daher beinahe zwei Millionen Deutsche vollständig verschwinden müssen, wenn nur die böhmische Bevöl-

kerung in Böhmen anerkannt wird; wir armen Deutschen, ich weiss nicht, wo wir hingehören.

Wenn ferner die Adresse sagt: „Wir sprechen als treue Dolmetscher der Gefühle der Bevölkerung,“ wie kann man uns dann zumuthen, dass wir zustimmen, da wir überzeugt sind, dass Niemand von unseren Committenten jenen Ansichten beipflichtet.

Unsere Committenten sind schon darin einer ganz verschiedenen Anschauung, wenn es in der Adresse heisst, das Königreich Böhmen ist in guten und bösen Tagen zu Oesterreich gestanden. Es wird immer gesprochen von Oesterreich, aber man behandelt dann Oesterreich immer als etwas Auswärtiges. Ich kann mir denken, dass eine auswärtige Macht treu zu Oesterreich steht, aber unsere deutsche Bevölkerung will nicht zu Oesterreich stehen, die ist in Oesterreich; wo soll denn Oesterreich sein? In Böhmen, in Mähren, in Galizien ist es nicht, überall ist es nicht, alle stehen dazu, aber keines darin. Aber wir halten daran fest, dass es ein Oesterreich gibt, und dass die deutsche Bevölkerung von Böhmen in Oesterreich sei und sein will. Man sagt immer, es ist von mancher gewichtiger Seite gesagt worden: Oesterreich ist nothwendig. Wir sind auch der Ueberzeugung, und ich hoffe, dass auch in internationaler Beziehung Oesterreich für nothwendig gehalten wird, dass es Aufgabe aller europäischen Mächte sein wird, in ihrem eigenen Interesse liegend, die Kräftigung Oesterreichs nicht zu stören. Allein wenn von der Nothwendigkeit Oesterreichs gesprochen wird, so ist vor Allem Oesterreich nothwendig für die Völker, die Oesterreich bewohnen und für uns Deutsche in Oesterreich insbesondere. Aber warum? Weil eben Oesterreich das Donaureich, ein Gemisch von Völkern verschiedener Nationalität ist, von denen jede einzelne sich möglicher Weise gefährdet findet durch eine Majorität. Deshalb der Wunsch nach einer gemeinsamen Vertretung am Sitze des Reiches. Diese wünscht unsere Bevölkerung, da wird nicht blos ein Stamm und der andere Stamm erscheinen, da wird eine Vielheit der Nationalitäten sein, von denen keine an sich die Mehrheit hat; da wird keine Majorisirung stattfinden.

Aber die Adresse geht von einer ganz anderen Anschauung aus, sie sagt: sie sei nur für eine Versammlung, in welcher die Stimmen der Königreiche und Länder „als solche“ sich ver-

nehmlich machen können, wo nicht Abgeordnete der Bevölkerung des Landes, sondern Abgeordnete der Vertretung des Landes im Landtage tagen, und rücksichtlich, wie das ganz in der Natur der Sache gelegen ist, die jeweilige Majorität des Landtages ausschliesslich vertreten ist. Eine solche Vertretung denkt sich unsere deutsche Bevölkerung nicht. Wir wollen nicht eine Vertretung, in welcher die Stimmen der Königreiche und Länder als solche, sondern wo auch die Stimmen der Minorität sich vernehmbar machen können. Dieser Satz gefährdet das Recht der Deutschen in Böhmen auf Vertretung im Reiche; und darum werden wir niemals der Adresse der Majorität zustimmen, nie mit den Grundsätzen uns einverstanden erklären, die in derselben liegen.

Wir wollen aber endlich auch die Beendigung der Verfassungskrisis. Damit ist selbst der Herr Vorredner einverstanden, dass diese Krisis stark unbequem zu werden anfängt. Die Verfassungskrisis muss wahrhaftig bald beendet werden, soll nicht das materielle Elend alle unsere Völker überwuchern. Nun meint zwar der Herr Vorredner, auf ein länger oder kürzer komme es dabei zunächst nicht an. Mir scheint, es handelt sich um ein viel länger und ich halte den Ausdruck in dem Minoritätsvotum, dass keine Beendigung der Verfassungskrise auf dem Wege, den die Majorität eingeschlagen hat, abzusehen sei, für vollkommen berechtigt. Wie denken Sie sich denn die Sache? Es sollen Männer mit berathender Stimme in Wien zusammenkommen; diese Männer sollen sich lange Zeit berathen, denn wenn man weiss, dass das, was man beschliesst, keinen Werth hat, so beräth man um so länger, weil nur von Bedeutung ist, was gesprochen wird. Deshalb werden die Berathungen von unendlicher Dauer sein, und es kommt schliesslich als Resultat heraus ein Majoritätsvotum und ein Minoritätsvotum, oder noch wahrscheinlicher viele Minoritätsvota; vielleicht ebensoviel, als Nationalitäten sind; das geht dann an die 16, 17 Landtage, deren ein jeder soll eine entscheidende Stimme haben. Nachdem die berathen haben, wird höchstwahrscheinlich wieder an eine Berathung des sogenannten Reichsrathes gegangen und so cum gratia in infinitum. Blosser Berathungen, davon werden sich die Herren überzeugt haben, nutzen nicht viel: wir haben im Jahre 1865 eine Adresse berathen, ebenso im Jahre 1866, beidesmal wurde erklärt: fest wird eingestanden für die unverrückbare Grundlage des Octoberdiploms. Wo sind

diese unverrückbaren Grundlagen über den Berathungen hingekommen?

Wir sind nahe daran, schon an eine reine Personal-Union zu glauben, und das hat man den Berathungen zu verdanken: Roma deliberante Saguntum periit, möge über lauter Berathungen Oesterreich nicht zu Grunde gehen.

Uebrigens hat ein anderer Herr Vorredner auf jener Seite gesagt, zwei Wege böten sich uns dar: der eine Weg ist der am 20. September 1865 betretene, der andere ist der, zu dessen Betretung uns, nicht ein Ministerialrescript, sondern eine kaiserl. Verordnung auffordert.

Nun, meine Herren, für uns kann die Wahl nicht zweifelhaft sein. Wir haben am 7. December v. J. in Demuth und Ehrfurcht an den Stufen des Allerhöchsten Thrones auszusprechen versucht, dass die Bevölkerung Oesterreichs unerschütterlich sei im Vertrauen auf die Weisheit und Gerechtigkeit Seiner Majestät, und die ehrfurchtsvolle Bitte zu unterbreiten versucht, Allerhöchst Dieselben wollen die Einberufung des Reichsrathes als verfassungsmässige Vertretung dieser Länder allergnädigst anzuordnen geruhen. Es war uns nicht vergönnt, diese Bitte an die Stufen des Allerhöchsten Thrones gelangen zu lassen, allein im Vertrauen auf die Weisheit und Gerechtigkeit des Monarchen haben wir uns nicht getäuscht, er hat die Anordnung, welche wir erbitten wollten, getroffen; wir können daher nicht zaudern, nicht schwanken.

Der eine Weg, der vor uns liegt, ist uns durch die Erfahrungen von 18 Monaten hinlänglich bekannt geworden, wir wissen, wohin er Oesterreich bereits geführt hat, und wohin er Oesterreich unvermeidlich hätte führen müssen, wenn nicht die Weisheit und Gerechtigkeit des Monarchen dem rollenden Wagen einen Halt geboten hätte. Der andere Weg, er ist von Seiner Majestät dem Kaiser angeordnet, durch das Gesetz vorgeschrieben. Wir folgen daher dem Wunsche Seiner Majestät, wir beachten das Gesetz.

Rede des Berichterstatters der Majorität Grafen Leo Thun.

Nach der langen Debatte, die von beiden Seiten des Hauses mit grossem Kraftaufwand geführt worden ist, habe ich als Berichterstatter das letzte Wort zu sprechen. Ich bin der Debatte mit grosser Aufmerksamkeit gefolgt; so lange sie aber

gedauert hat und soviel auch gesprochen worden ist, es scheint mir doch, dass durch die ganze Debatte ein unklarer Gedanke sich durchzieht, welcher zu meinem Erstaunen selbst über die Natur der Vorschläge oder Anträge, die uns vorliegen, sich erstreckt, dass eine richtige Auffassung derselben noch ganz und gar nicht sich herausgestellt hat. Es liegen dem hohen Hause zwei Anträge vor, ein Antrag der Majorität, welcher dahin geht, vorläufig in die Wahlen nicht einzugehen, sondern von Seiner Majestät sich diejenige Gestattung zu erbitten, die nach der Ansicht der Majorität das Haus in die Lage setzen würde, die Wahlen vorzunehmen; von der Minorität der Antrag: sogleich in die Wahlen einzugehen. Es hat den Anschein, dass der Antrag der Minorität sich unmittelbar an den Wunsch der Regierung, nicht an eine Regierungsvorlage, wie wir eben belehrt worden sind, aber an das Rescript der Regierung anschliesse; ja zu meinem Erstaunen hat der Herr Regierungsvertreter selbst dieser Ansicht sich hingegeben, dass der Vertreter der Minorität die Ansicht der Regierung vertreten werde. Mir aber scheint der Antrag der Minorität ein viel schärferer Gegensatz gegen die Regierung zu sein, als der Antrag der Majorität. Ich werde mir erlauben, diese meine Ansicht zu erklären, ob sie richtig ist oder nicht, darüber wird dann der Landtag entscheiden.

Es liegt uns eine Mittheilung der Regierung vor, welche eine Reihe von Thatsachen zur Sprache bringt, die, wie im Verlaufe der Debatte bemerkt wurde, dem Landtage in officieller Weise nicht mitgetheilt worden sind. Es wird gesprochen vom Patente vom 2. Januar, es wird gesprochen von einer Vereinbarung in Beziehung eines Ausgleiches mit Ungarn, es wird gesprochen von einer allerhöchsten Entschliessung vom 4. Febr.; alle diese Dinge werden uns lediglich in dieser Form mitgetheilt. Ich bin nun nicht der Meinung, dass der Landtag deshalb keine Notiz davon nehmen könne, weil diese Dinge nicht in officieller Weise mitgetheilt worden sind; ich meine nicht, dass sich der Landtag so benehmen soll, wie dem Vernehmen nach ein Kreisvorstand in Böhmen während des Abzuges der preussischen Truppen, der über die Mittheilung, dass in der Gegend gegen 30.000 Preussen erwartet und verpflegt werden sollen, erwiederte, dass ihm davon keine officiële Mittheilung zugekommen sei und er die Preussen deshalb ignoriren werde. Ich glaube nicht, dass der Landtag das Geschehene ignoriren kann; wenn auch meiner Ansicht nach eine andere Mittheilung

wünschenswerth gewesen wäre, so bleibt doch nichts übrig, als dass man von diesen Thatsachen Notiz nehme. Die wichtigste dieser Thatsachen ist nun ohne Zweifel das, was die Regierungsmittheilung als eine vereinbarte Grundlage des Ausgleiches mit dem ungarischen Landtage erwähnt. Durch das Manifest und das Patent vom 20. September 1865 ist, nicht die Februarverfassung, ein Ausdruck, von dem schon öfter bemerkt worden ist, dass er nicht correct sei, sondern das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar sistirt worden, deshalb, um mit Ungarn Verhandlungen über den Ausgleich einzuleiten, deren erster Schritt der war, das Octoberdiplom und das Februarpatent dem ungarischen Landtage und auch dem kroatischen zur Annahme vorzulegen. Wenn nun diese Verhandlungen zu keinem Resultate geführt hätten, so wäre ein consequenter Schritt in der Verfolgung des Gedankenganges des Manifestes der gewesen, zu erklären; die Verhandlungen haben zu keinem Resultate geführt, der Zweck ist nicht erreicht, und das Februarpatent, das Reichsgrundgesetz vom 26. Februar tritt wieder in Wirksamkeit. Die Verhandlungen aber, wie der Regierungserlass mittheilt, haben zu einem Resultate geführt, aber zu einem Resultate, welches mit dem Grundgesetze vom Februar unvereinbar ist. Dass nun die Regierung daraus die Consequenz zieht, es sei in Folge dessen die Sistirung nicht mehr nothwendig, und das Grundgesetz wieder in Wirklichkeit getreten, das scheint mir ein logischer Fehler und einer der Gründe, welcher in die ganze Angelegenheit grosse Unklarheit gebracht hat. Die Regierung sagt: In Folge dessen ist die Allerhöchste Entschliessung vom 4. Februar l. J. erflossen, in welcher Seine Majestät zu verordnen geruhte, dass von der Einberufung eines ausserordentlichen Reichsrathes es abkomme und der verfassungsmässige Reichsrath am 18. März zusammentreten solle. Der Herr Vorredner hat sich darüber aufgehalten, dass in der Debatte gesagt worden ist, was ich zu wiederholen mir erlaubt habe, dass der Landtag diese Allerhöchste Entschliessung vom 4. Januar eigentlich nicht kenne. Ich möchte wohl wissen, was der Herr Vorredner gesagt haben würde, wenn unter dem vorbestandenen Ministerium eine Allerhöchste Entschliessung, die seinem Sinne nicht entsprochen hätte, erfolgt und dem Landtage nur so mitgetheilt worden wäre: „Am sovielten hat Seine Majestät mit Allerhöchster Entschliessung das und das anzuordnen geruht.“ Dass in diesem Falle der Herr

Vorredner nicht darauf eingegangen wäre, ohne dass der Text der Entschliessung authentisch dem hohen Hause mitgetheilt würde, davon bin ich überzeugt, und ich kann nicht sagen, dass er Unrecht gehabt hätte. Die Regierungsmittheilung sagt nun: in Folge dessen solle also am 18. der verfassungsmässige Reichsrath zusammentreten. Allein es ist schon von einem früheren Redner bemerkt worden, die Regierung scheine denn doch nicht der Meinung zu sein, dass der eigentliche verfassungsmässige Reichsrath des Grundgesetzes vom 26. Februar es sei, weil sie am Schlusse sich nicht auf den §. 16 der Landesordnung beruft, sondern an den opferwilligen Patriotismus des böhmischen Landtages in Beziehung auf den Wunsch der Beschickung appellirt; ja mehr, sie schliesst mit folgenden Worten: Es wird also von dem Landtage mit Zuversicht gehofft, dass derselbe sofort zur Wahl der Mitglieder für den verfassungsmässigen Reichsrath schreiten, und hiedurch in richtiger Beurtheilung der wohlwollenden Intentionen Sr. Majestät dazu beitragen werde, die nur allzu lange schon fortdauernde Verfassungskrisis auf einer dem Einverständnisse aller Betheiligten entsprechenden Grundlage zu beenden.

Ich vermag mir diese Worte nicht anders auszulegen, als so: der Reichsrath, der jetzt berufen wird, soll eine Grundlage sein, von welcher aus die Verfassungskrisis beendet werden soll, und diese Grundlage soll gewonnen werden durch Einverständniss aller Betheiligten, das heisst also, der Reichsrath, welcher jetzt einberufen wird, oder vielmehr, welchen wir durch diese Regierungsmittheilung zu beschicken aufgefordert werden, soll durch Einverständniss aller Betheiligten, durch Einverständniss aller aufgeforderten Landtage erst verfassungsmässig werden. Das scheint mir der Sinn der Regierungsmittheilung, und ist meines Erachtens in der That vollkommen begründet.

Mein Herr Vorredner, der über ein reiches Mass von Witz in jedem Augenblicke gebietet, in welchem er für die parlamentarische Debatte daraus Vortheile gewinnen kann, hat unter Anderem einen Ausdruck, den einer der früheren Redner gebraucht hatte, in's Lächerliche gezogen, der Reichsrath nämlich könne nicht verfassungsmässig sein, weil er nicht aus derselben Anzahl von Mitgliedern bestehe, aus welchen er nach dem Grundgesetze vom 26. Februar bestehen sollte. Er hat gemeint: wenn etwa die Stadt Prag statt 2 Mitgliedern verfassungsmässig nur Ein Mitglied zu senden hätte, so wäre das kein verfassungsmässiger Reichsrath?

Nun, meine Herren, mit solchen Argumenten ist keine Ueberzeugung zu gewinnen. Der Ausdruck, den jener Herr Vorredner gebraucht hat, war ein drastischer. Er hat sagen wollen: So wie $2 \times 2 = 4$ und nicht 5 sein kann, so kann der Reichsrath, der nicht dieselbe Anzahl von Mitgliedern hat, nicht derselbe sein. Um eine Stimme weniger oder mehr hat es sich ihm nicht gehandelt. Das aber hinter dem Gedanken ein Mass von Wahrheit steckt, das wird man mit Witzen nicht wegläugnen. Nicht die Anzahl der Mitglieder macht es, das wissen wir auch. Leider Gottes ist die Lombardei und Venetien verloren gegangen und auf die Anzahl der Mitglieder, die für dieses Königreich bemessen waren, würden wir nicht mehr Rücksicht nehmen und deren Anwesenheit nicht in Rechnung bringen, um zu beurtheilen, ob der Reichsrath vollzählig ist; aber die Wesenheit der Sache liegt einzig und allein darin: nach dem Grundgesetze vom 26. Februar soll der Reichsrath die Vertretung des gesammten Reiches sein. Alle Königreiche und Länder, die zum Kaiserthume Oesterreich gehören, sollen im Reichsrathe vertreten sein, und wenn man in der Zeit der Herrschaft des Februar-Patentes so weit gegangen ist, von der thatsächlichen Vertretung des Gesammtreiches abzusehen, so hat man wenigstens den Grundsatz aufrecht gehalten, dass alle Königreiche und Länder berufen sein müssen. Nun ist aber, wie es die Regierungsmittheilung sagt, ein Ausgleich mit Ungarn beschlossen worden, und durch Ernennung eines ungarischen Ministeriums ein Mehreres geworden als ein blosses Project, und dass nach Ernennung dieses Ministeriums auch Siebenbürgen, auch Kroatien ohne Erledigung der Adresse des kroatischen Landtages, welche sich in der Hand Seiner Majestät befindet, einberufen werden können, das kann Niemand behaupten.

Wir werden aufgefordert, eine Versammlung zu beschicken, welche ursprünglich berufen worden ist durch das Patent vom 2. Jänner, welches Patent ausdrücklich lediglich die nicht zur ungar. Krone gehörigen Königreiche und Länder beruft. Wir werden gegenwärtig nicht berufen, eine andere Versammlung zu beschicken, d. h. eine Versammlung von anderer Zusammensetzung; es ist meines Wissens seitdem eine andere Berufung nicht ergangen; wir werden lediglich aufgefordert, diese aus den Ländern, die nicht zur ungarischen Krone gehören, zu beschickende Versammlung unsererseits ebenfalls zu beschicken; nicht die Versammlung, d. h. die Versammlung ihrer Zusam-

mensetzung nach ist geändert worden, sondern nur mit einem Schlag ist ihr Charakter geändert worden; statt dem, was sie sein sollte nach dem Patente vom 2. Jänner, soll sie auf einmal etwas ganz anderes werden, der „verfassungsmässige Reichsrath“ sein. Dass nun diese Versammlung nicht der Reichsrath des Patentes vom 26. Februar ist, das kann Niemand in Abrede stellen, nicht darum, weil etwa ein Mitglied weniger erscheint in Folge einer ordnungsmässig durchgeführten Verhandlung.

Wie steht es nun mit dem Minoritätsgutachten? Das Minoritätsgutachten erklärt sich mit gewissen Aufstellungen und Theilen der Mittheilung der Regierung vollkommen einverstanden; von Anderem ist aber darin keine Erwähnung, namentlich von der sehr wichtigen Mittheilung über den ungarischen Ausgleich ist darin kein Wort zu finden; ja mir ist es sehr aufgefallen, dass überhaupt von dem ganzen Regierungsrescripte vom 4. Februar in dem Minoritätsgutachten gar keine Rede ist, sondern lediglich nur von der Allerhöchsten Entschliessung. Die Allerhöchste Entschliessung, soweit sie uns mitgetheilt wird, sagt aber nichts weiter, als von dem ausserordentlichen Reichsrathe soll es sein Abkommen haben, und der verfassungsmässige Reichsrath soll zusammen kommen; damit erklärt sich das Minoritätsgutachten vollkommen einverstanden, und darauf baut es den Antrag: der Landtag habe deshalb zu Folge des §. 16 der Landesordnung die Wahlen vorzunehmen.

Im §. 16 der Landesordnung ist nun, wie bereits in der Debatte erwähnt worden ist, ganz unzweifelhaft die Berechtigung des Landtages und zugleich die Pflicht desselben ausgesprochen, zu wählen für den Reichsrath des 26. Februar und lediglich für diesen. Das ist es, was dem Wortlaute nach das Minoritätsgutachten will. Ist dies der Fall, dann muss der erste Schritt der Versammlung, die auf solche Weise beschickt wird, in Consequenz des Gedankens, auf welchem dieser Antrag beruht, der sein, zu erklären: der Reichsrath des 26. Februar muss einberufen werden, die Königreiche der ungarischen Krone sind nicht einberufen worden, sie müssen daher einberufen werden.

Das kann aber nicht geschehen, wenn nicht vorerst das Patent vom 20. September 1865 für null und nichtig erklärt ist, und alle Schritte, die darauf basirt sind, die Rescripte an den ungarischen Reichstag, die Schritte, die zur Union Ungarns mit Siebenbürgen geführt haben, die weiteren Schritte bis zum letzten, der Ernennung des ungarischen Ministeriums, — die

alle müssen vom Standpunkte des Minoritätsgutachtens aus für null und nichtig erklärt werden.

„Die Februarverfassung besteht; alles andere, was ihr entgegensteht, kann keine Geltung haben!“ das, meine Herren, ist der Standpunkt, der uns im Jahre 1865 in diesem Landtage ganz einfach und offen erklärt worden ist, das ist der Standpunkt, von welchem aus damals das Manifest vom 20. September 1865, das kaiserliche Manifest von jenem Tage, offen und geradezu als ein Verfassungsbruch, als ein Rechtsbruch erklärt worden ist.

Das ist der Standpunkt des Minoritätsgutachtens; deshalb sage ich: unter dem Anscheine, sich anzuschliessen an die Regierungsmittheilung, ist dieser Antrag der Minorität die schärfste Opposition gegen dieselbe. Es ist die schärfste Opposition gegen die ganze Regierungspolitik seit dem 20. September 1865, gegen die Thatsachen, die aus dieser Regierungspolitik hervorgegangen sind und namentlich gegen die ganze Stellung, welche in diesem Augenblicke die Regierung in der ungarischen Frage einnimmt; denn nur unter Aufhebung dieser Stellung ist es möglich, dass der Reichsrath des Februarpatentes einberufen werde, d. h. dass auch die Länder der ungarischen Krone zu diesem Reichsrathe einberufen werden und das ist es, was der §. 16. der Landesordnung im Sinne hat, das ist der Reichsrath, zu dem nach §. 16 zu wählen ist.

Die Sache steht also meines Erachtens so: die Regierungsvorlage fordert uns auf, den Reichsrath zu beschicken, welcher lediglich einberufen ist für die Länder, welche nicht zur ungarischen Krone gehören. Das Minoritätsgutachten fordert uns auf, den Reichsrath vom 26. Februar zu beschicken, der seiner Zusammensetzung und seinem Wesen nach etwas ganz Anderes ist.

Ich möchte nun wohl wissen, ob diejenigen Herren, die mit so grosser Zuversicht aussprechen, dass ihre gesammte Wählerschaft einverstanden sei mit dem Antrage, der gegenwärtig von der Minorität gestellt wurde, sich klar gemacht haben, ob ihre Wähler auch mit der Politik, welche daraus nothwendig hervorgehen muss, einverstanden sind. Ich möchte namentlich wissen, ob diejenigen Herren, welche insbesondere, wenigstens nach ihren Aeusserungen hier, die materiellen Interessen, die Interessen des Verkehres vor Augen haben,

sich klar gemacht haben, welche Folgen aus dieser Politik hervorgehen müssten.

Hier ist nicht der Ort, die Frage des ungarischen Ausgleichs zu besprechen und nichts liegt mir ferner, als sie hier besprechen zu wollen, nichts liegt mir ferner, als meiner eigenen Meinung, insofern ich in die Lage kommen sollte, mich darüber aussprechen zu müssen, vorgreifen zu wollen durch ein Wort, das ich hier darüber sage. Nur auf eine Thatsache möchte ich aufmerksam machen: In diesem Augenblicke handelt es sich nicht darum, ob der Ausgleich mit Ungarn den Wünschen des Einzelnen, der ihn zu beurtheilen hat, entspricht oder nicht; nicht darum, ob der Einzelne, der sein Urtheil abzugeben hat, ihn an sich für gut und zweckmässig hält oder nicht; sondern die praktische Frage wird sein, ob nach Allem, was geschehen ist, ob nach den vorliegenden Thatsachen es räthlich sei, diesen Ausgleich umzustossen oder nicht umzustossen. Das ist die Frage, die mit der innig zusammenhängt, ob wir den Reichsrath vom 26. Februar zu beschicken haben oder aber den Reichsrath der Regierungsmittheilung, auf welche der Herr Vorredner gar keine Rücksicht nehmen zu wollen erklärt hat. Die Herren Redner, die für das Minoritätsgutachten aufgestanden sind, haben sich mit grosser Entschiedenheit für den Gedanken des Minoritätsgutachtens, wie ich mir ihn hier zu entwickeln erlaubt habe, ausgesprochen. Die hohe Versammlung wird nun einsehen: es handelt sich wieder um jene zwei Gestalten, auf welche ich bei einem früheren Anlasse aufmerksam gemacht habe und die von der anderen Seite damals auf eine sehr geschickte Weise durch einen Mantel versteckt worden waren. Es handelt sich auch heute um die beiden Anschauungen, welche für Oesterreich von entscheidender Wichtigkeit sind: ob Centralismus, ob Dualismus? um Schlagworte zu gebrauchen, die ich gern nicht gebraucht hätte, die aber nach dem Gebrauche, der häufig von ihnen gemacht wird, am schnellsten die Begriffe anschaulich machen. Man mache sich klar und namentlich alle Diejenigen, welche in diesem hohen Hause, so so lange sie sich uns gegenüber lediglich um der Negation willen so viel zu Gute thun auf ihre unbedingte Einmüthigkeit, mögen sich klar machen, ob sie mit sich auch einig sind über diese Frage: ob Centralismus oder Dualismus? Mehrere von den Herren Vorrednern haben sich mit aller Entschiedenheit für den strengen centralistischen Gedanken ausgesprochen, insbe-

sondere der Eine, über dessen Aeusserung sich eine gewisse Bewegung kundgegeben hat, und der wiederholt darauf bestanden ist: er wolle allerdings den Reichsrath, der von allen Königreichen und Ländern der Monarchie beschickt wird. Ob auch der Herr Berichterstatter der Minorität dieser Ansicht ist, darüber bin ich ebensowenig heute im Klaren als früher. Gewisse Andeutungen, die er hat fallen lassen, dass die Justizgesetzgebung in den Ländern der nicht ungarischen Krone eine gemeinsame ist, dass auch die Steuergesetzgebung immer eine gemeinsame war, eine Behauptung, die eben nicht im vollen Masse richtig ist, dass auch dafür der Name von deutschen oder deutsch-slavischen Erbländern gebraucht wurde — alle diese Hindeutungen scheinen gewissermassen anzudeuten, als ob er dem dualistischen Gedanken näher stünde. Indessen habe ich darüber nicht zu urtheilen; die Zeit wird kommen, wo man sich wird darüber aussprechen müssen. Man wird sehen, wie weit dann die Einigkeit hier wie anderswo reichen wird, — an anderen Orten hat sie bereits einigen Schaden gelitten, — welche sich allerdings so lange aufrecht erhalten lässt, als man sich in einer rein negativen Stellung bewegt.

Wir werden in der Regierungsmittheilung zu einem Doppelten aufgefordert; wir werden zur Beschickung der bezeichneten Versammlung aufgefordert und zugleich zur Anerkennung ihrer Verfassungsmässigkeit.

Was die Beschickung anbelangt, ist der Wunsch darnach ein einhelliger. Wir so gut wie die andere Seite des Hauses, wünschen aufrichtig, dass es uns möglich werde, diese Versammlung zu beschicken. Nicht die Versammlung des 26. Februars, sondern den Reichsrath des 4. Februars, denn an die Möglichkeit der Versammlung des Reichsrathes vom 26. Februar vermag ich nicht zu glauben. Wir wünschen aufrichtig diese Versammlung zu beschicken, deshalb, weil auch wir einsehen, dass unter den obwaltenden Verhältnissen ein gemeinsames Zusammenwirken der Vertreter sämmtlicher Landtage der nicht zur ungarischen Krone gehörigen Königreiche und Länder, — ich wiederhole, unter den gegebenen Verhältnissen — allein die Möglichkeit bietet, vielleicht das Werk des Ausgleiches zu fördern. Allerdings war das nicht unser eigentlicher Wunsch und wir tragen einen andern Wunsch noch heute im Herzen, den Wunsch, dass doch endlich einmal auch dem Landtage von Böhmen die Gelegenheit geboten werde, im eigenen Schoosse über die wichtigsten Verfassungsfragen zu be-

rathen, sich dieselben klar zu machen, dem Monarchen und den übrigen Ländern gegenüber nachzuweisen, in welchen Beziehungen diese Frage zu den Rechten und Interessen des Königreiches steht.

Diese Wohlthat, in solcher Weise es aufzuklären und die Interessen ihres Landes zu vertreten, ist den Königreichen Ungarn und Kroatien zu Theil geworden und wir Alle, die wir mit Aufmerksamkeit die Verhandlungen verfolgt haben, haben wahrnehmen müssen, welches gewaltige Mittel eine solche Verhandlung ist, um das, woran dem Lande gelegen ist, zur Anschauung und so weit es zulässig, auch zur Geltung zu bringen. Dass das Königreich Böhmen, oder wir, die wir ein Königreich Böhmen anerkennen, dass wir wünschen, dieser Vortheil möge uns auch zu Theil werden, wie er dem Königreiche Kroatien zu Theil geworden ist, ist wohl ziemlich natürlich.

Man entgegnet darauf, der Gleichberechtigung wegen müsste dasselbe auch allen übrigen Königreichen und Ländern zu Theil werden. Nun, mit den Königreichen sind wir so ziemlich fertig mit Ausnahme Galiziens; übrigens wird das nicht in Abrede gestellt, wir werden es keinem Lande missgönnen, dass ihm diese Wohlthat zu Theil werde, wenn es von ihm gewünscht wird. Nur möge man nicht wieder aus eitler Systemmacherei finden, deshalb, weil Böhmen dieses Recht gewährt werde, müssen es auch andere haben, die es vielleicht gar nicht verlangen. Denn, dass z. B. dem Herzogthum Salzburg, welches meines Wissens einen Landtag nie gehabt hat bis zum 26. Februar 1861, das von einer staatsrechtlichen Stellung in dem Sinne, in welchem hier in Böhmen davon die Rede ist, nicht sprechen kann, das gar kein Verlangen darnach hat, aus seinem Landtage etwas Anderes, als einen Communallandtag zu machen, dass ihm die Last auferlegt werde, dadurch seine Verhandlungen zu verwickeln, das schiene mir nicht unbedingt nothwendig.

Wenn uns dieser Vortheil zu Theil würde, würde daraus auch das Gute hervorgehen, dass wir endlich einmal der leidigen Art der Behandlung der rechtshistorischen Fragen des Königreiches Böhmen, wie wir sie wiederholt erleben müssen, überhoben wären. Meine Herren, ich habe ein grosses Interesse für solche Fragen, wenn ihre Behandlung eine gründliche ist; aber wie sie hier vorkommt, ist sie mit dem Ernste der Sache durchaus nicht verträglich. Ich sage das offen und ehrlich, einer Seite des Hauses so gut wie der anderen. Freilich, wenn jedesmal, wenn wir von der staatsrecht-

lichen Stellung Böhmens oder von Rechten des Königreiches Böhmen nur irgendwie reden, in einer Weise darauf geantwortet wird, als ob der österreichische Patriotismus verbiete, dass man solche Rechte zulassen und anerkennen dürfe, dann ist es eine natürliche Folge, dass man auf dieser Seite des Hauses jede Gelegenheit benutzt, um Argumente vorzubringen, welche beweisen, dass das Königreich Böhmen solche Rechte hat. Dies wird wieder von der anderen Seite zur Replik benutzt und ein verehrtes Mitglied, welches zwar erklärt hat, es wäre darauf nicht vorbereitet, hat uns sofort eine Menge Sachen vorgebracht und auch gleich Belegstücke bei der Hand gehabt, um seine Aussprüche zu begründen; und doch frage ich: meine Herren, was hat die Sache damit gewonnen? der Herr Vorredner hat sehr recht; dadurch, dass man beliebig in die Geschichte greift und ein einzelnes Factum hervorholt, dadurch ist ein Rechtsbeweis nicht geschaffen. Es gibt, meine Herren, nur zwei Arten gründlicher Behandlung solcher Fragen, die eine ist die wissenschaftliche. Wissenschaftliche Werke und Abhandlungen können ein grosses Licht darüber verbreiten und können auch die andere Art gründlicher Behandlung vorbereiten, nämlich die staatsrechtliche in einer dazu berechtigten Versammlung, eine Behandlung aber, die vor Allem eine commissionelle Vorberathung und genaue Erörterung und Sichtung des Materials und Feststellung der Thatsachen fordert. Dann kann allerdings eine zahlreiche Versammlung ein verlässliches Urtheil darüber fassen, aber wenn, wie wir es jedesmal erfahren, eine Thatsache aufgestellt und von einem Anderen bestritten, und dessen Aufstellungen von einem Dritten wieder in Abrede gestellt werden, da hat der ganze Vorgang keine andere Wirkung, als die traurige, die Gemüther zu verbittern und einen Theil der Bevölkerung immer mehr in den Gedanken hineinzuziehen, als ob es wirklich eine patriotische Sache wäre, die Rechte seines eigenen Landes mit Geringschätzung zu behandeln.

Wir hätten also gewünscht und wünschen noch, dass dem Landtage des Königreiches Böhmen einmal Gelegenheit gegeben werde, über die Verfassungsfrage, soweit sie das Königreich Böhmen berührt, im eigenen Schosse gründlich zu verhandeln. Die Erfüllung dieses Wunsches steht nicht in unserer Macht, und wenn in diesem Augenblicke, wie in der Adresse ausgesprochen wird, Se. Majestät es für angezeigt hält; — wenn

man hofft den Ausgleich dadurch mehr zu fördern, dass eine Gesamt-Berathung stattfinde, so sind wir bereit, auch zu dieser mitzuwirken.

Wir werden aber nicht blos aufgefordert, die Versammlung, in welcher diese Berathung stattfinden soll, zu beschicken, sondern auch durch die Beschickung derselben ihre Verfassungsmässigkeit anzuerkennen. Der Ausdruck „verfassungsmässig,“ so wie viele andere werden in unserer Zeit in dem verschiedenartigsten Sinne gebraucht und gemissbraucht. Wir verstehen unter verfassungsmässig Dasjenige, was bestimmten Gesetzen über die Verfassung gemäss ist und entspricht; und von diesem Standpunkte aus sagen wir, der Reichsrath, der auf den 18. März einberufen ist, ist nicht verfassungsmässig; der Reichsrath, den wir jetzt zu beschicken aufgefordert sind, ich sage wiederholt der Reichsrath der Regierungsmittheilung, oder wenn man will, wenigstens der, wie die Regierungsmittheilung versichert, durch die Allerhöchste Entschliessung vom 4. Februar für die nicht zur ungarischen Krone gehörigen Länder bestimmte Reichsrath, ist nicht verfassungsmässig in dem Sinne, dass er den Bestimmungen des Grundgesetzes vom 26. Februar entspräche. Dieser Satz ist so unbestreitbar, dass dagegen ein Widerspruch wohl nicht möglich ist.

Man wendet uns zwar ein, dadurch negiren wir den Bestand der Februarverfassung. Man hat uns gesagt, wir oder die Adresse behaupteten, die Februarverfassung sei aufgehoben. Dieser Ausdruck ist nicht gebraucht worden und kann nicht gebraucht werden; das wissen wir eben so gut, wie die Herren auf der anderen Seite, dass eine ausdrückliche Aufhebung nicht erfolgt ist. Dass aber eine Verfassung nur durch ihre Aufhebung ihre Kraft verlieren könne, abgesehen von dem Falle der Nichtbefolgung; dass nicht Thatsachen eintreten können, welche eine Verfassung unmöglich machen, sie ausser Kraft setzen, kann unmöglich behauptet werden. Dass namentlich die Verhandlungen mit Ungarn zu einem Resultate geführt haben, welche die Berufung eines Reichsrathes nach dem Februarpatent unmöglich machen, ist eine vorliegende Thatsache. Nicht wir sind Schuld daran, nicht uns kann es zum Vorwurfe gemacht werden, wenn wir uns auf diese Thatsache berufen; nicht uns kann deshalb der Vorwurf gemacht werden, wir erklären die Verfassung für aufgehoben.

Andere aber verstehen unter „verfassungsmässig“ gerade

nicht immer das, nicht immer die Uebereinstimmung mit positiven Verfassungsgesetzen. Namentlich wenn von „verfassungsmässigen Bahnen“ die Rede ist, wie in der Regierungsmittheilung und in dem Votum der Minorität, so verstehen viele darunter etwas ganz anderes; sie verstehen darunter eine Bahn, welche zur Herstellung einer repräsentativen Versammlung führt, welche repräsentative Versammlung man als Gesamtwillen des betreffenden Staates oder Staatstheiles ansieht. Das ist es, was allzu häufig als verfassungsmässig hingestellt wird, ganz abgesehen von positiven Gesetzen.

Nur in diesem Sinne kann die Versammlung vom 4. Febr. als verfassungsmässig bezeichnet werden. Man denkt sich, durch die Beschickung der Landtage solle anerkannt werden, dass diese Versammlung constitutiven Charakter und constitutive Competenz habe und deshalb nennt man sie verfassungsmässig. Das ist es, wogegen wir ankämpfen, diesen Charakter ihr zu verleihen, und deshalb erachten wir es für unerlässlich, uns zuerst in einer unterthänigen Adresse an Se. Majestät zu wenden, bevor wir uns auf die Beschickung einer solchen Versammlung einlassen können.

Es ist in den Wirren, in denen wir leider seit mehr als einem Decennium in Verfassungsfragen in Oesterreich leben, an dem bestehenden Rechte soviel gerüttelt und geschüttelt worden, dass eigentlich ein anderer factischer Rechtsbestand kaum mehr vorhanden ist, als die zwei Thatsachen: freilich Thatsachen von grösster Bedeutung, und meines Erachtens genügend, um eben Oesterreich aufrecht zu erhalten und seinen festen Boden zu wahren. Die eine Thatsache ist der Bestand des Staates Oesterreich im Sinne der pragmatischen Sanction, eines Gesamtreiches unter der Dynastie Habsburg - Lothringen, bestehend aus untrennbaren organischen Gliedern, welche sind die Königreiche und Länder. Die zweite Thatsache ist die Vertretung dieser Königreiche und Länder durch ihre Landtage, die staatsrechtliche Vertretung der Länder durch ihre Landtage. Diese zwei Thatsachen bestehen rechtlich und wirklich, und wir brauchen zu ihrem Nachweise nicht in eine ferne Geschichte zurückzugehen; wir brauchen nicht erst eine archivarische Commission zusammenzusetzen, um uns dazu Materialien zu verschaffen. Es sind das auch Thatsachen, welche durch das, was in Beziehung auf den Ausgleich mit Ungarn geschieht, bisher nicht alterirt sind.

Diese beiden Thatsachen stehen aber mit einander im

innigen Zusammenhange, und wer die eine negirt, gefährdet im hohen Masse die andere. Wir wollen nun nach allen Erschütterungen, welche ohnehin die Rechtszustände Oesterreichs erlitten haben, diesen Rest von festem Recht aufrecht erhalten. Wir sind aber der Meinung, — und diese Meinung lässt sich nicht bestreiten —, dass wenn wir den Reichsrath, wie er nach der Regierungsmittheilung beschaffen sein soll, beschicken und seine Verfassungsmässigkeit im Vorhinein in dem bezeichneten Sinne anerkennen, wir den staatsrechtlichen Charakter des böhmischen Landtages schon dadurch vernichtet haben; wir haben den Grundgedanken vernichtet, dass die Rechte des Königreiches Böhmen geschützt sind durch seinen Landtag und nicht geändert werden können ohne Verhandlung mit dem Landtage — den Gedanken haben wir preisgegeben in dem Augenblicke, wo wir uns der Entscheidung einer Versammlung unterwerfen, deren Wirksamkeit in Bezug auf die constitutive Frage unbeschränkt ist, weil der Stand der Dinge nicht ein solcher ist, dass in dem Falle, wenn diese Versammlung zu keinem Resultate kommen sollte, ein rechtlich gegebener Zustand fort dauern und gehandhabt werden könnte. Man mag zehnmal sagen: die Februarverfassung besteht noch immer zu Recht, sie ist nicht aufgehoben, so viel liegt am Tage, dass sie nicht mehr gehandhabt werden kann, dass nicht nach ihrem Wortlaute vorgegangen werden kann. Darüber herrschet, insolange nicht Alles, was seit dem 20. September 1865 geschehen ist, ungeschehen gemacht wird, kein Zweifel. Wenn nun die Versammlung die Aufgabe erhält, sogenannte Verfassungsänderungen vorzunehmen unter Umständen, wo nichts bestehendes Ausführbares vorhanden ist, so handelt es sich eben nicht um eine blosse Aenderung einer bestehenden Verfassung, sondern um die Aufgabe, eine neue Verfassung zu schaffen, und das ist der Charakter der Constituante.

Die Geschichte bietet von einer solchen Constituante, wenn wir absehen von den ephemeren Erscheinungen des Jahres 1848, meines Wissens kein Beispiel, wenigstens kein Beispiel in einem grossen Staate, als die bekannte Constituante Frankreichs. Dass dort die Constituante wenigstens nicht zu dem Resultate geführt hat, dem Lande eine freiheitliche Verfassung zu sichern, darüber belehret uns der weitere Verlauf der Geschichte. Dessen ungeachtet gibt es noch Leute in Oesterreich, die von dem Gedanken durchdrungen sind, wir sollen doch um Gotteswillen den Reichs-

rath beschicken, den zu beschicken wir aufgefordert sind, um Oesterreich herauszuhelfen aus den Schwierigkeiten, in denen es sich bewegt. Und wenn man solche Leute darauf aufmerksam macht, dass doch das Resultat einer solchen Versammlung sehr zweifelhaft ist, so gibt es ihrer genug, welche einfach sagen: rettet wenigstens den Bestand Oesterreichs. Mag die Verfassung ausfallen wie immer, das Erste ist doch, dass Oesterreich bestehe. Nun allerdings in Frankreich ist das gelungen trotz allem Gräuel, trotz allen Wechselfällen der französischen Revolution, Frankreich ist doch ganz geblieben bis zum heutigen Tage. Allein es wird doch rathsam sein zu beachten, dass Oesterreich und Frankreich ganz verschiedene Dinge sind, dass in Frankreich nur unter Umständen historischer und geographischer Art und vielleicht hauptsächlich geographischer Art, die sehr anders sind, als die österreichischen, die ausserordentlichen Gefahren und Unglücke, die aus der französischen Constituante hervorgegangen sind, doch wenigstens nicht dazu geführt haben, dass Frankreich darüber zu Grunde gegangen wäre. In dem dortigen Verlaufe der Dinge scheint mir aber dafür, dass in Oesterreich der Erfolg derselbe sein müsse, keine Bürgschaft zu liegen. Man sagt freilich: in der Versammlung, die hier berufen wird, werden ja alle Vertreter der Völker Oesterreichs zusammenkommen und sie alle sind durchdrungen von dem Wunsche, Oesterreich zu erhalten und von der patriotischen Gesinnung, Oesterreich nicht zu Grunde gehen zu lassen. Bei Gott, ich bin der letzte, der dagegen Zweifel erhebt. Die Anschauung aber, dass, wenn man sich einmal in eine abenteuerliche Politik einlässt, das blosse Vertrauen auf die Personen, welche im ersten Beginn die Angelegenheit in ihre Hand bekommen haben, einen Schutz gewähren solle gegen die Möglichkeit gefährlicher Resultate, ist zum mindesten eine sehr naive. Wir wenigstens können uns dazu nicht verstehen, auf diese Voraussetzung allein die ganze Reihe von unberechenbaren Folgen, die aus einer solchen Versammlung hervorgehen können, zu acceptiren und um sie zu acceptiren, das, was in Oesterreich noch an festen Rechtszuständen vorhanden ist, aufzugeben.

Man sagt uns freilich auch, wie sollen die Landtage angegriffen werden? In der Februarverfassung selbst stehe ja, dass die Landesordnungen nicht geändert werden können, ausgenommen durch Mitwirkung der Landtage.

Nun, meine Herren, wenn es auch wahr wäre, dass eine constituirende Versammlung, wenn sie einmal in die volle Uebung ihrer Gewalt gelangt ist, sich durch die Landesordnungen werde hindern lassen, das zu thun, was ihr gefällig ist, so gibt es doch eine Reihe von Bestimmungen, welche die rechtliche Bedeutung des Landtages alteriren würden und doch getroffen werden könnten, ohne die Paragraphe der Landesordnung zu ändern und ohne den Landtag zu fragen, namentlich im Augenblicke, in dem es sich, wie die Regierungsmittheilung selbst sagt, um ganz neue Probleme handeln wird. Es wird gesprochen von Delegationen; die Regierungsmittheilung gibt allerdings uns darüber keinen weiteren Aufschluss, indessen wer die Zeitungen liest, der weiss, was damit gemeint ist. Dass die constituirende Versammlung zu dem Resultate führen könnte, diese Delegationen in einer Art herzustellen, dass der Einfluss, den bisher der Landtag auf Grundlage des Grundgesetzes vom 26. Februar auf die Angelegenheiten zu üben hat, welche über seinen unmittelbaren Wirkungskreis hinausreichen, annullirt würde, das liegt wohl nahe und die Landesordnung wird uns dagegen nicht mehr schützen können, wenn wir heute den Reichsrath einfach beschicken.

Es wird also von uns verlangt, dass wir beschicken unter Anerkennung dieses sogenannten verfassungsmässigen, wie mir scheint richtiger constituirenden Charakters der Versammlung, die zusammen kommen soll. Von der Gegenseite wird uns nun eingewendet, wenn wir nicht anerkennen wollen, dass die Majorität dieser Versammlung das künftige Verfassungsrecht von Oesterreich definitiv beschliessen könne; wie soll die Sache je zu einem Ende kommen? der Weg, den wir vorschlagen, wird uns gesagt, rückt das Ziel in unabsehbare Ferne. Unsere Vorschläge oder vielmehr die Bitten, die wir an Se. Majestät gerichtet haben, gehen doch nicht weiter, als dass, wenn durch diese Versammlung die Rechte des Königreichs Böhmen, die Rechte nämlich, welche im Octoberdiplom und in seiner Fortsetzung auch im Februarpatente ihre Anerkennung gefunden haben, alterirt werden sollten, das nicht geschehen könne, ohne den Landtag des Königreiches Böhmen zu hören. Dass nun Sr. Majestät dem Kaiser die Sanction der Beschlüsse der Versammlung vorbehalten sein müsse, wird doch von allen Seiten des Hauses zugegeben; in Widerspruch mit dieser Stellung würde auch das nicht kommen, wenn Se. Majestät uns aller-

gnädigst versprechen wollte, die Sanction nicht zu ertheilen, ohne den Landtag Böhmens selbst gehört zu haben und das, meine Herren, ist wohl keine sehr unbescheidene Bitte, nachdem es doch Thatsache ist, dass das Wort Sr. Majestät des Kaisers am 20. September 1856 uns die Einvernehmung der Vertreter der Königreiche und Länder und die Erwägung ihrer Aeusserungen als gleichgewichtige Stimmen versprochen hat. Dass nun in der Versammlung, wenn sie so eingerichtet ist, wie es bisher beabsichtigt wird, die Stimmen der Königreiche und Länder verschwinden werden, das kann nicht in Abrede gestellt werden und mag auch der Herr Vorredner gerade das wünschen, so können wir doch nicht anders, als wenigstens auf diesem Maass der Erfüllung des Allerhöchsten Versprechens vom 20. September 1865 zu bestehen, darauf zu bestehen, dass in der Versammlung klar werde, was die Stimme des Königreiches Böhmen für eine Meinung äussert; dass das wenigstens zur Kenntniss Sr. Majestät gebracht werde und nicht verschwimme in der allgemeinen Abstimmung. Ueberdies aber allerdings auch das andere, dass wenn durch die Beschlüsse die Rechte des Königreiches Böhmen alterirt werden sollten, Se. Majestät die Gnade haben wolle, mit dem Landtage des Königreiches Böhmen selbst in Verhandlung zu treten.

Schneller möchte die Sache gehen, so glaubt man wenigstens, wenn eben einfach der Versammlung, die da zusammentreten wird, die Competenz eingeräumt würde, constitutive Beschlüsse zu fassen über die künftige Verfassung Oesterreichs, so dass diese Beschlüsse lediglich der Sanction Sr. Majestät unterbreitet und in Folge dieser Sanction zur allgemeinen Geltung gelangen könnten. Es ist aber denn doch sehr wichtig, sich gegenwärtig zu halten, dass die blosse Thatsache eines solchen Beschlusses, die Durchführbarkeit der Verfassung noch keineswegs sichert, dass es politisch unmöglich ist, eine freiheitliche Verfassung mit Zwang durchzuführen, mit Zwang gegen einen grossen Theil der Bevölkerung, der sie gegeben wird. Das sollte doch keinem Zweifel unterliegen. Nun, wenn sich die Sachen so gestalten sollten, dass zwei Meinungen sich gegenüberstehen, die sich beinahe die Wage halten, und dass durch Umstände, die Niemand vorher berechnen kann, eine oder die andere die Majorität erlangte von einer oder einigen Stimmen, glaubt man, dass die Beschlüsse, welche nicht durch Verständigung, sondern durch eine solche Ueberstim-

mung zu Stande kämen, eine haltbare Grundlage für eine durchzuführende Verfassung sein werden? Das ist die entscheidende Frage. Meiner Ueberzeugung nach ist es an und für sich absolut unmöglich, dass die Verfassungskrisis in Oesterreich in einer erfolgreichen, in einer dauernden, friedlichen und gedeihlichen Weise gelöst und die Lösung durchgeführt werde, anders, als wenn über die wichtigsten Punkte, welche Lebensfragen für den einen oder den andern Theil sind, vorerst eine Verständigung herbeigeführt werde. So lange dies nicht geschieht, wird eine constituirende Versammlung ebensowenig, wie eine Octroyirung des Kaisers zu einem Resultate führen.

Wir werden, wenn man auf dem Wege weiter gehen wollte, eine solche Verfassung mit Gewalt durchzuführen, zu keinem anderen Resultate gelangen, als zu dem, dass nach langen bedenklichen Wirren man genöthigt wäre, sie wieder aufzuheben. Deswegen sind wir der Meinung, dass es nicht wahr ist, dass der Weg der Verständigung ein langsamerer sein würde, als der Weg der constituirenden Versammlung. Ohne eine Verständigung wird auch keine constituirende Versammlung ein bleibendes, heilsames Resultat bewirken können. Ehe der Weg nicht eingeschlagen wird, der am schnellsten zur Verständigung führt, worunter man aber nicht eine Verständigung in dem Sinne verstehen darf, als ob man über alle Paragraphe vollkommen einig werden müsse, sondern eine Verständigung über die Art und Weise, wie jene Fragen, welche heute noch die Bevölkerung in Parteien scharf theilen, gelöst werden können und wie der Friede zwischen den Parteien herzustellen ist, ehe dies nicht gelungen ist, wird eine jede Lösung der österreichischen Verfassungsfragen unmöglich sein.

Geben wir nun den Boden auf, den wir heute noch unter den Füßen haben, und treten wir in eine constituirende Versammlung ein, dann ist alle Hoffnung auf einen gedeihlichen Erfolg davon abhängig, dass die Versammlung baldigst zu einem befriedigenden Resultate führe. Ob der Fall ein sehr wahrscheinlicher ist, darüber möge ein Jeder urtheilen, ich glaube nein! und eben deshalb, weil er mir ein sehr zweifelhafter zu sein scheint, kann ich mich nicht dazu entschliessen, dazu mitzuwirken, dass der Boden, auf dem wir bisher stehen, — und dieser Boden, ist wesentlich derjenige, auf welchem Oesterreich seit Jahrhunderten besteht, auf welchem Oesterreich gross und mächtig geworden ist, —

dass wir diesen Boden aufgeben sollen, um uns in ein so zweifelhaftes Experiment einzulassen. Das sind die Gedanken, die wir geglaubt haben, Sr. Majestät ehrfurchtsvoll vorstellen zu sollen. Ein Herr Vorredner hat diesen Punkt hervorgehoben und gefragt, ob wir ihn wirklich so verstanden haben, er hat es als etwas hinstellen wollen, was mit einer loyalen Gesinnung unvereinbar sei. Meine Herren! mit solchen Bezweiflungen einer loyalen Gesinnung, die wirklich in den Herzen ruht, ist keine Wirkung zu erzielen; wir bekennen uns offen dazu. Allerdings wir fühlen uns verpflichtet, Sr. Majestät ernste Bedenken vorzulegen; die Frage ist nur die: sind diese Bedenken begründet oder nicht? Sind sie begründet, so kann man nicht sagen, dass wegen ihrer Gefährlichkeit es ein illoyaler Schritt sein sollte, Se. Majestät darauf aufmerksam zu machen; sind sie nicht begründet, dann wird schon Se. Majestät darüber entscheiden.

Wir haben, meine Herren, zu wählen zwischen den beiden Anträgen, welche uns vorliegen. Der eine und der andere ist von grosser Bedeutung, der eine und der andere wird einen Verlauf haben, den Niemand von uns vorher zu berechnen im Stande ist. Der Erfolg liegt nicht in der Hand des Menschen; was aber in seiner Hand liegt, ist das zu thun, was er als seine Schuldigkeit erkennt. Wir sind an einer politischen Frage angelangt, die von höchster Bedeutung ist, die im vollen Ernste des Wortes für einen Jeden, der darüber seine Stimme abgibt, eine Gewissensfrage ist. — Wir werden, Jeder von uns nach seinem Gewissen, unsere Meinung abgeben; — was die Meinung des Landtages sein wird, wird sich dann herausstellen. Allerdings wird es unter allen Umständen nur die Stimme einer Majorität sein. Man hat uns zum Vorwurfe gemacht, dass wir in der Adresse nur die Meinung der Majorität des Landtages, der Majorität des Landes aussprechen, und gerade Jemand hat es uns zum Vorwurfe gemacht, der sich in seinen Argumentationen auf das Stricteste auf die constitutionelle Doctrin gestellt hat. In dem Sinne, in dem uns der Vorwurf gemacht worden ist, als ob wir das, was unsere eigene Meinung ist, für die ausschliessliche Meinung der ganzen Bevölkerung erklären wollten, ist er nicht wahr, wie schon berührt worden ist. Und wenn wir auch so albern wären, das thun zu wollen, so wäre es umsonst, denn wie darüber im Lande die Meinungen leider Gottes getheilt sind, das weiss Se. Majestät der Kaiser und es ist auch

allgemein bekannt; dass aber der Landtag als solcher eine Meinung aussprechen muss, das ist einmal die nothwendige Folge der constitutionellen Principien, von denen gesprochen worden ist; die Art, wie wir darüber abstimmen, schliesst aber keineswegs aus, dass neben dieser Meinung auch noch eine andere bestehen könne. Wenn aber auch eine andere Meinung besteht, so bleibt es doch wahr, dass das Königreich Böhmen sich dagegen verwahrt, aufzugehen in einer westlichen Hälfte des Reiches.

IV.

Sitzungen vom 12. und 13. April 1867.

Die am 25. Februar 1867 beschlossene Adresse wurde der a. h. Erwägung nicht gewürdigt, sondern der Landtag über die erste Nachricht von seinen Beschlüssen mit dem kaiserlichen Patente vom 26. Februar (siehe Anhang Nr. 6) aufgelöst. Der Statthalter Graf Rothkirch wurde seiner Stelle enthoben, und Freiherr von Kellersperg zum Statthalter ernannt. Die neuen Wahlen, unter energischer Einwirkung der Regierung vollzogen, veränderten die Vertretung des Grossgrundbesitzes so vollständig, dass nicht einer der früheren Abgeordneten dieser Gruppe in dem Landtage Platz nahm, welcher am 6. April von dem neuernannten Oberstlandmarschall Grafen Hartig eröffnet wurde. Ein Protest gegen die Wahlen der nichtfideicommissarischen Grossgrundbesitzer blieb ohne Erfolg.

Dem Landtage wurde ein an den Minister Freiherrn von Beust gerichtetes a. h. Handschreiben (siehe Anhang Nr. 7) mitgetheilt, und der Landtag neuerdings zur Vornahme der Wahlen in den Reichsrath aufgefordert. Die über Antrag des Fürsten Carl Auersperg zur Vorberathung der Angelegenheit gewählte Commission von 15 Gliedern schlug vor: den Oberstlandmarschall zu ersuchen, er wolle in Gemässheit des §. 16 der L.-O. die Vornahme der Wahlen in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen setzen.“

Eine Minorität von 5 Gliedern stellte dagegen den Antrag: „Der hohe Landtag wolle beschliessen:

In Erwägung, dass die beantragte Wahl von Abgeordneten der nichtungarischen Länder zur Berathung und zum Abschlusse staatsrechtlicher Fragen zugleich eine Abänderung

der Landesordnung in sich begreift, welche nur auf dem Landtage selbst, und nur nach §. 38 der L.-O. beschlossen werden kann, und wozu das Recht vom Landtage auch an niemand Anderen übertragen werden kann;

in Erwägung, dass eine solche Wahl selbst nach dem Patente vom 26. Februar 1861 zur Competenz des Landtages nicht gehört, und sonach gemäss §. 35 der L.-O. oder §. 36 der G.-O. durch das h. Präsidium von der Debatte auszuschliessen ist;

in Erwägung endlich, dass, wie das bereits durch die Adresse des Landtages an Se. Majestät vom 25. Februar 1867 ausgesprochen ist, aus den Verhandlungen eines constituirenden Reichsrathes, auf welchem die Feststellung des Staatsrechtes und die Ordnung der Verfassungsverhältnisse des Reiches in die Hand nicht einer Vertretung des Gesamtreiches, sondern bloss einer Majorität von Abgeordneten einzelner, zum grossen Theile ausserböhmischer Länder gelegt wird, ernste Gefahren nicht bloss für die Einheit und Machtstellung des Staates und die Rechte der a. h. Dynastie, sondern auch für die staatsrechtliche und historisch-politische Individualität des Königreiches Böhmen, für dessen freie Selbstbestimmung und Autonomie erstehen können, übergeht der Landtag über die durch die hohe Regierung beantragte Wahl des Reichsrathes zur Tagesordnung.“

Die Verhandlung über diese Anträge wurde am 12. und 13. April 1867 gepflogen. Der Antrag der Minorität wurde abgelehnt. Dr. Rieger und Genossen legten sofort gegen den weiteren Vorgang des Landtages Protest ein, und verliessen den Saal.

Hierauf wurden ohne Abstimmung über den Commissionsantrag die Wahlen für den Reichsrath von 135 Abgeordneten vorgenommen.

Rede des Berichterstatters der Minorität Dr. Rieger.

(Aus dem Böhmischen übersetzt.)

Meine Herren! Als Referenten der Minorität läge mir eigentlich die Pflicht ob, auf die Argumente zu entgegnen, die von gegnerischer Seite gegen unsere Ansicht aufgestellt werden. In dieser Beziehung wurde mir die Sache übermässig leicht gemacht, denn es wurde kein einziges Argument vorgebracht. Die Herren

meinen, wer die Majorität hat, bedarf keiner Argumente; der Anstand aber hätte gefordert, dass sie, wenn sie schon selbst keine Argumente vorbringen wollen, doch die Argumente ihrer Gegner hören und sich nicht auf eine so ostentative Weise entfernen, als es gestern geschehen. Wenn das bei uns parlamentarische Praxis würde, wäre es vielleicht besser, die Stimmen gleich in den einzelnen Clubs zu sammeln und sie dann dem Landtage zur Scrutinirung zuzusenden. Höchstens würde es genügen, wenn jede Partei einen Redner als Referenten pour sauver l'honneur du drapeau und zur Belustigung des geehrten Publicums dort auf der Gallerie absenden würde. Allein richten Sie selbst, ob hiedurch das parlamentarische System und der Constitutionalismus überhaupt, dem gewiss auch Sie Werth und Gewicht beilegen, an Würde gewinnen oder verlieren würde.

Nachdem ich diese wenigen Worte vorausgeschickt, kehre ich zur Sache selbst zurück.

Meine Herren! Manch' bitteres Wort wurde in den letzten Tagen vorgebracht. Es ist aber ganz natürlich, dass die Minorität, besonders dort, wo sie vielleicht nicht ohne Grund glaubt, dass ihr Unrecht geschieht, oft bittere Worte und Ausdrücke gebraucht. Selbst der ausgezeichnete Referent der Majorität, der im vorigen Jahre auch die Erfahrung gemacht hat, wie bitter das Brod der Minorität schmeckt, hat nicht selten seine Sache auf eine so scharfe Art vertheidigt, dass es selbst bis knapp an die Grenzen des parlamentarischen Anstandes ging und der einsichtsvolle Oberstlandmarschall sich zu einer Ermahnung veranlasst sah. Ich erwähne dies aus dem Grunde, weil, wenn auch von unserer Seite bittere Worte gesprochen wurden, dies zu entschuldigen ist; ich habe diese Absicht nicht, und wünsche mich durchaus objectiv und wenn möglich, ruhig auszusprechen.

Meine Herren, was Sie auch von mir und meiner Partei-ansicht denken mögen, das werden Sie mir gewiss nicht abläugnen, dass ich innig und wahrhaftig mein Vaterland Böhmen liebe und dass ich wünsche, beide Nationen, denen es Gott zur Wohnstätte angewiesen, mögen in Frieden zu leben trachten und ihr Recht gegenseitig anerkennen.

Im vorigen Jahre ergab sich ein welthistorisches Ereigniss, wie es von ähnlicher Wichtigkeit unser Jahrhundert noch nicht aufzuweisen hat. Auf den unglücklichen Feldern von Sadowa wurde es zur Wahrheit, was das deutsche Volk durch viele

Jahrhunderte sich wünschte, wovon es träumte und dichtete, wornach es strebte — es vollzog sich die deutsche Einigung. Die grossen napoleonischen Kriege waren so zu sagen in allen ihren Folgen mit der Invasion der Armee der alliirten Mächte in Paris abgethan. Die Einigung Italiens, die unserer Tage vollzogen wurde, hat keine so grosse Bedeutung, als jene des gesammten deutschen Volkes; und zwar weder in Bezug auf ihre materielle, noch auf ihre moralische Tragweite. Ich weiss wahrhaftig objectiv und gerecht die Dinge zu überblicken und anerkenne gern die vielseitige Grösse des deutschen Volkes. Ich anerkenne die Vorzüge seines Charakters, seine hohe Bildung, seine hohe, ja man kann sagen, höchste Stellung in der Wissenschaft, die zugleich auch auf die Kriegskunst übertragen wurde, wovon die Preussen im letzten Kriege ein glänzendes Zeugnis gaben. Ich schliesse daraus, dass die Einigung eines so grossen Volkes, mit einer so gewaltigen Kriegsmacht, eines Volkes, das gerne von sich selbst sagt, es sei ein Volk in Waffen, fürwahr keine geringfügige Sache ist und dass sie nicht ohne grosse und entscheidende Folgen für alle Nachbarstaaten, für alle Nachbarvölker bleiben kann. Wie ich die Sache auffasse, ist das deutsche Kaiserthum seit der Schlacht von Sadowa fertig. Wann die Kaiserkrone auf dem Haupte der Hohenzollern endlich erglänzen wird, das mag von Wochen oder von Monaten abhängen; dass es aber geschehen wird, daran kann nun wohl kein einsichtiger Mensch mehr zweifeln. Dann ist aber eine Kriegsmacht von etwa 40 Millionen beisammen; dann ist es aber auch gewiss, dass diese Macht nicht in jenen Gränzen bleiben wird, die sie sich bisher erobert hat; vermöge der inneren Nothwendigkeit der Dinge, wie des Instinctes, der dem gesammten deutschen Volke innewohnt, wird sie weiter greifen.

Meine Herren, ich erinnere an einen Umstand, der ein wahres Unicum in der Geschichte der Völker ist. Ich kenne kein Reich, keine Nation, deren Herrscher den Titel: „Alle Zeit Mehrer des Reiches“ geführt hätte. Es ist dies ein gewichtiges Moment. Ich wiederhole es, keine Nation hat sich je eines solchen Titels bedient. Ich würde glauben, es würde einem christlichen Herrscher besser anstehen, sich zu rühmen, dass er Jedem das Seinige belasse. „Alle Zeit Mehrer des Reichs“ ist soviel, als wenn man sagte: „Jedes Nachbars, ohne Unterschied, Berauber.“ Wird nun dieser kaiserliche Titel zugleich mit dem neuerstandenen deutschen Kaiserthume erneut, so ur-

theilen Sie selbst, wie es Oesterreich, wie es uns ergehen wird; urtheilen Sie, ob dies eine Begebenheit ist, wichtig und gewaltig genug, uns zu ihrer vollsten Erwägung aufzufordern. Ich glaube, wir Alle, die wir in Oesterreich leben, sind davon im vollsten Masse und nahe berührt, und es erwächst uns daraus die Pflicht, für alle Zukunft unsere Stellung zu nehmen und zu sagen, wie weit wir uns gegen dieses historische Factum und seine nothwendigen Folgen zu schützen gedenken. Die Pflicht hierzu erwächst zunächst der Dynastie. Diese herrscht über so viele verschiedene Nationen und in dem ganzen vielsprachigen Reiche ist das deutsche Element in entschiedener Minorität. Will die Dynastie ihre Zukunft, alle ihre Macht und Kraft auf dieses eine Element gründen, so frage ich Sie, ob auf einer so engen Grundlage ihre Herrschaft von langer Dauer sein kann. Ich wenigstens, meine Herren, war immer der Meinung und glaube auch heute noch, dass es in dieser Beziehung für die österreichische Dynastie nur einen Weg gibt, und zwar „für Alle gleiches Recht,“ weder den Deutschen, noch den Slaven, noch den Magyaren, noch den Rumänen Unrecht zu thun, sondern gegen Alle gleich gerecht zu sein. Wird aber die österreichische Dynastie, wie ich schon früher einmal erwähnt habe, das slavische Element immer nur als Aschenbrödel seiner Völkerfamilie ansehen und überall nur die älteren Schwestern, die deutsche und magyarische, in den Vordergrund stellen, stützen und überschätzen, dann wird freilich nie Eintracht und Glück in dieser Familie herrschen, aber eine solche Herrschaft wird auch nicht von langer Dauer sein.

Ich will nun auseinandersetzen, wie sich die deutschen Bewohner Oesterreichs in dieser Angelegenheit verhalten sollen. Auch sie müssen sich nun, und zwar in kürzester Zeit, entscheiden, ob sie für immer Oesterreicher bleiben oder Deutsche werden wollen, ich sage Deutsche, und gebrauche diesen Ausdruck nicht im sprachlichen und nationalen Sinne, sondern im politischen. Wir alle wissen, dass die Schweiz drei Nationalitäten umfasst, die deutsche, französische und italienische; allein im politischen Sinne sind sie alle denn doch nur Schweizer. Darunter leidet die deutsche Nationalität in der Schweiz gar nichts, darunter leidet weder die deutsche Sprache noch die deutsche Literatur; die deutsche Sprache wird ebenso auf der Universität, wie auf der Polytechnik und im öffentlichen Leben gepflegt und nur die politische Nationalität der Deutschen

ist dort die schweizerische. Nun entsteht für unsere deutschen Landsleute die Frage, über welche sie sich in kurzer Zeit werden entscheiden müssen: wollen Sie bei Oesterreich bleiben und daselbst die Stellung einnehmen, welche die Deutschen in der Schweiz inne haben, das ist ihre Nationalität pflegen, aber sich zur politischen Nationalität Oesterreichs bekennen, oder wollen Sie die Einigung Deutschlands im weitesten Sinne des Wortes durchführen, daher der politischen österreichischen Nationalität entsagen und als einziges Ziel die vollständige Vereinigung mit ihrer grossen Nation anstreben? Ich will weder den einen noch den andern Weg verurtheilen, in solch' grossen und heiligen Angelegenheiten muss Jeder das Recht in seiner eigenen Brust suchen; auch will ich es Denjenigen nicht zur Schuld anrechnen, die sich das Ziel einer vollständigen Vereinigung mit ihrer grossen deutschen Nation als das höchste vorgesetzt haben. Aber ich wünsche, dass dies aufrichtig geschehe, damit weder die Welt, noch die übrigen Völker Oesterreichs, noch namentlich die Dynastie in Täuschung und Ungewissheit gelassen werde, damit nicht einmal ein Tag komme, wo sie vor einer Thatsache stünde, deren sie sich nie versehen hat. Wenn die Dynastie erkennen wird, welchen Gang die Ereignisse nehmen, dann wird sie auch ihre Massnahmen zu treffen wissen.

Ich möchte nun darüber sprechen, wie sich nach meiner Ansicht die Ungarn in dieser Frage zu verhalten haben.

Das magyarische Element an sich ist nicht gross, der eigentlichen Magyaren zählt man nur fünfthalb Millionen. Eine so kleine Nation ist meines Erachtens nicht berufen, grosse welt-historische Aufgaben zu vollbringen. Möge ihr Eifer, ihre Vaterlandsliebe, ihre Tapferkeit und ihr nationaler Stolz auch noch so gross sein, so wird sie doch kolossalen materiellen Factoren gegenüber nie mächtig genug sein; wie gesagt, entscheidenden Einfluss auf die Weltereignisse zu nehmen und Länder gewaltsam umzugestalten, das ist ihr nicht beschieden. Das ist ein Moment, welches die Magyaren vor Allem erwägen sollten, das sie aber — ich bedauere, dies sagen zu müssen — wegen allzugrossen Eigendünkels aus den Augen verloren. Ich bin der Meinung, dass die persönliche Existenz der Magyaren gleich der unseren für alle Zukunft nur in ihrer Verbindung mit Oesterreich gesichert ist. Für sie gibt es zwischen dem russischen und preussischen Koloss keinen anderen Zufluchtsort, als eben den österreichischen Staat und die Vereinigung der Völker, die

ihn gemeinsam bewohnen. Nichtsdestoweniger scheint es mir, nach den im ungarischen Landtage geführten Reden und gestellten Anträgen, nach den vor den Augen der kroatischen Abgeordneten gehaltenen Berathungen, sowie nach Allem, was hievon von verschiedenen Seiten zu unseren Ohren gelangte, zu schliessen, beinahe gewiss, dass die Magyaren die Sache ganz anders betrachten, etwa so, als ob Oesterreich schon sein Testament machte, und sie nichts Nothwendigeres und Eifrigeres zu thun hätten, als dafür zu sorgen, dass sie, wenn dieses Oesterreich zerfällt, ihr Hauswesen vollständig geordnet haben. Ja, meine Herren, ihr Ehrgeiz geht noch weiter. An den alten Titel des ehemaligen ungarischen Reiches, welches damals freilich noch nicht ein magyarisches war, an den Titel von Bosnien und Rama appellirend, glauben sie berufen zu sein, die Mission Oesterreichs im Orient zu übernehmen und nicht nur Oesterreich, sondern auch die Türkei zu beerben, die jetzt schon ihrem Zerfalle entgegengeht. Ja, es scheint mir, dass das gegenwärtige Ministerium des Aeussern selbst von dieser Anschauung eingenommen ist und in diesem Sinne die magyarischen Ideen unterstützt. Ich glaube aber, dass das eitle Pläne sind. Werden sich die Sachen in dieser Richtung dort entwickeln, so wird es nicht auf friedlichem Wege geschehen können, und es ist kaum anders denkbar, als dass die slavischen Elemente: die Serben, Kroaten und Bulgaren, die Waffen in der Faust, auf den Schauplatz treten und ihren Einfluss auf die Entwicklung dieser Angelegenheit geltend machen werden, und sollte an Oesterreichs Stelle, wie die Magyaren meinen, ein Staat an der unteren Donau entstehen, so wird es wohl kein magyarisches, sondern ein slavisches Reich sein. Die Sache muss jedem Unbefangenen klar genug sein. Ich glaube daher, wären die Magyaren von ihrer Selbstüberhebung nicht so eingenommen, würden sie die völkerrechtlichen Verhältnisse objectiver beurtheilen, so müssten sie vielmehr dafür sorgen, dass Oesterreich, das für ihre Existenz eine Nothwendigkeit ist, erhalten bleibe, und ihm nicht die unumgänglichen Bedingungen seiner staatlichen Existenz absprechen, ohne welche auch sie nicht bestehen könnten.

Wenn sich die Sachen so entwickeln würden, wie es sich die Ungarn einbilden, und Oesterreich jene Länder, die sie deutsch nennen, verlieren würde, dann würde freilich das deutsche Reich überall an ihren Gränzen stehen. Man muss aber auch

erwägen, dass es im Innern und an den Gränzen Ungarns noch andere Nationen gibt, die ebenfalls auf ihre Zukunft bedacht sind.

Meine Herren! Wir Slaven in Oesterreich können es nicht genug bedauern, dass die österreichische Dynastie und Regierung für die slavischen Angelegenheiten bisher so wenig Verständniss gehabt hat, dass es in den slavischen Süden alle fremden Mächte eindringen und sich populär machen liess. Namentlich der russische und italienische Einfluss hat sich dort gekräftigt, und auch Frankreich, ja selbst England haben Oesterreich überholt, während es diesem so leicht gewesen wäre, sich die Zukunft dieser Länder zu sichern vermöge des Zaubers, den ihm bei den Südslaven die einstigen Kämpfe des Prinzen Eugen gegen die Türken verliehen, und vermöge seines alten Kriegsruhmes und seiner Verdienste um die Vergangenheit dieser Stämme. Leider ist, so scheint mir, auch das versäumt worden, und ich weiss nicht, ob sich darin jetzt noch etwas nachholen lässt, besonders da Oesterreich die Sache so spät und ungeschickt in die Hand nimmt. Denn inzwischen hat sich das serbische Element schon allzu selbstständig entwickelt; wie Sie wissen, hat es dieser Tage alle Festungen besetzt, es handelt sich bereits um die Unterordnung Bosniens und der Herzogovina unter seine Regierung, und auf solchem Wege kann das alte serbische Carat vor unsern Augen erscheinen. Ob dann Oesterreich genug Kraft und Gelegenheit haben wird, seinen alten Zauber und seine Attraction in jenen Ländern geltend zu machen, daran zweifle ich sehr. Ich denke daher, dass die Hoffnung der Magyaren auf sehr schwachen Füßen ruht, besonders wenn man erwägt, dass die südlichen Völker insgesamt zur orthodoxen Kirche sich bekennen und dass daher eine katholische Macht bei ihnen stets einen schweren Stand haben wird, wohingegen Russland, mit seinem gleichen Bekenntniss, schon in dieser Beziehung vor uns einen grossen Vorsprung hat; darauf weise ich deshalb hin, weil die Magyaren nicht vergessen sollten, dass sie in ihrer ungarischen Krone viele Elemente des orthodoxen und serbischen Slaventhums haben, und dass sie wohl nicht lange derart werden vorgehen können, wie sie es gegenwärtig thun. Ich weise darauf hin, dass sie auch viele rumänische Elemente haben, die sich unter der Krone der Hohenzollern zu einem selbstständigen Staate heranbilden, und welche, falls sie sich in dieser Stellung einige Zeit erhalten, gewiss auch eine gewisse Attractions-

kraft auf ihre ungarischen Stammesbrüder üben werden. Endlich sollten die Magyaren nicht vergessen, dass auf dem Boden des ungarischen Königreiches selbst durch Hunderttausende von Bewohnern das russische Element vertreten ist, und dass, wenn das nationale Moment entscheiden sollte, Niemand es verbürgen kann, ob sich Russland nicht um seine Brüder jenseits der Karpathen melden wird.

Meine Herren, ist dem so, so sollten die Magyaren auf diese Thatsachen gebührende Rücksicht nehmen, darnach ihre nationale Politik einrichten und gegenüber dem österreichischen Kaiserstaate keinerlei Präensionen erheben, die meines Erachtens weder die Dynastie noch die Monarchie, soll sie erhalten werden, auf die Dauer mit Erfolg beachten und billigen können. Ich meine, der Sache selbst wegen sollten sie dem Staate und seiner Erhaltung bereitwillig jene Concessionen machen, die ihm unumgänglich nothwendig sind.

Die Situation des böhmischen Volkes ist sehr einfach. Unsere Geschichte ist leider fast durch ein ganzes Jahrtausend ein beständiger Kampf um die Erhaltung unserer Individualität und Nationalität gegen die Attraction und Expansion des deutschen Elementes. Das ist ein unläugbares Factum, und so lange das böhmische Volk leben, so lange es nur irgend welche Lebenskraft in sich fühlen wird, wird es stets sein Streben sein, diese seine Existenz und Nationalität zu schützen, damit sie nicht untergehe im deutschen Meere. Die Sache ist zu klar, als dass Jemand daran zweifeln könnte. Von diesem Standpunkte muss es vor Allem unsere Aufgabe sein, „Oesterreich und uns in Oesterreich zu erhalten,“ und darum sind wir bereit dem Reiche alles das zu geben, was zu seiner Existenz, Macht und Einheit nothwendig ist.

Ich bin daher nach Allem der Meinung, dass wir, die Magyaren und auch die Polen, die nun ihre Stellung klar einzusehen beginnen, dasselbe wichtige Interesse haben, die österreichische Monarchie als festen Organismus zu erhalten, und nicht etwa als „membra disjecta“; als festen Organismus sage ich, der im Nothfalle seine Kriegsmacht gehörig und hinreichend zu entwickeln und alle kleineren, mit einander vereinten Nationen Oesterreichs zu vertheidigen und zu beschirmen im Stande sei. Ein solcher Organismus ist aber der Dualismus nicht. Ich bekenne mich dazu, dass ich mich des Gedankens, des Gefühles, der

Ueberzeugung, nicht ent schlagen kann, dass der Dualismus in Kurzem zum Zerfalle des Reiches führen muss. Es ist dies eine natürliche Sache. Wenn das, was auch viele unter Ihnen wünschen, sich verwirklichen wird, so werden wir zwei Parlamente haben, ein ungarisches und ein cisleithanisches. Zwei solche Körper können auf die Dauer nebeneinander nicht bestehen, ohne dass der eine Uebergewicht über den andern erlangt. Es wird dann wie in einer Ehe sein, wo immer Einer den Ton angibt und der Andere sich fügen muss. Ich halte es daher für ganz natürlich, dass, wenn der Dualismus durchgeführt wird, jene Partei und jene Hälfte, die sowohl durch ihre Intelligenz, als auch durch die Zahl ihrer Einwohnerschaft und durch die Grösse ihrer Production und Industrie das unbestreitbare Uebergewicht hat, in ihrer ungeheueren moralischen und materiellen Ueberlegenheit das entscheidende Moment des ganzen Reiches sein wird und dass daher das, was die Magyaren für sich ersehnt haben und nun mit Jubel, ja mit triumphirenden Worten lobpreisen, auf schwachen Füßen stehen wird, denn endlich entscheidet in der Politik doch immer das Recht des Stärkeren. Ich glaube daher, dass eine derartige Organisation des Staates auf die Dauer den Magyaren selbst keine Garantie bietet, und kömmt es einmal zu einem Streite, in welchem sich beide Parteien nicht mehr einigen können, so wird der Schwächere nothgedrungen weichen müssen, um so mehr, wenn sich der Stärkere auf die unterdrückten nationalen Elemente stützen kann.

Meine Herren, ich halte dafür, dass sich die österreichische Monarchie nur auf historischer Grundlage festigen lässt. In allen Ländern sind die Nationalitäten so untereinander gemischt, dass man sie von einander nicht scheiden kann, und abstrahiren wir vom historischen Boden der einzelnen Nationen und Länder, dann wird es gefährlich, ja geradezu unmöglich werden, ein Ganzes aus diesen Theilen nur auf nationaler Grundlage wieder zu organisiren, und der Kampf Aller gegen Alle wird die Folge davon sein, ein gewaltiger und beklagenswerther Kampf.

Meine Herren! Neben dem historischen Rechte gibt es noch ein zweites Moment von ungeheuerem Gewicht, das gegenwärtig eigentlich ganz Europa beherrscht, in unserer Zeit alle Völker in Bewegung setzt und ihre Schritte leitet. Es wäre eine verderbliche Thorheit, wenn wir dieses Moment nicht beachten sollten — es ist die Idee der Nationalität.

Wir sind überzeugt, dass neben dem historischen Rechte zugleich auch die Nationalität der sämtlichen in diesem Reiche neben einander lebenden Volksstämme volle Würdigung ihres Rechtes und volle Achtung erlangen muss. Thöricht wäre eine Nationalität, die da, selbst wenn sie sich in einem Lande zufällig in der Majorität befindet, glaubte, sie könne deshalb eine andere Nationalität bedrücken. Eine solche Thorheit würde sich in kurzer Zeit an jedem Volke rächen. Nicht selten wird auch von uns behauptet, wir hätten dergleichen gegen unsere deutschen Landsleute im Sinne. Ich kann Sie bei meiner Ehre und bei Gott versichern, dass eine solche Absicht unter uns nicht zu finden ist, und wenn Sie unserer Ehrlichkeit nicht glauben wollen, so glauben Sie wenigstens an unsere Klugheit. Wahrlich, wir begreifen sehr wohl, dass wir der deutschen Gränze zu nahe sind, als dass wir unsere deutschen Landsleute auf welche Art immer bedrücken könnten; wir wissen sehr gut, wie gross das deutsche Volk ist und, meine Herren, so albern sind wir nicht, dass wir aus ihnen „Schmerzenskinder“ machen und uns eines Unrechtes wegen in einen, unsere eigene Existenz bedrohenden Kampf einlassen wollten. Wir haben an uns selbst erfahren, wie unvertilgbar die Kraft der Nationalität ist und wissen, dass der deutschen Nation nach vollem Recht Genüge geschehen muss. In dieser Beziehung wünschen wir nichts sehnlicher, als dass endlich eine Basis gefunden werde, die uns beiden gleich gerecht wäre und die beide Nationalitäten bereitwillig, aufrichtig und freiwillig annehmen und respectiren könnten. Wir wissen, dass, falls sich keine solche Basis fände, wir schliesslich resigniren müssten, und das kann kein ehrlicher Böhme zugeben, dass unser theueres Vaterland, dass dieses Land getheilt werde, das Gott selbst so augenfälliger Weise als ein Ganzes geschaffen hat.

Wir selbst wünschen daher von ganzem Herzen, dass Sie, meine Herren, die Sie Ihre Nationalität in diesem Lande bedroht glauben, in dieser Beziehung all' Ihre Wünsche aufrichtig und unverhohlen aussprechen, und — es sei mir erlaubt, hier Deák's Worte zu gebrauchen — auch wir wollen Ihnen ein weisses Blatt bieten, damit Sie darauf alle jene Garantien schreiben, die sie zur Sicherung Ihrer Nationalität in diesem Lande für wünschenswerth erachten. Wir werden Ihnen diese Garantien gerne verbürgen, denn auch für uns wird darin die Bürgschaft liegen, dass Sie fortan für die Einheit unseres Va-

terlandes eintreten werden, und Gott weiss, das ist der sehnlichste Wunsch unseres Herzens.

Was wir aber von uns und von den nationalen Verhältnissen in unserem Vaterlande denken, und was wir auch Anderen gönnen, das möchten wir auch unseren Landsleuten und Stammesbrüdern in Ungarn gewährt sehen. Wir können nicht vergessen, dass unter der ungarischen Krone an drei Millionen Čechoslawen leben, die einen böhmischen Dialekt sprechen, mit uns durch viele Jahrhunderte eine gemeinsame Literatur haben und uns die grössten Meister unserer Sprache, die berühmtesten Illustrationen unserer Literatur — Šafařík und Kolár — gaben. Wir wünschen aufrichtig, dass auch ihnen Recht geschehe. Das hoffen und erwarten wir auch von der Weisheit und der Besonnenheit der Magyaren. Auch sie werden in der Schule der thatsächlichen Verhältnisse gegen unsere Ansprüche gerecht zu sein lernen, so lange es Zeit ist.

Meine Herren! Die Magyaren haben ein Sprichwort: *Extra Hungarium non est vita!* Dieser ihr Eigendünkel ist gefährlich. Sie sollten nicht vergessen, dass auch ausserhalb ihrer Gränzen Menschen leben, und wenn sie die Slawen in Ungarn für ein blosses Regierungsmaterial halten, das sie nach Belieben zerreißen und zerschneiden können, so sollten sie nicht vergessen, dass das Schneiden dieses Material schmerzt, dass dieses Material schreit und dass andere Leute jenseits der Gränze diesen Schmerzensschrei hören.

Meine Herren, erlauben Sie mir nun zu einer andern Sache zu übergehen, die zu erwähnen ich mich veranlasst fühle. Es ist dies das Elaborat des ungarischen Landtages, beziehungsweise der Landtags-Commission, das bekannte Elaborat Deák's, das ein Grundgesetz der österreichischen Monarchie werden soll, oder correcter gesagt, der zukünftigen zwei österreichischen Reiche, des ungarischen und des cisleithanischen. Insbesondere fällt mir hiebei auf, dass das ganze Elaborat auf die pragmatische Sanction sich basirt, lediglich von dieser ausgeht und dass aus derselben deducirt werden will, was im §. 29 gesagt wird: „In Bezug auf jenen Theil der gemeinsamen Angelegenheiten, der nicht ausschliesslich in die Verwaltung der Regierung gehört, erachten wir weder den Gesammtreichsrath noch irgend ein gemeinschaftliches oder Centralparlament für zweckmässig; wir acceptiren weder das Eine noch das Andere, sondern wünschen, da auch nach der allerhöchsten Thronrede

Sr. Majestät die pragmatische Sanction unser gemeinschaftlicher Ausgangspunkt ist, dass einerseits die Länder der ungarischen Krone zusammen, andererseits die übrigen Länder und Provinzen Sr. Majestät zusammen als zwei von einander gesonderte, ganz gleichberechtigte Theile angesehen werden.“ — Dieser Passus des Herrn Deák setzt voraus, dass die pragmatische Sanction einerseits von den Ungarn und andererseits von allen übrigen Ländern und Provinzen Oesterreichs gleichzeitig und gemeinsam acceptirt worden sei. Wird die pragmatische Sanction wirklich hingestellt als das Fundamentalgesetz des ganzen Reiches, auf dem nicht nur Oesterreich, sondern die Dynastie selbst beruht, so muss ich bemerken, dass dieses Fundamentalgesetz, als es erlassen wurde — und es ist noch nicht so lange her — von den böhmischen Ständen, vom böhmischen Landtag ebenso wie von dem ungarischen, nicht aber von allen nichtungarischen Ländern gemeinsam angenommen worden ist. Wenn nun damals zur Annahme eines Fundamentalgesetzes für das ganze Reich die Zustimmung des ungarischen Landtages einerseits und des böhmischen andererseits verlangt, und wenn dieses Gesetz den beiden genannten, so wie auch den übrigen Landtagen vorgelegt worden ist, so sehe ich nicht ein, warum man jetzt von dieser Regel abweichen sollte, die sich doch gewiss als sehr erspriesslich erwiesen hat. Gerade die pragmatische Sanction ist der einzige staatsrechtliche Act, der von keiner Partei negirt wird, weil er von allen Parteien, von allen Landtagen direct und freiwillig angenommen worden ist. Namentlich die böhmischen Stände haben die pragmatische Sanction nicht bloß mit jenen servilen Höflichkeitsformeln acceptirt, die das Zeichen der damaligen Zopfzeit waren, und auf die ein Historiker, dessen Manier es ist, aus den Urkunden immer nur das herauszugreifen, was ihm gerade passt, mit besonderer Vorliebe hingewiesen hat, als bestünde darin der gesammte Inhalt des Landtagsbeschlusses. Die böhmischen Stände haben nebst den Worten jener, nach den Begriffen unserer Zeit allerdings etwas servilen Kanzlei-Courtoisie ganz offen die Hoffnung ausgesprochen, Se. Majestät werde auch künftig unsere Rechte und Privilegien treulich wahren.

Ein anderes auffallendes Moment im Elaborate Deák's ist für mich die häufige Wiederholung des Ausdruckes „verantwortlich.“ Dieser Ausdruck ist meiner persönlichen Ansicht nach ganz natürlich und bei jeder übertragenen Gewalt unver-

meidlich; auch ich kann mir kein wahres constitutionelles Leben denken, wo die Verantwortlichkeit in allen Stufen der öffentlichen Thätigkeit nicht bestehen würde. Nur dort, wo der nackte Absolutismus herrscht, gibt es, wenigstens an der Spitze, keine Verantwortlichkeit. Allein die Art, wie dieses Wort durch deutsche Staats- und Verfassungstheorien verschärft, gleichsam zu einer gewissen specifischen Ministerverantwortlichkeit zugespitzt, und so zu sagen destillirt worden ist, zieht manche üble Folgen und Gefahren nach sich, denn in dem eben erwähnten Sinne einseitig aufgefasst, folgt daraus die Omnipotenz des Ministeriums, das selbst und durch seine Organe nach Belieben schalten und walten kann, sobald es nur sagt, es werde vor dem Parlamente Alles verantworten. In dieser Beziehung scheint es mir, dass der berühmte Verfasser jener Artikel und auch jene Herren, die mit ihm übereinstimmten, in der veralteten, der wahren Freiheit keineswegs günstigen Theorie des centralistischen Constitutionalismus übermässig befangen waren, wenn es sich ihnen nicht etwa darum gehandelt hat, irgend eine mächtige Centralisation ad hoc, d. h. mit Rücksicht auf die slavischen Völker der ungarischen Krone zu begründen. Ist das der leitende Gedanke der gegenwärtigen ungarischen Politik, dann, glaube ich, befinden sich die Magyaren auf einem unrechten Wege, und sie werden schliesslich die slavischen Stämme zu einem sehr entschiedenen Widerstand bewegen, zu einem Widerstande, durch den nicht nur die ungarische Krone, sondern die ganze österreichische Monarchie zu Schaden kommen müsste.

Eine andere auffallende Sache in jenem Elaborate ist, dass im Artikel 35 gesagt wird, die Delegationen des ungarischen und des cisleithanischen Landtages dürfen nicht in einer gemischten Versammlung berathen, sondern theilen sich ihre Ansichten und Beschlüsse schriftlich, mittelst schriftlicher Botschaft mit. Diese schriftliche Botschaft der Delegationen soll in ihrer eigenen Sprache mit authentischer Uebersetzung geschrieben sein. Die ungarische Sprache ist jetzt die magyarische, wenigstens wird sie gegenwärtig allgemein dafür gehalten, obwohl dies sonst nie der Fall war, wenigstens officiell nicht, denn solange noch Gleichberechtigung zwischen den ungarischen Nationen bestand, bediente man sich in allen öffentlichen Angelegenheiten der lateinischen Sprache. Aber ich frage, welche Sprache ist denn eigentlich die cisleithanische? Das ist freilich unbekannt, und es ist mir in der That auffallend, dass Herr Deák diesen Aus-

druck mit einer solchen Geringschätzung und Nichtbeachtung alles dessen gebraucht, was jenseits der Leitha geschieht, und ohne Rücksicht auf die Völker, die hier wohnen.

Schon früher habe ich hervorgehoben, dass es nicht nur uns, sondern auch unseren Nachbarn, den Magyaren nothwendig ist, dass Oesterreich ein kräftiger politischer Organismus und vor Allem auch ein kriegerischer Organismus sei, und ich kann in dieser Hinsicht nichts billigen, was irgendwie zur Desorganisation und Schwächung der Kriegsmacht in diese Punkte hineingelegt wurde; dass ich so die Sache auffasse, das kann nach meinem Standpunkte ein Jeder einsehen, und ich glaube, es könnten dies selbst die Magyaren begreifen, denen es sich doch um Nichts Anderes handeln kann, als darum, ihre Nationalität zu erhalten, aber auch den Schild dieser Nationalität, d. h. Oesterreich.

Eigenthümlich ist auch die Art, wie in dem Elaborate der Commission die Zollangelegenheiten behandelt werden, sowie auch jene Angelegenheiten, welche die indirecten Steuern betreffen. Meine Herren, ich glaube, dass dieser Modus sich für die Dauer nicht als praktisch erweisen kann; er ist umsoweniger praktisch, als selbst die selbstständigen deutschen Staaten sich eine viel compactere Form zur Lösung dieser Angelegenheiten vorgezeichnet haben. — Aber ganz besonders sonderbar ist die dort proponirte Behandlung der gemeinsamen Finanzangelegenheit. In dieser Beziehung wird ganz deutlich gesagt: „Die Staatsschuld, die nicht vom ungarischen Landtag bewilligt wurde, gilt für uns nicht.“ Meine Herren, ich frage Sie, wer wird sie also bezahlen? Von unserem Landtage ist sie auch nicht bewilligt worden, und ich glaube, was von dem einen gilt, das gilt auch vom anderen. Die Sache fängt wirklich schon an, eine komische Gestalt anzunehmen, wenn in dieser Art weiter verhandelt werden sollte. Ich glaube, meine Herren, die neue Austria muss diese Erbschaft der alten Austria ohne beneficium inventarii übernehmen, wie sich die Juristen auszudrücken pflegen.

Meine Herren! Die Magyaren konnten ebensowenig wie wir verhüten, dass Staatsschulden gemacht wurden, obwohl sie einen Landtag hatten, ja ich weiss nicht, ob sie überhaupt je dagegen protestirten. Auch wir haben einen Landtag und das Recht, Staatslasten und Reichssteuern zu verwilligen, gehabt, wir haben aber über diese Sache niemals verhandelt. In dieser

Sache hat unser König selbstständig ohne Controle gehandelt und uns, die wir es nicht ändern konnten, bleibt nichts Anderes übrig, als Banquerott zu machen und zu sagen: Wir zahlen nicht! oder wir müssen alle gleich und ehrlich bezahlen. Vernünftiger und gerechter Weise könnte diese Angelegenheit anders nicht erledigt werden, und wenn wir aufgefordert würden, nach Wien zu kommen, nur um daselbst den Standpunkt Deák's und des ungarischen Landtags als *fait accompli* anzuerkennen, so würden wir nur ausgelacht werden.

Aber, meine Herren, was uns am meisten schmerzt und, um aufrichtig zu sprechen, verletzt, das ist die Art, in welcher die ungarische Vertretung über unsere Angelegenheiten, über böhmische Angelegenheiten entscheiden will. Wir kennen in der Geschichte die Zeit noch nicht, wo der ungarische Landtag dem böhmischen Landtage Gesetze gegeben hätte, wo die ungarische Krone Gesetze gegeben hätte der Krone von Böhmen. Jahrhunderte lang bestanden sie gleichberechtigt neben einander, manchmal freilich in gegenseitiger Feindschaft, oft aber in einer solchen Freundschaft, dass sie sich freiwillig einen gemeinschaftlichen König wählten; dass aber ein Land dem anderen Gesetze octroyirt hätte, das kennt die Geschichte noch nicht! Wir stehen vor einer neuen Octroyirung, vor einer Octroyirung nicht unseres gegenwärtigen legitimen Kaisers und Königs, sondern vor einer Octroyirung des Herrn Deák. Eine solche Octroyirung lassen wenigstens wir keineswegs zu. Wir glauben, dass die Ungarn, wenn sie selbst wünschen, dass ihre historischen Rechte von anderen österr. Völkern respectirt werden, auch unsere Rechte respectiren sollten. Meine Herren, als es den Ungarn schlecht ging, und als die Theorie Schmerling's von der Rechtsverwirkung sehr entschieden proclamirt worden ist, als sich selbst die Reichsvertretung zu ihr bekannte, da waren es wir und unsere Stammesgenossen, die Polen allein, die dieser Theorie Widerstand leisteten. Ich selbst habe es in sehr entschiedener Weise gethan, indem ich behauptete, dass die Völker in Folge einer Revolution ihrer Rechte nicht verlustig werden. Damals waren ihnen unsere Worte angenehm und die ungarischen Journale haben sie gerne wiederholt; nun aber scheinen sie sich zu denselben Grundsätzen zu bekennen und handeln so, als ob es gar keine böhmische Krone mehr gäbe, gehen über uns zur Tagesordnung über und schleudern uns nach Cisleithanien. Meine Herren! zu die-

sem Standpunkte können wir uns unmöglich bekennen, wir müssen uns entschieden dagegen verwahren.

Ich will nur noch wenige Worte über die Aufgabe, die uns zugedacht ist, sprechen. Wir sind aufgefordert worden — meine Herren, es sind dies Worte des kaiserlichen Prinzen, die hier zu wiederholtenmalen gehört worden sind — wir sind aufgefordert worden, in den cisleithanischen Reichsrath zu kommen, um daselbst ein Gegengewicht gegen die Ungarn zu bilden. Das ist nicht unsere Absicht; wir glauben, dass, wenn Se. Majestät der Kaiser und König einmal für gut fand, den Ungarn gewisse Concessionen zu gewähren, und wenn er erkannte, dass sich dies mit dem Vortheile des ganzen Reiches verträgt, dass es dann nicht unsere Aufgabe sei, nach Wien zu gehen, um ihnen das zu nehmen, was Er ihnen gewährt, um das aufzuheben, war Er gethan hat. Ich wenigstens müsste dies für eine sonderbare und nicht ganz reine Politik halten. Entweder wollte man den Ungarn das, was man ihnen gewährte, auch aufrichtig halten, dann bedarf man keines Gegengewichtes, dann darf es ihnen Niemand mehr nehmen; wenn wir aber ein Gegengewicht bilden, und wenn wir Böhmen das Odium auf uns nehmen sollen, ihnen das wieder zu entreissen, was ihnen gewährt worden ist, so müssten wir uns für diese Aufgabe ergebenst bedanken, nach dieser Auszeichnung geht nicht unser Wunsch, das wollen wir nicht, und, wie ich sage, wir respectiren das, was Se. Majestät der Kaiser gethan hat, wir respectiren das historische ungarische Recht, verlangen aber und erwarten auch, dass sie unsere Rechte respectiren.

Wir haben uns klar genug darüber ausgesprochen, wie wir über diese Sache denken, als es an der Zeit war. Schliesslich haben wir es auch in unseren Adressen gesagt, in denen wir uns auf jede mögliche Art gegen den Dualismus verwahrt und seine Schädlichkeit vorausgesagt haben. Wir haben damals in unserer Adresse an Se. Majestät uns bereit erklärt, die Regierung im Ausgleichswerke zu unterstützen; aber, meine Herren, unsere *bons offices* wurden nicht acceptirt, und unser Minister Herr Baron Beust hat sich als ein so grosser Staatsmann erwiesen, dass er einfach das unterschrieb, was Herr Deák verfasst hat. Welcher von den beiden ein grösserer Staatsmann ist, darüber, meine Herren, überlasse ich Ihnen zu urtheilen. Dass wir uns aber dazu hergeben sollen, das Werk dieser beiden ungeschehen zu machen und zu zerstören, dazu sind wir

nicht berufen. Wir sehen freilich viele Gefahren, die im Dualismus liegen, und hoffen, dass das, was sich noch gut machen lässt, endlich vielleicht so oder so wieder gut gemacht werden wird, ja dass die Ungarn schliesslich vielleicht selbst einige der begangenen Fehler erkennen und einsehen werden, wie sie in manchen Dingen zu weit gegangen sind. Aber, wie gesagt, wir sind nicht Willens, uns deswegen mit ihnen in einen Kampf einzulassen. Aber auch das sehen wir ein, dass, wenn wir jetzt in die Institution, die Dualismus genannt wird, einträten, wir nur bewirken würden, dass die Beziehungen der Völker zu einander sich noch schlimmer gestalteten, und deren Verbesserung auf dem Wege der Verständigung zu nichte würde.

Wovon wir vor Allem zurückschrecken, ist, dass wir gegenwärtig aufgefordert sind, in staatsrechtlichen Angelegenheiten unserer Selbstständigkeit und unserer historischer Individualität zu entsagen. So lange die böhmische Geschichte besteht, ist das böhmische Volk und der böhmische Landtag in allen staatsrechtlichen Fragen immer selbst gehört worden, hat er immer selbst gesprochen, hat er immer selbst seine politische Individualität vertreten! Meine Herren, jetzt erwartet man von uns, dass wir dieser Individualität entsagen, dass wir, das glorreiche Königreich Böhmen, nach Wien gehen, um daselbst, wenn ich so sagen darf, „mit dem andern Tross“ vermengt, mit den anderen kleinen Ländchen und Provinzen, nachdem wir die eigene Individualität verwirkt und unserer Selbstständigkeit und politischen Nationalität thatsächlich entsagt haben, der Umänderung der Reichsverfassung und unserer staatsrechtlichen Existenz zuzustimmen. Das, meine Herren, von uns zu erwarten, wird in alle Ewigkeit vergeblich sein! Wenn etwas solches gegen unseren Willen und ohne unsere Einwilligung geschieht, und wenn wir es schliesslich werden dulden und ertragen müssen, so werden wir auch das ertragen; im Herzen aber werden wir die Ueberzeugung des uns zugefügten Unrechts bewahren und sobald es nur angeht, werden wir es wieder beseitigen und ungeschehen machen. Das werden wir ewig nicht als gültig anerkennen! „On peut subir le droit du plus fort, mais on ne le reconnaît pas.“

Meine Herren, man hat uns von mancher Seite eingewendet: Ihr Böhmen wollt immer etwas Appartés haben, erwäget aber nicht, dass, wenn man es Euch gäbe, man es auch den Anderen geben müsste. Ich weiss nicht, ob diese Schluss-

folgerung eine richtige ist. Warum hat man denn den Ungarn etwas Appartes gegeben? Erkennen ja selbst die octroyirten Verfassungen, obgleich sie schablonenmässig genug verfasst sind, einige Abweichungen an. Erwägen Sie, meine Herren, nur die thatsächlichen Verhältnisse! Historisch sind die Rechte und die Erinnerungen Böhmens von jenen der übrigen österreichischen Länder gänzlich verschieden. Wenn wir eine böhmische Hofkanzlei hatten, die über alle Länder der böhmischen Krone herrschte, so weiss man von einer solchen in Tirol, Voralberg und in anderen Ländern nichts. Obwohl wir unsere Landtage hatten, so ist mir doch positiv bekannt, dass es gar manche Länder gibt, die keinen solchen besassen, so die Bukovina, so Vorarlberg, denen erst jetzt Landtage gewährt worden sind. Und sollte schliesslich das politische Gewicht und die grosse Bedeutung dieses Königreiches keinen Unterschied machen? Wir steuern genau so viel zu den Reichsbedürfnissen bei, als Ungarn! Warum sollten wir nicht dasselbe Gewicht und dieselbe Bedeutung haben? Wenn die Vorarlberger dieselben Rechte begehren wie wir, so mögen sie auch wie wir, ihre 20 Millionen bezahlen. In Gottes Namen — wir haben gar nichts dagegen, wenigstens würde unsere Last ein wenig geringer.

Meine Herren, wir haben von jeher die Königskrönung gehabt. Manche sagen freilich, se sei eine blosser Formalität, ich aber sage, dass unsere Krönung und der damit verbundene Eid an die Stelle der früheren Reverse getreten sind, die von den gewählten böhmischen Königen dem böhmischen Landtage ausgestellt zu werden pflegten. Bei der Krönung beschworen die Könige die Rechte, Privilegien und Majestätsbriefe des Landes. Meine Herren, wir haben gebeten, unser König möge sich bei uns krönen lassen, und Se. Majestät hat es uns feierlich versprochen. Das ist wieder etwas Appartes, was wir begehren. Wir wollen anderen Ländern nichts octroyiren, wie es uns von Seite Deák's geschieht; aber wir haben gar nichts dagegen, wenn sich Se. Majestät in Vorarlberg oder zum Bürgermeister der Stadt Triest krönen lassen will, denn auch Triest ist ein Kronland. Wir wollen nur unser Recht wahren und sagen blos: dieses ist unser, dieses gebührt uns.

Meine Herren, wenn ich schon der Krönung gedenke, so erlauben Sie mir nur wenige Worte über diese Angelegenheit. Von allen Seiten sagt man uns, dass wir auf die Krönung ein grosses Gewicht legen. Es ist wahr und es hat seinen guten

Grund; wir sehen in der Krönung unseres Königs die Anerkennung der politischen und staatsrechtlichen Individualität unseres Königreiches und der böhmischen Krone sammt Allem, was dazu gehört! An einer blossen Formalität ist uns nicht gelegen, und wenn man uns eine Krönung bieten wollte, die nicht eine Anerkennung der Verfassung und unserer staatsrechtlichen Individualität wäre, sondern eine blosser Ceremonie, dann würden wir lieber noch ein wenig warten. Es wäre das eine traurige Krönung, an der sich das Volk nicht mit Freuden betheiligen könnte, denn das Wesentliche bei der Krönung ist das, dass der König seinem Volke den Schwur leistet und dass die Abgeordneten und Grossen des Volkes ihrem Könige Treue schwören, so dass das Band ein gegenseitiges ist, dem das Volk zujubelt und zu dem es sich mit Freuden bekennt. Aber eine Krönung unter dem Stillschweigen des Volkes und Enthaltung seiner Abgeordneten, wäre eine sehr bedenkliche.

Das sind so einige Dinge, welche ich Ihnen erwähnen wollte, damit Sie unsern politischen Standpunkt bezüglich des Reichsrathes und der Fragen, welche daselbst verhandelt werden sollen, kennen lernen. Diejenigen Herren von Ihnen, die ihrer Ueberzeugung gemäss nach Wien gehen werden, können wir nicht daran hindern, das aber merken Sie sich, was wir Ihnen gesagt haben, und seien Sie darauf bedacht, dass Sie in keiner Beziehung den historischen Rechten dieses Königreiches etwas vergeben. Was Sie immer vergeben würden, von uns könnte es niemals anerkannt werden! Bedenken Sie, dass, wenn Sie hier auch die Majorität haben, Sie immer nur die Minorität der Einwohnerschaft dieses Königreiches und wir die Majorität repräsentiren.

Noch einer wichtigen Sache will ich Erwähnung thun. Ich sehe in der Institution eines cisleithanischen Reichsrathes und eines correlativen ungarischen Reichsrathes klar die Absicht, die slavischen Völker in den beiden Reichshälften zu majorisiren. Auf der einen Seite sollen die Magyaren, auf der anderen die Deutschen herrschen. Meine Herren, wir Slaven halten dafür, dass eine solche Theilung um die Rechte Anderer nicht lange dauern kann, denn „*justitia est regnorum fundamentum*.“ Mit Schmerz müssen wir daran erinnern, dass unsere Regierung, ja unsere Dynastie selbst ihre slavischen Völker, ihre Treue und ihre in schweren und gefährlichen Zeiten bewiesene und Sr. Majestät dem Kaiser bezeugte Ergebenheit nicht hinläng-

lich zu schätzen weiss. Meine Herren, wir Alle sehen sehr wohl, dass diese neue Institution, welche geschaffen werden soll, nichts Anderes ist, als eine Maschine zur Unterdrückung der Slaven. So betrachten wir die Sache, und können sie nach unserem Gefühl und Verstand nicht anders beurtheilen. Wir hoffen immer noch, dass Se. Majestät unser Kaiser und König zur Einsicht dessen kommen und es zum Besseren wenden wird; wir hoffen, dass endlich doch die Zeit kommen wird, wo auch die Söhne der slavischen Völker im Rathe der Krone Gehör finden werden, so gut wie die Söhne des deutschen und ungarischen Volkes. Ich glaube, dass eine Nation, welche die grosse Majorität des Reiches bildet, und auf welcher die materielle und moralische Macht desselben beruht, hiezu einiges Recht hat. Werden diese Angelegenheiten nicht nach Gerechtigkeit geordnet, dann weiss ich nicht, wohin sie schliesslich führen werden; wir werden gewiss immer treu ausharren, um Oesterreich zu erhalten, es für uns zu erhalten. Aber wir können menschliche Gefühle und Gemüther nicht bemeistern und einmal beleidigten Gefühlen nicht gebieten, auch können wir nicht mit Bestimmtheit wissen, welchen Weg dann der Wille wandeln wird. Und doch ist das etwas, das in den Kreisen, die es berührt, erwogen zu werden verdient. Erlauben Sie, dass ich Ihnen einige Worte des französischen Akademikers Saint René Taillandier citire, der die Verhältnisse der österreichischen Monarchie und insbesondere unseres Volkes in derselben objectiv gewürdigt, und sich darüber also ausgesprochen hat: „Quand on songe à la situation de l'Autriche, il est impossible de ne pas s'apercevoir que c'est à elle surtout de se mettre en garde contre la Russie. Chaque injustice exercée contre le Tchèques, est une arme redoutable donné à la propagande de l'esprit russe. Ce ne serait donc pas assez pour l'Autriche de s'allier plus résolument avec les puissances occidentales . . . : il faut que la politique intérieure obeisse aux mêmes inspirations.“ Und er sagt weiter: „Remis en possession de leur existence nationale et associés à la civilisation de l'occident les Tchèques de Bohême ne seraient plus tentés de se confondre avec les fils de Rurik; au contraire, le jour ou tout espoir leur serait enlevé, le jour ou la Russie seule leur apparaîtrait comme une puissance libératrice, ni l'autorité du gouvernement autrichien, ni les exhortations de Mr. Palacký ne pourraient opposer une digue au courant de l'opinion“

Das sind nicht meine Worte, denn ich behaupte stets und hoffe mit Zuversicht, dass wir das Reich retten werden; ich hoffe aber auch, dass endlich Recht geübt werden wird. Meine Herren, ich habe diese Worte nicht als meine eigenen Worte angeführt, ich wiederhole es, aber ich habe die Worte eines Staatsmannes angeführt, eines politisch hochgebildeten Mannes, der ganz unparteiisch und objectiv zu blicken gewohnt ist, der da urtheilt, welche Folgen aus gegebenen Ursachen hervorgehen können. Ich sage daher und wiederhole es nochmals, dass diejenigen, die gegenwärtig die Geschicke Oesterreichs lenken, dessen eingedenk sein sollten, dass eine Institution nicht von Dauer sein kann, die auf Ungerechtigkeit und Unbilde dem slavischen Elemente gegenüber sich gründet, und dass Sie, im Falle Sie Oesterreich erhalten wollen, vor Allem Anderen Gerechtigkeit gegen das slavische Volk zur Basis ihrer Politik machen müssen. Sagen Sie nicht, dass wir Sie nicht zu rechter Stunde ermahnt haben!

Discite justitiam moniti!

Rede des Berichterstatters der Majorität Prof. Herbst.

Der Gegenstand unserer Berathung hat bereits dreimal eine ausführliche Erörterung in diesem h. Hause veranlasst. Denn sowohl am 12. December 1865 als auch bei den zwei Adressen, welche in den letzt vorangegangenen Sessionen berathen wurden, war es eigentlich immer der nämliche Gegenstand, um den es sich handelte, wenn gleich zunächst eine andere Veranlassung die Discussion herbeiführte. Es ist daher sehr natürlich, dass das, was an juristischen und politischen Momenten in's Gefecht geführt werden könnte, nahezu als erschöpft betrachtet werden darf und ebenso ist es eine Thatsache, dass über diese juristische und eigentlich politische Seite der Frage sich wohl jedes Mitglied dieses Hauses bereits eine feststehende Ansicht gebildet haben wird. Auch ist seit jenen Berathungen nichts Neues eingetreten, wenn wir nicht einen Umstand in's Auge fassen wollen; dass seither wieder eine Reihe von Wochen — eine in unserer kurzlebigen Zeit höchst wichtige Reihe verstrichen ist und dringend zur Eile mahnt, zum Abschlusse dazu, etwas zu thun, was über den Kreis, in dem sich Oesterreich unglücklicher Weise, möchte ich sagen, gebannt fühlt, hinaus führen kann. Nichts anderes, als dass uns immer weni-

ger Zeit zu Gebote steht, um die inneren Angelegenheiten Oesterreichs zu ordnen, ist's, um was wir eigentlich vorwärts gekommen sind.

Da nun die Sache, was die rechtliche und politische Seite betrifft, bereits wiederholt so eingehend und erschöpfend behandelt wurde, scheint es um so bedenklicher, bei schon feststehender, juristischer Ansicht an das Gefühl Einzelner zu appelliren, denn nichts ist so sehr geeignet den ruhigen und objectiven Standpunkt der Berathung zu verlieren, als wo verschiedene Rechtsansichten obwalten, Fragen des Gefühls ins Gefecht zu führen. Ich werde mir daher erlauben, bei der Auseinandersetzung, die mir obliegt, lediglich den rein verständigen Standpunkt einzuhalten und werde mich eben deshalb bemühen, die abermalige Erörterung der Rechtsfrage, welche besonders in der Discussion im Februar des laufenden Jahres so eingehend stattgefunden hat, zu vermeiden; denn zuletzt muss das Eingehen und immer wiederkehrende Eingehen auf bestimmte einzelne Paragraphe zum Ueberdruß werden, gegenüber den grossen Fragen, die an die Gegenwart und an unser Reich insbesondere herangetreten sind.

Ich werde daher zum Leitfaden meiner Erörterungen zunächst die Erwägungen nehmen, auf welche sich das Minoritätsvotum gründet, weil ja in demselben und in diesen Erwägungen doch wesentlich Alles zusammengefasst ist, um was es sich handelt und was von dem, dem meinigen entgegengesetzten Standpunkt in dieser Frage gesagt werden kann. Dabei scheint mir aber weitaus die wesentlichste von jenen drei Erwägungen, auf welche sich der Antrag der Minorität gründet, die letzte zu sein, welche in Kürze den Succus der am 25. Februar 1867 beschlossenen Adresse an Se. Majestät wiedergibt und die Besorgniss ausspricht, dass durch die beantragte Beschickung des Reichsrathes Gefahren herbeigeführt werden könnten, für Güter, deren Wichtigkeit und hohe Bedeutsamkeit erst auseinanderzusetzen überflüssig wäre — für die Einheit und Machtstellung des Reiches, für die Rechte der allh. Dynastie und für die staatsrechtliche und historisch-politische Individualität des Königreiches Böhmen, für dessen freie Selbstbestimmung und Autonomie.

Ich werde mich bemühen, zu begründen, weshalb ich nicht meine, dass die Beschickung des Reichsrathes diese Gefahren vergrössere, ja vielmehr die Besorgniss aussprechen muss, dass

diese Gefahren, wenn vorhanden, gerade durch die Nichtbeschickung vergrössert werden würden; ich werde mich bemühen, auseinanderzusetzen, dass dies der rein verständige und praktische Gesichtspunkt ist, und ich hoffe, dass diese Erörterungen wenigstens nicht ungünstig werden aufgenommen werden.

Dagegen möchte ich auf die zwei ersten Erwägungen weniger Gewicht legen; das sind nämlich gerade diejenigen, welche den rein juristischen und exegetischen Charakter der Frage bezeichnen, und wo nun einmal die verschiedenen Standpunkte bereits festgestellt sind. Ich bin der Ansicht, dass auch die beiden ersten Erwägungen überhaupt nur angeführt wurden, um die §§. 35 und 38 der Landesordnung als mit in Frage stehend bezeichnen zu können, und ich werde in dieser Beziehung lediglich die Unanwendbarkeit der fraglichen Paragraphe in Kürze darthun, wobei ich mich natürlich auf den Standpunkt des Herrn Berichtstatters der Minorität, was die Rechtsfrage betrifft, stellen muss, indem ich diese Rechtsfrage selbst weiteren Erörterungen aus früher angeführten Gründen nicht mehr unterziehen will.

Die Erwägungen gehen nämlich dahin, dass der Antrag, um den es sich handelt, der Antrag der Regierung ein nach §. 35 der Geschäftsordnung unzulässiger sei, und dass ferner der Antrag auf Vornahme der Wahlen nach §. 38 L.-O. nur mittelst zwei Drittel Majorität beschlossen werden könnte, indem man darin eine Abänderung der Landesordnung findet.

Beide Erwägungen können nur auf der Betrachtung beruhen, dass der Reichsrath, in welchen die Wahl von der Regierung gefordert und von der Majorität beantragt wird, nicht jener sei, von welchem §. 16 der Landesordnung spricht und die Pflicht der Beschickung desselben ausspricht. Darüber wurde in der Debatte im Februar ausführlich gesprochen und ich glaube dabei mich nur auf eine kurze Wiedererwähnung beschränken zu müssen, dass ein Gesetz dadurch, dass das Gebiet seiner Giltigkeit beschränkt wird, nicht aufhöre Gesetz zu sein, dass aus Beschränkung des Giltigkeitsgebietes nicht die Aufhebung des Gesetzes folge, welche nach allgemeinen juridischen Grundsätzen, auch nicht durch eine theilweise factische Unmöglichkeit der Durchführung, sondern immer nur im Wege eines Gesetzes herbeigeführt werden kann. Aber ich will, wie schon gesagt, diese Frage nicht noch einmal erörtern, ich will mich vielmehr auf den Standpunkt des Berichtstatters der Mi-

norität stellen und untersuchen, ob unter dieser Voraussetzung die Anwendung der §§. 35 und 38 der Landesordnung behauptet werden könne.

§. 35 erklärt nämlich in der offenbar gemeinten Stelle: „Anträge über Gegenstände, welche ausserhalb des Geschäftskreises des Landtages liegen, sind durch den Oberstlandmarschall von der Berathung auszuschliessen.“

Dass nun das kaiserliche Handschreiben, welches uns bei Eröffnung der Session mitgetheilt wurde, nicht unter die Kategorie jener Anträge fallen könne, welche der Schlusssatz des §. 35 meint, scheint mir unter allen Voraussetzungen so evident zu sein, dass ich unmöglich die Ansicht des Herrn Berichtstatters der Minorität theilen kann. Dass, wenn über Auftrag Sr. Majestät von der Regierung diese Eröffnung mitgetheilt wurde, der Landtag das Recht hätte, dieselbe von der Verhandlung auszuschliessen, das scheint mir eine juristische — verzeihen Sie mir das Wort — Monstruosität.

Hier sind doch nur die Anträge gemeint, welche von Mitgliedern ausgehen und welche den Wirkungskreis, den Geschäftskreis des Landtages überschreiten und die daher der Landmarschall zurückzuweisen hat; aber dass man ein kaiserliches Handschreiben zurückzuweisen berechtigt sei; — (Zeithammer ruft: Regierungsvorlage). Ich erlaube mir zu bemerken, dass man von einer Regierungsvorlage nicht sprechen könne, weil eine Regierungsvorlage eine der legislativen Thätigkeit des Landtages zu unterziehende Vorlage ist, von welcher hier keine Rede sein kann. Das mitgetheilte kaiserliche Handschreiben, welches an den Ministerpräsidenten gerichtet wurde, ist keine Gesetzvorlage, ist kein Act legislativer Thätigkeit des Landtages, es wurde ein solcher nicht von demselben verlangt.

Wenn seine Majestät der Kaiser an den Ministerpräsidenten oder irgend einen Minister ein Handschreiben richtet, welches Höchstderselbe erlassen hat und in zwei Originalausfertigungen mit eigenhändiger Unterschrift übergeben lässt, dass dies keine Regierungsvorlage in jenem Sinne sei, und dass von einer Zurückweisung durch den Oberstlandmarschall dabei nicht die Rede sein könne, ist evident.

Aber selbst, wenn dieses der Fall wäre, die Frage über die Zulässigkeit eines Antrages ist Präsidialrecht, und der Landtag hat darüber nicht zu beschliessen, ob ein Gegenstand als zulässig zu betrachten sei.

Dieser Paragraph ist also auch vom Standpunkte der Minorität aus, nicht anwendbar, und ebenso wenig kann ich dies bezüglich des §. 38 annehmen.

Man kann nicht sagen, dass die Anwendung des Gesetzes im einzelnen Falle schon eine Abänderung des Gesetzes sei, welche in den legislativen Wirkungskreis des Landtages fällt, und dass daher bei Ausübung des im §. 16 eingeräumten Rechtes und der darin normirten Pflicht von der Anwendung des §. 35 der Landesordnung die Rede sein könne. Ich halte daher wirklich nicht für nothwendig hievon weiter zu sprechen; weil, wie ich schon die Ehre hatte, zu erklären, dies offenbar der nebensächlichere und untergeordnete Theil der Erwägungen ist, und weil der Haupttheil der Erwägungen in der dritten sich concentrirt: In den Gefahren, welche angeführt, und wie ich gerne zugeben will, als vorhanden vorausgesetzt werden. —

Ich will auch die gefährliche Lage, — und, das will ich ein für allemal gesagt haben, — den bedenklichen Stand der Verfassungsfrage im Reiche mit keinem Worte bestreiten; ich will nur bestreiten, dass der Weg, der angerathen wird, der angemessene sei, der Weg des Sichzurückhaltens, um nichts zu thun für die Abwendung der Gefahren, welche besorgt werden. Das will ich ein für allemal vorausgeschickt haben, um nicht missverstanden zu werden.

Die erste Gefahr, welche hervorgehoben wurde, ist die Gefahr, welche aus der Beschickung des Reichsrathes für die Einheit des Reiches hervorgehen würde.

Ich erlaube mir, meine Herren, vor Allem darauf aufmerksam zu machen, wie bedenklich es in allen politischen Dingen ist, nach blossen Schlagworten grosse politische Fragen erörtern und entscheiden zu wollen. Solche Schlagworte, die sich bei uns leider gewissermassen das Bürgerrecht erworben haben, sind die Worte: Centralismus, Dualismus und Föderalismus. Im politischen Leben, in der wirklichen lebendigen Gestaltung der Staaten gibt es überhaupt keine Schablonen, nach denen sich der Staat und sein Organismus constituiren liesse, und wie es im wirklichen Leben nie einen Staat gibt, der rein nach der Theorie des Constitutionalismus von vorn herein angefertigt worden wäre, sonst müssten ja alle Staaten möglicher Weise die eine und dieselbe Musterverfassung haben und vertragen können — eben so verhält es sich auch mit diesem Begriffe. Jeder dieser

Begriffe hat, und zwar der erste und der dritte auch von einem ganz allgemeinen Standpunkte seine unzweifelhafte Berechtigung; aber in der Wirklichkeit wird nie einer rein und vollständig durchgeführt werden können, und jeder Staat wird gewissermassen von dem einen oder anderen etwas an sich tragen müssen.

Die Centralisation ist, das wird allgemein anerkannt, auf gewissen Gebieten des staatlichen Lebens, wenn nur überhaupt von einem Staate gesprochen werden soll, unbedingte Nothwendigkeit; die einheitliche Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten, des Militärwesens des Staates und wie gerade wir in Böhmen in dem in wirthschaftlicher Beziehung vorgeschrittensten Theile der österreichischen Monarchie behaupten können, auch jene gewisser volkswirthschaftlicher Angelegenheiten, ist eine unbedingte Nothwendigkeit; denn sonst kann vom Bestehen des Staates nicht mehr gesprochen werden.

Der Dualismus in einem Staate kann — denn von vorn herein würde man ihn doch niemals erfinden oder billigen wollen — der Dualismus kann nur eine historische Thatsache sein, eine Thatsache, die ihrem Wesen nach darin besteht, dass in einem Staate ein Complex von Ländern und Gebieten vorhanden ist, welchem gewisse Einrichtungen gemeinschaftlich sind, die wieder nicht der Gesamtheit des Staates gemeinschaftlich sind. Das ist das Wesen des Dualismus, eines Begriffes, der eben nur in Oesterreich möglich ist, weil man ein ähnliches Verhältniss nirgends anderswo historisch sich entwickeln sah.

Es wird Niemand in Abrede stellen, dass der Dualismus, ich sage nicht in welchem Umfange, denn auf den Umfang kommt es doch an, wenn man von einer Gefährlichkeit desselben spricht, dass ein solcher Dualismus in dem Gesamtstaate Oesterreich immer bestanden hat, wenigstens seit überhaupt der moderne Standpunkt der Gesetzgebung und staatlichen Entwicklung eintrat. Wir kennen ja Alle oder doch die Meisten von uns die Verhältnisse, die vor dem Jahre 1848 bestanden; wir wissen, dass seit einer langen Reihe von Jahren auf vielen Gebieten der Gesetzgebung für jene Länder Oesterreichs, die nicht zur ungarischen Krone gehören, volle Gemeinschaftlichkeit bestand, ja dass diese Gemeinschaftlichkeit einerseits und andererseits die Verschiedenartigkeit gegenüber den Ländern der ungarischen Krone sich selbst auf Belänge erstreckten, von denen heut zu Tage selbst Ungarn zugibt, dass

eine Gemeinschaftlichkeit für das ganze Reich eintreten solle, oder bezüglich welcher man wenigstens die Geneigtheit dazu voraussetzen kann — das sind die Steuergesetzgebung und das Heerwesen. Ist es denn vielleicht nicht bekannt, wie ganz anders das letztere in Ungarn durchgeführt war, und wie der grösste Theil der Last leider auf die nichtungarischen Länder entfiel? Ja selbst das Octoberdiplom erkennt, wie den Herren wohl bekannt ist, diese Verschiedenheit an, indem dasselbe im dritten Artikel sagt, dass mit Ausnahme der Länder der ungarischen Krone auch in Betreff gewisser Gegenstände der Gesetzgebung eine gemeinsame Behandlung und Entscheidung stattgefunden hat.

Also gewisse Angelegenheiten wurden nicht für die ganze Monarchie gemeinschaftlich behandelt, aber doch für einen Complex von Ländern; und das ist das Wesen des Dualismus, den Niemand als eine a priori wünschenswerthe Staatsform betrachten wird, von dem daher auch in keinem Werke über Politik gesprochen wird, weil die Vertheidigung eines solchen staatlichen Zustandes, wenn und insofern er sich nicht auf historischem Wege herausgebildet hat, in der That Niemanden einfallen wird. Nur um das Mehr oder Weniger kann es sich dabei handeln, um die Frage: Wie viel ist davon möglich, ohne die staatliche Einheit und ohne auch andere wichtige Berechtigungen in Frage zu stellen?

Der dritte Begriff ist jener des Föderalismus.

Wer wird nicht, wenn er dieses Wort hört, an ein bundesstaatliches oder staatenbundliches Verhältniss denken, und doch — ich setze dies gerne voraus — gibt es sehr Viele, die, wenn man das Wort „Föderation“ gebraucht, dabei nichts weniger als ein mit der staatlichen Einheit unverträgliches Zerfallen des Staates in eine Menge von Staaten denken.

So sind denn die Worte Centralisation und Föderalismus nach der einen und anderen Richtung von vornherein, ich möchte sagen, fast beleidigende Worte geworden, obschon in beiden gewiss etwas Berechtigtes liegt und nur immer die Frage, wie freilich überall im öffentlichen Leben, über das rechte Maass entscheidend ist. Und dieses rechte Maass ist nicht der Föderalismus, sondern die Autonomie, denn der Föderalismus ist eigentlich begrifflich und wörtlich eine Art von Föderationsverhältniss und das ist das unglücklichste im staatlichen Leben,

wie genug Beispiele gezeigt haben, ein Verhältniss, welches fast nothwendig entweder zum Auseinandergehen oder zur straffen Centralisation führen muss.

Ich sage also: man sollte sich nicht nach Schlagworten bestimmen lassen, sondern den Kern der Frage im Auge haben und dieser Kern der Frage ist der Gegenstand: „Was fordert die Reichseinheit und was ist unbedingt für sie nothwendig, wenn man von Gefahren für dieselbe spricht?“ Diese Frage möchte ich nun nicht weitläufig erörtern, denn so rasch ist dieselbe wahrhaftig nicht abgethan.

Nicht Alles, was man erreichen will, ist man zu erreichen im Stande; und auch auf politischem Gebiete gilt meines Erachtens als ein wichtiger Grundsatz: „Nicht über dem Anstreben dessen, was man wünscht, das Mögliche auch noch zu verlieren,“ und darum kann ich mich nun der Ansicht nicht anschliessen, dass durch den vorgeschlagenen Weg der Nichtbeschickung des Reichsrathes die besorgten Gefahren für die Einheit des Reiches irgendwie werden abgewendet werden.

Mir scheint, auch die Erfahrung der letzten Jahre sollte uns darüber eine Lehre gegeben haben; es verhält sich dabei wie mit den sibyllinischen Büchern.

Vor wenigen Jahren hätte vielleicht noch sehr viel für die Reichseinheit und was für dieselbe wünschenswerth erscheint, erlangt werden können, was heute nicht mehr zu erlangen ist, und nachdem man diese Erfahrung gemacht hat, wieder für ein passives Verhalten und wieder für die Nichtbeschickung des Ortes, wo sich die Stimme der Vertreter des Königreiches kräftig erheben kann, sprechen, das scheint mir auch das letzte der drei Bücher, das uns noch zu Gebote steht, in Frage zu stellen. Wenn ich also auch die Frage ganz unerörtert lassen will, ob in der That Gefahren für die Reichseinheit vorhanden sind, an deren Vorhandensein übrigens wohl kaum ein Zweifel sein dürfte, so muss ich um so mehr fragen, ob es denn recht, ob es zweckmässig ist, ruhig zuzusehen und die Gefahr immer grösser werden zu lassen, bis sie unabwendbar geworden ist?

Das zweite ist die Machtstellung des Reiches. Auch für diese wird von der Beschickung des Reichsrathes eine Gefahr besorgt. Nun, auch das Wort: „Machtstellung des Reiches“ bedarf einer näheren Beleuchtung. Ich meine, es kommt vorzüglich im Verhältniss des Staates nach Aussen in Betracht, und wir haben oft genug schmerzlich empfunden, was für eine

Bedeutung es hatte, wenn die Machtstellung Oesterreichs von den auswärtigen Mächten in Frage gezogen wurde; wie Fragen, die Vitalfragen auch für die österreichische auswärtige Politik sind, sine nobis darum entschieden wurden, weil man zur Machtstellung Oesterreichs kein Vertrauen hatte.

Wie dürfte nun die Entscheidung, welche heute gefällt werden wird, auf die Machtstellung Oesterreichs, d. h. auf die Meinung, welche das Ausland von dieser hat, wirken? Es gibt Nichts, was der Machtstellung eines Staates nachtheiliger ist, als ungeordnete, innere Zustände, und Nichts ist weniger geeignet, die Ueberzeugung, dass die Zustände des Landes, wenn sie noch nicht geordnet sind, doch die Hoffnung einer Ordnung darbieten, nichts ist weniger geeignet, diese Ueberzeugung hervorzurufen, als wenn die Mittel, die den Völkern selbst geboten werden, zur Ordnung beizutragen, verschmäht werden. Was soll das Ausland sich denken von der Machtstellung Oesterreichs, als dass sich der Völker Oesterreichs bereits die Verzweiflung bemächtigt habe, wenn diese keinen Schritt mehr thun wollen, der zur Ordnung der inneren Verhältnisse führen kann. Das kann keinen andern Erklärungsgrund haben, — so müsste das Ausland raisonniren — als: die Völker Oesterreichs hoffen selbst nicht mehr auf Oesterreich, und diesen Glauben sollen wir bei dem Auslande nicht aufkommen lassen.

Das dritte, was durch die beantragte Beschickung des Reichsrathes gefährdet werden soll, sind die Rechte der kaiserlichen Dynastie. Nun, darüber kann ich mich wohl kurz fassen, es ist davon auch schon in der vorigen Session die Rede gewesen. In uns Allen lebt die Ueberzeugung, dass das dynastische Gefühl in Oesterreich unerschütterlich und unverwundlich ist. Nicht blos wegen jener Pietät, welches mit der angestammten Treue gegen das Herrscherhaus zusammenhängt, sondern auch darum, weil der österreichische Gedanke — und das erkennen Alle an, Alle, auch die Oesterreich noch so locker verbunden haben wollen, — in Nichts anderem die concrete Verwirklichung findet, als in der kaiserlichen Dynastie. Weil also, wer Oesterreich will, — und die Zahl der österreichischen Patrioten ist trotz all dem keine so geringe — wer Oesterreich will, treu und unerschütterlich an der kaiserlichen Dynastie hängt. Ich bin vollkommen überzeugt, eine Gefährdung der Rechte des kaiserlichen Hauses und unseres Monarchen, kann von keiner Versammlung, die in Oesterreich je tagen

wird, erwartet werden, sie ist nicht möglich! Und wenn der bevorstehenden Versammlung die schrankenloseste Befugniß beigelegt würde, die sie ganz gewiss nicht haben wird, so wird sie nach dieser Richtung von jener Befugniß um so weniger Gebrauch machen, weil sie bestimmt ihre eigene Existenz damit untergraben würde.

Weit bedenklicher ist es, wenn viertens für die Rechte des Landes eine Gefährdung besorgt wird; das ist die wichtigste Frage, weil der Landtag ja zur Wahrung dieser Rechte berufen ist.

Schon in der vorigen Session wurden Besorgnisse ausgesprochen, dass sogar von einer Aufhebung der historisch-staatsrechtlichen Individualität des Königreiches die Rede sein könnte, Besorgnisse, dass man beschliessen könnte, es gibt keinen böhmischen Landtag. Hierüber muss ich bemerken, dass dies ja schon nach dem blossen Buchstaben des Gesetzes, auf dessen Grundlage die Berufung stattfindet, ganz unmöglich ist. Landtag und Reichsrath sind nach dem Februarpatente nicht in einem Verhältnisse der Unterordnung, sondern es sind zwei von einander verschiedene Corporationen und diese Verschiedenheit begründet ja keine Unterordnung. Der Gedanke eines Unterordnungsverhältnisses könnte sich nur darauf gründen, dass der Reichsrath vom Landtage beschickt wird. Das begründet aber keine Unterordnung. Die Art der Entstehung der Corporation hat auf die Berechtigung der Corporation keine Beziehung. Die Sphären der beiden Corporationen sind eben andere und eine Corporation kann nicht das Recht sich vindiciren, welches der Sphäre der anderen anheimfällt. Auf welche Art sie zusammengesetzt wird, ist in dieser Beziehung eine ganz gleichgiltige Sache.

Die Landesordnung kann eben auf keine andere Weise abgeändert werden, als auf dem durch sie selbst vorgezeichneten Wege und daher niemals durch Beschluss einer Corporation, welcher kein Gesetz auch nur den Schein einer solchen Berechtigung zuweist.

Ueberdies kann ja auch kein Gesetz zu Stande kommen als durch die Sanction der Krone. Der Kaiser von Oesterreich und der König von Böhmen, sind aber doch, Gott sei Dank, eine und dieselbe Person und es ist nicht möglich, dass der Kaiser von Oesterreich etwas sanctionire, was den Rechten des

Königs von Böhmen und der als Gesetz bestehenden Landesordnung abträglich ist.

Aber, meine Herren, ich erlaube mir da doch noch auf etwas aufmerksam zu machen, was meine frühere Behauptung, dass ein gewisser Grad von Dualismus in Oesterreich immer bestanden hat, zu begründen geeignet sein dürfte, und zugleich in unmittelbarem Zusammenhange mit Demjenigen steht, was ich eben anführte. Die Ereignisse im Jahre 1848 und in den darauf folgenden Jahren liegen nicht so weit hinter uns, dass nicht alle noch derselben sich erinnern dürften. Im Jahre 1848 aber tagte ein constituirender Reichstag, für alle zu Oesterreich gegenwärtig gehörenden Länder mit Ausnahme der Länder der ungarischen Krone, und dieser Reichstag hat einen Verfassungsentwurf zu Stande gebracht, der höchst wahrscheinlich einstimmig angenommen worden wäre und der nicht an dem Widerspruche der Reichstags-Abgeordneten, sondern an ganz anderen Rücksichten scheiterte, die wohl allbekannt sind. Darin lag eine Anerkennung, die mit dem, was jetzt behauptet wird, gar sehr im Widerspruche steht und ich muss noch lebhafter bedauern, dass die Geschichte Oesterreichs damals nicht eine andere Wendung genommen hat als die, welche in der That eingetreten ist.

Ich kann aber endlich um so weniger besorgen, dass die Autonomie durch die Beschickung gefährdet würde, wenn ich mir den Inhalt des kaiserl. Handschreibens, welches dem Landtage mitgetheilt würde, vergegenwärtige, und welches nicht bloß sagt, der Regierung Sr. Maj. liege nichts ferner als der Gedanke einer Einschränkung der verfassungsmässigen Autonomie des Königreiches, was zuletzt als gleichgiltig angenommen werden könnte, denn was der jetzigen Regierung ferne liegt, könnte allerdings einer anderen Regierung wieder sehr nahe liegen; aber Se. Majestät erklären weiter, dass es im Gegentheil „nur“ Seiner Majestät „Wille“ ist, diese Autonomie nicht nur in jenen Richtungen zu erweitern, wo es die Rücksicht auf die Sicherheit und Machtstellung des Reiches gestattet, sondern dieselbe auch mit neuen Bürgschaften zu umgeben. Wie man dennoch eine Beschränkung der Autonomie durch die zu gewärtigenden Beschlüsse gegenüber der ausdrücklichen Erklärung der Krone, dass das Gegentheil ihr Wille ist, befürchten kann, ist mir nicht wohl begreiflich. Wenn sie dies aber dennoch befürchten, dann sollte sich der Landtag ja umsoweniger ferne

halten; dann sollten sie dem Votum der Vertreter, welche Böhmen entsenden wird, das Gewicht ihres Votums nicht verringern, welches darin liegt, dass sie eben der Ausdruck des ganzen Landes sind.

Ich kann daher nicht die Besorgnisse, welche das Minoritätsvotum in seine Erwägungen aufgenommen hat, als begründet, und in so weit sie begründet sind, den Weg der Enthaltung nicht als denjenigen ansehen, welcher geeignet ist, diese Besorgnisse zu beseitigen.

Ich habe schon öfter darauf aufmerksam gemacht, ich habe, wie das erste Mal im Jahre 1865, und wie im Jahre 1866 im December, und heuer im Februar der gleiche Gegenstand zur Erörterung kam, darauf hingewiesen, dass mit blossen Verwahrungen und Adressen der Gang der Ereignisse nicht gehemmt werden wird, und er ist wirklich dadurch nicht im Geringsten gehemmt worden. Die Herren haben jedesmal von der unwiderrüflichen Grundlage des Octoberdiploms gesprochen, und wie weit ist seither schon über dasselbe hinaus geschritten worden; durch Ihre Adressen wurde es nicht gehindert.

Würde aber eine Volksvertretung an Seite des Ministeriums in Wien getagt haben, ihr Wunsch würde nicht überhört worden sein. Wenigstens würde es sich wohl der Mühe lohnen, zu versuchen, ob man auf das hört, was dort gesprochen wird, wenn man bereits mehr als einmal die Ueberzeugung erlangen musste, dass das, was man bisher gethan, zum Zwecke nicht geführt hat.

Erlauben Sie mir aber, wenn ich dies als den Grund bezeichnet habe, weshalb ich den Weg, den die Minorität eingeschlagen hat, nicht als den richtigen betrachten kann, noch eine Betrachtung hinzuzufügen.

Es sind leider zwischen den Bewohnern dieses Königreiches mannigfache Differenzen, Differenzen, von denen wir nur bedauern, dass sie sich an Schärfe immer mehr zuspitzen, statt, wie es bei den Bewohnern eines Landes wünschenswerth wäre, sich abzuschwächen. Aber wenn dem leider auch so ist, so wissen wir doch alle, dass es unendlich viele hochwichtige gemeinschaftliche Interessen aller Bewohner dieses Landes, dass es unendlich viele Wünsche und Anliegen gibt, wo gar keine Meinungsverschiedenheit zwischen allen Bewohnern und ihren Vertretern herrscht.

Sie wissen aber auch, dass gar viel Grund zu Anliegen

und Beschwerden vorhanden ist, und warum soll man sich dann, so wird der gesunde Menschenverstand geltend machen, warum soll man sich der Möglichkeit berauben, das durchzusetzen, was nicht bloß der Wunsch eines und des anderen Theiles, der Majorität und Minorität der Bevölkerung, sondern der gesammten Bevölkerung des Landes ist, und was, weil es unzweifelhaft zu den Gegenständen der gesammten Gesetzgebung gehört, sicherlich durch den Landtag nicht wird durchgesetzt werden können. Erlauben Sie mir da auf Eines aufmerksam zu machen. Bekanntlich erschien mit Ende des vorigen Jahres ein Gesetz, welches, wie kein Anderes, die letzte Hütte, den reichsten Mann im Lande berührt, das Heeresergänzungsgesetz. Dieses Gesetz wurde octroyirt, ein Gesetz, welches tief, wie kein anderes in alle Verhältnisse des Lebens eingreift; es waren damals alle Landtage versammelt, die meisten Landtage haben auf das Entschiedenste remonstrirt; der Unsere fand keine Zeit dazu, es hätte wahrscheinlich auch nichts genützt. Nur ein Landtag — das war der ungarische — hat auch remonstrirt, dessen Wunsche wurde auch sofort Folge gegeben. Wäre in Wien damals eine Versammlung gewesen, so bin ich überzeugt, dass sie auch gehört worden wäre. Wir hätten es wohl auf den Versuch ankommen lassen sollen, jetzt freilich ist der Zeitpunkt dazu schon versäumt; die Soldaten sind schon abgestellt und würden kaum mehr frei gegeben werden. Aber bloß sagen: es würde nichts nützen, und nicht den Versuch machen, ob es vielleicht doch etwas nützt, ist die Politik der Verzweiflung, von welcher unbedingt abgerathen werden soll, so lange kein Grund dazu vorhanden ist.

Und so gibt es noch manche andere Sachen. Wir sehen, wie der Ausgleich mit Ungarn ohne Mitwirkung der Vertretung der Länder weiter fortschreitet und Interessen berührt, welche auf das Innigste jeden Angehörigen des Landes betreffen. Wenn mein geehrter Herr Vorredner von den Finanzen und dem Staatsbankerotte sprach, so möchte das doch nicht so leicht hinzunehmen sein. Wenn die Ungarn nicht zahlen, so zahlen wir auch nichts; es gibt auch hier bei uns viele Leute, denen das nicht gleichgiltig ist. (Dr. Stefan ruft: das hat er nicht gesagt.)

Sie werden mir erlauben, es führt das darauf hinaus; ich weiss wohl, dass das nur eine Redeform war. Wenn die Ungarn sagen, man habe ohne Zustimmung des Landtages

Schulden gemacht, und wir sagen, unser Landtag hat auch nicht zugestimmt, die Ungarn aber wollen sich aus jenem Grunde nicht zur Zahlung der Staatsschuld entschliessen, also — so scheint mir, liegt es sehr nahe, daraus jenen Schluss zu ziehen.

Aber es handelt sich nicht blos um die Staatsschuld, es handelt sich um die Steuergesetzgebung, wo ein gewisser Grad von Gleichförmigkeit gerade für Böhmen bei manchen Productionszweigen, die und deren Wichtigkeit ich nicht erst anzudeuten brauche, unendlich wichtig ist.

Alles das vollzieht sich fort und fort und je länger wir warten und unthätig zusehen, jemehr vollzieht sich das, was uns betrifft, ohne uns, und ich weiss nicht, ob man uns dafür zu Dank verpflichtet sein wird, ich weiss nicht, ob man nicht sagen wird, Ihr hättet Gelegenheit gehabt etwas anderes zu thun, aber ihr habt die Gelegenheit nicht benützt. Diesem Vorwurf sollten wir uns nicht aussetzen; denn das blosse passive Verhalten hindert die Geschichte nicht im Fortschreiten; davon gibt es Beispiele genug.

Schliesslich habe ich noch ein Paar Worte zur Rechtfertigung für uns, die wir uns in der Majorität befinden, und zur Klarstellung unserer Auffassung anzuführen; ich werde dabei von einem Standpunkte ausgehen, der, ich muss es betonen, Ausführungen gegenüber, welche auch heute wieder vorgekommen sind, von einem Standpunkte, von dem ich überzeugt bin, dass er allen Bewohnern des Königreiches gemeinschaftlich ist, trotz alle dem und alle dem, was heute gesagt und behauptet wurde. Das ist der Standpunkt des österreichischen Patrioten, ein Standpunkt, den wir und alle, die ihn haben, nicht blos aus verständiger Reflexion haben; denn es drängt wohl die verständige Reflexion jeden in Oesterreich Wohnenden zur Ueberzeugung, dass Oesterreich eine Nothwendigkeit ist; allein dieses würde das Vorhandensein des österreichischen Patriotismus in den Massen, die sich nicht durch solche Reflexionen, sondern durch das natürliche Gefühl leiten lassen, nicht erklären, es ist eben das Gefühl, welches entsteht, wenn man sagen darf, durch die Angewöhnung, dadurch, dass man sich eingelebt hat in den Gedanken, dem grossen, mächtigen Oesterreich anzugehören, und dass man diesen Gedanken um Alles nicht will fahren lassen, weil er zur zweiten Natur geworden ist. Von diesem Standpunkte möchte ich nur einige Bemerkungen machen.

Es ist unläugbar, dass eine trübe Schwüle auf ganz Europa lastet, aller Gemüther bemächtigt sich das Gefühl, dass grosse welterschütternde Ereignisse bevorstehen, man ist sich nicht bewusst, woher der Schlag kommen wird, worin die Gefahr besteht und wo sie droht; aber dass sie vorhanden ist, das ist das unerquickliche Gefühl, welches Alle gegenwärtig in Europa durchzittert. Dieses Gefühl besteht in allen europäischen Staaten und wir sehen überall, wie man in Erwartung der kommenden Ereignisse zunächst sich das Haus zu bestellen strebt, wie man zunächst im Innern Ordnung zu machen sich beeilt.

Ich brauche nur auf das Beispiel in unserem Westen hinzuweisen.

Muss sich da nicht eines jeden Oesterreichers ein banges, ein trauriges Gefühl bemächtigen, wenn er sich denkt: „Was soll denn aus unserem armen Oesterreich werden, wohin soll es mit dem kommen, wenn man sieht, dass da nichts geschieht, um jenen inneren Frieden, der die Grundbedingung ist, um beruhigt, gekräftigt, geeint den äusseren Stürmen entgegengehen zu können, herzustellen.“ Das ist der Standpunkt, von dem wir ausgehen, wenn wir für die Beschickung des Reichsrathes stimmen.

Wollen Sie überzeugt sein, es ist nicht freudige Zuversicht, die uns bewogen, und wenn wir nur unser persönliches Interesse und unsere Privatwünsche befragen möchten, würden wir wohl den entschiedenen Beweis liefern, dass wir nicht, wie gestern gesagt wurde, den Augenblick kaum erwarten können, um nach Wien zu kommen. Wir fühlen Alle, wie unendlich schwierig die Lage, wie gefährdet das Vaterland ist, wir sind in dem Bewusstsein, dass es ein schwerer Gang ist, den wir zu gehen haben, — aber wir haben auch die ehrliche Ueberzeugung, dass es unsere Pflicht ist, diesen Gang zu gehen; — *Fais ce que doit, advienne que pourra*, — und weil dies unsere Ueberzeugung ist, darum werden wir jenen Gang gehen.

Protest des Dr. Rieger und seiner Genossen.

Die Regierungsvorlage, welche dazu auffordert, dass der Landtag des Königreiches Böhmen Abgeordnete in einen nie dagewesenen, und zwar constituirenden Reichsrath der nichtungarischen Länder entsende, enthält in sich und in ihren Con-

sequenzen eine Aenderung der Reichs- und Landes - Verfassung.

Da aber jene Aenderungen nach dem bisherigen Verfassungsrechte nur in einer Vertretung des Gesamtreiches, diese hinwieder nach dem Verfassungsrechte des Königreiches Böhmen in giltiger Weise in der berechtigten Landesvertretung und nach dem Patente vom 26. Februar 1861 bloss gemäss den Bestimmungen des §. 38 der L.-O. vorgenommen werden können, da ferner das hohe Präsidium diese der Landesverfassung präjudicirende Vorlage ohne Rücksicht darauf zur Abstimmung zuliess, während es doch Pflicht desselben gewesen wäre, diesen auch eine Aenderung der Reichsverfassung umfassenden und demnach ausserhalb des Geschäftskreises des Landtages gelegenen Gegenstand nach §. 35 und §. 36 L.-O. von Amtswegen von der Berathung auszuschliessen: erblicken wir in einer solchen Handlungsweise des Präsidiums und in der Gutheissung derselben durch die Majorität dieser hohen Versammlung eine Verletzung des Verfassungsrechtes und der Geschäftsordnung und protestiren gegen den hierin gefassten verfassungswidrigen Beschluss.

Diesen Protest begründen wir, wie folgt:

Als Se. Majestät unser dermalige Kaiser und König Franz Joseph durch die Thronentsagung Seines erhabenen Oheims Ferdinands I. als ungarischen und böhmischen Königs, dieses Namens des V., und durch Verzicht Seines durchlauchtigsten Vaters, des Erzherzogs Franz Karl, das Recht auf den Thron erlangte, geruhte Er durch Sein Manifest ddo. Olmütz, am 2. December 1848, allen Seinen Völkern feierlich zu verkünden, „dass Er die Kronen Seines Reiches auf Sein Haupt setze und dass er dasselbe zu verjüngen gedenke auf der Grundlage wahrer Freiheit, der Gleichberechtigung aller Völker des Reiches, der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze und der Theilnahme der Bevölkerung an der Gesetzgebung und dass Er das Gesamtreich ungetheilt und ungeschmälert erhalten wolle.“

Indem Se. Majestät die böhmische Krone von Seinem erhabenen Vorgänger, dem gekrönten und unserem Volke durch Seinen Eid auf die Rechte des Landes verpflichteten König Ferdinand V. dem Gütigen übernahm, konnte Er die Regierung dieses Königreiches und der gesammten böhmischen Krone nicht anders antreten, als mit allen Rechten und Verpflichtungen, welche dieser erhabene Vorgänger hatte, da dieser Ihm

allerdings nicht andere übertragen konnte. König Ferdinand V. selbst hatte die böhmische Krone von Seinem erhabenen Vater, dem König Franz I. geerbt, der zu jener Zeit, als Er mit Seinem Patent vom 1. August 1804 den Namen und Begriff des Kaiserthums Oesterreich schuf, allen Seinen erblichen Königreichen und Staaten feierlich verkündete, wie Er in Rücksicht dessen, dass die Staaten, welche die österreichischen Souveraine beherrschen, so namhafte Königreiche und selbstständige Fürstenthümer umfassen, den Titel eines Kaisers von Oesterreich annehme, dass aber nichtsdestoweniger diese Staaten alle ihre bisherigen Titel, Verfassungen und Rechte unverändert beibehalten sollen, und dass es namentlich bei der Krönung der Herrscher als Könige von Ungarn und Böhmen auch in Zukunft sein Verbleiben haben solle.

Diese uralten Rechte des Königreiches Böhmen, zu deren Wahrung Kaiser Franz I. sich schon bei Seiner Krönung als böhmischer König verpflichtet hatte, hatten sicherlich einen gewichtigen Inhalt und Werth sowohl für den König als für die Nation, da gewiss nicht behauptet werden kann, dass so viele unserer erhabenen und frommen Herrscher, welche in fast ununterbrochener Reihe jene Rechte feierlich beschworen hatten, sich bloß durch ein leeres Wort verpflichtet und den Namen Gottes eitel genannt hätten.

Dieses unsere historische Recht bietet allerdings nicht ein Verfassungsrecht auf jener Stufe der Entwicklung und eine solche Gewähr der persönlichen staatsbürgerlichen Freiheiten, welche die vorgeschrittenen Anschauungen unserer Zeit fordern, obwohl auch diesen Ansprüchen das letzte Gebilde unseres historischen Rechtes, das Patent vom 8. April 1848, Genüge leistete; allein der wahre Werth dieses Rechtes ruht in Satzungen öffentlichen Charakters, als da sind das Rechtsverhältniss des Königreiches und des Königs von Böhmen zu den Ländern der böhmischen Krone und die Integrität ihres Territoriums, das Verhältniss des Königreiches Böhmen zu den benachbarten Nationen auf Grundlage alter Verträge mit deren Herrschern, insbesondere das eventuelle Heimfallsrecht auf die Lausitz, die Verhältnisse des böhmischen Staates zum ehemaligen deutschen Reiche, welche sich wesentlich von jenen anderer österr. Länder unterscheiden, und welche, obgleich dermal zur Gänze gelöst, dennoch nicht alle Bedeutung verloren haben; das Verhältniss zu den Lehen der böhmischen Krone, zum Egerer Gebiet; das eigen-

thümliche Verhältniss der Dynastie zum böhmischen Volke, über welches sie auf Grund eines wechselseitig verbindenden Vertrages herrscht; das dem böhmischen Landtage vorbehaltene Recht der freien Wahl eines neuen Herrschers im Falle des Aussterbens der Dynastie, welches auch durch die pragmatische Sanction eine Aenderung nicht erlitt, indem diese durch Landtagsbeschluss vom 12. October 1720 als ein für alle Zukunft für das Königreich Böhmen giltiges Grundgesetz unter Hinweis auf die alten Rechte und Privilegien des Landes angenommen wurde, wobei der Landtag hinzufügte, er vertraue darauf, dass ihn Se. Majestät bei allen diesen Rechten gnädigst bewahren wolle. Dieses besondere Staatsrecht des Königreichs Böhmen war auch von fremden Herrschern durch verschiedene Staatsacte anerkannt worden, wie namentlich von dem preussischen Könige Friedrich II., der, wohl wissend, dass die Abtretung Schlesiens Seitens der böhmischen Krone ohne die Einwilligung der böhmischen Stände rechtsgiltig nicht erfolgen könne, im Jahre 1742 nicht ruhte, bis ihm eine solche in aller Form Rechtens ertheilt wurde. Der Inbegriff aller dieser Rechte und Rechtsverhältnisse begründet die staatsrechtliche und politische Individualität des Königreiches Böhmen und der böhmischen Krone, des alten böhmischen Staates, welche alle unsere Könige mit ihren Eiden anerkannten und bestätigten.

Sicherlich leiteten alle ihr Recht auf das Königreich Böhmen nur aus der freien Vereinbarung des böhmischen Volkes und Landtages mit Ferdinand I. her, als dieser von jenem die böhmische Krone als ein Geschenk freier Wahl annahm, gleichzeitig die ihm am 5. December 1526 vorgelegten 21 Landtagsartikel zu erfüllen versprach und auch später für sich und alle seine Nachkommen alle diese Rechte durch abermaligen Eid am 30. Januar 1527 und am 24. Februar 1527 zu erhalten und zu schützen sich verpflichtete.

Wir wollen hier nicht erörtern, ob Ferdinand II. ein Recht hatte, jene durch einen Eid bekräftigten Landesrechte aus Anlass eines Aufstandes einseitig zu beseitigen und demgemäss auch jene Stände zu bestrafen, welche, wie er selbst in seinem Manifeste vom 10. Mai 1627 anerkannte, ihm Treue bewahrt hatten.

Indem er das Recht hiezu aus der mit Gewalt unterdrückten Erhebung herleitete, entzog Ferdinand II. dem böhmischen

Landtage das Recht der Gesetzgebung und verkürzte bürgerliche und Religionsfreiheiten in namhafter Weise.

Allein das Staats- und öffentliche Recht des Königreiches Böhmen und der böhmischen Krone wurde nicht einmal durch diese Acte absoluter Macht in seiner Wesenheit beseitigt. Denn Ferdinand II. selbst bezieht sich in der „Verneuerten Landesordnung“ vom 10. Mai 1627 auf die goldene Bulle Karl IV. vom 7. April 1348, auf den Majestätsbrief König Vladislav's vom 11. Januar 1510 und den Majestätsbrief König Ferdinand's I. vom 2. September 1545, indem er diese die Fundamentalgesetze des Königreiches nennt und auferlegte im Art. A. III sich und seinen Nachkommen an Statt der ehemaligen, den Ständen ausgestellten Reverse den Krönungseid, durch welchen sie sich verpflichten, die Rechte und Privilegien des Landes aufrecht zu erhalten. Alle diese Rechte, Majestätsbriefe und Privilegien des Königreiches Böhmen und des böhmischen Landtages — mit Ausnahme der zwei Majestätsbriefe König Rudolph's II. — erneuerte und bestätigte Ferdinand II. auch noch ausdrücklich und feierlich mit dem *Confirmatio privilegiorum* genannten Rescript vom 29. Mai 1627.

Einige der dem Landtage entzogenen Verfassungsrechte gab ihm Ferdinand III. durch seine Declaratorien und Novellen vom 1. Februar 1640 zurück, namentlich auch das Recht, mit Bewilligung des Regierungskommissärs alle Landesangelegenheiten zu berathen, welche die Majestätsrechte nicht betreffen, und hierüber Beschlüsse zu fassen, welche durch königliche Ratification zu Landesgesetzen erwachsen. Und diese Rechte übten die Stände thatsächlich in Angelegenheiten, welche die öffentliche Verwaltung, die Finanzen, ja in wichtigen Fällen Handel und Polizei betrafen.

Allein wenn man auch von einigen Seiten diesen Verfassungsrechten des böhmischen Landtages einen geringeren Werth beilegen wollte und auf die häufigen Verletzungen der Landtagsrechte hingewiesen wurde; Eines kann doch nicht geläugnet werden: dass das Recht, Steuern sowohl für die Landesbedürfnisse als auch für das kaiserliche Heer und andere Bedürfnisse des gesammten Kaiserreiches zu verwilligen, rücksichtlich des Königreiches Böhmen ausschliesslich dem Landtage zustand, dass dasselbe thatsächlich von ihm ausgeübt und durch wiederholte Beschlüsse und Adressen an den böhmischen König, namentlich aber durch den Protest der Stände vom 11. Mai

1847 bis auf die Zeit revolutionärer Umwälzungen im Jahre 1848 auch erhalten wurde.

In jenem Jahre ordnete König Ferdinand V. der Gütige mit a. h. Handschreiben vom 8. April die Reform und Erweiterung des uralten ständischen Landtages durch Hinzufügung von Vertretern der Städte und Landgemeinden an, auf welchem Landtage die künftige Landes- und Landtagswahlordnung geregelt werden sollte. Dieser für das Königreich Böhmen hochwichtige Staatsact ward zwar durch den nachfolgenden Absolutismus mit Stillschweigen übergangen, aber nicht beseitigt, während alle übrigen Verfassungsacte jener Zeit durch nachfolgende Verordnungen ausdrücklich widerrufen wurden.

Als dann Se. Majestät nach 12jähriger Dauer des Absolutismus in Folge der gemachten Erfahrungen mit Seinem Manifeste vom 20. October 1860 öffentlich und feierlich als Seine Regentenpflicht erkannte, in Hinkunft die historischen Erinnerungen, Rechtsanschauungen und Rechtsansprüche aller Seiner Länder und Völker zu beachten, versprach Er zugleich, dass Er ihnen die ererbten Institutionen erneuern oder neue gewähren wolle und die weitere Kräftigung und Entwicklung dieser Institutionen im Einklange mit den Bedürfnissen des Gesamtreiches dem patriotischen Eifer und der gereiften Einsicht der Völker anvertraue.

Die einzige Einschränkung demnach, welche Se. Majestät damals für das historische Recht des Königreiches Böhmen auszusprechen geruhte, war die Einheit, Unzertrennlichkeit und Machtstellung des Gesamtreiches. Die ererbten Verfassungen, die uralten Staats- und historischen Rechte der einzelnen Königreiche und Länder blieben demnach durch das a. h. Diplom unangetastet und in Giltigkeit, insofern sie den Lebensbedingungen des Gesamtreiches nicht widerstritten, welche durch entsprechende Institutionen zu wahren Se. Majestät als Sein Ziel und Seine Regentenpflicht erklärte.

Mit diesem a. h. Diplome, welches Se. Majestät selbst als unwiderrufliches, für Sich und Seine Nachkommen verbindliches Grundgesetz des Gesamtreiches verkündete, geruhte Se. Majestät zugleich auch die Angelegenheiten festzustellen, welche in Hinkunft dem Gesamtreiche gemeinsam sein und bleiben und verfassungsmässig durch dessen ungetheilte Vertretung, nämlich durch einen von allen Königreichen und Ländern verhältnissmässig beschickten Reichsrath ausgetragen werden sollten.

Se. Majestät geruhte zugleich dem böhmischen Landtage zu einem grossen Theil die von Kaiser Ferdinand II. gewaltsam verkürzte gesetzgebende Gewalt zurückzugeben, indem er aussprach, dass Alles, was nicht ausdrücklich der gemeinsamen Behandlung im Reichsrathe vorbehalten sei, auf den Landtagen der einzelnen Königreiche und Länder nach jenen Landesverfassungen, in deren Besitz sie sind, ausgetragen werden solle.

Das Diplom vom 20. October 1860 anerkannte demnach das historische und staatliche Recht des Königreichs Böhmen; es anerkannte zugleich auch die verfassungsmässige Form für die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt im Lande; es erweiterte ferner gleichzeitig und unwiderruflich — und das ist ein Moment von grossem Gewicht — die Competenz und gesetzgebende Gewalt des Landtages auf alle Gegenstände, welche nicht ausdrücklich der Reichsvertretung vorbehalten sind.

Dieses neue Staatsgrundgesetz nahm die böhmische Nation mit dankbarer Anerkennung an. Sie war sich zwar dessen bewusst, dass ihr dadurch ein Recht entzogen wurde, welches sie seit Jahrhunderten und bis zu jenem Augenblicke hatte, welches ihr zu entziehen Ferdinand II., wie rücksichtslos er auch mit dem Verfassungsrecht des Landes verfuhr, sich nicht getraute — das unschätzbare Recht für sich nicht allein über die Landessteuer, sondern auch darüber zu beschliessen, wie viel sie für die Bedürfnisse des Gesamtreiches beizutragen habe. Dieses letztere Recht sollte für die Zukunft an die Vertretung des Gesamtreiches übertragen werden. Die böhmische Nation anerkannte aber auch, dass jene Angelegenheiten, die durch das Diplom als für das Gesamtreich gemeinsam festgestellt wurden — soll überhaupt die Machtstellung und Einheit des Reiches gesichert werden — allerdings gemeinsam bleiben und in Hinkunft verfassungsmässig ausgetragen werden müssen; sie hoffte auch, dass in gleicher Weise auch die anderen Nationen, in der Erhaltung des Reiches und der Machtstellung desselben die Gewähr ihrer eigenen Existenz erkennend, zur gemeinsamen verfassungsmässigen Behandlung dieser Angelegenheiten ihre Zustimmung geben werden; sie selbst war ihrerseits sogleich bereit, ihr ausschliessliches und selbstständiges Recht, die Beiträge dieses Königreichs für die Erfordernisse des Gesamtreiches zu verwilligen, das sie bisher unangefochten ausgeübt hatte, an eine Vertretung des Gesamtreiches, an eine gesamtösterreichische Vertretung zu übertragen.

Das aber war von ihr niemals gefordert worden, und konnte es auch nicht werden, dass sie sich dieses unschätzbaren Rechtes zu Gunsten Jemandes Anderen entäussere, etwa einer Repräsentanz irgend einer willkürlich geschaffenen Gruppe von Ländern; denn ihre Absicht war, das ihr ausschliesslich zustehende Recht wohl der Einigung des Reiches, nimmer aber einer Zweitheilung desselben zu opfern.

Dass etwas solches, dass auch andere Beschränkungen des historischen Landesrechtes und der ererbten Institutionen von ihr nicht werden verlangt werden, dafür erblickte die böhmische Nation und der Landtag eine Gewähr in dem kaiserlichen Worte und in dem unwiderruflichen und bindenden Grundgesetze des a. h. Diploms: „dass Se. Majestät und seine Nachfolger das Recht, Gesetze zu geben, abzuändern und aufzuheben in Zukunft weder anders ausüben werden noch sollen, als gemeinsam mit dem Landtage, und, so weit es sich um Angelegenheiten des Gesamtreiches handelt, unter Mitwirkung des von allen Ländern des Reiches beschickten Reichsrathes.“

Auf Grund dieses kaiserlichen Versprechens war auch die Reform der Landesverfassung in einer den Bedürfnissen unserer Zeit und des Gesamtreiches angepassten Weise, so wie die Ausarbeitung einer gerechten Wahlordnung — gewiss eines der wichtigsten Landesgesetze — der legalen Landesvertretung im Vereine mit dem König anheimzugeben. Auf keinerlei Weise aber konnte auf der erwähnten Grundlage dem Königreiche Böhmen ein definitives Wahlgesetz, sondern höchstens ein provisorisches gegeben werden.

Allein das Patent vom 26. Februar 1861 beachtete weder die Landesvertretung, die in jener Zeit auf Grund der Landesordnung im Zusammenhange mit dem allerhöchsten Cabinetsschreiben vom 8. April 1848 legal giltig, noch auch die gesetzgebende Gewalt des Landtages, die ihm durch das kaiserliche Diplom zuerkannt war, sondern es octroyirte dem Königreiche Böhmen eine Landes- und Wahlordnung, welche mit einfacher Stimmenmehrheit nur bis zum Ablauf von 6 Jahren verbessert werden durften, bezüglich ihrer wesentlichen Gebrechen aber bloß unter Zustimmung der Gesamtreichsvertretung geändert werden konnten, während alle Verfassungsänderungen nur in Gegenwart von drei Vierteln der Vertreter durch eine Zweidrittelmajorität vorgenommen werden können.

Dass durch dieses Patent eine offenkundige Verkürzung

des historischen und staatlichen Rechtes des Königreiches Böhmen, so wie seiner Autonomie und der durch das a. h. Diplom gewährleisteten landtäglichen Competenz erfolgte, ist unbestreitbar.

Diese Verkürzung verletzte insbesondere die gesammte Bevölkerung böhmischer Nationalität, welche eine solche Missachtung der historischen, der böhmischen Nation heiligen Erinnerungen mit dem schmerzlichsten Gefühl erfüllte und überdies — obwohl in diesem Lande die grosse Mehrheit in Rücksicht auf Bevölkerungszahl und Steuern — durch eine ungerechte Wahlordnung auf dem Landtage in eine unnatürliche Minderheit gebracht wurde. Sie verletzte auch den historischen zur Vertretung des Landes von Alters her berechtigten böhmischen Adel, da durch jenes Patent wesentliche Aenderungen der Landes-Verfassung ohne Zustimmung der uralten Vertretung vorgenommen wurden, die doch ihre Bereitwilligkeit zu allen zeitgemässen Reformen wiederholt kundgegeben hatte.

Aus diesem Grunde verwahrten sich bereits am 6. April 1861 auf dem ersten auf Grund des Februarpatentes einberufenen Landtage die Abgeordneten böhmischer Nationalität gegen die Giltigkeit der octroyirten Wahlordnung, die offenbar weder der Bevölkerungszahl, noch der Höhe der Steuersummen, noch der Ausdehnung angemessen ist, welche Momente Se. Maj. am 20. October 1860 als Massstab für eine gerechte Vertretung des Reiches aufgestellt hatte. Sie erklärten, dass sie diese Wahlordnung nur als eine provisorische ansehen können, und dass sie sich demnach nur zeitweilig auf den Boden derselben stellen, um nach Möglichkeit die Wohlfahrt des Landes zu wahren, dass sie sich aber dagegen verwahren, als ob sie durch die Annahme der auf dieser Grundlage vorgenommenen Wahlen auch für die Zukunft die Zusammensetzung des Landtags nach dieser Wahlordnung als richtig anerkennen oder damit ihre Freiheit, diese Angelegenheit weiter zu behandeln, irgend wie beschränken wollten.

In ähnlicher Art verwahrten sich bei Ablegung des Gelöbnisses am 10. April 1861 die Mitglieder des ehemaligen ständischen Landtages, dass sie, in den auf Grundlage des Patentes vom 26. Februar 1861 berufenen Landtag einzig in der Absicht eintretend, um dem Wunsche Sr. Majestät gemäss in schwerer Zeit die Einheit und Kräftigung des staatsrechtlichen Baues des Reiches zu fördern, durch diesen ihren Vorgang den Rechten und Freiheiten des Königreiches Böhmen und der Continuität der durch viele, ununterbrochen auf

einander folgende Staatsacte gewährleisteten staatsrechtlichen Existenz desselben nichts vergeben haben, noch vergeben konnten.

Am 18. April 1861 in derselben Session des böhmischen Landtags, noch bevor zur ersten Wahl in den Reichsrath geschritten wurde, übergaben sämtliche Abgeordnete böhmischer Nationalität, 81 an der Zahl, eine neue Verwahrung, in welcher sie aussprachen, dass sie in den Februar-Patenten eine Verkürzung der, durch das unwiderrufliche Diplom vom 20. October 1860 gewährleisteten Rechte und Autonomie des Königreiches Böhmen erblicken, dass die Wahlordnung, durch welche die böhmisch-slavisches Mehrheit der Bevölkerung — zugleich die Majorität nach dem Massstabe der Steuerleistung — im Landtage künstlich zur Minorität wurde, eine Ungerechtigkeit gegen die böhmische Nationalität sei, und dass überhaupt weder die Wahlordnung noch die Landesordnung vom 26. Febr. 1861 ohne Mitwirkung der wahren Vertrauensmänner der gesammten Nation und des Königreiches Böhmen hätten erlassen werden sollen. Zugleich sprachen sie aus, dass in Folge dessen der Landtag nur die Minorität und keineswegs die Majorität der Landeseinwohnerschaft repräsentirt, und dass sie, da durch diese ungerechte Wahlordnung die Wahl der Repräsentanten des Königreiches, welche im Reichsrathe über dessen zukünftige staatsrechtliche Stellung in der Monarchie entscheiden sollen, in die Hand einer blossen Partei gegeben ist, welche die Rechte und Freiheiten desselben vergeben könnte, auf einer solchen Grundlage für sich nicht die Pflicht anerkennen, an der Wahl der Abgeordneten theilzunehmen, — dass sie aber nichts destoweniger, aus Rücksicht auf Männer, die sich um den Ausgleich bemühen, und damit nicht vielleicht durch ihr Verschulden die Reorganisation eines grossen Oesterreich Schaden erleide, an diesen Wahlen theilzunehmen gedenken. Nicht wissend, ob jene Partei, welcher die ungerechte Wahlordnung die Majorität verlieh, diese nicht auch im Reichsrathe dazu gebrauchen werde, eine ungerechte Vertretung des Landes herzustellen, haben sich aber alle diese Vertreter der böhmischen Nationalität gegen jeden Rechtsnachtheil verwahrt, der hieraus für das Königreich Böhmen entstehen könnte, indem sie den auf Grundlage der Landes- und Wahlordnung vom 26. Februar 1861 gewählten Abgeordneten jedes Recht bestritten, an den rechtlichen Beziehungen dieses Landes, welche sowohl auf älteren Verträgen, Privilegien und Landesordnungen als auch deren

feierlicher Wiederbestätigung durch das allerrh. Diplom vom 20. October 1860 beruhen, was immer zu ändern oder etwas davon aufzuheben.

Der Reichsrath wurde damals als die Vertretung des ganzen Reiches berufen und Se. Majestät hat in der bei Eröffnung desselben am 1. Mai 1861 gehaltenen Thronrede auch Seine feste Zuversicht ausgesprochen, dass binnen Kurzem alle Nationen in diesem Reichsrathe vertreten sein werden.

Als dann diese Hoffnung nicht zur Wirklichkeit wurde und der engere Reichsrath auch die Angelegenheiten des gesammten Reiches in Berathung zu ziehen beschloss, haben sich die böhmischen Abgeordneten gegen diesen Schritt als einen weder durch die erhaltenen Mandate noch durch das Februarpatent selbst berechtigten verwahrt, und als die Regierung dem unvollständigen Reichsrathe provisorisch die Macht des Gesammt-Reichsrathes übertrug, sind sie nach einer neuerlichen Verwahrung gegen alle Beschlüsse dieser Versammlung aus derselben ausgetreten.

Von da an blieb die böhmische Nationalität, die in den Ländern der böhmischen Krone 6 Millionen Menschen zählt, im Reichsrathe ohne Vertretung, bis endlich Se. Majestät die Erfolglosigkeit dieser Form erkennend und die Gründe, aus denen ein grosser Theil des Reiches trotz allem warmen Patriotismus dem Reichsrathe fern blieb, würdigend, durch das Manifest vom 20. September 1865 beschloss, die Reichsverfassung vom 26. Februar 1861 zu sistiren und durch eine neue freie Bahn von octroyirten Institutionen zu solchen überzugehen, welche durch freie Verständigung der Nationen angenommen würden. Es wurde versprochen, die Resultate der Unterhandlungen mit dem ungarischen und dem kroatischen Landtage dem böhmischen Landtage vorzulegen. Doch auch diese freie Bahn wurde bald wieder verrammelt, und endlich ist es dahin gekommen, dass der böhmische Landtag aufgefordert wird, durch seine Abgeordneten die hochwichtigen Veränderungen in der gesammten Constituirung des Reiches einfach zur Kenntniss zu nehmen, die ohne seine Einwilligung erfolgten, obwohl sie nicht nur die höchsten Interessen des ganzen Reiches überhaupt, sondern auch namentlich jene unserer Nation und des constitutionellen Staatsrechtes dieses Königreiches wesentlich berühren. Und diese Abgeordneten soll ein Landtag entsenden, der nach jener ungerechten und octroyirten Wahlordnung gewählt

ist, gegen welche die ganze böhmische Nation durch ihre Abgeordneten schon in das siebente Jahr ihre Klagen und Proteste erhebt. Wiederholt beantragten diese Abgeordneten eine Reform derselben, die der Steuerleistung und der Bevölkerungszahl, kurz den Forderungen der Gerechtigkeit entspräche.

Dieser Antrag wurde im Landtage vorerst verworfen, endlich jedoch wiederholt als berechtigt anerkannt. Als dann der böhmische Landtag erkannte, dass er selbst unmittelbar diese Reform nicht durchführen könne, theils wegen Hindernissen, die in der Verfassung selbst liegen, theils und hauptsächlich darum, weil die Gesammtreichs-Vertretung, der die Zustimmung zu wesentlichen Aenderungen zusteht, bisher nicht erzielt werden konnte, legte der Landtag seine Reformanträge und Wünsche Sr. Majestät vor, auf dass derselbe in Seiner Weisheit den Weg zur Sühnung des Unrechts und zur Reform der vielfachen Fehler, welche die Landtagscommission mit unzähligen Belegen nachgewiesen hat, anbahne. Se. Majestät geruhte darauf dem böhmischen Landtage zu verkünden, dass Er Seinem Ministerium die Ausarbeitung solcher Reformvorlagen angeordnet habe. Allein die erste sechsjährige Periode ging zu Ende, ein neuer Landtag wurde einberufen, aufgelöst und wieder einberufen, — doch an die versprochene und mit Recht geforderte Reform der Wahlordnung wurde nicht Hand angelegt, kein darauf abzielender Schritt gethan.

Die Nichtberechtigung einer Vertretung, die auf so ungerechter Grundlage gewählt ist, ist augenscheinlich und besonders gefährlich in diesem Augenblicke, wo die Regierung den böhmischen Landtag auffordert, seine Abgeordneten in einen ungenannten Reichsrath der nichtungarischen Länder zu entsenden, um dort die staatsrechtlichen und Verfassungsverhältnisse dieser Länder zu regeln und demgemäss unser Staats- und Verfassungsrecht der Majorität eines Vertretungskörpers zu unterwerfen, welcher nicht das Gesammtreich, sondern nur einige Länder, die für sich kein Reich bilden, repräsentirt, eines Vertretungskörpers, der zu solchen Entscheidungen durch keines der bisherigen Gesetze berechtigt ist.

Der böhmische Landtag hat sich bereits gegen die Beschickung eines solchen Reichsrathes und gegen die constituirende und entscheidende Macht einer Vertretung, die keinerlei staatsrechtliche Grundlage hat, ausgesprochen. Er hat darauf hingewiesen, dass nach Beseitigung des verfassungsmässigen Gesammt-

reichsraths die Verfassungs- und staatsrechtlichen Angelegenheiten dieses Königreichs nach Recht, nach der Natur der Sache und nach dem kaiserlichen Versprechen dem böhmischen Landtage vorgelegt werden sollten, und ausdrücklich verlangt, dass eine Angelegenheit von so hoher Bedeutung einem Landtag vorgelegt werde, der bereits auf Grundlage einer reformirten Wahlordnung gewählt, hiezu in sich selbst die Gewähr der rechtlichen und moralischen Competenz hätte.

Doch die Stimme des Landes fand keine Beachtung; der Landtag wurde aufgelöst und bei den Neuwahlen bemühte sich die Regierung auf alle Art, die Wahl von Abgeordneten zu erzielen, welche die politische Richtung des jetzigen Ministeriums billigen würden. Wir constatiren, dass die sämmtlichen selbstständigen Bezirke böhmischer Nationalität, Stadt- wie Landbezirke, durch fast durchgehends einstimmige Wiederwahlen der früheren Abgeordneten diese unserer Nation offenbar feindliche und verderbliche Richtung verurtheilt haben.

Welchen moralischen Druck, ja welche illegalen Mittel die Regierung zur Durchsetzung der Wahlen in ihrem Sinne in dem Wahlkörper des Grossgrundbesitzes angewendet hat, davon wurden unwiderlegliche Beweise reichlich in dem gegen diese Wahlen vorgelegten Proteste und in dem Referate des Landesausschusses geliefert, welcher die Annullirung dieser ganzen Wahl von 54 Mitgliedern beantragte.

Allein wenn auch die Regierung in ihrer Einwirkung hiebei streng die Gränzen des Gesetzes eingehalten hätte, so würde doch schon der Umstand, dass nur in Folge ihrer Bemühung und nur durch wenige Stimmen die vorzüglichsten Staatsmänner aus den Reihen des historischen böhmischen Adels, die grössten und angesehensten Geschlechter dieses Königreiches, welche wegen ihrer Verdienste um das ganze Reich und die Dynastie berühmt sind, die ausgedehntesten Güter besitzen und den grössten Theil der Steuer zahlen, aus der Landesvertretung ausgeschieden werden konnten, wieder die Ungerechtigkeit und Unmöglichkeit der weiteren Geltung der bisherigen Wahlordnung beweisen, wenn die Regierung nur irgend welches Gewicht darauf legt, dass die Vertretung des Landes eine wahrhafte und den wirklichen Verhältnissen entsprechende sei.

Das jetzige Ministerium hofft von der Nachgiebigkeit dieses auf solche Weise gewählten Landtages, dass er durch seine Abgeordneten nicht nur dessen That, die Zerreissung des Rei-

ches, sondern auch seine weiteren Pläne zur vollständigen Durchführung dieser Richtung unterstützen werde.

Da wir in diesem und solchem Vorgehen eine grosse Gefahr sowohl für die Rechte des Königreiches und Volkes von Böhmen, als auch für die allerhöchste Dynastie und für die Macht des österreichischen Staates erblicken, fühlen wir uns durch unsere Pflichten gegen diese, durch unser Gewissen und unsere Ueberzeugung verbunden, gegen die von dem Landtage verlangten Wahlen unsere Verwahrung einzulegen, weil derselbe dazu weder die subjective noch die verfassungsmässige Competenz besitzt.

Die subjective Berechtigung zu den Wahlen hat dieser Landtag nicht,

a) weil er gewählt ist auf Grundlage einer Wahlordnung, welche dem Lande octroyirt worden ist ohne Rücksicht auf das historische Verfassungsrecht des Landes, so wie auch ohne Einwilligung der legalen Vertreter des Landes, welche nach dem kais. Diplom vom 20. October 1860 zu allen Landesgesetzen nothwendig ist;

b) weil er aus einer vielfach mangelhaften Wahlordnung hervorgegangen ist, die namentlich für die böhmische Nationalität, die entschiedene Mehrheit der Landeseinwohnerschaft, erwiesenermassen ungerecht ist;

c) weil — wenn man auch die Geltung dieser Wahlordnung anerkennen würde — namentlich in diesem Landtage 54 Abgeordnete der nichtfideicommissarischen Grossgrundbesitzer auf incorrecte Weise agnoscirt wurden, obwohl sie nach einer incorrecten Wahlliste auf incorrecte Art gewählt worden sind, wodurch die Berechtigung des Landtages und die Beschaffenheit seiner Beschlüsse wesentlich alterirt erscheint.

Aus diesen Gründen erklären wir, die Vertreter der sämtlichen Wahlbezirke der Städte und Landgemeinden böhmischer Nationalität, die wir zusammen 3,500.000 Einwohner repräsentiren, somit die Majorität der Bevölkerung, welche auch den grössten Theil der directen Steuer dieses Landes zahlt, feierlich vor Sr. Majestät, unserem Kaiser und König, vor allen Völkern des Reiches, vor der gesammten Einwohnerschaft dieses Königreiches und auch vor dieser hohen Versammlung, dass wir diesen Landtag für eine unrechte und unberechtigte Vertretung des Landes halten.

Dieser unberechtigte Landtag ist von der Regierung und

dem hohen Präsidium zu einer ungesetzlichen und verfassungswidrigen That aufgefordert worden.

Er ist nämlich in der gegenwärtigen Session zu dem ausgesprochenen Zwecke berufen, dass er Abgeordnete in einen neuen Reichsrath wähle, der bisher nicht existirte, weder nach der Verfassung noch in der Wirklichkeit, weder in Betreff seiner Zusammensetzung, noch in Betreff der Competenz und der Aufgabe.

Dieser Reichsrath soll nämlich nach der ausgesprochenen Forderung des Ministeriums bloß seine Zustimmung geben zur Theilung des Reiches in eine ungarische und eine nicht-ungarische Hälfte, welche, wie die Regierung selbst sagt, eine geschehene und unabänderliche Thatsache ist; in Uebereinstimmung damit soll der Reichsrath die Verfassungsverhältnisse der nichtungarischen Länder in ihrer Gesamtheit und demgemäss auch die verfassungs- und staatsrechtlichen Verhältnisse der Länder der böhmischen Krone zum nicht-ungarischen Reichsrathe und zum Reichstage des ungarischen Reiches regeln.

Der Landtag soll demnach weder in den Reichsrath des Gesamtreiches — denn dieser ist durch den Vorgang des gegenwärtigen Ministeriums vernichtet; er soll aber auch nicht in den engeren Reichsrath des Patents vom 26. Februar wählen, — denn dieser ist als Theil des Gesamtreichsrathes zugleich mit diesem unmöglich geworden. Er soll in eine, in der bisherigen Verfassung nicht begründete, neue, namenlose Vertretung wählen. Er soll nicht in einen österreichischen, sondern in einen nichtungarischen Reichsrath wählen.

Abgeordnete in einen solchen Reichsrath zu wählen, dazu hat der Landtag nach dem Verfassungsrecht des Landes weder ein Recht noch die Pflicht, dazu hat er weder eine rechtliche noch die moralische Competenz.

Wer eine solche Wahl als verfassungsmässig bezeichnen wollte, würde entweder einen fehlerhaften Ausdruck gebrauchen oder eine augenscheinliche Unwahrheit aussprechen, indem durch Zuthun des gegenwärtigen Ministeriums selbst die Reichsverfassung vom 26. Februar 1861 — welche hier gemeint ist — vernichtet; indem auch die Landesordnung vom selben Datum namhaft verletzt wurde, ja selbst das Diplom vom 20. October 1860, welches ein unwiderruffliches Fundamentalgesetz des Reiches bleiben sollte, in seiner Wesenheit aufgehoben ist.

Wenn diese Gesetze und diese Verfassung Geltung hätten und befolgt würden, könnte von einer neuen, namenlosen Vertretung der nichtungarischen Länder nicht die Rede sein; um so weniger aber könnte einer solchen das Recht, Grundgesetze sowohl der Monarchie als auch der einzelnen Königreiche und Länder zu ändern, eine constituirende Machtbefugniss eingeräumt werden, deren Tragweite und Folgen in diesem Augenblicke Niemand zu ermessen vermag.

Was das Diplom vom 20. October 1860 im Zusammenhange mit dem Patente vom 26. Febr. 1861 als gültige Reichsverfassung anerkennt, muss consequenter Weise die Errichtung einer neuen constituirenden nichtungarischen Vertretung für eine Verletzung dieser Verfassung und demgemäss die Vornahme einer Wahl, welche die Macht, die Landesordnung und Reichsverfassung zu ändern, von dem Gesamtreichsrathe und dem Landtage an eine neue Vertretung des nichtungarischen Reiches überträgt, für eine Verletzung der Landesverfassung und Landesordnung erklären; der muss ferner anerkennen, dass auch die Theilnahme des Königreiches Böhmen an der Gesamtreichs-Gesetzgebung und das Mass und die Art der Ausübung dieses Rechtes nach Art. I. und II. des Diploms und nach §. 16, 19, 24 der Landesordnung ein wesentlicher Bestandtheil dieser Landesverfassung ist und dass die Wahl der Abgeordneten mit der Befugniss, in der Vertretung des nichtungarischen Reiches einer Aenderung der Gesamtreichs-Vertretung beizustimmen und die Verfassungsverhältnisse der nichtungarischen Länder zum Gesamtreiche sowie die bisherige Einflussnahme des Landes auf die Gesamtreichs-Angelegenheiten zu ändern, zugleich eine wesentliche Aenderung der Landesordnung ist, dass demnach gemäss §. 38 L.-O. diese nicht anders als in Anwesenheit von drei Viertheilen aller Mitglieder und unter Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden vorgenommen werden kann.

Wir hegen die Ueberzeugung, dass durch die Vornahme der Wahlen die Majorität dieser hohen Versammlung offenbar gegen das durch Verträge mit dem erlauchten Herrscherhause, durch viele Staatsacte, durch die Eide fast aller böhmischen Könige und durch den gegenwärtigen legitimen Herrscher neuerdings anerkannte Staatsrecht des Königreiches Böhmen und der böhmischen Krone handelt; dass sie gegen das Verfassungsrecht handelt, welches das Königreich Böhmen besass, als Se. Maje-

stät die böhmische Krone aus den Händen Königs Ferdinand's V. übernahm, dass sie gegen die gesetzgebende Machtbefugniß handelt, welche Se. Majestät mit dem a. h. Diplome vom 20. October der Landesvertretung für alle Zukunft ertheilt hat, und dass sie gegen das Recht handelt, durch welches derselben Vertretung mit dem Manifeste vom 20. September eine gleichgewichtige Stimme zuerkannt wurde, dass sie gegen die Verwahrung der Rechte des böhmischen Landtages handelt, welche dieser selbst schon durch zwei Adressen an Se. Majestät ausgesprochen hat.

Darum verwahren wir uns denn gegen Alles, was der aus dem böhmischen Landtage in so unberechtigter Weise beschickte Reichsrath thun könnte zum Nachtheile des Staats- und Verfassungsrechtes dieses Königreiches und der böhmischen Krone, oder der Rechte der böhmischen Nation, oder zur Verkürzung der Autonomie des Landes, sowie gegen Alles, was derselbe thun könnte zum Schaden der Machtstellung und Einheit des Reiches, in der wir des Palladium unserer Nation erblicken, oder zum Nachtheile unserer legitimen Dynastie. Alle solche Beschlüsse erklären wir im vorhinein für ungiltig und für die Bevölkerung der böhmischen Länder unverbindlich — und wir werden uns gegen dieselben wahren mit allen Mitteln des Rechtes und des Gesetzes.

A n h a n g.

Nr. 1.

Kaiserliches Manifest vom 20. September 1865.

An Meine Völker!

Die Machtstellung der Monarchie durch eine gemeinsame Behandlung der höchsten Staatsaufgaben zu wahren, und die Einheit des Reiches in der Beachtung der Mannigfaltigkeit seiner Bestandtheile und ihrer geschichtlichen Rechtsentwicklung gesichert zu wissen, — dies ist der Grundgedanke, welcher in Meinem Diplome vom 20. October 1860 einen Ausdruck fand, und Mich zum Wohle Meiner treuen Unterthanen fortan leiten wird.

Das Recht der Völker, durch ihre legalen Vertretungen bei der Gesetzgebung und Finanzgebarung beschliessend mitzuwirken, diese sichere Bürgschaft für die Förderung der Interessen des Reiches wie der Länder, ist feierlich gewährleistet und unwiderruflich festgestellt.

Die Form der Ausübung dieses Rechtes hat das mit Meinem Patente vom 26. Februar 1861 kundgemachte Grundgesetz über die Reichsvertretung bezeichnet, und im sechsten Artikel des gedachten Patenten habe Ich den ganzen Inbegriff der vorausgegangenen, der wieder ins Leben gerufenen und der neu erlassenen Grundgesetze als die Verfassung Meines Reiches verkündet.

Die Belebung dieser Form, die harmonische Gestaltung des Verfassungsbaues in allen seinen Theilen, blieb dem freien Zusammenwirken aller Meiner Völker anheimgegeben.

Nur mit warmer Anerkennung kann Ich der Bereitwilligkeit gedenken, mit welcher durch eine Reihe von Jahren ein grosser Theil des Reiches, Meiner Berufung folgend, seine Vertreter in die Reichshauptstadt entsandte, um im Gebiete des

Rechtes, der Staats- und Volkswirthschaft hochwichtige Aufgaben zu lösen.

Doch unerfüllt blieb Meine Absicht, die Ich unabänderlich bewahre, den Interessen des Gesamtstaates die sichere Gewähr in einer verfassungsmässigen Rechtsgestaltung zu bieten, die ihre Kraft und Bedeutung in der freien Theilnahme aller Völker findet.

Ein grosser Theil des Reiches, so warm und patriotisch auch dort die Herzen schlagen, hielt sich beharrlich fern von dem gemeinsamen legislativen Wirken, indem er seine Rechtsbedenken durch eine Verschiedenheit der Bestimmungen jener Grundgesetze zu begründen sucht, welche in ihrer Gesamtheit eben die Verfassung des Reiches bilden.

Meine Regentenpflicht verbietet es, Mich länger der Beachtung einer Thatsache zu verschliessen, welche die Verwirklichung Meiner, der Entwicklung eines freien Verfassungslebens zugewandten Absicht hemmt, und das Recht aller Völker in seiner Grundlage bedroht; denn auch für die Länder, welche nicht zur ungarischen Krone gehören, wurzelt die gemeinsame legislative Berechtigung nur in jenem Boden, welcher im Artikel VI des Patentbeschlusses vom 26. Februar 1861 als die Verfassung des Reiches bezeichnet wird.

In solange die Grundbedingung eines lebensvollen Inbegriffes von Grundgesetzen, der klar erkennbare Einklang seiner Bestandtheile fehlt, ist auch das grosse und gewiss segensverheissende Werk einer dauernden verfassungsmässigen Rechtsgestaltung des Reiches nicht zur That geworden.

Um nun Mein kaiserliches Wort lösen zu können, um der Form nicht das Wesen zu opfern, habe Ich beschlossen, zunächst den Weg der Verständigung mit den legalen Vertretern Meiner Völker in den östlichen Theilen des Reiches zu betreten, und dem ungarischen, sowie dem kroatischen Landtage das Diplom vom 20. October 1860 und das mit dem Patente vom 26. Februar 1861 kundgemachte Grundgesetz über die Reichsvertretung zur Annahme vorzulegen.

In Erwägung jedoch, dass es rechtlich unmöglich ist, eine und dieselbe Bestimmung in einem Theile des Reiches zum Gegenstande der Verhandlung zu machen, während sie gleichzeitig in den anderen Theilen als allgemein bindendes Reichsgesetz behandelt würde, sehe Ich Mich genöthigt, die Wirksamkeit des Gesetzes über die Reichsvertretung mit der aus-

drücklichen Erklärung zu sistiren, dass Ich Mir vorbehalte, die Verhandlungsergebnisse der Vertretungen jener östlichen Königreiche, falls sie eine mit dem einheitlichen Bestande und der Machtstellung des Reiches vereinbare Modification der erwähnten Gesetze in sich schliessen würden, vor Meiner Entschliessung den legalen Vertretern der anderen Königreiche und Länder vorzulegen, um ihren gleichgewichtigen Ausspruch zu vernehmen und zu würdigen.

Ich kann es nur beklagen, dass dieser unabweislich gebotene Schritt auch einen Stillstand in dem verfassungsmässigen Wirken des engeren Reichsrathes mit sich bringt, allein der organische Zusammenhang und die gleiche Geltung aller Grundbestimmungen des Gesetzes für die gesammte Thätigkeit des Reichsrathes macht eine Scheidung und theilweise Aufrechterhaltung der Wirksamkeit des Gesetzes unmöglich.

So lange die Reichsvertretung nicht versammelt ist, wird es die Aufgabe Meiner Regierung sein, alle unaufschieblichen Massregeln und unter diesen insbesondere jene zu treffen, welche durch das finanzielle und volkswirtschaftliche Interesse des Reiches geboten sind.

Frei ist die Bahn, welche mit Beachtung des legitimen Rechtes zur Verständigung führt, wenn — was Ich mit voller Zuversicht erwarte — ein opferfähiger versöhnlicher Sinn, wenn gereifte Einsicht die Erwägung Meiner treuen Völker leitet, an welche dieses kaiserliche Wort vertrauensvoll gerichtet ist.

Wien, am 20. September 1865.

Franz Joseph m. p.

Nr. 2.

Nr. 2.

Kaiserliches Patent vom 20. September 1865, womit die Wirksamkeit des durch das kaiserliche Patent vom 26. Februar 1861 kundgemachten Grundgesetzes über die Reichsvertretung sistirt wird.

Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen, König der Lombardei und Venedigs, von Dalmatien, Kroatien, Slawonien, Galizien, Lodomerien und Illirien, König von Jerusalem etc.; Erzherzog von Oesterreich; Grossherzog von Toscana und Krakau; Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steyer, Kärnten, Krain und der Bukowina; Grossfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; Herzog von Ober- und Nieder-Schlesien,

von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Auschwitz und Zator, von Teschen, Friaul, Ragusa und Zara; gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol, von Kyburg, Görz und Gradiška; Fürst von Trient und Brixen; Markgraf von Ober- und Nieder-Lausitz und in Istrien; Graf von Hohenembs, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg etc.; Herr von Triest, von Cattaro und auf der windischen Mark; Grosswojwod der Wojwodschaft Serbien etc. etc. thun kund und zu wissen:

In Erwägung der unabweislichen Nothwendigkeit, zur Gewinnung dauernder Grundlagen für eine verfassungsmässige Rechtsgestaltung des Reiches den Weg der Verständigung mit den legalen Vertretern der Länder der ungarischen Krone zu betreten, und zu diesem Ende den betreffenden Landtagen das Diplom vom 20. October 1860 und das mit dem Patente vom 26. Februar 1861 kundgemachte Gesetz über die Reichsvertretung zur Annahme vorzulegen;

in weiterer Erwägung, dass eine gleichzeitige Behandlung dieser Urkunden als allgemein bindendes Reichsgesetz hiedurch ausgeschlossen wird, verordnen Wir nach Anhörung Unseres Ministerrathes, wie folgt:

Erstens: Die Wirksamkeit des Grundgesetzes über die Reichsvertretung wird mit dem Vorbehalte sistirt, die Verhandlungsergebnisse des ungarischen und des kroatischen Landtages, falls sie eine mit dem einheitlichen Bestande und der Machstellung des Reiches vereinbare Modification der erwähnten Gesetze in sich schliessen würden, vor Unserer Entschliessung den legalen Vertretern der anderen Königreiche und Länder vorzulegen, um ihren gleichgewichtigen Ausspruch zu vernehmen und zu würdigen.

Zweitens: In solange die Reichsvertretung nicht versammelt ist, hat Unsere Regierung die unaufschieblichen Massregeln und unter diesen insbesondere jene zu treffen, welche das finanzielle und volkswirtschaftliche Interesse des Reiches erheischt.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien, den 20. September, im Eintausend achthundert fünfundsiebzehnten, Unserer Regierung im siebzehnten Jahre.

Franz Joseph m. p.

Belcredi m. p. Mensdorff m. p. Esterházy m. p.

Frank m. p. v. Majláth m. p. Larisch m. p. Komers m. p.

Mažuranić m. p. Haller m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung:

Bernhard Ritter von Meyer m. p.

Nr. 3.

Allerhöchstes Handschreiben an den Staatsminister.

Lieber Graf Belcredi!

Als Ich mit Meinem Manifeste vom 17. Juni d. J. Meinen Völkern mit tiefem Schmerze die unabweisliche Nothwendigkeit eines Krieges verkündete, um Oesterreichs gutes Recht zu vertheidigen — in diesem ernsten Augenblicke haben die Völker Meinen Ruf mit einer Opferfreudigkeit erwiedert, die Meinem schwer bekümmerten Herzen zur wahren Genugthuung gereichte. Erhebend war Mir das Bewusstsein, dass bei einem so tiefernten Schritte Monarch und Volk von demselben Gedanken, von demselben Gefühle geleitet werden.

Die unglücklichen Ereignisse, die hierauf auf dem nördlichen Kriegsschauplatze folgten, die schweren Opfer, die sie Meinem Reiche auferlegten, haben den Geist patriotischer Hingebung im Volke nicht erschüttert.

In der Hauptstadt und in vielen Theilen des Reiches haben Tausende freiwillig die Waffen ergriffen, sei es um die Reihen des Heeres zu verstärken oder Freicorps zu bilden, sei es um die Grenzen vor feindlichen Einfällen zu schützen; und dieser opferfreudige Sinn hat sich in gleicher Weise bei der Ausrüstung der Mannschaft bethätigt.

In Meiner treuen Grafschaft Tirol hat sich die ganze wehrhafte Bevölkerung in begeisterter Vaterlandsliebe zur heldenmüthigen Abwehr des Feindes erhoben, und Mein theueres Königreich Böhmen hat unter den bittersten Leiden, den schwersten Drangsalen eine Haltung bewahrt, wie sie nur einem Volke eigen ist, welches, gleich den tapferen Söhnen Tirols, durch treue Liebe zum angestammten Herrscher, zum Reiche und zur Heimat, der Geschichte einen Glanz verleiht, der nie erbleicht.

Leider haben sich im Laufe der Kriegereignisse diese Drangsale auch über andere Länder verbreitet, über Mein treues Mähren, Schlesien, einen Theil Nieder-Oesterreichs, Süd-Tirols und des Görzer Gebietes — und allenthalben hat sich in dieser Zeit schwerer Prüfung der patriotische, treue Sinn der Bevölkerung nicht allein ungeschwächt erhalten, sondern selbst in der gefahrvollsten Lage in erhebender Weise kundgegeben.

Besonders wohlthuend war Mir auch die Wahrnehmung der liebevollen Theilnahme und wahren Hingebung, mit welcher

die verwundeten und erkrankten Krieger von allen Classen der Bevölkerung unterstützt und gepflegt wurden.

So reiht sich denn an die schmerzlichen Eindrücke unglücklicher Tage die unvergängliche Erinnerung an die werthvollsten Beweise der Treue und edlen Aufopferung Meiner Völker, und gerührten Herzens spreche Ich hiefür Meine dankbarste Anerkennung aus.

Ich beauftrage Sie, dies zur allgemeinen Kenntniss zu bringen und insbesondere auch den Vertretungen Meiner Königreiche und Länder bei ihrer nächsten Versammlung hievon die Mittheilung zu machen.

Es ist die Aufgabe Meiner Regierung, alle zu Gebote stehenden Mittel zur Heilung der durch den Krieg verursachten tiefen Wunden zu verwenden. Die angestrengteste Thätigkeit ist hier eine heilige Pflicht, deren gewissenhafte Erfüllung Ich von allen Regierungsorganen erwarte.

Wer in dieser schweren Zeit für das Reich Opfer gebracht, hat auch den Anspruch auf des Reiches Hülfe, mit deren Gewährung nach Recht und Billigkeit nicht gezögert werden darf. Ueber die Resultate der von Ihnen bereits getroffenen Einleitungen haben Sie Mir fortgesetzt Vortrag zu erstatten.

Schönbrunn, am 13. October 1866.

Franz Joseph m. p.

Nr. 4.

Kaiserliches Patent vom 2. Januar 1867.

Giltig für Böhmen, Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit Krakau, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Bukowina, Mähren, Schlesien, Tirol, Vorarlberg, Istrien, Görz und Grasdiska, und Triest mit seinem Gebiete.

Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich; König von Hungarn und Böhmen, von Dalmatien, Kroatien, Slawonien, Galizien, Lodomerien und Illirien, König von Jerusalem etc.; Erzherzog von Oesterreich; Grossherzog von Toskana und Krakau; Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steier, Kärnthen, Krain und der Bukowina; Grossfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; Herzog von Ober- und Nieder-Schlesien, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Auschwitz und Zator, von Teschen, Friaul

Ragusa und Zara; gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol, von Kyburg, Görz und Gradiska; Fürst von Trient und Brixen; Markgraf von Ober- und Nieder-Lausitz und in Istrien; Graf von Hohenembs, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg etc., Herr von Triest, von Cattaro und auf der windischen Mark; Grosswojwod der Wojwodschaft Serbien etc. etc. thun kund und zu wissen:

Auf Grund des Patentes vom 20. September 1865 hat Unsere Regierung zur Ausgleichung widerstreitender Rechtsansprüche in Betreff der verfassungsmässigen Institutionen des Reiches, die Verhandlung mit den Vertretern der Länder Unserer ungarischen Krone eingeleitet.

Im Hinblick auf den Stand dieser Verhandlung und in der Absicht, eine gründliche, allseits gerechte und möglichst beschleunigte Lösung der hochwichtigen Aufgabe zu erzielen, haben Wir beschlossen, die Vertreter Unserer anderen Königreiche und Länder zur Mitwirkung zu berufen.

So gerne Wir geneigt sind, den Rechtsanschauungen der einzelnen Bestandtheile des Kaiserstaates Unsere Beachtung zuzuwenden, so betrachten Wir es doch als Unsere erste und heiligste Pflicht, hiebei den gesicherten Bestand der Monarchie und deren Gesamtinteresse, als Ziel und Gränzpunkt unverrückt festzuhalten.

Die Zeitverhältnisse, die Lage des Reiches erfordern es gleich unabweislich, dass die Verhandlungen über die Verfassungsfrage in der möglichst kürzesten Zeit zu ihrem Abschlusse gelangen, und dass sonach die verschiedenen Rechtsanschauungen und Ansprüche der Königreiche und Länder, welche nicht zur ungarischen Krone gehören, unter dem stets leitenden Gesichtspunkte der Festigung des Bestandes der Monarchie, in einer gemeinsamen Versammlung ihren Austrag finden.

Ein starres Festhalten an einem formellen, die Verfahrungsweise in dem Ausgleichswerke einzig und allein beherrschenden Gesichtspunkte, würde die Lösung der Aufgabe stören, das constitutionelle Princip — welches Wir entschieden gewahrt und für die Zukunft gesichert wissen wollen — ernstlich bedrohen, und der definitiven Regelung der inneren staatsrechtlichen Verhältnisse gewichtige Hemmnisse entgegenstellen, so dass hiedurch die Gefahren für den Gesamtstaat, anstatt gebannt, nur erhöht werden würden.

Indem wir Uns daher bewogen fühlen, die Vertreter der

erwähnten Königreiche und Länder zu einer ausserordentlichen Reichsrathsversammlung zu berufen, und die Berufung auch auf Unser Herrenhaus auszudehnen, wollen Wir die Beachtung der Ansprüche, welche durch eine mehrjährige Wirksamkeit der Vertreter dieser Länder auf Grund der Bestimmungen des Reichsrathsstatutes vom 26. Februar 1861 erworben wurden, mit der Anerkennung des Rechtes verbinden, welches Unser Diplom vom 20. October 1860, bei Fragen vom gemeinsamen Interesse, den Landtagen durch Entsendung ihrer Vertreter einräumt.

Es ist Unser Wille, dass die Zahl der zu entsendenden Mitglieder in jedem Lande derjenigen entspreche, welche das Gesetz über die Reichsvertretung festsetzt, und dass von einer Instructions-Ertheilung abgesehen werde. Die dringende Nothwendigkeit, das Ausgleichswerk zu fördern, gebietet jedes Hemmniss ferne zu halten.

Bezüglich der Oeffentlichkeit der Sitzungen und des Geschäftsverkehrs beider Häuser, deren Präsidenten und Vicepräsidenten Wir Uns zu ernennen vorbehalten, so wie auch in Betreff der Berechtigung Unserer Minister und Chefs der Centralstellen an den Berathungen Theil zu nehmen, werden die Bestimmungen der Gesetze vom 26. Februar und 31. Juli 1861 massgebend sein.

Da die sechsjährige Wahlperiode für die Landtage schon in nächster Zeit abläuft, und da Wir Unseren Völkern bei einer so hochwichtigen Aufgabe die erneuerte Ausübung des Wahlrechtes gewahrt wissen wollen, finden Wir Uns bewogen, eine Neuwahl der Landtagsmitglieder eintreten zu lassen.

Indem Wir sonach auf den patriotischen opferwilligen Sinn unserer Völker zählen, indem Wir erwarten, dass in Würdigung des tiefen Ernstes der Lage, die Einzelinteressen sich willig dem Einen grossen Zwecke unterordnen werden: das Gesamtreich in seinen Lebensbedingungen zu schirmen — verordnen Wir nach Anhörung Unseres Ministerrathes, wie folgt:

A r t i k e l I.

Die Landtage von Böhmen, Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit Krakau, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Bukovina, Mähren, Schlesien, Tirol, Vorarlberg, Istrien, Görz und Gradiska sind aufgelöst.

A r t i k e l II.

Es ist unverzüglich zu Neuwahlen für diese Landtage zu schreiten.

Artikel III.

Die auf Grund der vollzogenen Neuwahlen zusammentretenden Landtage, dann der Stadtrath von Triest, sind auf den 11. Februar laufenden Jahres in ihre gesetzlichen Versammlungsorte einberufen.

Artikel IV.

Die Mittheilung dieses Unseres kaiserlichen Patentes und die Aufforderung zur Wahl für die ausserordentliche Reichsrathsversammlung, haben die alleinigen Gegenstände der Vorlage und beziehungsweise der Wirksamkeit der einberufenen Landtage und des Stadtrathes von Triest zu bilden.

Artikel V.

Der ausserordentliche Reichsrath wird auf den 25. Februar laufenden Jahres in Unsere Haupt- und Residenzstadt Wien einberufen.

Artikel VI.

Die Berathung der Verfassungsfrage hat den alleinigen Gegenstand der Thätigkeit dieser ausserordentlichen Reichsrathsversammlung zu bilden.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien am zweiten Januar, im Eintausend achthundert sieben und sechzigsten, Unserer Reiche im neunzehnten Jahre.

Franz Joseph m. p.

Beust m. p. **Belcredi** m. p. **Larisch** m. p. **Komers** m. p.

Wüllerstorff m. p. **John** m. p., **F. M. L.**

Auf Allerhöchste Anordnung:

Bernhard Ritter von Mayer m. p.

—

Nr. 5.

Ministerialrescript an den Statthalter von Böhmen Grafen

Rothkirch - Panthen.

„Als Se. k. k. apostolische Majestät mit dem a. h. Patente

vom 2. Januar d. J. die Einberufung eines ausserordentlichen

Reichsrathes anzuordnen geruhten, wurden Allerhöchstdieselben

hierbei von der Absicht geleitet, allen nicht zur ungarischen

Krone gehörigen Königreichen und Ländern der Monarchie die

Abgabe des ihnen durch das a. h. Patent vom 20. September

1865 in Aussicht gestellten gleichgewichtigen Votums in Bezug

auf die Lösung der Verfassungsfrage zu sichern und denselben

gleichzeitig eine nicht innerhalb der bisherigen Schranken liegende Basis zur Verständigung und Ausgleichung der auch in diesen Königreichen und Ländern vorwaltenden verschiedenen Rechtsansprüche und Rechtsauffassungen zu bieten.

Diese a. h. Absicht hat zum lebhaften Bedauern der kaiserlichen Regierung nicht überall die gehoffte Würdigung gefunden, dieselbe ist vielmehr vielfach der Missdeutung ausgesetzt gewesen: als gedenke die kaiserliche Regierung durch diesen Schritt die den Eingangs erwähnten Königreichen und Ländern durch das Diplom vom 20. October 1860 und das Patent vom 26. Februar 1861 zugesicherten verfassungsmässigen Rechte zu schmälern oder wohl gar auf die Dauer zu entziehen. So sehr nun die kaiserliche Regierung eine solche Auffassung beklagen und als eine jeder wirklichen Begründung entbehrende bezeichnen musste, so wenig konnte sie sich darüber täuschen, dass auf diese Art der von ihr hauptsächlich im Auge gehaltene Zweck in seiner Wesenheit gefährdet erschien.

Musste sich aber schon nach diesen Erwägungen der kaiserlichen Regierung eine ernste und aufmerksame Prüfung der Frage empfehlen, ob das mit so redlichem Wollen in Aussicht genommene Werk noch von den gehofften erspriesslichen Resultaten begleitet sein könne, so trat seither noch ein sehr wichtiger und folgenreicher Umstand hinzu, welcher ein Beharren auf dem neuerlich eingeschlagenen Wege nicht mehr als zweckmässig erscheinen lassen konnte.

Während bei dem Erlasse des kaiserlichen Patentes vom 2. Januar d. J. der ins Auge gefasste Stand der Verhandlungen mit den Ländern der ungarischen Krone sich darauf beschränkte, dass ein an den ungarischen Landtag ergangenes Allerhöchstes Rescript die Grundprincipien und Gränzen des Ausgleichs feststellte, ohne dass darauf eine eingehende Aeusserung des ungarischen Landtages erfolgt wäre, haben Verhandlungen, welche seitdem gepflogen worden sind, zu dem erfreulichen Resultate geführt, dass von Seite des ungarischen Landtages mit Zuversicht eine Zustimmung zu Anträgen gehofft werden kann, welche die Machtstellung der Gesamtmonarchie zu wahren geeignet sind und in ihrer Durchführung eine gedeihliche Entwicklung derselben in Aussicht stellen.

Als Vorbedingung für die praktische Durchführung des Ausgleiches erschien aber die Ernennung des verantwortlichen ungarischen Ministeriums. War es nun ein Gebot politischer

Nothwendigkeit, mit dem definitiven Ausgleiche Ungarn gegenüber nicht länger zu zögern, so vermochte sich die kaiserliche Regierung einer Täuschung darüber nicht hinzugeben, dass das ungarische Ministerium in den Stand gesetzt werden müsse, eine vereinbarte Grundlage des Ausgleiches vor dem ungarischen Landtage zu vertreten.

Unter solchen Umständen erscheint der Grundgedanke, welcher bei der Berufung des ausserordentlichen Reichsrathes vorgewaltet hatte, durch die später eingetretenen Ereignisse überholt und es trat an die kaiserliche Regierung nunmehr die wichtige Frage zur Entscheidung heran: ob es sich bei dieser Sachlage nicht im Interesse des Reiches empfehlen würde, von der Berufung eines ausserordentlichen Reichsrathes Umgang zu nehmen.

Die kaiserliche Regierung hat sich nach aufmerksamster und eingehendster Prüfung für die Bejahung dieser Frage entscheiden müssen, und ist hiebei von folgenden massgebenden Gesichtspunkten geleitet worden.

Seit einer langen Reihe von Jahren krankt die constitutionelle Organisation der Monarchie an den bisher unlösbar gebliebenen Widersprüchen zwischen dem älteren ungarischen Verfassungsrechte und jenen freiheitlichen Institutionen, welche Se. Majestät der Kaiser im Bereiche der gesammten österreichischen Monarchie durchzuführen Allerhöchstsich zur Lebensaufgabe gemacht haben. Welche traurigen Folgen hieraus erwachsen sind, wie sehr der Staat durch diesen Conflict am innersten Lebensmarke leidet, ist allgemein bekannt. Vor Behebung dieses Conflictes ist die Wiederherstellung der Grösse und der altgeschichtlichen Stellung des Kaiserstaates in dem europäischen Staatensysteme nicht zu erhoffen. Bei den Verhältnissen, welche die letzten unheilvollen Ereignisse geschaffen, ist aber auch jede Verzögerung des Ausgleiches mit den entschiedensten Nachtheilen verbunden.

Tritt der letztere jedoch ins Leben, so erscheint damit zugleich der Zweck erreicht, welcher der mit dem Allerhöchsten Patente vom 20. September 1865 verfügten Sistirung zum Grunde lag.

Diese nur wegen der Einleitung einer Verständigung mit Ungarn ergriffene Massregel stellt sich fortan nicht mehr als nothwendig dar, die Rückkehr in die verfassungsmässigen Bahnen ist von selbst gegeben und der Regierung die Gelegenheit

geboten, dem versammelten Reichsrathe über die gepflogene Verhandlung Aufschlüsse zu ertheilen und ihre Schritte zu rechtfertigen.

Von diesen Gründen geleitet, haben daher Se. k. k. apostolische Majestät mit der allerhöchsten Entschliessung vom 4. d. M. zu verordnen geruht, dass von der Einberufung eines ausserordentlichen Reichsraths abzukommen sei, der verfassungsmässige Reichsrath am 18. März d. J. in Wien zusammentrete und dass demselben diejenigen Verfassungsänderungen, welche mit Rücksicht auf den Ausgleich mit Ungarn sich als nothwendig herausstellen, zur Annahme vorgelegt werden.

Gleichzeitig sollen Gesetzentwürfe über die Entsendung von Abgeordneten in den Berathungskörper für die gemeinsamen Angelegenheiten, nicht minder über die Fortbildung der constitutionellen Befugnisse in der Westhälfte des Reiches durch ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit und Modificirung des §. 13 des Februarpatentes, so wie auch in Folge der wiederholt in einzelnen Landtagen laut gewordenen Wünsche, durch eine Vorlage zur Erweiterung der verfassungsmässigen Autonomie der Länder, endlich der Entwurf des Gesetzes über die neue Wehrverfassung demselben sofort nach seiner Zusammentretung vorgelegt, so wie auch weiterhin wichtige, die Verbesserung der Rechtspflege und die Hebung der volkswirthschaftlichen Interessen betreffende Gesetzesvorlagen erfolgen werden.

Die kaiserliche Regierung darf von der ruhigen Besonnenheit und dem opferwilligen Patriotismus der Mitglieder des böhmischen Landtages mit Zuyersicht hoffen, dass derselbe sofort zur Wahl der Mitglieder für den verfassungsmässigen Reichsrath schreiten und hiedurch, in richtiger Beurtheilung der wohlwollenden Intentionen Sr. Majestät, das seinige dazu beitragen werde, die nur allzu lange schon fortdauernde Verfassungskrisis auf einer dem Einverständnisse aller Betheiligten entsprechenden Grundlage zu beenden.

Wien, am 4. Februar 1867.

Beust m. p.

Wüllerstorff m. p.

Komers m. p.

John m. p.

Nr. 6.

Kaiserliches Patent vom 26. Februar 1867,

womit der Landtag des Königreiches Böhmen aufgelöst und die Ausschreibung neuer Wahlen für denselben angeordnet wird.

Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich; König von Ungarn und Böhmen, von Dalmatien, Kroatien, Slawonien, Galizien, Lodomerien und Illirien, König von Jerusalem etc.; Erzherzog von Oesterreich; Grossherzog von Toscana und Krakau; Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steier, Kärnthen, Krain und der Bukowina; Grossfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; Herzog von Ober- und Nieder-Schlesien, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Auschwitz und Zator, von Teschen, Friaul, Ragusa und Zara; gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol, von Kyburg, Görz und Gradiska; Fürst von Trient und Brixen; Markgraf von Ober- und Nieder-Lausitz und in Istrien; Graf von Hohenembs, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg etc.; Herr von Triest, von Cattaro und auf der windischen Mark; Grosswojwod der Wojwodschaft Serbien etc. etc.

Durch den Statthalter Unseres Königreiches Böhmen ist Uns der Beschluss des Landtages vom 25. dieses Monates zur Kenntniss gebracht worden.

Die Gefühle der Treue und Anhänglichkeit an Unsere Person und Unser Haus, welche auch bei diesem Anlasse erneuerten Ausdruck gefunden haben, waren wie immer wohlthuend für Unser landesväterliches Herz, als treuer Nachhall der Uns wohlbekannten Gesinnungen des Volkes von Böhmen.

Ernstlich bedacht auf die Förderung der Wohlfahrt aller Theile Unseres Reiches, und fest entschlossen, sie in dem Streben nach freier innerer Entwicklung zu unterstützen, erachten Wir es gegenwärtig als Unsere erste und wichtigste Regentenpflicht, die Regelung der verfassungsmässigen Verhältnisse der Gesamtmonarchie zu einem raschen und gedeihlichen Abschlusse zu bringen.

Der Landtag selbst spricht die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Dringlichkeit dieser Aufgabe aus. Nachdem aber derselbe in seiner Mehrheit einen Beschluss gefasst hat, welcher, wenn Wir ihm Unsere Zustimmung ertheilen wollten, diesen Zweck vereiteln würde, so finden Wir Uns veranlasst,

Uns nochmals an die Bevölkerung Unseres Königreiches Böhmen zu wenden, und verordnen:

1. Der Landtag Unseres Königreiches Böhmen ist in Anwendung des §. 10 der Landesordnung aufzulösen, und sogleich die Ausschreibung von neuen Wahlen anzuordnen.

2. Wir behalten Uns die Bestimmung des Zeitpunktes für die Einberufung des neuen Landtages vor.

Gegeben in Unserer Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am sechsundzwanzigsten Februar im Eintausend achthundert siebenundsechzigsten, Unserer Reiche im neunzehnten Jahre.

Franz Joseph m. p.

Beust m. p.

Wüllerstorff m. p.

Komers m. p.

John m. p., F. M. L.

Auf Allerhöchste Anordnung:

Bernhard Ritter von Meyer m. p.

Nro. 7.

Allerhöchstes Handschreiben an den Ministerpräsidenten:

Lieber Freiherr v. Beust! Den am 18. Februar d. J. eröffneten Landtagen Meiner nicht zur ungarischen Krone gehörigen Königreiche und Länder sind durch Meine Regierung die Gründe mitgetheilt worden, welche Mich bestimmt haben, es von der mit Meinem Patente vom 2. Januar 1867 verfügten Einberufung eines ausserordentlichen Reichsrathes abkommen zu lassen und den verfassungsmässigen Reichsrath zur Verhandlung über die zum Abschlusse zu bringenden staatsrechtlichen Fragen zu berufen.

Die Aufforderung Meiner Regierung, die Wahl der Abgeordneten zum Reichsrathe vorzunehmen, ist von dem Landtage Meines Königreiches Böhmen in einer Weise beantwortet worden, welche Mich veranlasst hat, Mich mit Meinem Patente vom 26. Februar d. J. nochmals an die getreue Bevölkerung dieses Landes zu wenden. Ich beauftrage Sie nun, an den aus Neuwahlen hervorgegangenen Landtag sofort die neuerliche Aufforderung zur Beschickung des Reichsrathes zu richten, indem Ich zu der patriotischen Einsicht und dem loyalen Sinne des Landtages das Vertrauen hege, dass derselbe dieser Aufforderung bereitwillig entsprechen werde. Dem Landtage ist hiebei

die ausdrückliche Zusicherung zu wiederholen, dass Meiner Regierung nichts ferner liegt, als der Gedanke einer Einschränkung der verfassungsmässigen Autonomie des Königreiches, und dass es im Gegentheile Mein Wille ist, diese Autonomie nicht nur in jenen Richtungen zu erweitern, wo dies die Rücksicht auf die Sicherheit und Machtstellung des Gesamtreiches gestattet, sondern dieselbe auch durch die dauernde Befestigung des constitutionellen Organismus der Gesamtmonarchie und die fortschreitende Entwicklung entsprechender Institutionen mit neuen Bürgschaften zu umgeben.

Ofen, am 3. April 1867.

Franz Joseph m. p.

B e r i c h t i g u n g e n .

Seite 10 4. Zeile v. oben „dualistischen Elementen“ st. „Dualisten-Elementen“
22 9. „ „ „ „ „ über die“ statt über
24 16. „ „ „ „ „ „entscheidend“ st. „entscheidend“
26 14. „ „ „ „ „ „das sei“ st. „das das“
27 der Absatz „flüchtig“ — „Staatstruggesetz“ ist durch „An-
führungszeichen hervorzuheben.
49 1. Zeile v. unten „angeschlossen“ st. „angeschlossen“

die ausdrückliche Auszeichnung zu wiederholen, dass Meiner Meinung nach die Verfassung nicht ferner fügen als der Gedanke einer Einschränkung der verfassungsmässigen Autonomie des Königreiches, und dass es im Gegentheil Mein Will ist, diese Autonomie nicht nur in neuen Richtungen zu erweitern, wo dies die Rücksicht auf die Sicherheit und Machtstellung des Kaiserthums erfordert, sondern dieselbe auch durch die dauernde Befestigung des constitutionellen Organismus der Gesamtmonarchie und die fortschreitende Entwicklung entsprechender Institutionen mit neuen Eigenschaften zu umgeben.

Oden, am 3. April 1867.

Franz Joseph k. k.

Berichtigungen.

- Seite 10 4. Zeile v. ob. lies „dualistischen Elementes“ st. Dualisten-Elementes.
 „ 22 9. „ „ „ „über die“ statt über.
 „ 24 16. „ „ „ „entscheidend“ st. entscheidender.
 „ 26 14. „ „ „ „das sei“ st. dass das.
 „ 27 der Absatz „Rücksichtlich — Staatsgrundgesetzes“ ist durch Anführungszeichen hervorzuheben.
 „ 49 1. Zeile v. unten „anschliesst“ st. anschliesse.



Die Verhandlungen des böhmischen Landtages über die Verfassungsfrage in
der Zeit vom December 1865 bis April 1867

Prag 1867

J.austr. 57 uh

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10543390-6